

# Inhalt:

---Jede Menge Fragen zum Anschlag vom 11. 9... Von Michael Kents.....

## 1. Einleitungen:

**Der Krieg, der Terrorismus und die globalisierten Medien.** von Ottmar. Lattorf.....1  
**Der historische Rahmen** von Berthold Heinrich.....3

**2. Abteilung: Flugblätter** die sich den Hintergründen des Anschlags vom 11.9. und dem Krieg gegen den Terrorimus nähern:

---**Die USA wollen die Olympiade der Terroristen gewinnen!** .Anonym, 6 Okt.01 .....7  
---**Globalisierung und Terrorismus** .....9

## 3. Abteilung: Ein paar vernünftige Stellungnahmen

---**Warnung vor blinder Folgsamkeit.** Von Eckart Spoo (Journalist).....13  
---**Zwangsjacke ablegen.** Von Prof. Mohssen Massarrat, Iran/Osnabrück.....14  
---**Bedeutende Ernte.** Von Herman L. Gremliza (Herausgeber von „konkret“).....15  
---**Reichstagsbrand in New York.** Prof. Boris Kargarlitzky, Moskau.....17

## 4. Abteilung: Juristisches

---**Kein Recht zum Krieg!** Von Gerd Winter (Prof. für Öffentliches Recht) .....20  
---**Tony Blairs Dossier gegen bin Laden: keine Beweise, sondern ein Kriegsvorwand** von Chris Marsden.....22

## 5. Abteilung: Geschichte

---**Ein kleine Chronik der gewalttätigen US-Außenpolitik seit 1945.** Von Conrad Schuhler.....26.  
---**Zur Genese der pax americana. Sie sagen Menschenrechte und meinen Öl.** Von Wolfgang Richter.....30  
---**Pipeline Korridore.** von Prof. Michel Choussudovsky ,Ottawa.....33

## 6. Abteilung: Der Anschlag vom 11. 9, Öl, und die geheime Außenpolitik der USA

---**Ein lange geplanter Krieg.** Von Mathias Bröckers.....39  
---**Afghanistan War Negotiated (verhandelt) Month before Suicide Air Attacks.** Von Michael Sweeney.....42  
---**Osamagate.** Von Michel Choussudovsky.....44  
---**CIA and the 11.September.** Michael C. Ruppert.....50  
---**Der Öl-Faktor im Hintergrund des Anschlags vom 11. September** ..... Von George Caffentzis, Prof. für Philosophie, Southern Maine, USA.....53  
---**Schlacht um das Kaspi-Öl.** Von Detlef Bimboes.....65  
---**Amerikanische Kriegsführung droht Saudi Arabien zu destabilisieren.** Von Jean Shaoul.....67  
---**Die imperialistischen Mächte bereiten neue Formen des Kolonialismus vor.**

Von Nick Beams.....	71
<b>---Pakt zwischen USA und Usbekistan wirft ein Schlaglicht auf Washingtons Kriegsziel in Zentralasien.</b> ....	75
<b>---Strategische Überlegungen der USA.</b> von Nick Beams.....	77
<b>---Bin Laden met with the CIA in July an walked away</b> von M. Ruppert.....	78
<b>---Die Bush-bin Laden –Connection...</b> von Mathias Brökers.....	82

## **7. Abteilung : Was die Führer sagen**

<b>---USA:In was für ein Desaster führt Bush die amerikanische Bevölkerung...</b> .....	84
<b>---Großbritannien:Warum unterstützt Tony Blair den amerkanischen Kriegskurs.</b> .....	87
<b>---Deutschland:</b>	
<b>---Die angeforderte Anforderung.</b> von Eric Chauvistre.....	90
<b>---Was treibt Schröder an?</b> von Rainer Rupp.....	91
<b>---Endstation Abenteuer. Die Enttabuisierung des Krieges in der deutschen Außenpolitik.</b> Von Jochen Hippler.....	94

## **8. Abteilung: Die Medien, Steigbügelhalter des US-Krieges**

<b>---Geistige Mobilmachung.</b> Von Peter Kleinert.....	96
<b>---Werbung für den Krieg.</b> Von Marc Piztke.....	99
<b>---Der neue Krieg gegen den Terror</b> Von Prof.Noam Chomsky.....	101

## **9. Abteilung Krankheit: Pateint US-Amerika**

<b>---The American Way of Live: Momente einer negativen Utopie.</b>	
Von Prof. Meinhard Creydt.....	111
<b>---SOS aus der USA..Erosion von Bürgerrechten in den Vereinigten Staaten..</b> Von Michel Ratner (Human Rights Now).....	122

## **10 Anhang und Ausblicke**

<b>---Die USA gefährden wirksame Bekämpfung von Menschenrechtsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof.</b> Presseerklärung Forum Menschenrechte.....	117
<b>---Bushs Militärtribunale widersprechen dem Rechtsstaat</b> von Johannes Willms.....	118
<b>---Abschied vom Grundgesetz. Otto Schilys Weg zum Überwachungsstaat.</b>	
... Von Burghard Hirsch.....	119
<b>---Globalisation and Talibanisation.</b> Von Prof.Vandana Shiva.....	121
<b>---Irak – der „endgültige Feind“</b> Von Joachim Guilliard.....	123
<b>---Nachwort: Was ist zu tun?</b> Von Berthold Heinrich.....	130
<b>---Wenn Du heute aufgestanden bist und es Dir schlecht geht</b> anonym.....	131

# Jede Menge Fragen zum Anschlag vom 11.9

von  
*Michael Kents*

**Die WTC-Katastrophe ist bisher eine einzige Aufreihung von Widersinnigkeiten, Ungereimtheiten und Rätseln. De facto ist bis heute nichts klar, ja noch nicht einmal, ob es sich überhaupt um einen terroristischen Anschlag gehandelt hat. Vielleicht stellen sich einzelne hier aufgelistete Aussagen im Nachhinein als bloße Behauptungen heraus und sind nicht mehr haltbar, doch darauf kommt es gar nicht an, denn wichtig ist a) zu sehen, dass es diese Ungereimtheiten gibt, b) in welcher Menge sie existieren, und c) dass inzwischen von Amerika ein Angriffskrieg begonnen wurde, OHNE dass die hier aufgeführten Zweifel vorher gründlich recherchiert und ausgeräumt worden wären.**

**Haben Sie übrigens die fiese Propaganda bemerkt?**

"Amerikas Gegenschlag" - "es wird zurückgeschossen!". Sehr aufschlussreich. Ein Naturgesetz des Lebens besagt, dass diejenigen, die am lautesten beschuldigen, zwangsläufig auch am meisten zu verbergen haben. So meinte ein erfahrener Kriminalkommissar, der die Fernsehbilder von Bushs Mimik beobachtete, als ihm die Schreckensnachricht überbracht wurde: "Der hat es schon gewusst!" Frage: Wenn Sie als Präsident eine für Ihr Land dermaßen bedeutende und schockierende Nachricht erhalten, schaffen Sie es dann, keine Mine dabei zu verziehen, um anschließend Schulkindern weitere Gedichtlein vorzulesen?

Bei solchen Fällen ist immer interessant, die ersten Nachrichtenmeldungen genauer unter die Lupe zu nehmen, bei denen noch berichtet wird, ohne an die Order der "offiziellen Version" gebunden zu sein. Da gab es einen Deutschen, der im Nachbargebäude arbeitete, dort aufs Dach kletterte, um besser beobachten zu können und später auf CNN aussagte, er habe deutlich mehrere Explosionen gehört, bevor der Südturm eingestürzt sei. Viele ersten Zeugen sprachen übrigens von Explosionen. Eine Journalistin sagte aus, kurz vor dem Zusammenbruch der Türme habe sie von unten kommendes Feuer gesehen. Ein Deutscher New York Tourist meinte, er hätte am Morgen des Anschlags die Aussichtsplattform des WTC besuchen wollen und das Personal habe steif erwidert: "Heute nicht!" Die offizielle Einsturztheorie erweist sich als paradox. Kerosin entwickelt nur im Moment der Verpuffung eine Hitze von ca. 1.000° C. Ein Architekt des WTC sagte 1988 in einem Fernsehinterview, die Gebäude seien so konstruiert worden, um im Brandfall einer Hitze von 2.000 Grad standzuhalten. Ein Zusammensturz durch Schwächung der Gebäudestruktur hätte laut Expertenmeinung zu einem unsymmetrischen Einsturz führen müssen. Warum werden trotz dieser Ansammlung von Ungereimtheiten und Expertenaussagen nicht einmal Modelle konstruiert, um den Einsturz zu simulieren? Geheimdienstexperten aus verschiedenen Teilen der Welt äußerten anfänglich dass ein derartiger Anschlag nur von Geheimdiensten oder unter Beteiligung derselben hätte durchgeführt werden können. Der unabhängige Präsidentschaftskandidat LaRouche spricht öffentlich von einer "Sonderoperation" unter amerikanischer Insiderbeteiligung. Ersten Meldungen zufolge wurden mehr als vier Flugzeuge entführt! Die auf CNN gezeigten Radarbilder einer entführten Maschine zeigten kurzzeitig zwei dicht nebeneinander befindliche Radarpunkte. Wurde das Flugzeug ausgetauscht? Vielleicht gegen ein Ferngesteuertes - was technisch möglich ist, ja heute sogar als "Maßnahme zur erhöhten Flugsicherheit" offiziell diskutiert wird. Kürzlich wurden die Passagierlisten der vier Flüge im Internet veröffentlicht. Es befinden sich weder arabische Namen noch die Namen der Verdächtigten darauf. Warum dürfen Passagiere übers Handy ihre Verwandten anrufen? Wie kann man aus einem Flugzeug heraus mit einem Handy telefonieren? Das funktioniert aus dieser Höhe nicht, ohne über die Bordzentrale zu laufen! Warum erwähnt die entführte CNN-Reporterin, die heimlich aus der Bordtoilette anruft (also ganz sicher nicht über die Bordzentrale), nicht die arabische Identität der Entführer? Waren es vielleicht gar keine Araber? Oder war sie gar nicht an Bord?

Warum war der Luftraum einer Flugverbotszone (Manhattan) so schlecht gesichert, dass der zweite Anschlag nicht verhindert werden konnte? Nach Angaben des Pentagon sei das Verteidigungskommando für den amerikanischen Luftraum am Dienstag um 8.38 bereits alarmiert worden. Warum ist der Luftraum über dem Verteidigungsministerium dennoch zum Zeitpunkt des Anschlags nicht gesichert? Warum war der Flugsignalsender der Maschine, die ins Pentagon krachte, nicht eingeschaltet (was nie möglich ist, ohne sofort höchste Alarmstufe auszulösen)? So viele Unstimmigkeiten, dass sogar der Chef der russischen Luftwaffe äußerte: "Das ist nicht schlüssig!" Warum wird ausgerechnet jener Teil des Pentagons getroffen, der bald Renovierungen unterzogen werden sollte? Es gab Warnungen vor dem Anschlag aus Ägypten, von den Philippinen, aus Italien und vom israelischen Geheimdienst Mossad. Es gab zudem etliche konkrete Warnungen (zwei Mossadagenten flogen z.B. extra deswegen von Israel nach New York) und konkrete Benachrichtigungen.

Offizielle Stellen waren also ausreichend vorher informiert worden, worauf auch das Mysterium der Opferzahlen schließen lässt: Ca. 50.000 Menschen arbeiten im WTC, weitere 50.000 bis 100.000 halten sich normalerweise als Besucher darin auf. Ca. 6.000 Vermisste wurden gemeldet. Weit über 90 % der potenziellen Opfer überlebten. Ca. 23.000 Pentagonmitarbeiter waren das Ziel des dritten Flugzeugs. Nach neuesten Zahlen verloren 123 Menschen ihr Leben. Eine 99,5-prozentige Überlebensrate. Flug 77: Die Boeing 757, die ins Pentagon stürzte, bietet Platz für 289 Passagiere, es waren nur 64 an Bord. 78 % der Sitzplätze unbelegt. Flug 11: Diese Boeing 767 hätte 351 Menschen Platz bieten können, aber nur 92 waren an Bord. 74% der Sitzplätze blieben frei. United Airlines Flug 175: Eine weitere Boeing 767, in der 351 Passagiere Platz finden, dennoch waren nur 65 an Bord. 81 % unbesetzt. United Airlines Flug 93: In dieser Boeing 757 waren von 289 Plätzen nur 45 besetzt. 84 % der Kapazität blieb ungenutzt. Von insgesamt 74.000 bis 100.000 Menschen, die direktes Ziel der Anschläge hätten werden können, blieben über 93 % von den Anschlägen verschont. Dann gibt es jene Meldung, wonach die Gesamtheit der 4.000 israelischen Mitarbeiter am 11.09.01 nicht zu ihrer Arbeit im WTC erschien, was im Hinblick darauf, dass der Mossad die US-Regierung informierte, nicht weiter verwunderlich ist. Erklärt dies, warum die Mitarbeiter des Nachrichtensenders CNN nicht in ihrem Büro im WTC waren, als der Anschlag geschah? Warum verkauften noch nicht namentlich ermittelte Insider am Tag vor dem Anschlag massenweise Aktien der betroffenen Fluggesellschaften? Warum tragen die Aufräummannschaften am "Ground Zero" alle Asbest-Atemschutzmasken? Hätte das größte Bürohochhaus der Welt etwa bald millienschwer saniert werden müssen? Dass mit dem WTC die gesamten Akten und Aufzeichnungen der Alkohol-, Tabak- und Waffenmissbrauchsbehörde verschwunden sind, wirkt im Vergleich geradezu harmlos. Wieso haben die angeblich besten Geheimdienste der Welt vorher keine Ahnung gehabt, und ein paar Stunden später lagen die ersten "Beweise" gegen die Täter vor. Noch während der Live-Übertragungen vom qualmenden WTC wurden Fotos von Bin Laden eingeblendet! Bin Laden bekannte sich in der Vergangenheit zu den durchgeführten Attentaten - dieses Mal jedoch nicht. Der Chef der europäischen Polizeibehörde Europol, Storbeck, warnte am 16.09. öffentlich davor, Bin Laden voreilig für die Terroranschläge verantwortlich zu machen. Dann war da noch der Fernsehbericht über den amerikanischen Marinesoldaten, der seine Mutter Tage vor dem Attentat anrief, um mitzuteilen, dass "bald etwas Großes auf ein städtisches Gebiet niederginge", weswegen die Position seines Schiffes dahin verlegt würde, wohin andere amerikanische Schiffe nach dem Anschlag offiziell verlegt wurden. Warum wird nichts über das vierte Flugzeug berichtet. Bilder der Absturzstelle zeigen noch nicht mal Flugzeugtrümmer. Warum fielen am Tag vor dem Anschlag 500 arabisch-moslemische Webseiten aus? Warum überfiel eine "Antiterrorismus-Projektgruppe" am 10.09.2001 die "InfoCom Corporation" in Texas, die diplomatische Sicherheitsagenten, Steuerinspektoren, Geheimdienste, Zoll- und Handelsministerium bediente und ein wichtiger Nachrichtenknoten für die Arabische Welt ist? Warum buchen die Terroristen Inlandsflüge (bei denen es in den USA keine Passkontrollen gab) unter echtem Namen? Hatten sie keine Angst, vielleicht noch aufgehalten zu werden? Schließlich standen sie ja unter Beobachtung, jede Minute ihrer letzten Tage wurde aufgezeichnet, wie durch nun veröffentlichte Bilder und Medienberichte sichtbar wurde. Das FBI teilt mit, dass dem Haupttäter Atta bei einem Flug von Boston nach Portland ein Koffer verloren ging und daher den American Airlines Flug Nr. 11 nicht erreichte (Flug Nordturm). In dem Koffer fand man Fluguniformen der Airline, ein Video über kommerzielle Flugzeuge und eine Selbstmordnachricht. Welchen Sinn würde es machen, die für die Entführung benötigte Uniform im Koffer zu verstauen? Wäre sie ordnungsgemäß im Bauch des Flugzeuges gelandet, hätte man sie dann noch anziehen können? Warum überhaupt eine Selbstmordnachricht, wenn sie doch niemand lesen kann? Atta musste ja davon ausgehen, dass der Koffer beim Anschlag mit verbrennen würde? Das Schreiben selbst ist mehr als mysteriös und extrem unglaublich (siehe Bericht Depesche 29). Dumme Terroristen, aber ein perfekt geplanter Anschlag? Warum findet man in den Hunderten Tonnen Schutt des WTC nicht die gesuchten Black Boxes, die Flugschreiber, dafür aber einen Ausweis eines Terroristen?? Dann gibt es zeitliche Unmöglichkeiten. So wurde ein Foto von Atta aus einer Flughafensicherheitschleuse veröffentlicht, das zu einem Zeitpunkt geschossen wurde, als Atta gemäß den anderen Meldungen an anderer Stelle war. Nach einer anderen Version hätte er gerade noch 7 Minuten Zeit zum Check-in gehabt. Türkische Medien berichteten übrigens davon, Atta sei entführt worden.

Die afghanische Talibanregierung bemüht sich aufrichtig und immer wieder erneut um Lösungsmöglichkeiten und unterbreitet gute Vorschläge. Sie wird einfach ignoriert. Der Vater des "Obergauners" Atta schwört, sein Sohn habe sich nicht für Religion interessiert. Und tatsächlich: er trug ja noch nicht einmal einen Bart, wie sich das für strenggläubige Talibans gehört. Im Gegenteil, laut Regenbogenpresse hurte er in der Gegend herum, trank Alkohol und huldigte einem allgemeinen Lotterleben. Einerseits also dermaßen tief religiös, dass man er sein Leben für Gott herzugeben bereit ist, andererseits total unreligiös? Und wer im Internet surft, findet noch viele, viele weitere Dutzend Ungereimtheiten mehr. Darüber, einen "Krieg" auszurufen und ein ganzes Land anzugreifen, wenn eigentlich "Terroristen" dingfest gemacht werden sollen, bzw. eine einzelne Hauptperson gesucht wird; darüber, dass alles husch-husch gehen musste; darüber, dass kein Politiker bisher öffentliche Beweise vorgelegt hat; darüber, dass kein namhafter Politiker der westlichen Welt der amerikanischen Anmaßung zu widersprechen wagt; darüber, dass der Aufenthaltsort Bin Ladens nicht einmal genau feststeht; darüber, dass überall auf der Welt Bürgerrechte beschnitten werden; darüber, dass Milliarden für Militär

verpulvert werden ... .. darüber brauche ich mich nun wohl nicht mehr extra auszulassen, oder? Ägyptens Präsident Mubarak spielt nicht mehr mit. Er sieht einfach keine Beweise. Es bleibt zu hoffen, dass bald noch mehr Politiker dazu den nötigen Mut aufbringen werden!!

[www.michaelkent.de](http://www.michaelkent.de) · [www.psychopolitik.de](http://www.psychopolitik.de) · [www.sabinehinz.de](http://www.sabinehinz.de) · [www.findefux.de/petition/](http://www.findefux.de/petition/)

Aus: wöchentlicher Depesche  
"mehr wissen - besser leben" Nr. 30/2001 -

Petition für Frieden · Depesche "mehr wissen - besser leben" · Sabine Hinz Verlag · Friedensforum · Depesche 30 bestellen · Mitmachaktionen im Netz

## Einleitung:

# Der Krieg und die globalisierten Medien

**Durch die Lektüre der hier vorliegenden Artikel-Sammlung von namhaften Wissenschaftlern und Journalisten kommt der Leser zu einer anderen und erweiterten Sichtweise auf den „Krieg gegen den Terrorismus“, als sie von den Massen-Medien gegenwärtig vertreten wird. Es wird nicht nur in Zweifel gezogen, dass die Motive der USA andere sind als sie vorgegeben werden, sondern es entfaltet sich auch ein logisches und plausibles Szenarium, durch das der Leser leichter verstehen kann, welche globalen Kräfte augenblicklich zu offener Gewaltanwendung und Krieg streben und was wir als privilegierte Bewohner der 1. Welt und Konsumenten gegebenenfalls dagegen tun können.**

Schon während des völkerrechtswidrigen Krieges der NATO-Staaten gegen Jugoslawien (1) im Frühjahr 1999 war aufgefallen, dass dem Bürger unkritisch übernommene Kriegspropaganda der NATO, die von Werbespezialisten und Sprachverdehern (sogenannte „Spin Doctoren“) sorgfältig vorbereitet worden war, als „Nachrichten“ aufgetischt wurde.(1) Dem normalen Bürger, in dessen Namen sich die rot-grüne Regierung an dem NATO-Krieg beteiligte, blieb dadurch verborgen, was neben den offiziell vorgebrachten Begründungen die eigentlichen Beweggründe der NATO Staaten waren, Krieg gegen Jugoslawien zu führen. **Bezahlen** musste er diesen fragwürdigen Einsatz trotzdem.

Damals wie heute wurde die Wahrheit über die Kriegs-Ursachen und die Kriegs-Ereignisse nicht direkt erschlagen. Sie wurde nur ein bisschen verleugnet, deformiert, verniedlicht, uminterpretiert und manchmal bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

Damals wie heute entwickelten sich kleine spezialisierte Friedens-Info-Gruppen, die sich über das Internet, über spezialisierte E-Mail-Verteiler und Zeitungen mit minimalen Auflagen mit ernsthaften Informationen versorgten und diese in der einen oder anderen Weise weitergaben.

Wie während des Jugoslawien-Krieges im Jahr 1999, der angeblich aus „humanitären Gründen“ geführt wurde, offenbart sich auch beim jetzigen „Krieg gegen den Terrorismus“ ein eklatanter Unterschied zwischen den **offiziellen** von den Massen-Medien vorgetragenen Interpretationen der Kriegs-Ursachen, Kriegsfolgen und Kriegsziele und den in den Info-Gruppen vorgefundenen Berichten und Analysen der Sachlage.

Es handelt sich bei der vorliegenden Textsammlung um Beiträge von international bekannten Fachleuten und Wissenschaftlern unterschiedlichster Herkunft mit unterschiedlichsten Sichtweisen auf die Ereignisse um den Anschlag vom 11.9.

Damals wie heute finden viele ernsthafte Berichte und Analysen nicht mehr oder nur noch ausnahmsweise den

Weg in die Massen-Medien. Damals wie heute ist die Meinungsbildung des Bürgers, der nur noch mit präparierten und gefilterten Neuigkeiten gefüttert wird, erschwert. Eine solche Informationslage in einer Situation, wo sich Deutschland offiziell wieder im Krieg befindet ist unerträglich.

Dass es sich bei dem von den USA ausgerufenen Krieg gegen den Terrorismus und bei der Bombardierung Afghanistans **nicht bloß um eine einfache Polizeiaktion zur Ergreifung von Terroristen handelt**, ist mittlerweile selbst dem Konsumenten der Mainstream- Massen-Medien aufgefallen.

Die Bombardierung Afghanistans mit international geächteten Streubomben und B52 Bombern, der beiläufigen und absichtlichen Zerstörung von Rote-Kreuz-Lagern, die Ermordung von Tausenden von Zivilisten, das leichtfertige Inkaufnehmen von 3-4 Millionen Hungertoten durch die Blockierung von Lebensmittel-Lieferungen, die Benutzung Afghanistan für die Testung von speziellen Bunkersprengenden und Bergbrennenden Bomben, die mit einiger Wahrscheinlichkeit zu der Auslösung der Erdbeben in Afghanistan geführt haben(3), sprechen eine andere Sprache.

**Eine legale Polizeiaktion unter dem Dach der UNO sähe anders aus.** Die verdeckte Außenpolitik der USA hat seit dem 2. Weltkrieg zum **wiederholten Male** zu Kriegen, Putschen und zu völkerrechtlich illegalen Militäraktionen geführt. Die USA sind diesbezüglich Wiederholungstäter und keinesfalls nur die unschuldige Quelle von Gerechtigkeit und Freiheit! Ein Blick in die „Kleine Chronik der gewalttätigen Außenpolitik der USA seit 1945“ zeigt das leicht auf. Aber die Massen -Medien in Deutschland leiden unter einer Art kollektivem Alzheimer.

Das jetzige Beispiel des Afghanistan-Krieges ist nur eins der eklatantesten Beispiele einer doppelbödigen Politik einerseits und des Versagens der Medien andererseits und fordert gleichermaßen dazu heraus, sich mit dem Charakter der USA-Außenpolitik und dem Zustand der globalisierten Medien-Landschaft zu beschäftigen.

Auch die von der US-Regierung und anderen, inklusive der deutschen Regierungen gebetsmühlenartig vorgetragenen Begründung für den Afghanistan-Krieg, den Kampf gegen die Terroristen zu führen, die verantwortlich sein sollen für die Selbstmord-Anschläge vom 11.09.2001 in New York und Washington ruft mehr und mehr Skepsis hervor.

Das erbärmliche Betteln des deutschen Kanzlers bei den US-Strategen doch mitbomben, sich doch auch am Krieg beteiligen zu dürfen, wie auch das plötzliche „Rennen“ von Truppen aus USA, England, Frankreich, Italien, Türkei, Russland und Deutschland nach Afghanistan, nachdem die Taliban zurückgewichen sind. Wozu die ganze Aktion? Aus „humanitären Gründen“? Oder alles nur, um einen Mann Osama bin Laden zu fangen? Das alles macht doch eher stutzig und ist bei der augenblicklichen von den Medien verbreiteten Informationslage kaum zu verstehen!

Die Massen-Medien haben im Zuge der Globalisierung fast unbemerkt eine gravierende Veränderung durchgemacht. Es gibt den schleichenden Niedergang der Seriösität innerhalb der deutschen Massen-Medien zu beklagen. Die globalisierten und regierungsamtlichen Massen-Medien in Deutschland sind in bestimmten, sensiblen macht- und konzern-relevanten Bereichen „gleichgeschaltet“ und nur noch zu einer oberflächlichen und tendenziösen Berichterstattung bereit.

Das hat sich in einigen gesellschaftlichen Kreisen bereits herumgesprochen. Die Skepsie in der Bevölkerung gegenüber **diese** Art der „Berichterstattung“ wächst. Zu Zeiten des Nationalsozialismus hätte man ohne weiteres von „Gleichschaltung“ gesprochen; die heute nur noch geschickter und noch cleverer aufgezogen, punktuell organisiert und sich informativ , human und frei kleidet.

Als man in Jugoslawien bombte galt hinter vorgehaltener Hand der Waffengang und die „Berichterstattung“ der Medien gegen Jugoslawien für viele Politiker und Militärs als gelungener Testfall für künftige Verfahrensweisen, die man „Informations Operationen“ nennt. Diese Informations-Operationen bestehen aus mehreren Elemente, z.B.:

1.) Die Dämonisierung des Gegners.

2.) Eine spezielle verharmlosende Wortwahl: Krieg wurde umbenannt in humanitäre Aktion“; statt Bombardierungen spricht man von „Luftschlägen“, zivile Tote sind „Kolleteralschäden“ u.s.w.. Im Jugoslawien -Krieg sagt Schröder: „Wir führen keinen Krieg. Wir leisten Widerstand. Wir verteidigen Menschenrechte.“(Spiegel 16/99 S.34)

3.) Es werden sogenannte „Feedback-Schleifen“ gefahren. Bestimmte offizielle Stellungnahmen der am Krieg beteiligten Staaten werden leicht abgewandelt von anderen Politikern wiederholt und von den Journalisten als

neue Nachricht wiederholt. Das verstärkt die scheinbare Allgemeingültigkeit bestimmter Aussagen.

4.) Bei der „Vermarktung“ des Kriegsgeschehens werden ursprüngliche Falschinformationen nicht mehr revidiert. Im Jugoslawien-Krieg war Rugova -ein kosovarischer Politiker- von von den Serben bereits umgebracht worden, bevor er dann doch in Bonn empfangen wurde.

5.) Von den Kriegsführenden Staaten werden sogenannte „Informations-Spezialisten“ angeheuert, die „Spinning Doctors“ oder Sprachverdreher, die die Kunst beherrschen, Nachrichten eine gewünschte Interpretationsrichtung zu geben.

Dieses sind nur einige Elemente einer Werbe- Strategie der „Informations-Kriegsführung“, deren Ziel die „Informationsüberlegenheit“ (information superiority) ist. Ein US-General drückt das in einem Strategiepapier von 1998 folgendermaßen aus: „Die Dominanz über das Informationsspektrum ist so entscheidend für einen Konflikt, wie in früheren Zeiten die Besetzung eines Landes oder die Kontrolle über den Luftraum.“ (2)

Die globalisierten Massen-Medien sind auf dem Weg zu einem integralen Bestandteil einer globalen Propaganda-Maschinerie zur Verherrlichung von Konzerninteressen und zur Rechtfertigung von Krieg zu werden. Der Sinn dieser von den globalisierten Medien durchgeführten Manipulationen ist die vorübergehende Geheimhaltung von Fakten. Denn im Dunkeln läßt sich gut munkeln und die US-Führung und die großen transnationalen Konzerne munkeln sehr viel im Dunkeln.

Ohne eine gewisse Geheimhaltung könnten die Vereinigten Staaten kaum ihre Kriege führen ohne komplett an Ansehen zu verlieren und einen Sturm der Entrüstung los zu treten. Genauso doppelzünftig und geheimniskrämerisch verhält sich die deutsche Regierung im Zusammenhang mit ihrem Beistand gegen den Terrorismus. So will diese kleine Broschüre hier das erfüllen, was eine seriöse Berichterstattung von sich aus täte. Daher wird die folgende Artikelsammlung aus pädagogischen und aus Zwecken der Weiterbildung veröffentlicht. Das Copyright liegt weiterhin bei den Autoren und den Verlagen. Alle Beiträge sind aus öffentlich zugänglichen Quellen geschöpft worden. Die Meinungen der Autoren sind nicht unbedingt identisch mit der Meinung des Herausgebers.

Ungewöhnliche Zeiten verlangen ungewöhnliche Maßnahmen.

Ottmar Lattorf . 26.November 2001

(1) Siehe hierzu: „Die Wahrheit über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien“, Schrift des internationalen Vorbeurteilungskomitees für ein Europäisches Tribunal über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Hg. Wolfgang Richter, Elmar Schmähling und Eckart Spoo.

(2)Konstruktion von Medienrealität im Kosovo-Krieg von Elvi Claßen in anti-militarismus-information, Kosovo-NATO-Krieg in Europa Nr.7 1999 vom Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14

(2)General Ronald R. Fogleman: Cornerstones of Information Warfare, zit. nach: Information Operations, Air force Doctrine, Document 2-5, August 1998

## Der historische Rahmen

von  
*Berthold Heinrich*

**Der historische Rahmen, den ich hier skizzieren möchte, erleichtert die Einordnung und das Verständnis der in der nachfolgenden Broschüre beschriebenen Ereignisse.**

Nach der Katastrophe und den menschlichen Tragödien des 2. Weltkriegs wurde von einer internationalen Staatengemeinschaft ein internationales Völkerrecht und die UNO geschaffen. Die USA waren wirtschaftlich gestärkt aus dem 2. Weltkrieg hervorgegangen und konnten daher das Weltgeschehen dominieren. Sie fühlten sich damals als die Herren der Welt.

Trotz der weltweiten Dominanz der USA konnten sich einige Länder (z.B. Indien, Iran, Cuba, China, einige afrikanische Länder) von ihrem kolonialen Joch befreien oder kamen in ihren Kampf um Souveränität und Selbstbestimmung viele Schritte voran. Die Weltöffentlichkeit und viele Regierungen standen dieser Emanzipation der ehemaligen Kolonien sehr wohlwollend gegenüber und förderte dies.

Erst nach einer Weile erholte sich auch die Sowjetunion von dem 2. Weltkrieg und entwickelte sich auch zu einem ernstzunehmenden militärischem Gegner des dominierenden US-amerikanischen Imperiums. Der sogenannte „Kalte Krieg“ um Einflussbereiche auf der Erde zwischen der nicht-kapitalistischen Sowjetunion und der kapitalistisch orientierten USA wurde geführt.

Auch in Europa trotzte die organisierte Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung den Konzernen sehr viele soziale und materielle Rechte ab, die als Rechts- und Sozialstaat in der BRD und Europa ihren Niederschlag fanden und momentan unter fadenscheinigen Gründen („Sparprogramm“, „Terrorismusbekämpfung“) wieder abgebaut werden.

Die Außenpolitik der USA hatte während dieser Zeit den Sinn, den sozialen und politischen Bewegungen in der 3. Welt, die die Selbstbestimmung, die Eigenständigkeit und die wirtschaftliche Unabhängigkeit zum Ziele hatten, zu untergraben. Diese Politik fand jedoch durch die Existenz der Sowjetunion, die sich zu einer militärisch ebenbürtigen Macht mauserten, seine Grenzen.

Nichts desto trotz führten die USA etwa 20 bis 30 kleinere und größere Kriege, um ihre imperialen Interessen durchzusetzen.

Im Laufe der 60iger und 70iger Jahre entwickelten sich neben der USA und der Sowjetunion zwei weitere kapitalistische Blöcke: Europa **und** Japan. Diese drei kapitalistischen Blöcke (USA-Europa-Japan ) stehen zwar prinzipiell in Konkurrenz zu einander, insbesondere, was die Einflussphären angeht, sie sind sich aber in ihren Interessen nach möglichst Hohe Profitraten zu haben, sehr einig. Diese Entwicklungen schmälerten die uneingeschränkte Dominanz der USA.

Im Laufe der 70iger und 80iger Jahre kreierte das US-Kapital in Kooperation mit den beiden anderen kapitalistischen Wirtschaftsblöcken Europa und Japan eine scheinbar zivile „Entwicklungspolitik“ für die Länder der sogenannten 3. Welt, den ehemaligen Kolonien. Diese zivile „Entwicklungshilfe“ führte in diesen Ländern in ein totales Desaster (z.B. die Schuldenkrise). Diese „Entwicklungshilfe“ ging immer von der ideologischen Grundidee aus, daß alle menschlichen Gesellschaften dieser Erde früher oder später von sich heraus patriarchale Industriegesellschaften Modell Engalnd 1750 durchlaufen werden.

Nachdem man diese Länder von einer industrialisierungs-bedingten Abhängigkeit von Öl und dann von Krediten für die Bezahlung von Öl und anderen Industriegütern abhängig gemacht hatte, erhöhten die internationalen Banken und die Konzerne die Preise für das Öl und die Zinsen für die Kredite. Die sogenannte „Ölkrise“ 1973 und 1979 dienten dabei als geeignete Vorwände. Das führte geradewegs zu Hilfsmaßnahmen, die gewöhnlich von IWF und Weltbank vorgeschlagen und durchgeführt wurden. Diese Kredit- Medizin für verschuldeten Staaten führte dann in eine totalen Verarmung und zu einer gigantischen Schuldenkrise in diesen Ländern. Als nächstes kamen die sogenannte „Strukturanpassungsprogrammen,quasi besondere Schuldentrückzahlungsmaßnahmen der Banken vorgenommen durch den IWF.Das mußten sich diese armen Länder gefallen lassen und wurden langsam aber sich finanziell und sonst auch geplündert. Dieses führte und führt heutzutage in weiteres Elend, Kriminalität und neu-koloniale Abhängigkeiten von den Großbanken.

Die Werkzeuge, derer sich die Konzerne dabei bedienen, heißen zum Beispi IWF, Internationaler Währungs-Fond oder WTO, Welthandelsorganisation und Welt-Bank. Unter der Rubrik Lesetips findet man Hinweise auf Bücher und Broschüren, die diese Vorgänge genauer beschreiben.

### **Vernebelung der Gehirne oder was heißt eigentlich Neo-Liberalismus?**

Lange vor dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 hatten US-Wirtschaftstheoretiker eine konzern-freundliche und schein-wissenschaftliche Wirtschafts-Theorie entwickelt, die darauf hinausläuft, alle sozialen fortschrittlichen Elemente der Sozialstaaten zu demontieren. Der oberflächliche Hinweis auf das sukzessive Scheitern der Sowjet-Union und die Entartung der ersten sozialistischen Revolution in Russland gaben diesen Theoretikern der Konzerne besonders seit dem Fall der Sowjetunion ein scheinbares Gewicht.die Anhänger des Neo-Liberalismus, eigentlich Wirtschaft-Dogmatiker, haben in einer beispiellosen und immer super gut bezahlten Propaganda-Kampagne alle sozialen Errungenschaften in den westlichen, kapitalistischen Sozialstaaten, als hinderlich für eine gute, wirtschaftliche Entwicklung diffamiert und als hinderlich für die Erlangung eines globalen sozialen Wohlstandes dargestellt.

Diese Ideologie nennt man Neo-Liberalismus und geisterte jahrelang unreflektiert in den Köpfen von Journalisten, Wirtschaftswissenschaftlern, Politikern und normalen Bürgern herum. Bis zum Auftauchen der Anti-globalisierungs-Bewegung.

Im Namen dieses neo-liberalen Kathechismus rechtfertigt man nun die Veräußerung von Allmenden, Allgemeingütern, von traditionellen Versorgungseinrichtungen (wie Post und Bahn), um z.B. Zins-Schulden der Städte oder Länder zu bezahlen. Dieses nennt man „Privatisierung“. Man spricht u.a. von „Verschlankungen des Staates“. Im Hintergrund steht immer das Beispiel der Sowjetunion, das bewiesen hätte, dass „Soziales“ oder



„Gemeinschaftliches“ schlecht sei und nicht funktionieren würde. Nach amerikanischem Vorbild sollen Telefon, Bahn, Abflußrohre, Bibliotheken, Wasserrechte, Spielplätze, öffentliche Plätze, Wälder, Universitäten, Krankenhäuser und Gefängnisse privatisiert, d.h. an reiche und große Konzerne verkauft werden, die dann damit, mit jahrzehnte lang aufgebauter Infrastruktur Profite machen dürfen. Das ist auch der Grund dafür, dass die gewählten Politiker immer mehr an Macht verlieren und immer mehr zu Dienern der Konzerne werden.

Wenn man das logisch zu Ende denkt, dann bedeutet das, daß die Verhältnisse, die in der 3. Welt schon vorhanden sind, (Armut und keine Demokratien) zu uns kommen.

Dieser weltweite Umstrukturierungsprozess nach den Vorgaben der Konzerne **nennt man auch „Globalisierung“**.

Bisher hat sich überall auf der Welt gezeigt, daß der ungeheure Reichtum von immer weniger Konzernen nicht automatisch zu einem wirtschaftlichen Wohlstand für alle Mitglieder der Gesellschaften führt, so wie es die neo-liberale Theorie behauptet. Im Gegenteil:

Die Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die sich z.B. in der suchtartigen Unaufhörlichkeit des „Profit-machens“ äußern,- egal wieviel Geld schon angehäuft wurde, führen über kurz oder lang zu Konflikten und Kriegen.

Der größte kapitalistische Block, die USA, verhalten sich wie ein chronisch heroinsüchtiger Dieb, der sich immer schwerer bewaffnet, weil er immer häufiger Probleme macht. Und die anderen, größeren Diebe in Europa wollen nicht, dass der größte Dieb der Welt die Beute (vorteilhafte, geostrategische Positionen in Afghanistan) alleine für sich kassiert.

#### **Deshalb ist auch schon relativ klar, was mit Afghanistan nach dem Krieg geschieht:**

Im amerikanischen „Wall Street Journal“, der Zeitung der reichen US-Geschäftsleute und -Rechtsanwälte hat das US-amerikanische Militär schon laut darüber nachgedacht, was mit Afghanistan geschieht, wenn die Taliban endgültig besiegt sein werden:

Schon vor Jahren hat die US-Regierung den Begriff der „Schurkenstaaten“ benutzt, um Staaten zu bezeichnen, die Gefolgschaft der USA verweigern oder, die sich bestimmten Maßnahmen der USA widersetzt haben. Der Begriff wurde unlängst in „besorgniserregende Staaten“ abgeschwächt, um nun in einer weiteren Metamorphose als „gescheiterte Staaten“ soziologisch gesalzen wieder aufzutauchen. Als „gescheiterte Staaten“ will das amerikanische Militär die jenigen Staaten der Weltöffentlichkeit vorführen, die angeblich den Terrorismus hervorbringen, wie jetzt z.B. Afghanistan, der Irak oder Palestina. Solche Staaten will man als „gescheiterte Staaten“ vorführen, die analog zu gescheiterten Menschen einen Vormund brauchen - eine Art Aufsichts-Regierung (Protektorat/Interimsregierung) von außen. Sie sollen keinen Terror mehr machen, d.h. den Wünschen der amerikanischen Konzerne nicht mehr widersprechen. Woran diese Staaten gescheitert sind, sagt man natürlich nicht.

So das neue neo-koloniale Konzept der US-Eliten. Verwaltung von Recourssen u.a.. wird dann die Aufsichtsregierung durchführen wie früher die Kolonialherren. Und Schröder will nach Afghanistan, weil er im Auftrag des deutschen Großkapitals mit dabei sein möchte, wenn die afghanische Beute, d.h. Rechte an Öl-Trassen oder Ähnliches verteilt wird.

#### **Widerstand durch internationale Anti-Globalisierungs- und Friedens-Bewegung**

Gegen diese Art der Politik zur Förderung des Reichtums der Konzerne und der Globalisierung von oben hat sich in den letzten Jahren weltweit massiver, friedlicher und phantasievoller Widerstand, der Globalisierung von unten entgegengestellt. Die regierungsamtlichen und konzern-treuen Medien konzentrieren sich in ihrer Berichterstattung über diese weltweite Bewegung fast immer nur auf die gewalttätigen Aspekte solcher Demonstrationen, um diesen berechtigten Widerstand zu kriminalisieren. Dieser Widerstand der Gegner der Globalisierung fand seinen schärfsten Ausdruck in großen Protesten und Demonstrationen 1999 in Seattle und im Juli 2001 in Genua statt.

Immer dann, wenn die Führer der reichsten Länder (G7 oder G8 genannt) vorführen wollten, wie erfolgreich ihre neo-liberale Politik ist (Köln, Davos, Genua), immer dann, wenn IWF und Weltbank tagen (Washington, Prag) oder, wenn die EU-Erweiterungen beschlossen werden sollen (Göteborg, Nizza), finden seit einigen Jahren Proteste gewaltigen Ausmaßes statt. Diese Proteste sagen den Konzernen und ihren Politikern, dass die Globalisierung unter der Herrschaft der Konzerne so nicht mehr weiter gehen kann, ohne noch mehr Widerstand zu erzeugen. Im Prinzip steht der Kapitalismus als solcher zur Debatte.

**Insgesamt stellen die Reaktionen der Führer in der westlichen, zivilisierten (?) Welt auf den Selbstmord-Anschlag in den USA gleichfalls einen Qualitätssprung dar. Leider nicht zum Besseren.**

Es werden im Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Terrorismus -nicht nur in Deutschland - Gesetze in einer Geschwindigkeit gebrochen und Standards heruntergerissen, wie man anderswo Würstchen herstellt. Zack Zack. Ich nenne nur einige:

**Die Souveränität der Nationalstaaten**, einst Garant für eine gewisse Portion Rechte für die Bürger und Dreh- und -angelpunkt internationaler Beziehungen. Zack Zack, schieß egal! Afghanistan wurde ohne Legitimation, ohne formelle Kriegserklärung, wie vorher Jugoslawien, ohne Beweise für die Täterschaft bin Ladens, ohne Auslieferungsgesuch an die Taliban und ohne Haftbefehl, ohne Beweise, dass die Taliban oder das afghanische Volk an dem Anschlag vom 11.09.2001 beteiligt waren, bombardiert! Das, was als extremer Ausnahmefall im Krieg gegen Jugoslawien galt, nämlich ohne tatsächliche Legitimation ein Land zu bombardieren, soll jetzt wieder Rechtens und Normalität sein!?

Bei allen internationalen Konflikten haben **die Vereinten Nationen das absolute Gewaltmonopol** und müssen bei Konflikten aller Art eingeschaltet werden. Und jetzt: Zack. Zack. Hier kommen die USA! Und weg damit! Und um ein paar besorgte Geister zu beruhigen, lässt man die Politiker und die Medien vom Recht auf Selbstverteidigung plappern. Die UNO ist zum wiederholten Male von den USA übergangen worden.

Auch das gehört zum neuen Globalisierungs-Konzept der Konzerne. Schon bei den gescheiterten, geheimen Verhandlungen zum MAI-Vertrag (Multi-laterales Agreement on Investition) 1998 wurde die Zielrichtung der Konzerne deutlich. Wo es ihnen passt, müssen der Nationalstaat und die Rechte, die er den Bürgern garantiert, weichen.

Ein weiterer, sehr besorgniserregender Punkt ist **der einheimische, bundesdeutsche Kampf gegen den sogenannten Terrorismus**, der unter dem Banner „Stärkung der inneren Sicherheit“ läuft. Es werden auch hier ohne Not reihenweise Gesetze gebrochen, ausgehöhlt und ummodelliert, so dass selbst konservative Politiker (wie z. B. Burghard Hirsch), davon sprechen, dass demgegenüber selbst die Notstandsgesetze aus den sechziger Jahren wie „Träumereien am Kamin“ aussehen.

Nachdem die rot-grüne Regierung ohne rechtliche Legitimation durch die Teilnahme an dem Krieg gegen Jugoslawien das Grundgesetz, den 2 plus 4-Vertrag mit Rußland und UN-Gesetze gebrochen haben, stellt sich die Frage, höhlt die rot-grüne Regierung den sowieso schon porös gewordenen Rechtsstaat weiterhin aus? Kann es sein, dass die Selbstmordanschläge in den USA für die westlichen, kapitalistischen Länder eine Art Reichstagsbrand darstellen?“ Jetzt ist Wind, jetzt wird gesegelt! hat ein deutsche Politiker verraten.

Schafft sich die rot-grüne Regierung nach den nicht mehr zu überhörenden friedlichen Protesten der letzten Jahre und Monate in Genua, Prag, Göteborg, Seattle u.s.w. ein politisches und juristisches Instrumentarium, um die immer lauter werdende Kritik an den Auswirkungen der Globalisierung –und dieser Krieg ist ein Beispiel dafür– zu kriminalisieren. Ist Deutschland wieder auf dem Weg in den Faschismus?

Mittlerweile ist der Kapitalismus in eine Phase getreten, wo all diese jahrelangen, weltweiten Umstrukturierungsmaßnahmen der Politiker zu Gunsten des großen Kapitals, insbesondere unter dem Dach der WTO, immer noch nicht ausreichen, um eine „Konjunkturschwäche“ der kapitalistischen Wirtschaft und eine Krise der Reichtumsgewinnung für die Konzerne zu verhindern. Wieviel Milliarden Gewinne sollen denn noch aus der Arbeit der Menschen und aus der Natur, die auch schon schwer beschädigt ist herausgepresst werden. Ist es nicht bald genug?

Die Reichtumsanhäufungen und legalen Plünderungen der Konzerne sind schon so gigantisch, dass nur ein Zehntel der jährlichen Ausgaben des Pentagons ausreichen würden, um der gesamten 3. Welt akzeptable Minimalstandards zu gewährleisten.

Das Vermögen, das über Afghanistan verbombt wurde, hätte Afghanistan in seiner zivilen Entwicklung um Jahre weiterbringen können.

Allein an dem Tag, an dem durch die Selbstmordanschläge auf die Türme des Welt-Handels-Centers und dem Pentagon 5000 Menschen starben, starben nur durch die alltäglichen Geschäftsgebahren dieser Geschäftsleute 36.000 –50.000 Menschen den Hungertot. Täglich! Bis heute! Obwohl weltweit 10% mehr Lebensmittel produziert werden, als alle Menschen verzehren könnten.

Kann es da wundern, dass weltweit der Kapitalismus zu Debatte steht?

## Hochmut kommt vor dem Fall.

Washington stellt sich seit Jahren über das Internationale Recht und hat die Anschläge dadurch selber provoziert. Private und regierungsamtliche Medien betreiben Stimmung für Legitimierung von Polizeistaat und Faustrecht. Die „zivile“ USA und die „freien“ Medien ignorieren das Internationale Völkerrecht.

**Die USA möchten die Olympiade der Terroristen gewinnen!**

**Nach dem Angriff auf zwei Symbole des US Kapitals und des militärisch-kapitalistischen Komplexes verhalten sich die von der Waffen-Industrie eingesetzten US Politiker wie angestochene und scharrende Stiere, die das rote Tuch aus den Augen verloren haben.(... und sich demnächst selbst eins hinhängen..) Der Staatsfeind Nr. 1 ist nicht der ehemalige Mitarbeiter des CIA Osman Bin Laden, sondern der Staatsfeind Nr. 1 ist schlicht und ergreifend die Wahrheit an die Amerika jetzt erinnert worden ist! Staatsfeind Nr. 1 ist keinesweg der Islam oder terroristische islamische Sekten, sondern die schreckliche Wirklichkeit in der 3. Welt, die die USA aktiv mitgeschaffen haben und die sie weiter ignorieren wollen. Die Saat des Schreckens, die die USA über Jahrzehnte gesät haben, kommt nun zu ihnen zurück.**

Die Wahrheit ist, daß es wohl kein Staat auf der Erde gibt, der die Verrohung der internationalen Sitten und den internationalen Terrorismus so gefördert hat, wie die USA. Abgesehen von den Tatsachen, daß die Existenz der USA selber auf einen gigantischen Völkermord aufgebaut ist, hat die militärische Politik der USA in den letzten Jahrzehnten Millionen (!) Menschen (vorzugsweise in der sog. 3. Welt) das Leben gekostet. Ob es der Abwurf der Atombombe auf die Köpfe von Zivilisten in Hiroshima, ob es der Vietnam-Krieg war, ob es die Instalierung Amerika-treuer Diktaturen in Persien, Pakistan oder Chile war, ob es der Aufbau von paramilitärischen – kriminellen Gruppen war, wie der Taliban in Afganistan oder der UCK in Albanien, ob es die Unterstützung von blutrünstigen Diktaturen wie die Sohartos in Indonesien, ob es der Einsatz von Waffen aus abgereichertem Uran in Irak und Jugolawien war, ob es die Bombardierung von einer Arzneifabrik in Somalia oder die Zerstörung der gesamten zivilen Infrastruktur in Jugoslawien war...

Wenn es um die Verrohung der internationalen Sitten ging, hielten sich die USA und ihre medialen Helfer (das Fernsehen) immer in der fordersten Front auf! Selbst als 1998 der UNO-Sicherheitsrat alle Mitgliedsstaaten aufforderte, sich an die Regeln des Internationalen Rechts zu halten, stimmten die USA (zusammen mit El Salvador und Israel) gegen die Resolution der Generalversammlung in der es hieß, der Rechtssprechung des Internationalen Gerichtshofes „sei unverzüglich und im vollem Umfang nachzukommen“. All dies wird von den normalen Medien ebenso ignoriert wie die erneute Abstimmung ein Jahr später (diesmal wurde die USA nur noch von Israel unterstützt). Kurzum die Welt die die Vereinigten Staaten in internationalen Institutionen „nach ihrem Bild schaffen“ wollen, beruht auf dem Prinzip der Gewaltherrschaft.

Gleichermaßen skandalös, gewaltverherrlichend und kriegstreibend verhalten sich die gleichgeschalteten Mainstream-Medien. Die europäischen und amerikanischen Medien verschleiern systematisch und verharmlosen unisono das aggressive und kriminelle Handeln der USA. Von den Medien wird kaum noch in Frage gestellt, ob die USA ein Recht darauf haben den Globus in Wild-West-Manier mit einer „militärischen Kampagne“, -das heißt mit Krieg- zu überziehen. Das was wir Völkerrecht nennen, ist die sinnvolle und vernünftige Konsequenz aus den schrecklichen Ereignissen des 1. Und 2. Weltkrieges, die nie mehr eintreten sollten. Das Völkerrecht und die UN-Menschenrechts-Charta sehen nämlich vor, daß allein der UNO -Sicherheitsrat ermächtigt ist, militärische Gewaltanwendung zu beschließen.

Der Terroranschlag gegen die Heiligtümer des US- Kapitalismus ermächtigt die USA keineswegs, die Zuständigkeit der UNO in internationalen Friedens-und Sicherheitsfragen zu mißachten!! Die USA hat das bereits angekündigt und die Speichel-Lecker in den Medien gehen selbstverständlich davon aus, daß die USA demnächst irgendwo bomben werden. Das erfüllt den Straftatbestand der Kriegstreiberei und der Verharmlosung von kapitalen Gewaltverbrechen. Jeder völkerrechtswidrige Alleingang der USA ist ein Schlag ins Gesicht der anderen Mitgliedstaaten der UNO.

Außerdem macht dieses Verhalten anderen Gewalttätern und Terroristen Mut. Wenn sich die USA schon nicht an die international verabredeten Spielregeln halten, dann möchte sich z.B. Israel auch nicht dran halten müssen und mißachtet klare Aufforderungen der UNO seit Jahrzehnten; weswegen im übrigen der Konflikt mit den Palästinensern so eskaliert ist. Anderen potentiellen Gewaltanwendern und Terroristen, besonders denen in entrechteten und verzweifelten Situationen zeigt das: nur Gewalt zählt. Die Außenpolitik der USA lehrt: Gewalt lohnt sich. Und nur Gewalt bringt etwas. Die Außenpolitik der USA läuft auf den total Faschismus und das Recht des Stärkeren hinaus. Die Wahrheit ist, daß die USA ständig internationale, vereinbarte Verträge (z.B. unlängst die Vereinbarung von Kyoto) und auch das Völkerrecht ,

diese zentrale zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts, bricht, aushöhlt, undefiniert und mit Füßen tritt. Und zwar nicht nur ausnahmsweise. Das ist die Saat des Schreckens die die USA über Jahrzehnte gesät haben. Und das möchten sie vergessen machen und die Massen-manipulierenden Medien helfen ihnen dabei.

Das ist eine komplette Entwertung von zivilen Problem-Lösungen in Konflikt-Fällen und führt zum Herunterdrücken des Niveaus internationaler Politik auf das Niveau einer HalbstarkeBande die das Faustrecht praktiziert.

Gleichzeitig werden die USA nicht müde, andere Staaten wie unreife Kinder zu behandeln und sie an die Einhaltung des Völkerrechts zu erinnern. Die Gesetze an sie sich selber –Kraft ihrer „moralischen Überlegenheit“- nicht halten müssen, glauben sie von den anderen lautstark einzufordern.

Die USA atmen den Geist eines römischen Imperiums.

Dieser Geist zeigt sich in aller Deutlichkeit auch, wenn man sieht welche humanitären und zivilen Projekte die USA in der nahen Vergangenheit sabotiert haben:

- 1976: den UN-Pakt über wirtschaftliche und soziale Rechte der Menschen,
- 1977: Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1949 die einen erweiterten Schutz für Zivilbevölkerung in Kriegszeiten vorsieht
- 1978: die Menschenrechtskonvention der Organisation Amerikanischer Staaten,
- 1981: die UN-Konvention zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau,
- 1981: die UN Seerechtskonvention (die Zugeständnisse an die international agierende Kriegsmarine waren nicht groß genug)
- 1990: Abkommen zum Schutz von Kindern in Kriegsgebieten. Die UN-Kinderrechtskonvention will die USA nicht, weil das Pentagon 17 Jährige rekrutieren will!
- 1997: hat sich die USA geweigert, das Abkommen über das Verbot von Antipersonenminen zu unterschreiben.
- 1998: hat die USA die Schaffung eines unabhängigen für Kriegsverbrechen und Völkermord zuständigen Internationalen Strafgerichtshof abgelehnt. Die USA sagte: „ Für alle anderen Staaten

braucht man ein Kriegsverbrecher-Tribunal, doch die US-Amerikanische Führung und die US-Soldaten müssen dem Zugriff der neuen Gerichtsbarkeit entzogen werden.“

- Insgesamt hat die USA es scheinbar nicht nötig ihre Schulden bei der UNO zu begleichen
- Im Jugoslawien-Krieg hat die USA die Zuständigkeit der UNO abgelehnt und setzt die NATO ein.
- 1999: hat die USA die Ratifizierung des Atomwaffentestverbot abgelehnt.

Die Liste ist keineswegs vollständig. Aus: Le Monde Diplomatc Dez.1999

Wenn jetzt auch von der Deutschen Regierung von einem „Angriff auf Demokratie und Zivilisation“ geredet wird und von einem „Krieg gegen die Freiheit“, zeigt das nur die abgrundtiefe Ignoranz der Politiker gegenüber den tatsächlichen von dem US-Kapitalismus geschaffenen Verhältnissen. Und es zeigt den immer größer werdenden Graben zwischen der Regierung und dem Volk.

Quellen: LeMonde Diplomatic von Aug. 2000: „Washington stellt sich über Internationales Recht. Das besorgniserregende Konzept vom Schurkenstaat.“ „Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung.“ Noam Chomsky. Europa Verlag. Verantwortlich: Raderberger Friedensinitiative

## Globalsierung und Terrorismus

Was steckt wirklich hinter Anschlägen vom 11.9 und dem Krieg gegen den Terrorismus?

**Die Flugzeug-Anschläge auf das US-Verteidigungsministerium Pentagon und auf das Banken- und Finanzzentrum World Trade Center in New York am 11. September waren einer der ungeheuerlichsten Terrorakte, die die Welt je gesehen hat. Ein Selbstmord-Kommando hatte mit 2 von 4 entführten Passagierflugzeugen auf ein Ziel gesteuert, in dem sich normalerweise pro Tag 100.000 bis 140.000 Menschen aufhalten. Ein Attentat das auf mehreren Ebenen koodiniert und absolut professionell durchgeführt wurde. Wer auch immer die Täter und Hintermänner waren und welche Ziele sie verfolgten, sie haben, -wie die Oklahoma-Bomber-, kein Bekennerschreiben hinterlassen. Außerdem haben bisher unbekannte Börsen – Spekulanten durch diese Katastrophe einen riesigen Extra-Profit ziehen können. Es gab kurz vor den Terror-Anschlägen eine plötzliche und unerklärliche Welle von spekulativem Aktien-Verkäufen, die genau die Aktienen der Versicherungen betrafen, die das WTC versichert haben. Wußten einige reiche Investoren im voraus von der bevorstehenden Katastrophe?**<sup>1</sup>

Direkt nach dem Anschlag in New York und Washington haben sich die Führer einiger westlicher Industrienationen und einiger NATO-Staaten in Brüssel versammelt. Sie haben den sog. „*Bündnisfall*“ ausgerufen, da die USA diesen „*terroristischen Anschlag auf die freie Welt*“ ex cathedra<sup>2</sup> zu einem Krieg erklärt haben. Nun sind die USA und Großbritannien dabei, sich selbst zu verteidigen, indem sie das Armenhaus Afghanistan militärisch überfallen und bombardieren. Der Sohn eines ehemaligen CIA-Chefs und augenblicklicher Präsident des militärisch-industriellen Komplexes<sup>3</sup> der USA, George W. Bush, sagt, er „*will einen breitangelegten und nachhaltigen Krieg gegen den internationalen Terrorismus durchführen*“. Auch Russland hat sich dieser Anti-Terror-Allianz angeschlossen. Die USA, die unbestritten die größten Waffenexporteure der Welt sind, sagen nun, es gehe ihnen darum, den „*Terroristen ihre Zufluchtsstätten zu entfernen, die Systeme, die sie unterstützen, zu entfernen und Staaten, die sie fördern, auszulöschen*.“ Dafür würden „*alle der amerikanischen Regierung zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt*“, so der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul D. Wolfowitz ( in der

Washington Post vom 19.9.01). „*Die USA haben zwar die erste Schlacht im Dritten Weltkrieg verloren*“, aber

<sup>1</sup> Nachzulesen im dem Artikel: „Insiderhandel. In USA laufen Untersuchungen: Wußten Investoren vor den Anschlägen Bescheid?“ von Barry Grey unter [www.wsws.org](http://www.wsws.org) und „Reichstagbrandstiftung in New York“ von Boris Kagarlitzky in Junge Welt vom 24.09.01, Seite 10+11.

<sup>2</sup> Wenn der Papst „ex cathedra“ spricht dann hat er per Definition immer Recht.

<sup>3</sup> Der **militärisch-industrielle Komplex** ist die Bezeichnung für die mit der Waffenindustrie verbundenen und kooperierenden Konzerne in den USA; das sind sehr viele inclusive der Wissenschafts- und Medienbranche. Die Familien Bush und bin Laden sind Teil dieses US militärisch industriellen Komplexes und „haben zusammen eine gut eingeführte Handelsbank, die sich auf die Übernahme von Unternehmen der Verteidigungs und Luftfahrtindustrie spezialisiert hat.“ (Quelle: Wall Street Journal vom 27. September und im Artikel „Tony Blairs Dossier gegen bin Laden: keine Beweise, sondern ein Kriegsvorwand“ bei <http://wsws.org/de/2001/bewe-o08.shtml>).

zugleich sei das auch „*die letzte Schlacht in der Geschichte gewesen, in der lediglich konventionelle Mittel zum Einsatz gekommen sind.*“ Das ist starker Tobak für eine sich für zivil haltende Gesellschaft. Und das klingt sehr nach einer herben Drohung evtl. auch Atombomben, Urangeschosse, biologische Waffen, chemische Waffen oder neu entwickelte Strahlenwaffen anzuwenden.

Nach Auffassung der meisten Völkerrechtler haben sich die USA durch die terroristischen Attentate auf das *Banken- und Finanzzentrum World Trade Center* in New York und das *Pentagon* in Washington keinesfalls einen Blankoscheck zum Töten erworben, auch wenn die Mainstream-Medien und die Mehrzahl der Politiker in den westlichen Regierungen dies glauben machen wollen! Denn der UN-Sicherheitsrat hat zwar in seinen Sitzungen am 12. und 28. September 2001 die „Bedrohung des Weltfriedens“ festgestellt, aber nicht von einem bewaffneten Angriff gesprochen. Nur ein solcher bewaffneter Angriff auf die USA böte eine Legitimation für eine militärische Aktion.<sup>4</sup>

In einer unverantwortlichen Weise hat der deutsche Bundeskanzler der völkerrechtswidrig bombardierenden USA die „*uneingeschränkte Solidarität*“ ausgesprochen. Die wahllose Ermordung von Menschen in Afghanistan soll den deutschen Segen haben!?

Wollen wir etwa den totalen Krieg? Ausgehend von den Katastrophen des 1. und des 2. Weltkriegs haben eine entsetzte und kriegsgeschüttelte Bevölkerung und ihre politischen Stellvertreter vor mehr als 50 Jahren ein weltweit gültiges, vernünftiges und vorausschauendes Recht, das Völkerrecht geschaffen. Diesem hat man eine Institution zur Seite gestellt, die UNO, die im Falle von Konflikten aller Art angerufen werden muss! Hier sind so ungefähr alle Nationen der Erde vertreten, die das Recht haben, in der so genannten Generalversammlung und dem Sicherheitsrat über die Anwendung von Gewalt zu entscheiden. Dieses internationale Recht sieht vor, dass Konfliktfälle aller Art von der UNO gelöst werden und nicht von einer arroganten und hochstapelnden Politikerclique im Alleingang.

Die von der US-Führung zu den Verantwortlichen für den Terroranschlag deklarierten Terroristen und „etwa 60 Länder“, die nun mit Vergeltungsschlägen zu rechnen haben, standen schon wenige Stunden nach dem Anschlag in den USA fest. Bevor also ein unabhängiges Gremium, wie z.B. der UN-Sicherheitsrat, die Beweise gegen bin Laden und sein Umfeld prüfen konnte; bevor also ein Mandat für eine internationale Polizeitruppe zur Ergreifung dieser Leute erteilt wurde, bevor die USA endlich das Statut für die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofes ratifiziert haben, werden in Afghanistan, mit besten High-Tech-Bomben Ruinen und Lehmhütten bombardiert.<sup>5</sup>

Damit nicht genug, bevor also ein rechtsstaatlicher Weg beschritten wurde, stellt Bush, Chef des militärisch-industriellen Komplexes der USA und Freund der US-Waffenindustrie, die Völker dieser Welt auch noch vor ein Ultimatum: „Entweder ihr seid für uns oder ihr seid für die Terroristen und müsst euch mit Tod und Zerstörung abfinden.“ Jede Skepsis am eingeschlagenen Weg der USA soll den Ruch des Terroristischen bekommen. Die Mainstream-Medien helfen dabei, indem sie selektiv informieren, an die niederen Instinkte der Menschen appellieren und eine Stimmung geschaffen haben, die die Akzeptanz von Lynchjustiz begünstigt. Das ist sicher ganz nach dem Geschmack der amerikanischen und internationalen Waffenindustrie, die jetzt Hoch-Konjunktur haben. Diese und andere Großkonzerne besitzen die nötigen Mittel, um die Medien zu beeinflussen und die politische Willensbildung nach ihren Vorstellungen zu gestalten, und sie machen reichlich Gebrauch davon.<sup>6</sup>

Das ausgehungerte und zerbombte Afghanistan wird nun ohne Erstellung eines Haftbefehls gegen bin Laden, ohne Auslieferungsgesuch an die Taliban, ohne überprüfbare Beweise, ohne von der UNO legitimiert worden zu sein, vergewaltigt! Man stelle sich nur den sozialen Schaden vor, der das Verhalten der USA anrichten würde, wenn wir uns dieses auf unseren Alltag übertragen vorstellen. Selbstjustiz an jeder Ecke! Das Recht des Stärkeren als Wesenszug der westlichen Zivilisation! Wollen wir das?

Können wir bei diesen gewaltigen Worten der US-Regierung und den schon durchgeführten Bomben-Anschlägen gegen Afghanistan glauben, dass der Terrorismus durch die US-Führung wirklich bekämpft wird? Oder muss man nicht erwarten, dass wieder nur kleine Fische gefangen, Unschuldige umgebracht, Hass gesät wird und die wahren Hintermänner des Terrorismus beruhigt in ihren Büros sitzen und ihre „Arbeit“ weiter machen?

Kann man die „humanitäre“ Bombardierung der gesamten zivilen Infrastruktur Jugoslawiens 1999 während des Kosovo-Krieges, die Zerstörung von Brücken und Volksvermögen, die Ermordung von ungefähr 5000 Zivilisten und die Schaffung von 100.000 und mehr Flüchtlinge, nicht auch als Terrorismus bezeichnen?

---

4 „Kein Recht zum Krieg! Für einen US-Angriff auf Afghanistan gibt es keine rechtlichen Grundlagen. Auch ein NATO-Bündnisfall liegt nicht vor.“ von Gerd Winter, Professor für öffentliches Recht an der Uni Bremen. (Zu beziehen über [friedens-info@gmx.de](mailto:friedens-info@gmx.de))

5 Andreas Zumach am 1.Okt. 2001 in der taz: „Forderungen gegen den Krieg“

6 Informationen zur aktuellen Entwicklung der Propaganda durch die Medien in: „New Internationalist“ April 2001, Nr.333 „MegalMedia. The Empires of Senseless.“ Websites: [www.newint.org](http://www.newint.org)

Kann man die Ermordung von Kindern, die noch zur Schule gehen und die absichtliche Bombardierung von Flüchtlingslagern ( z.B. 1982 in Shabra und Shatila im Libanon), die permanente Drangsalierung und Tötung von Angehörigen des palästinensischen Volks, die Enteignungen, die Zerstörungen und die Zerschneidungen des palästinensischen Landes nicht auch Terrorismus nennen?

Wie empfinden die irakischen Zivilisten wohl die ständige Bombardierung in den völkerrechtswidrig eingerichteten Flugverbotszonen ? Kann man das nicht auch als Terror bezeichnen? Wie nennt man die absichtsvolle Verseuchung des Irak mit abgereichertem Uran? Wie kann man die Belagerung nennen, die in den letzten 10 Jahren die gesamte Bevölkerung in Hungersnöte getrieben und die zum Sterben von 500.000 Kindern geführt hat? Ist das nicht auch Terrorismus ?

Wie nennt es wohl die iranische Bevölkerung, wenn man eine Regierung vom Ausland her stützt, wie die im Iran, die mehrere Hunderttausende eigener Leute umgebracht hat, die eins der schlimmsten Foltersysteme aufgebaut hat, die hunderte von politisch Andersdenkenden im Ausland terrorisiert und umgebracht hat und die die iranische Wirtschaft komplett ruiniert hat?

Wie kann man es nennen, was in Tschetschenien passierte, als vor laufender Kamera belebte Marktplätze mit Raketen beschossen wurden? 80.000 zivile Tote im 1. Tschetschenien-Krieg und 50.000 und mehr Opfer in der augenblicklichen Situation. Was ist wohl vorgefallen, wenn inzwischen  $\frac{3}{4}$  der Bevölkerung ins Ausland geflüchtet ist, um dem von der russischen Armee organisierten Völkermord zu entgehen?

Wollten die USA und ihre Verbündeten nicht konsequent gegen jede Art von Terror und gegen die Wurzeln des Terrorismus vorgehen? Ist es dabei nicht egal, unter welchem Namen der Terrorismus begangen wird oder welche Rechtfertigung und Legitimation dafür herhalten muss? Ist die High-Tech-Bombardierung von Afghanischen Ruinen und Lehmhütten nicht auch Terrorismus?

Obwohl der Planet von Natur aus reich ist und es genug für jeden gäbe, werden die Dinge durch den globalisierten Kapitalismus so gesteuert, dass alles der Profitmaximierung der Konzerne untergeordnet wird. Die Großkonzerne und der „Markt“ stehen über allem!

Es gibt eine große Zahl von Ländern die ständig feststellen, daß durch den ganz normalen Gang der amerikanischen Geschäftspolitik und der neo-liberalen Globalisierung ihre Interessen nachhaltig und schwer geschädigt werden. Die Führer der westlichen Industrienationen haben in den letzten beiden Jahrzehnten über Vertragswerke die sogenannte „Globalisierung“ -also den Sozialstaat für die Groß- Konzerne- so massiv vorangetrieben, daß die totale Verarmung der Menschen in vielen Teilen der Erde und ungeheuerliche Ungerechtigkeiten darauf folgten. Von den regierungsamtlichen und konzern-treuen Medien wird dies als Naturgesetz gedeutet.

Alle politischen Maßnahmen und Beschlüsse, die die Regierungen der kapitalistischen Welt vor dem Anschlag auf das Banken und Finanzzentrum *World Trade Center* und das *Pentagon* unter dem Banner der neo-liberalen Globalisierung beschlossen hatten, haben nur dazu geführt, dass die Industrieländer und ihre Großkonzerne sich weiter auf Kosten der Ex-Kolonien bereichert und „entwickelt“ haben. Die „Unterentwicklung der 3. Welt“ ist die Folge der Überentwicklung der 1.Welt. „Entwicklung“ in der 3. Welt bedeutet nur die weitergehende Unterwerfung unter die Gesetze des sogenannten *Freihandels* und das Gesetz der Profitmaximierung.

Das hat bereits dazu geführt, dass von 6 Milliarden Menschen 5,5 Milliarden in Armut leben. Die ständige Umverteilung zu Gunsten der Reichen hat in den USA dazu geführt, dass allein das Militär soviel Geld hat, dass lediglich ein Zehntel der jährlichen Militärausgaben des Pentagons ausreichen würde, um in allen Ländern der Welt für ein allgemein zugängliches Sozialgefüge mit Minimal-Standards zu sorgen! (Berechnungen von UNICEF)<sup>7</sup>

Aber auch die Maßnahmen, die jetzt bei der sogenannten Terroristenbekämpfung angewendet werden, gehen von der Logik der Profitmaximierung aus. Die Profitmaximierung für die Geldbeutel der trans-nationalen Konzerne steht über allem. Das werden die Menschen auf Dauer auch nicht in der 1. Welt dulden können. Der Widerstand gegen die Globalisierung wird seit Jahren in der 3. und 1. Welt kontinuierlich phantasievoller und größer und hat seine bisherigen Höhepunkte in den Demonstrationen und Aktionen von Seattle 1999 und Genua 2001 erreicht. In Seattle wurde eine für die Konzerne wichtige und entscheidende WTO (Weltahndelsorganisation) – Vertragsrunde gestoppt und seit den riesigen Protestaktionen in Genua ist den Großkonzernen klar, dass die ungebremst Globalisierung (Bereicherung der Konzerne) so einfach und legal nicht mehr möglich ist. Daher sehen jetzt die Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit eher so aus, als fühle sich die Bundesregierung nicht nur von Terroristen bedroht, sondern auch von heftigen sozialen Konflikten und Auseinandersetzungen im Inneren der BRD. Die westlichen, „demokratischen“ Regierungen nutzen die Gunst der Stunde aus, um die Positionen der Konzerne zu stärken, indem sie unter dem Deckmantel „innere Sicherheit“ die Rechte der Menschen einschränken und beschneiden.

---

<sup>7</sup> siehe 8

Auch ein militärischer Einsatz, ein Krieg führt aus der Logik der Konzerne dazu, dass endlich eine brachliegende Ressource -eine gut gepflegte Armee- genutzt werden kann, z.B. um vorteilhafte *geostrategische Positionen* zu besetzen. Madlaine Albright, frühere Außenministerin der USA, hat einmal gesagt: „Es ist doch schade, wenn man die beste Armee der Welt hat, und man sie nicht benutzen darf.“<sup>8</sup>

Die Anhänger der neo-liberalen Globalisierung wollen, dass sich alles der Logik des Profits unterordnet, ob es sich dabei um Bibliotheken handelt, Wasserrechte, Abflussrohre, Kommunikationsnetze, Teile der Universitäten oder auch Kinderspielplätze, alle gesellschaftlichen Bereiche sollen sich profit-mäßig orientieren, werden modernisiert und „privatisiert“. Aus jedem Lebensbereich müssen nun Gewinne gezogen werden! Wenn nicht, dann hat dieser Lebensbereich keine Daseins-Berechtigung und keine „Entwicklung“! So die perverse Logik des Kapitalismus.

Aus einer solchen Perspektive betrachtet, ist der Einsatz des Militärs für die US-Konzerne eine durchaus notwendige und nützliche Einrichtung: Das US-Kapital kann nun die Tragödie vom 11. Sept. ausnutzen, um geostrategische Pläne in die Tat umsetzen, die schon längere Zeit in ihren Schubladen lagen, die aber nicht verwirklicht werden konnten. Amerikas Träume werden wahr.

*„Der Zusammenbruch der Sowjetunion vor 10 Jahren hat in Zentralasien ein Vakuum hinterlassen. Dieses Gebiet beherbergt die zweitgrößten nachgewiesenen Vorkommen an Erdöl und Erdgas. Die Region um das Kaspische Meer, zu der Afghanistan einen strategischen Zugang eröffnet, enthält schätzungsweise 270 Milliarden Barrel Öl, was rund 20% der weltweit bekannten Reserven entspricht. Diese außerordentlich bedeutsamen, natürlichen Ressourcen liegen in einer sehr instabilen Region der Welt. In dem die USA Afghanistan angreifen, dort ein Marionetten-Regime oder ein Protektorat installieren und umfangreiche Truppen in die Region verlegen, wollen sie neue politische Verhältnisse schaffen, in deren Rahmen sie ihre Dominanz weiter ausbauen können“*<sup>9</sup>

Osama bin Laden und die Terroristen-Bekämpfungen sind nur Vorwände für diese Militäraktion. Die Werkzeuge und Spielzeuge der Globalisierung haben wie alles auf dem „freien Markt“ nur eine Mindesthaltbarkeit. „Wenn der Mohr ausgedient hat, dann kann er gehen.“ Es kann also sein, dass die Mindesthaltbarkeit von Osama bin Laden, ehemaliger Mitarbeiter des CIA, zu Ende gegangen ist und er nun einer anderen Verwendung zugeführt wird. Die USA bauten den Mythos bin Laden als Terroristen nach James Bond -Vorlage auf und verfolgen unter dem Vorwand der Terroristen-Bekämpfung nun ihre eigentlichen geostrategischen Interessen, die ihnen –wenn sie Afghanistan besetzt haben werden- gegenüber ihren potentiellen Konkurrenten Europa, Russland und China Vorteile bringen.

Unter dem Deckmantel der Terroristen-Bekämpfung lassen sich nun vorteilhafte Positionen, die vor dem 11. September politisch nicht möglich waren, mit einer hollywood-haften Inszenierung und einer schlecht informierten westlichen Bevölkerung durchsetzen. Diese konsequent angewendete „Wirtschaftsweise“ des Kapitalismus, basierend auf Gewalt, Verdummung und Raub nennt man im jetzigen kriegerischen Stadium Imperialismus.

Obwohl der Gegenspieler der USA, die ehemalige Sowjetunion, an Kraft verloren hat, haben die USA heute mit Europa und Japan und bald auch mit China eine ungewollte ökonomische und politische Konkurrenz. Die USA verfügen heute nicht mehr über die absolute Macht, die sie vor 40 Jahren einmal inne hatten. Deshalb versuchen sie, ihren politischen Machtverlust und den Ansehensverlust, den sie in den letzten Jahren selbstverschuldet erlitten haben, militärisch auszugleichen. Einerseits wollen sie weiteren politischen Schaden durch Militäreinsätze begrenzen und suchen daher die politische Koalition mit der EU und Russland; das ist der Sinn der *Anti-Terror-Allianz*. Andererseits eifern EU, Russland und China den USA nach, weil sie auch die gleichen ökonomisch vorteilhaften Positionen einnehmen wollen.

So käme uns das Öl mit Sicherheit billiger, wenn wir es direkt bei den rechtmäßigen Eigentümern kaufen würden, anstatt es über den Umweg über die amerikanischen Öl-Konzerne und ihrer Absicherung durch das amerikanische Militär zu besorgen. Aber das sind die Gesetze des Kapitalismus und sie erzeugen damit überall auf der Erde Entrechtung, Groll, Elend, Verzweiflung und Wut unter den Menschen. Das ist wiederum der beste Nährboden für eine gewalt-tätige Reaktion der Armen und Entrechteten. Hier haben wir eine Spielart des vielschichtigen sozialen Phänomens Terrorismus.

Dieser Terrorismus lässt sich langfristig nur durch Maßnahmen eingrenzen, die mehr Gerechtigkeit schaffen, Armut vermindern und den Menschenrechten Geltung verschaffen.

Der Terrorismus ist ein Symptom, wie eine offene soziale Wunde, die immer wieder ausbricht, die geheilt werden muß, egal, ob unschuldige, amerikanische Bürger sterben oder unschuldige, palästinensische oder

<sup>8</sup> in der Wochenzeitung „Freitag“ vom 5. Mai und 8. September 2000, Seite 37.

<sup>9</sup> „Weshalb wir gegen den Krieg in Afghanistan sind.“ Erklärung der 4. Internationale vom 10. Oktober 2001 zu lesen unter: <http://wsws.org/de/2001okt2001/erkl-o10.shtml>



afghanische Menschen dabei zu Schaden kommen. Die Krankheit dazu heißt globalisiertes, kapitalistisches Patriarchat und die Welt-Herrschaft der Konzerne. WIR müssen den reichen und offenbar unter Realitätsverlust leidenden Regierungen und Eliten der Welt begreiflich machen, daß die Beibehaltung ihres Führungs- und Lebensstils und der globalen Ungerechtigkeit nicht nur politische sondern, auch wirtschaftliche, ökologische und soziale Probleme mit sich bringt. Und das an jedem Ort der Erde. Aber solange WIR nicht unterscheiden können zwischen Ideologie zur Erhaltung des kapitalistischen Patriarchats und der Realität, solange WIR die Maßlosigkeit und die Profitmaximierung der Groß-Konzerne als oberste Handlungsmaxime akzeptieren, kann es keine echten Erfolge bei der Bekämpfung des Terrorismus und des Staats-Terrorismus geben. Die Parlamente sind heute zu Spielwiesen der trans-nationalen Konzerne verkommen! Wir brauchen keine neuen Parteien, sondern die größere Eigenverantwortlichkeit jedes Einzelnen und größere Selbstständigkeit der Kommunen! Verteidigt die demokratischen Regeln in Deutschland! Wir brauchen wieder Gemeindehäuser um einen besseren gedanklichen Austausch der Menschen untereinander zu gewährleisten. Die Medien lügen! Bildet Kreise und Großfamilien und schafft euch eure eigenen Medien und Informationsquellen

Berthold Heinrich 14. Oktober 2001 für [Friedensini.Koeln@web.de](mailto:Friedensini.Koeln@web.de)

Website: [kickmeto/frieden.de](http://kickmeto/frieden.de)

## Warnung vor blinder Folgsamkeit

### Von Eckart Spoo

**Wenn die Medien einen Terroranschlag gegen die Mächtigen melden, neige ich aus Erfahrung dazu, die Täter nicht unter denen zu suchen, die von den Mächtigen und ihren Medien sofort der Tat verdächtigt werden.**

Die Anschläge auf den deutschen Kaiser, die den Sozialisten angelastet wurden und die schnelle Verabschiedung der Sozialistengesetze nach sich zogen, waren typische Bismarck-Taten. Daß nicht die Kommunisten, nicht die Antifaschisten 1933 den Reichstag angezündet haben, dürfte sich inzwischen herumgesprochen haben. Und der Terror der sogenannten Roten Brigaden ist auch längst mit dem Ergebnis aufgeklärt, daß die Spuren nicht nach links sondern nach rechts führen. Hunderte Beispiele bestätigen diese Erfahrung, und mir fallen kaum Gegenbeispiele ein. Daß sich der Terror in aller Regel nicht gegen die Mächtigen richtet, sondern von ihnen ausgeht, lehrt uns auch die amerikanische Geschichte. Man denke an einen früheren 11. September, dem des Jahres 1973, als der Präsidentenpalast in Santiago de Chile bombardiert, Präsident Salvador Allende ermordet wurde (der damalige "Sicherheitsberater" Henry Kissinger ließ grüßen) oder an die zahlreichen Versuche des US-Geheimdienstes, Fidel Castro zu ermorden (nachzulesen in den Akten des US-Kongresses, einschließlich der CIA-Geständnisse) oder an die US-Bombenangriffe auf Tripolis oder auf die Pharma-Fabrik im Sudan; mir fallen noch viel folgenschwerere Beispiele ein.

Dennoch wage ich nicht zu denken, die Attentate auf das Welthandelszentrum und das Pentagon könnten von US- amerikanischen Stellen erdacht worden sein (von US-amerikanischen Filmemachern freilich waren sie längst erdacht).

Ich weiß, daß George Bush junior keine Skrupel hat, über Leichen zu gehen; schließlich hat er sich gerade dadurch als Präsidentschaftskandidat aufgebaut, daß er als Gouverneur von Texas hunderte Todesurteile vollstrecken ließ. Sein Vater, der Hauptverantwortliche für den Tod hunderttausender Irakis (der seinen Golfkrieg als Beginn der "neuen Weltordnung" ausrief), hat den jetzigen Präsidenten zweifellos stark geprägt. Aber ich kann und will George Bush junior dieses Verbrechen nicht verdächtigen. Ich kenne keinerlei Beweise gegen ihn. Auch keine Indizien.

Ich kenne aber bisher auch keinen einzigen Beweis gegen Osama bin Laden. Oder gegen ein Mitglied der Taliban-Regierung in Kabul.

Ich schätze Bush wenig, ich schätze die afghanischen Gotteskrieger wenig, die von den USA großzügig

unterstützt, mit Terror Kabul erobert und zerstört haben, mit Terror einen großen Teil Afghanistans beherrschen.

Ich beschuldige sie vieler nachgewiesener Untaten. Aber da es keinen Beweis dafür gibt, daß sie hinter den verbrecherischen Anschlägen vom 11. September 2001 stecken, da keine Anklage gegen sie vorliegt, da sich bisher kein Gericht damit befaßt hat, da kein Schuldspruch ergangen ist, haben sie nach US-amerikanischem und deutschem Recht als unschuldig zu gelten.

»Die Position der USA als einzige Supermacht wird ausgebaut und befestigt«

Das ist die eine Seite. Voller Unklarheiten. Es gibt aber eine andere Seite, auf der sich schon vieles geklärt hat. Wenn wir nämlich einmal die – vorrangige – Frage nach den Tätern beiseite schieben und uns mit der Frage befassen, wer Nutzen aus den Anschlägen zieht, können wir unschwer feststellen: Bushs Umfragewerte sind steil emporgeschnellt, d.h. er hat große Handlungsfreiheit gewonnen; gestiegen sind auch – in einem tiefen Konjunkturtal – die Aktien der Rüstungskonzerne; viele Länder sind unter Druck geraten, ihre Rüstungsprogramme zu erweitern und zu beschleunigen; widerspruchslos erhalten die USA in vielen Ländern Stützpunkte, Überflugrechte und die Ermächtigung zu geheimdienstlichen Aktivitäten; die Position der USA als einzige Supermacht wird ausgebaut und befestigt – ohne Rücksichten auf die Vereinten Nationen und aufs Völkerrecht; Kritik an imperialistischer Globalisierung wird als "anti-amerikanisch" diffamiert, eingeschüchtert, marginalisiert; Militarisierung im Innern vieler Länder beschränkt die Möglichkeiten antikapitalistischer, radikal-demokratischer Opposition.

Wir Deutschen, wir Europäer täten gut daran, uns zu fragen, ob diese Folgen in unserem Interesse sind. Kanzler Schröder verpflichtete sich und uns sofort zu "uneingeschränkter Solidarität". War das klug? Ist Solidarität nicht ein ganz und gar unpassender Begriff für das Verhältnis zu der Supermacht? Manche mitfühlenden Deutschen hängten – zum Zeichen ihrer Solidarität mit den Opfern der Anschläge – das Sternenbanner aus dem Fenster. Aber können wir uns wünschen, daß die US-Fahne nun auch in Zentralasien aufgepflanzt wird, an der Südgrenze Rußlands, an der Westgrenze Chinas?

Wir sollten darauf bedacht sein, uns vor Kollateralschäden möglichst zu bewahren, vor allem vor Schäden an den Grundrechten und der Demokratie. Die sogenannten Anti-Terror-Gesetze, die Ende der 70er Jahre vom Bundestag hopplahopp beschlossen wurden, sind – entgegen den Versprechungen der jetzt regierenden Parteien – im wesentlichen bis heute in Kraft geblieben, wirkungslos gegen Terror, wirkungsvoll gegen Bürgerfreiheiten. Diese Erfahrung sollte uns lehren, weitere Ermächtigungen des Staatssicherheitsapparates zu verweigern. Wenn die Regierenden die Öffentlichkeit hysterisieren, wenn sie Feindbilder produzieren, wenn sie in blinden Aktionismus verfallen oder sich in blinder Gefolgschaft gar aufs Kriegführen einlassen, ist allemal Verweigerung geboten.

aus: Ossietzky 10/2001

Aus:  
Neues Deutschland vom 29.09.01

## **Zwangsjacke ablegen**

Von  
Mohssen Massarrat\*

Die von vielen Kommentatoren und Experten herausgearbeiteten objektiven Ursachen des Terrorismus rechtfertigen weder moralisch noch politisch terroristisches Handeln. Die Verantwortlichen für den terroristischen Angriff auf die USA gehören ohne Wenn und Aber vor einem internationalen Gericht zur Rechenschaft gezogen.

Dieses Ziel darf allerdings nur mit nichtmilitärischen Mitteln verfolgt werden. Ein Krieg gegen die Taleban mit Hilfe Pakistans könnte einen Flächenbrand auslösen, der den ohnehin brüchigen pakistanischen Staat weiter destabilisieren, die auch dort existierenden Fundamentalisten stärken und viele andere Staaten, insbesondere Saudi-Arabien erfassen könnte. Ein durch die USA bzw. die NATO unterstützter Krieg der afghanischen Nordallianz, als Bodentruppe der US-Luftwaffe gegen die Taleban, dürfte den über eineinhalb Jahrzehnte

andauernden innerafghanischen Bürgerkrieg nur noch verlängern und der geschundenen Zivilbevölkerung weitere Opfer hinzufügen. Was aber, wenn man so der Täter nicht habhaft werden könnte? Sollten wir dann zuschauen, wie die Terroristen ungestraft und in Ruhe weitere Anschläge planen? Gerechtigkeit durch Strafe ist sicherlich wichtig. Viel wichtiger ist jedoch, auf welche Weise die moralische Legitimation des internationalen Terrorismus am schnellsten, am wirksamsten und ohne Schaden für die Zivilbevölkerung erschüttert und dessen harter Kern isoliert werden kann.

Dieses übergeordnete Ziel kann, so unwahrscheinlich es auf den ersten Blick erscheinen mag, am besten durch den freiwilligen Verzicht auf Krieg und durch die moralische Begründung dieses Verzichts mit Respekt vor dem Leben der Zivilbevölkerung, mit Verweis auf die Unteilbarkeit der Menschenwürde und mit Trauer um die Opfer der Gewalt erreicht werden.

Das mag zunächst den harten Kern der Terroristen unbeeindruckt lassen, von diesen gar als Schwäche des Westens aufgefasst und auch als Sieg gefeiert werden. Wie aber würden die antiwestlich eingestellten Milliarden von Menschen in der islamischen Welt und in der Dritten Welt insgesamt, aus deren Mitte gegenwärtig die nächsten Terroristengenerationen im Begriff sind hervorzugehen, auf diese Friedensbotschaft der Amerikaner und des Westens reagieren?

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass sie dieser Botschaft Respekt zollen und daraus auch für ihre eigene Zukunft Hoffnung schöpfen würden. Damit erschiene weltweit eine neuartige moralische Koalition gegen den Terrorismus und die Gewalt als eine nachhaltig wirkende, und – im Gegensatz zu einer Koalition von halbherzig die Kriegsstrategie der USA mittragenden Regierungen – unvergleichbar stärkere Alternative, die Milliarden Menschen mit Herz und Seele mittragen könnten.

Die Friedensbotschaft dürfte selbst beim harten terroristischen Kern ihre Wirkung nicht verfehlen, das antiwestliche Feindbild würde anfangen zu bröckeln, Selbstzweifel und eine Abkehr vom Terrorismus dürften auch bei ihnen nicht ausbleiben. Somit lautete die zentrale politische Frage:

Ist die US-Regierung, sind die NATO- Staaten selbst wirklich zivilisiert und verfügen sie über die moralisch-zivilisatorische Größe und Fähigkeit für diese richtungweisende Friedensbotschaft?

Mittel- und langfristig müsste dieses erste Signal allerdings mit umfassenden Reformen der Weltwirtschaft untermauert werden. Den egoistischen und offenbar unter Realitätsverlust leidenden reichen Eliten der Welt wäre begreiflich zu machen, dass die Beibehaltung ihres Lebensstils und der globalen Ungerechtigkeiten nicht nur ökologische, sondern auch soziale und politische Katastrophen heraufbeschwört, und dass im eigenen Interesse eine Wende in den globalen Beziehungen auf der politischen Agenda steht.

Die USA und andere Großmächte müssten umgehend ihre Destabilisierungs- und Konflikteskalationspolitik in der ganzen Welt aufgeben, die israelische Besetzung Palästinas muss beendet und ein dauerhafter Frieden im Nahen Osten hergestellt werden. Langfristig müsste die Globalisierung im Sinne des Abbaus der ungerechten Reichtums- und Machtverteilung in der Welt unter Beteiligung der Zivilgesellschaft reguliert und gestaltet werden.

Dabei fällt Europa eine historische Vorreiterrolle zu, die allerdings voraussetzt, sich nicht länger hinter der Nah- und Mittelostpolitik der USA zu verstecken. Reformkräfte in Europa müssten erkennen, dass ein dauerhafter Frieden im Nahen und Mittleren Osten, eine nachhaltige Energieversorgung Europas, die bisher durch die USA torpedierte Klimapolitik und europäische Nahost-, Außen- und Friedenspolitik miteinander in einem inneren Zusammenhang stehen, und dass sie – um aus dieser Erkenntnis für Europa eine selbständige Handlungsperspektive zu entwickeln – zuallererst die US-amerikanische Zwangsjacke abzulegen hätten.

Der Autor ist Professor für Politologie an der  
Universität Osnabrück

oo

## **Bedeutende Ernte**

von

Hermann L. Gremliza:

Redaktionsschluß dieser Ausgabe war Montag, der 10. September. Am Tag drauf flogen zwei entführte Passagierflugzeuge in die Türme des World Trade Center, ein drittes stürzte auf das Pentagon. Die Druckerei gab der Redaktion ein paar Stunden Zeit für eine erste Stellungnahme.

»Terror ist die Waffe der Schwachen und Bösen.« Ronald Reagan

**George W. Bush, gestern früh, vertrat die Zustände, die er zu vertreten hat, angemessen. Verdattert, verängstigt, verschwitzt, stotternd aus immer noch großer Klappe: Wir werden das nicht hinnehmen, wir werden die Schuldigen jagen, wir werden alles tun, was ... Ja, was denn? Eine Atombombe über Afghanistan abwerfen oder auf Bagdad? Und dann? Oder, weil die Täter vielleicht doch amerikanische Arischlöcher waren, auf Detroit, Michigan? Ach, hätte man des Präsidenten weltraumgestützte Raketenabwehr schon gehabt! Nur um zu erleben, daß sie zum Schutz des Landes so nütze ist wie ein Loch im Kopf oder zwei im World Trade Center.**

Auch Essential Harvest, die lyrische Kommißkopfgeburt zur Bezeichnung des Deals mit ihren Jungs von der UCK, ist kein schlechter Titel für das, was den USA geschah. Sie haben geerntet, was sie gesät haben, mehr als ein halbes Jahrhundert lang. Wer wäre verantwortlich für den Zustand der Welt und was auf ihr möglich ist, wenn nicht die Macht, die sie zugerichtet hat? Die seit 1945 die mächtigste war und seit zehn Jahren sich für allmächtig halten durfte?

Daß die Allmacht eine Phantasie war und ihre Macht nur so lange sicher, wie die Sowjetunion sie als ihr einziger, zuverlässig schwächerer Widerpart verbürgte, bekommen die Vereinigten Staaten von Amerika seit Breshnews Ende mit immer fürchterlicheren Schlägen eingebleut. Ami allein zu Haus: Die USA sind der am meisten gefürchtete, noch mehr gehaßte Staat der Erde - seine wenigen sogenannten Freunde sind seine innigsten Feinde. Heute morgen waren im Radio die Kondolenzen des Kanzlers, des Außenministers, der Fraktionsvorsitzenden zu hören. Krokodile, sagt die Legende, weinen, um ihre Mahlzeiten anzulocken, wie kleine Kinder.

Schmeichler sind schlechter Umgang, sie führen zu Selbstzufriedenheit und Verblödung, im persönlichen Leben wie im Leben von Staaten. In Washington werden viele wichtige deutsche Zeitungen ausgewertet, gewiß auch die »Zeit«, von deren gräflicher Herausgeberin man die Welt kennenlernen kann: »Kein Grund zum Schwarzsehen/ Seit 1989 dominieren friedliche Entwicklungen die Weltpolitik«. Das war 1996. Ob sich der Schnipsel in den Ruinen des Pentagon wiederfindet? Diesen hier, aus KONKRET vom Mai 1986, findet man dort nicht:

\*\*\*

Dies zu den Ursachen des Terrorismus, nach denen so umständlich an den falschen Orten gesucht wird: Völker, die nur eines satt haben, nämlich ihr Leben und ihre Würde an den Märkten der Aktien und Aktionen abbröckeln, glattstellen oder mitnehmen zu lassen. Die sich wehren, ohne den anerkannten Regeln zivilisierten Totschießens, Verstümmelns und Verbrennens zu folgen, welche den libyschen Botschafter zwingen, im State Department eine Kriegserklärung zu überreichen und zehn Minuten später Tripolis als Sandwolke auf Kairo zutreiben zu sehen.

Wie Hochverrat eine Frage des Datums, ist Terror eine der Geographie. Weder Heimtücke noch die Unschuld der Opfer unterscheiden die »Hydra des Terrorismus« (Kohl) von den ordentlichen Kriegen, deren Orden noch getragen werden: vom sechshunderttausendfachen Hungertod in Leningrad, von Hiroshima und Nagasaki, von My Lai.

Nein, es geht ihnen (den USA) gar nicht gut. Die Völker, die einst den amerikanischen Traum zu finanzieren hatten, wollen oder können nicht mehr, die eigene Ökonomie bietet selbst im Aufschwung Millionen nur noch die Chance, Tellerwäscher zu werden, Mittel für Investitionen in neue Technik müssen bei den Verbündeten gepumpt werden, die aber immer mürrischer reagieren, weil es nach Enteignung zu riechen beginnt.

Und so findet sich die Weltmacht Nr. 1 plötzlich umgeben von einer Welt hassender Feinde und zögerlicher Freunde, nur Gott ist noch mit ihr, weil er so schnell aus seinem Vertrag mit Warner Bros. nicht rauskommt.

Der Krieg der Schwachen, den die Hersteller von Atomraketen und binären Giftgasen ... »Terrorismus« nennen, hat erst begonnen. Er ist so schrecklich wie jeder Krieg. Warum aber die Geschäftsleute und Touristen in einer TWA-Maschine den Status des Kombattanten weniger verdienen sollen als ein Bauer in Nicaragua oder ein Kind in Haiphong, brennend im Napalm-Regen, will ich nicht einsehen.

\*\*

Und nicht diesen Schnipsel, vom Februar 1991, anlässlich des Golfkriegs:

Den Völkern der Dritten Welt und ihren Führern ist die Fähigkeit, Politik zu machen, enteignet worden: zu optieren zwischen zwei Weltmächten, zu wählen zwischen zwei Übeln, einem großen und einem größeren vielleicht nur, einen Preis für die eigene schwache Stimme auszuhandeln. Größer waren ihre Chancen nie, und wenn sie größere suchten, ausbrachen aus der politischen Kleinhandelszone, endeten sie als Idi Amin und Pol Pots. Erst Gorbatschows Politik hat sie alle miteinander dem Diktat des einen kapitalistischen Imperiums ausgeliefert, das sie nur noch anbetteln können oder mit selbstmörderischem Terror herausfordern.

\*\*

Erst recht nicht diesen, vom Juni 1995, als die Terroristen weiße Amerikaner waren: Die Nachricht aus Oklahoma City fand alle Hörer überzeugt, daß ein Kommando aus einem Staat der Dritten Welt den Anschlag verübt habe. Der Reflex war Resultat nicht nur langjähriger Propaganda betr. »internationaler Terrorismus«, sondern des unbestimmten und doch nicht unberechtigten Gefühls, daß der Einrichtung der One World viele Anschläge auf World Trade Center folgen werden. Es waren Amerikaner ... Auch die Erste Welt, die Siegerin aller bisherigen Geschichte, ist ihre Verliererin. Mit der globalen Konkurrenz kam ihr zugleich die Nötigung abhanden, die eigene Gesellschaft sozial einigermaßen erträglich zu gestalten, und so ging mit der realsozialistischen Epoche auch die sozialdemokratische dahin.

Täglich nun erzählt zu kriegen, daß man Sieger der Weltgeschichte sei, und täglich zu erleben, daß der Sieger ein armer Arsch ist, dem die Regierung wieder eine Hilfe streicht und wieder eine Vorschrift macht, kann einen kleinen Mann aus dem großen weißen Herrenvolk schon sehr verletzen. So sehr, daß er zu den Milizionären von Michigan geht, die - laß dich überraschen! - »gegen die neue Weltordnung« kämpfen.

Im März 1998 schließlich hätten die Amerikaner dies lernen können:

Der Erste Kalte Krieg hat vierzig Jahre gedauert. Er endete mit der Kapitulation der Sowjetunion. Der Zweite Kalte Krieg dauert erst sieben Jahre, und bevor die Welt so recht weiß, daß er geführt wird und von wem, ist er schon entschieden: gegen die USA. Wie konnte den USA dieser tiefe Fall geschehen? Sie waren zu lange unbestrittene Vormacht der einen, guten Hälfte der Welt im Kampf gegen das Reich des Bösen gewesen, als daß sie sich hätten bewußt bleiben können, wie sehr ihre Rolle an die Existenz dieses Feindes geknüpft war, und daß die Macht, die aus den atomaren Abschlußrampen kam, mit dem Feind dahinschwinden würde. In der »neuen Weltordnung« zählen Beziehungen, Waren und Währungen. Als Führungsmacht hatten die Amerikaner sich weltweit unbeliebt gemacht, aus respektablen Gründen mitunter: durch ihren Einsatz für Israel bei den Arabern, aus weniger ansehnlichen Gründen zumeist: in Nicaragua, Chile, Kuba, Vietnam usw.

\*\*

Als in New York und in Washington die Trümmer des World Trade Centers und des Pentagon Tausende erschlugen, ließ in London Tony Blair den Luftraum sperren und in Berlin sein Genosse Schröder die Pan zerglassscheiben des Kanzleramts hochfahren. Aus Feigheit? Aus Dummheit? Beides möglich. Wahrscheinlicher aber die Absicht, die armen Amis glauben zu machen, daß die vermuteten islamischen Terroristen auch die Deutschen bedrohen, daß der Amerikaner Feinde auch die Feinde ihrer Freunde sind. Und nicht ihre klammheimlichen Helfer

Aus: konkret - Zeitschrift für Politik & Kultur - 09.10.2001

## Reichstagsbrandstiftung in New York

Von Boris Kagarlitzky

**Die Terrorattacke vom 11. September ist bereits mit Pearl Harbor und dem Untergang des U-Bootes Kursk verglichen worden. Michail Gorbatschow erblickte eine Ähnlichkeit mit Tschernobyl - der womöglich präziseste Vergleich, wenn man die Erschütterung und Schande in Betracht zieht, welche die US-Regierung erleben mußte. Dort wie hier offenbarten sich erst Inkompetenz sowie Hilflosigkeit und dann - verzweifelte Versuche, »die Ehre zu retten«. Es gibt allerdings einen anderen Vergleich: die Reichstags-brandstiftung.**

## **Die antiarabische und antimuslimische Hysterie, die nach dem Desaster weltweit um sich greift, legt es nahe, Parallelen zu den 30er Jahren herzustellen**

Die US-Behörden fingen sofort an, nach Schuldigen ausgerechnet unter den Arabern zu suchen, bin Laden ist praktisch zeitgleich mit der Katastrophe beim Namen genannt worden, während andere Versionen fast ungeprüft blieben.

In den ersten Minuten hegte wohl kaum jemand ernsthafte Zweifel an der »arabischen« Herkunft der Anschläge (der Autor dieser Zeilen war keine Ausnahme). Doch mit den sich mehrenden Beweisen und Argumenten, die die »arabische« Version untermauern sollen, nehmen die Zweifel zu. Der Moskauer Politologe Wjatscheslaw Nikonow bemerkte in einem TV-Kommentar, daß die Schuldigen entweder gefunden oder ernannt werden. Und fügte zynisch hinzu: Für Rußland wäre es von Vorteil, wenn das die Taliban und bin Laden sein werden.

### **Bin Laden, ein US-Mythos**

Die weitere Entwicklung entsprach genau diesem Szenario. Man fahndete nach Arabern mit Pilotenausbildung - in der festen Überzeugung, daß kein anderer Mensch zu einem solchen Attentat fähig wäre. Auf der Verdachtsliste standen auch jene Piloten, die nur winzige Sportmaschinen fliegen konnten, - einfach weil sie Araber waren. Es fanden sich unzählige Indizien, und die Presse meldete unwiderlegbare Beweise an. Zweifel aber sind geblieben: Die superprofessionellen Terroristen begingen elementare Fehler und hinterließen Berge von Spuren, wie etwa eine Kreditkarte, mit der all ihre Tickets bezahlt worden sind.

Es ist allgemein bekannt, daß terroristische Organisationen der Islamisten von westlichen Geheimdiensten nicht nur sorgfältig observiert werden, sondern von der saudischen Aufklärung auch noch durch und durch infiltriert sind. Die vermeintlichen Selbstmordpiloten waren laut offizieller Version Saudis. Es ist wenig wahrscheinlich, daß die mit der CIA eng verbundene saudische Aufklärung die Planung einer großen Operation gegen die USA unter ihrer Nase zugelassen hätte.

Zwei Tage später war bekannt geworden, daß mindestens zwei der nach Pressedarstellung unwiderlegbar überführten Terroristen nicht an Bord des Flugzeuges gewesen sind. Und der Dritte verstand es allem Anschein nach nicht, eine Boeing zu fliegen. Doch das hat die »arabische Version« nicht ernsthaft erschüttert. Man denkt da an jenen Menschen, der unter der Laterne nach dem verlorenen Schlüssel sucht, weil es dort heller ist. Man sollte dem Moskauer Talkshowmaster Alexander Gordon recht geben, der in zwei russischen Fernsehkanälen die Vermutung geäußert hat, daß hinter den Verbrechen nicht die Islamisten, sondern jene Gruppen ultrarechter »Milizen« stehen könnten, die die Explosion in Oklahoma City organisiert haben. Einige amerikanische Websites weisen auf eine ähnliche Handschrift hin (bis hin zur Weigerung, die Verantwortung für den Anschlag zu übernehmen).

Die Reaktion von bin Laden ist auf ihre Weise bezeichnend. Er billigte den Terroranschlag, wies aber die »Autorenrechte« von sich und machte keinen Hehl aus seinem Neid gegenüber den Organisatoren. Es wäre allerdings falsch, New York nur als Fortsetzung der Explosion in Oklahoma zu betrachten. Die Dimension der Aktion ist unvergleichbar. Eine Dimension, die weder bin Laden noch den ultrarechten Milizen zuzumuten ist.

Die Analyse der Geschehnisse macht deutlich, daß die einzelnen Elemente der Terroroperation, etwa die Einschleusung von Messern, der Einbruch ins Cockpit usw., zwar recht einfach zu realisieren waren, doch die gegenseitige Abstimmung und Koordination der Handlungen, die oft in verschiedenen Teilen des Landes zu machen waren, ist ein ungemein schwieriges Unterfangen.

Die Operation des 11. Septembers erforderte gigantische Bemühungen im Management und der Kontrolle, also logistics, fine tuning, wie die Amerikaner sagen. Und eben das verweist nicht auf arabische Terroristen. Der Vorteil des islamischen Terrorismus liegt in dessen simpler Organisation, seine unbesiegbaren Elemente sind Spontaneität und Unberechenbarkeit. Alle Gruppen agieren autonom. Selbst die Zerschlagung der Kommandozentralen beeinflußt die Gesamtsituation in keiner Weise, denn jeder Kämpfer Allahs kann auf sich allein gestellt handlungsfähig bleiben.

Das, was sich am 11. September ereignet hat, ähnelt weniger dem arabischen Terrorismus, sondern eher den amerikanischen Vorstellungen über denselben. Bin Laden ist ohnehin ein amerikanischer Mythos - diese Person gibt es zwar, doch sie ist bei weitem nicht so einflußreich und machtvoll, wie es dargestellt wird. Die Amerikaner haben eine globale kriminelle Organisation mit einer zentralisierten Leitung und dem Chefschurken erfunden, der alle Fäden aus einem geheimen Verlies wie in James-Bond-Filmen zieht.

Bin Laden ist in der Tat kein Organisator, sondern der Generalsponsor des Terrorismus. Er gibt das Geld für die Unterstützung von Terrorbrigaden aus, die relativ selbständig in verschiedenen Teilen der Welt operieren.

## **Handschrift eines All-Star-Teams**

Die Aktion am 11. September wurde auf mehreren Ebenen koordiniert und makellos durchgeführt. Drei von den vier gekidnappten Jets haben ihre Ziele getroffen. Eingedenk des Ausmaßes der Operation ist das eine selten anzutreffende Effizienz – selbst für professionelle Sonderdienste. Dafür braucht man nicht einfach Profis, sondern ein All-Star- Team. Man wird erst nach einer langen Karriere zum Profi einer solchen Ebene. Niemand kann es schaffen, Erfahrungen im Terror zu sammeln, ohne in Erscheinung getreten zu sein. Und hier geht es doch um eine komplette Struktur.

Andererseits werden falsche Indizien ins Spiel gebracht, die die Fahnder in eine Sackgasse führen, aber ganz offensichtlich auf eine »arabische Spur« hinweisen. Die Verantwortung für die Anschläge wird nicht übernommen. Woran erinnert das? So agieren Sonderdienste und - manchmal - radikale rechte Organisationen.

Einige Kommentatoren haben bereits bemerkt, daß eine derart komplizierte Attacke, wie am 11. September, die Möglichkeiten der Terroristen überfordern würde. Nur einer (oder mehrere) Sonderdienste wären dazu fähig. Aber das Problem liegt ja darin, daß kein einziger Geheimdienst eine ähnliche Operation verwirklichen konnte. Dieser Terroranschlag bedurfte einer sorgfältigen Planung, es sollte eine Unzahl Menschen geworben werden, die dann (wären es Ausländer) über die Grenzen einzuschleusen wären. Die Ausmaße der Operation, ob durch Terroristen oder Geheimdienstler realisiert, hätten früher oder später zu einem Fehler und die ganze Kette zu Bruch führen müssen.

Der Schlag war so ungeheuer geworden, weil man ihn so nicht erwartet hat. Doch was hat das zu bedeuten? Die Massenmedien und auch die US-Filmindustrie sprechen schon seit längerem von der Gefahr des islamischen Terrorismus, aber der reale Schlag trug eine überraschende Form und kam aus einer Richtung, die man nicht vermutet hatte. Ein Spruch besagt, Armeen bereiten sich immer auf einen früheren Krieg vor. Das muß so nicht immer zutreffen. In diesem Fall geht es jedoch nicht um einen anderen Krieg, sondern um einen anderen Gegner.

## **Luftangriff wie auf Bagdad**

Es scheint, daß die Operation von Leuten vorbereitet wurde, die nicht nur Freizügigkeit innerhalb des Landes besaßen, sondern auch außerhalb jedes Verdachts standen. Sollten das Profis sein, dann haben sie ihre Erfahrungen nicht im terroristischen Untergrund gesammelt.

Aber auch nicht in den Geheimdiensten. Bush war es vielleicht nicht bewußt, wie recht er mit seiner Feststellung behielt, die Ereignisse des 11. Septembers wären gleich Krieg. Es geht weder um eine Sonderoperation noch um einen Terroranschlag, es geht vielmehr um einen gut geplanten militärischen Luftangriff.

Ein solches Fach wird in den Aufklärungsakademien und Freischärlerlagern nicht gelehrt. Dort kann man durchaus eine Pilotenausbildung erhalten, aber wo lernt man die Planung militärischer Luftoperationen? Die Luftattacke ist nach denselben Regeln erfolgt wie die amerikanischen Bombardements von Bagdad und Belgrad. Dieselbe sorgfältige Zielauswahl, die gleichen punktuellen Schläge. Die Ziele sind politisch und nach symbolischer Wichtigkeit bestimmt worden. Die Terroristen hatten nicht vor, das Land zu zerstören, sonst wären die Flugzeuge nicht auf Pentagon und World Trade Center abgestürzt, sondern auf nukleare Objekte. Dann ginge es nicht um Tausende, sondern um Millionen Opfer.

Der Luftangriff wurde nach einigen Angaben durch elektronische Attacken gegen Luftabwehrsysteme begleitet, wie es während der letzten Kriege üblich war. Weder die irakische noch die iranische Aufklärung wären dazu imstande gewesen. Was die Ideologen der tschetschenischen Islamisten auch schreiben mögen, die Russen oder Israelis würden die USA schlecht in die Luft jagen wollen.

Unmöglich ist auch die Vermutung, daß die US- Sonderdienste dermaßen verrückt gespielt hätten, um mit den eigenen Händen das Heimatland zu sprengen.

Es waren also keine Terroristen und keine Geheimdienste, wer oder was dann?

Die Attacke gegen New York und Washington ist allem Anschein nach aus dem Inneren des eigenen Landes vorbereitet worden. Und zwar durch Bürger, die militärisch erfahren genug, aber abhold jeden Verdachts waren. Das konnten ehemalige Militärs sein, wahrscheinlich mit einer verdienstvollen Vita und guten Seilschaften in Geheimdiensten und Armee. Sie könnten nach Bedarf »Personen arabischer Nationalität« ohne deren Wissen ausnützen. Im letzten Fall zwingen sich Parallelen auf zwischen diesen Ereignissen in Amerika und den Wohnhauser Explosionen in Moskau 1999. Die Hitleristen haben schließlich auch Kommunisten als Brandstifter des Reichstags aufgeboden.

Mit anderen Worten: Es kann also nicht nur um ultrarechte »Volksmilizen« gehen, sondern um eine Verschwörung von ganz anderer Dimension, mit derselben Ideologie, doch mit völlig anderen Potenzen. Sollte es

wirklich so gewesen sein, dann ist das Geschehene erst der Anfang. Die Haßwelle gegenüber Moslems und Immigranten, neue Bombardements im Nahen Osten und - schließlich – die Wiederherstellung westlich-christlicher Zivilisationswerte, die durch alle möglichen Liberalen unterminiert wurden. Eine Verschwörungstheorie mehr? Aber Terrorakte sind ohne Verschwörung undenkbar, insbesondere jene solcher Dimension.

Mit der »arabischen« Version lassen sich überdies die Meldungen über Broker nicht vereinbaren, die kurz vor der Attacke Aktien der mit dem WTC arbeitenden Versicherungsgesellschaften verkauft haben sollen. Diese Tatsachen sollen erst geprüft werden: Sollten sie sich bestätigen, so hieße es, daß offenbar jemand über wertvolle Insider-Informationen verfügt hatte. Und dieser Jemand dürfte mit den Islamisten nichts gemein haben.

### **Erst Strafe, dann Verbrechen?**

Wer auch immer hinter den Anschlägen in Washington und New York gestanden haben soll, in Rußland und Israel haben sie die Rolle des neuen Reichstagsbrandstifters bereits gespielt. Die äußere Rechte und Verfechter »westlicher Zivilisationswerte« riefen unisono zur Vergeltung auf. Ein vielstimmiger Chor tönt: Muslime sind Barbaren, Untermenschen, mit denen keine Verhandlungen möglich sind. Sie seien anders als wir und unsere Kriterien von Demokratie und Persönlichkeitsrecht gelten nicht mehr im Umgang mit ihnen. »Keine Angst vor unpopulären Maßnahmen«, hört man sagen. »Laßt uns durch demokratische Formalitäten nicht binden«, fügen andere hinzu.

Hinter Allgemeinplätzen steht konkreter Sinn. Das Minimalprogramm: Verhaftungen ohne Order, Massenabschiebungen, reihenweise Durchsuchungen. Das Maximalprogramm: Genozid. Ein Moskauer Politologe mit dem programmatischen Familiennamen Satanowski ruft vom TV-Bildschirm dazu auf, was Präsident Putin einmal vorgeschlagen hatte: abknallen, umlegen. Massive Repressionen würden natürlich zum massiven Widerstand führen und die Feinde vermehren. Ist das etwa jenen nicht klar, die uns heute mit der muslimischen Bedrohung einschüchtern? Doch, das verstehen sie sehr wohl. Nur sie glauben schlicht und einfach an eine Endlösung. Wenn nicht im Weltmaßstab, so wenigstens auf einem begrenzten Areal.

Die US-Administration meinte es sicher nicht ganz ernst mit ihrer Erklärung, sie hätte Schuldbeweise betreffend bin Laden. Seine Schuld kann nur vor einem Gericht nachgewiesen werden. Dafür würde man mindestens ein Jahr brauchen, selbst wenn die Terroristen erfolgreich entlarvt und gefangen werden sollten.

Um einen US-Bürger zu überführen, der einen Hamburger im McDonald's gestohlen hatte, soll eine Ermittlung durchgeführt, der Schuldige gefaßt und ein Verdikt der Geschworenen erzielt werden. Die amerikanischen Behörden wollen die Schuld eines ganzen Staates, Afghanistans, binnen weniger Tage ohne jede Gerichtsverhandlung beweisen. Aus den USA kommen Meldungen über Angriffe gegen islamische Zentren und Moscheen. Es ist ganz klar, daß die Muslime die bevorstehenden Bombardements und Offensiven mit Terror beantworten werden. Damit würden die erforderlichen Beweise erbracht. Ähnlich wie im Fall Milosevic: Er hatte zweifelsfrei Kriegsverbrechen begangen, doch alle ihm in Den Haag inkriminierten Tatsachen betreffen die Zeit nach dem Beginn der US-Bombenangriffe in Serbien. Das heißt also: Erst Strafe, dann Verbrechen, dann wieder Strafe. Auf diese Weise legt heute unsere »christliche Zivilisation« die Gerechtigkeit aus!

Der Faschismus des 20. Jahrhunderts kam im Ergebnis des wirtschaftlichen Zusammenbruchs von 1929-32 an die Macht. Das war ein in Militäruniform eingekleideter Faschismus. Die heutige Zeit ist eine andere. Die gegenwärtige Krise wird bereits als Wiederholung der großen Depression bezeichnet. Der jetzige Faschismus ist mannigfaltig und präventiv. Er greift von verschiedenen Seiten an und paßt sich mal dem Markenanzug eines respektablen Politikers, mal dem Cut kahlköpfiger Pogromaktivisten an. Er beginnt zu handeln, ohne die volle Entfaltung der Krise abzuwarten. Sie sind noch gar nicht an der Macht, aber der Reichstag steht schon in Flammen.

Aus Junge Welt:

## **J u r i s t i s c h e s**

### **Kein Recht zum Krieg**



## Für einen US-Angriff auf Afghanistan gibt es keine juristische Grundlage. Auch der Nato-Bündnisfall liegt nicht vor

von GERD WINTER

**Dies scheint die Stunde der Militärstrategen. Doch ist völkerrechtlich nicht alles erlaubt, was effektiv erscheint. Denn das Recht ist auf längere Dauer eingestellt, und das gegenwärtige Terrorismusproblem darf die große Errungenschaft der UN-Charta nicht zunichte machen: das Verbot zwischenstaatlicher Gewaltanwendung.**

Erlaubt ist nur die individuelle und kollektive Selbstverteidigung gegen den bewaffneten Angriff eines Staates nach Artikel 51 der UN-Charta (siehe Kasten am Ende des Artikels). Manche Völkerrechtler halten diesen Fall für bereits gegeben und mahnen lediglich das Verhältnismäßigkeitsgebot an, das zum Beispiel bloße Racheakte ausschließt. Was erforderlich sei, um Terrorakte zu verhindern, sei zulässig - einschließlich militärischer Einsätze gegen Staaten wie Afghanistan.

Die Vertreter dieser Auffassung sehen sich durch die Resolution des UN-Sicherheitsrats vom 12. September bestätigt. Eine genauere Lektüre kommt dagegen zu einem anderen Ergebnis. In der genannten Resolution hat der Sicherheitsrat zwar eine Bedrohung des Weltfriedens konstatiert, nicht aber einen bewaffneten Angriff, der allein Auslöser des Rechts auf militärische Selbstverteidigung sein könnte. Hinsichtlich des Rechts zur Selbstverteidigung hat das Gremium nur abstrakt anerkannt, dass Artikel 51 der UN-Charta dieses Recht vorsehe - nicht aber, dass die Voraussetzungen etwa in Bezug auf Afghanistan eingetreten seien.

### Kein Vergleich zu Kuwait

Ebenso verhält es sich mit der neuen Resolution vom 28. September. Sie stellt ebenfalls die Bedrohung des Friedens, nicht einen bewaffneten Angriff fest. Die Bedeutung dieses Textes liegt gerade darin, dass er die nichtmilitärischen Zwangsmaßnahmen effektiviert und von kriegerischen Maßnahmen absieht. Man halte ihm die Resolution von 1990 zur irakischen Invasion in Kuwait gegenüber: Damals stellte der Sicherheitsrat einen bewaffneten Angriff fest und bestätigte das Recht Kuwaits zur Selbstverteidigung.

Nun ist der Selbstverteidigungsfall allerdings nicht von einer Feststellung durch den Sicherheitsrat ab

hängig. Er ergibt sich aus der objektiven Lage. Man muss also nach einer allgemeingültigen Bedeutung des Ausdrucks "bewaffneter Angriff" fragen. Der Internationale Gerichtshof legte ihn im Nicaragua-Fall 1986 ausgedehnt aus. Damals erklärten die Richter, Ausrüstung und Ausbildung der von Honduras aus operierenden Contras durch die USA stellten einen bewaffneten Angriff dar. Diese ausdehnende Auslegung war aber keineswegs konturenlos: Die bloße logistische und finanzielle Unterstützung bewaffneter Gruppen, so die Richter, stelle noch keinen Angriff dar.

Damit die Anschläge in den USA als afghanischer Angriff angesehen werden könnten, müssten die Terrorpiloten demnach von Afghanistan ausgerüstet, ausgebildet und entsandt worden sein. Selbst wenn die Attacken nachweisbar von Bin Laden gesteuert und finanziert worden sind, wäre noch zu beweisen, dass die Regierung aktiv und nicht nur durch Duldung mitgewirkt hat. Offenbar fällt dieser Nachweis schwer. Deshalb wäre eine kriegerische Reaktion gegenüber Afghanistan mangels Selbstverteidigungsrechts von vornherein unzulässig.

Dies gilt auch für den Einsatz der Nato. Würden die USA um militärische Hilfe ersuchen, wäre diese nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages (siehe Kasten) nicht gestattet. Diese Bestimmung setzt voraus, dass ein bewaffneter Angriff eines Staates gegeben ist. Die Klärung dieser Frage hat die Nato am 13. September zu Recht zur Bedingung für den Bündnisfall gemacht. Allerdings suggeriert die unklare Formulierung, es komme auf einen Angriff "von außen" an, dass auch staatlich nicht gesteuerte Terrorakte als ausreichend für die Nothilfe angesehen werden. Dies wäre nach dem Vertrag nicht zulässig. Es geht auch nicht an, dass die Nato die Feststellung des Bündnisfalls durch die USA einfach übernimmt. Sie muss den Bündnisfall selbst prüfen, eine Definitionsmacht eines Nato-Mitglieds gibt es nicht.

Dass kriegerische Maßnahmen nach gegenwärtigem Kenntnisstand völkerrechtlich unzulässig sind, bedeutet selbstverständlich nicht, dass gar nichts unternommen werden kann. Wenn ein Staat terroristische Tätigkeiten gegen einen anderen Staat duldet oder unterstützt, verstößt er gegen den 10. Grundsatz der "Friendly Relations

Declaration" der UN- Generalversammlung von 1970.

Der Verstoß löst einerseits die Pflicht zur Wiedergutmachung aus. Andererseits können gegen den pflichtwidrig handelnden Staat Repressalien unterhalb der Kriegsschwelle ergriffen werden, beispielsweise Boykottmaßnahmen.

### **"Kleine Gewalt" erlaubt**

Nur in zwei eng umgrenzten Fällen werden gezielte Einsätze der "kleinen Gewalt" mit eher polizeilichem Charakter für zulässig gehalten. Der eine betrifft den Schutz eigener Staatsangehöriger. Ein Beispiel dafür ist der Einsatz einer israelischen Sondereinheit im Jahr 1976 im ugandischen Entebbe, wohin palästinensische Terroristen mit Duldung Ugandas eine El-Al-Maschine entführt hatten. Der andere Fall betrifft kleinere gewaltsame Übergriffe wie Grenzverletzungen, auf die mit begrenzten Maßnahmen geantwortet werden darf.

Der erste Fall liegt ersichtlich nicht vor - es sei denn, man fasst Maßnahmen zur Befreiung der in Kabul festgehaltenen Gefangenen ins Auge. Der zweite Fall ist sozusagen verfristet: Er trägt nicht langfristig angelegte Strategien mit Einsatz gewaltsamer Mittel zur Terrorismusbekämpfung.

Darüber hinausgehende Maßnahmen sind nach der gegenwärtigen Völkerrechtslage nicht auf der Ebene einzelner Staaten, sondern nur im größeren internationalen Verband möglich - auf der Grundlage eindeutiger Beschlüsse des Sicherheitsrats. Dieser hat in den beiden Resolutionen zu den Anschlägen vom 11. September bereits die Bedrohung des internationalen Friedens festgestellt. Im Anschluss daran kann er Maßnahmen nach Kapitel VII der UN- Charta ergreifen, die stufenförmig von Aufforderungen zur Verfolgung der Terroristen über friedliche Sanktionen bis zu militärischem Eingriffen reichen.

Die Entscheidungsbefugnis darüber hat allein der Sicherheitsrat, nicht ein einzelner Staat wie etwa die USA. Im vorliegenden Fall hat der Sicherheitsrat in zunehmend konkreter Form alle Staaten zur Terrorismusbekämpfung verpflichtet. Zu Afghanistan wurden bereits nach den Anschlägen auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Daressalam Resolutionen beschlossen. Erst Ende letzten Jahres verpflichtete der Sicherheitsrat die Taliban zur Schließung der Camps und zur Unterbindung des Drogenhandels. Er verhängte ein Embargo für militärische Hilfe und den Luftverkehr.

Wenn sich diese Sanktionen als unzulänglich erwiesen haben, könnte der Sicherheitsrat auf die nächste Stufe übergehen und polizeiliche oder auch militärische Interventionen beschließen. Dabei könnte er sich auch auf den Tatbestand der menschenrechtswidrigen Unterdrückung der afghanischen Bevölkerung stützen, der seinerseits eine Bedrohung des Friedens ist.

### **Antiterror-Organisation**

Angesichts der Verzweigung und offenbaren Schlagkraft der terroristischen Netzwerke reichen die Instrumente der UN-Charta allerdings nicht mehr aus. Erforderlich sind der Abschluss internationaler Verträge und die Einrichtung einer internationalen Organisation zur Terrorismusbekämpfung. Sie muss sorgfältig definierte supranationale Kompetenzen erhalten und gleichzeitig in einen umfassenderen Ansatz zur Bearbeitung der tieferen Quellen des Terrorismus eingebunden sein.

Der Anschlag vom 11. September hat die Akzeptanz für souveränitätsbeschränkende supranationale Institutionen mit weltweiten Kompetenzen gesteigert. Langsam kommt auch eine tiefer gehende Besinnung auf die Ursachen des Terrorismus in Gang. Diese Bereitschaft sollte für friedliche Zwecke genutzt werden, nicht für Kriegsgerede und nicht für Krieg.

Aus dem NATO-Vertrag:

### **Was ist der Bündnisfall?**

"Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die

angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.

Vor jedem bewaffneten Angriff und allen daraufhin getroffenen Gegenmaßnahmen ist unverzüglich dem Sicherheitsrat Mitteilung zu machen. Die Maßnahmen sind einzustellen, sobald der Sicherheitsrat diejenigen Schritte unternommen hat, die notwendig sind, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit wiederherzustellen und zu erhalten."

Artikel 5 des NATO-Vertrags von 1949

### **Was steht in der UN-Charta über die Selbstverteidigung?**

"Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Maßnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält."

Artikel 51 der UN-Charta von 1945

GERD WINTER (58) ist Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bremen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind europäische Institutionen, Verwaltungs- und Umweltrecht.

taz Nr. 6564 vom 2.10.2001, Seite 4

## **Tony Blairs Dossier gegen bin Laden: keine Beweise, sondern ein Kriegsvorwand**

Von Chris Marsden und Barry Grey, 8. Oktober 2001

**Das Dokument, das Premierminister Tony Blair am 4. Oktober dem britischen Parlament vorstellte, wurde von den Medien als Beweis gewertet, dass Osama bin Laden und seine Organisation al-Qaida die Terroranschläge vom 11. September in New York und Washington geplant und durchgeführt hätten. Doch bei Licht betrachtet besteht Blairs Dossier aus stümperhaft zusammengeschusterten Behauptungen, mit denen weder die Schuld bin Ladens noch die Komplizenschaft seiner Beschützer, der Taliban, schlüssig nachgewiesen werden kann.**

Wenn man das Dokument sorgfältig liest, erweist es sich als Versuch, allen weiteren Forderungen nach Beweisen für bin Ladens Schuld einen Riegel vorzuschieben, ohne ihnen wirklich nachzukommen. Auf diese Weise soll es den USA und Großbritannien erleichtert werden, einen Krieg gegen Afghanistan zu beginnen.

Vergangene Woche brach die Bush-Regierung ihr Versprechen, der Öffentlichkeit die Beweise, die ihr für bin Ladens Schuld angeblich vorlagen, im Einzelnen zu präsentieren. Wenn alles nach Plan verlaufen wäre, dann wäre es dabei zweifellos auch geblieben. Es hätte Bomben auf Afghanistan geregnet, ohne dass man auch nur versucht hätte, die Vorwürfe gegen bin Laden und die Taliban zu untermauern.

Doch die Regierungen Pakistans und der arabischen Länder stellten sich Bush entgegen. Sie befürchteten eine explosive Reaktion in ihren eigenen Ländern, falls die USA ohne jeden konkreten, rechtfertigenden Beweis anfangen sollten, ein muslimisches Land zu bombardieren. Das von Blair vorgestellte Dokument war Bestandteil eines internationalen Vorstoßes, der Amerikas schwankende Verbündete zufrieden stellen und ihnen etwas an die Hand geben sollte, das sie der eigenen Bevölkerung präsentieren konnten.

Das Dossier beginnt mit folgendem Vorbehalt: "Dieses Dokument erhebt nicht den Anspruch, Anklagen gegen Osama bin Laden zu begründen, die für einen Gerichtsprozess ausreichen würden." Dieses Eingeständnis wird damit gerechtfertigt, dass "geheimdienstliche Erkenntnisse aufgrund strenger Zulässigkeitsregeln und des notwendigen Schutzes der Quellen oft nicht als Beweismaterialien verwendet werden können".

Drei Feststellungen sind an dieser Stelle angebracht.

Erstens: Die Behauptung, zur Rechtfertigung eines Krieges genügten Beweise von geringerer Qualität, als sie einem Gericht zur Entscheidung über Schuld und Unschuld im Allgemeinen vorliegen müssen, ist bestenfalls zweifelhaft. Angesichts der nicht absehbaren Folgen eines militärischen Angriffs sollten an die Beweislage in diesem Fall mindestens ebenso strenge Anforderungen gestellt werden wie in einem Gerichtsprozess. Vor Gericht geht es um das Schicksal von Angeklagten als Einzelpersonen, die vorgesehenen Militärschläge der USA und Großbritanniens hingegen gefährden das Leben einer unabsehbaren Anzahl unschuldiger Zivilisten.

Zweitens: Die Behauptung, dass Regierungen, die in Kürze einen Krieg beginnen werden, aufgrund geheimdienstlicher Erwägungen keine Beweise vorlegen müssen, um ihr Vorgehen zu rechtfertigen, ist ein Blankoscheck für jede erdenkliche Militäraktion. Selbst wenn man zugestehen wollte, dass gewisse Beweise zu Recht unter Verschluss bleiben sollten, ist es nicht glaubwürdig, dass aus Sicherheitsgründen überhaupt kein konkreter Beweis an die Öffentlichkeit gelangen dürfe. Wer einen solchen Standpunkt vertritt, maßt sich das Recht an, Richter, Jury und Vollstrecker in einer Person zu sein.

Drittens: Blairs Dokument ist keine seriöse Darlegung von Beweisen, die lediglich den strengen Normen juristischer Anklageschriften nicht entsprechen würde. Sie enthält keine von unabhängiger Seite verifizierbaren Tatsachen, aus denen eine Schuld bin Ladens, der al-Qaida oder der Taliban im Zusammenhang mit den Terroranschlägen vom 11. September hervorgehen würde.

Die meisten in dem Dokument beinhaltenen Aussagen waren bereits zuvor in den Medien berichtet worden. Für keine einzige Anschuldigung wird ein Beweis angeführt. Dem Leser wird zugemutet, alle Behauptungen auf Treu und Glauben zu übernehmen.

Das Dokument ist in drei Abschnitte untergliedert. Der wichtigste Teil ist derjenige, der vorgeblich die Rolle der al-Qaida in den Terroranschlägen vom 11. September behandelt. Er umfasst nur neun der siebenzig Punkte, aus denen das 15-seitige Papier besteht.

Die Verfasser haben offenbar versucht, den fadenscheinigen Inhalt dieses zentralen Abschnitts zu bemänteln. Seite um Seite wird ausgeführt, wie die al-Qaida in frühere Terroranschläge gegen die USA verwickelt gewesen sei. Ergänzt wird dies durch Ausführungen über die historischen Wurzeln des von bin Laden geführten Netzwerks und des Taliban-Regimes.

In dem Abschnitt über den 11. September wird ein einziger scheinbar konkreter Zusammenhang zwischen der al-Qaida und den Anschlägen hergestellt. Er besteht in der Behauptung, dass von den 19 identifizierten Luftpiraten "mindestens drei eindeutig als Gefolgsleute der al-Qaida identifiziert worden sind. Einer spielte erwiesenermaßen eine Schlüsselrolle sowohl bei dem Angriff auf die Botschaft in Ostafrika als auch auf die USS Cole."

Doch diese Aussage wirft mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Wenn die Identität dieser drei Männer bekannt ist, weshalb werden ihre Namen nicht genannt? Welchen Schaden könnte das nach sich ziehen?

Zweitens ist die Bezeichnung "Gefolgsleute der al-Qaida" derart breit gefasst und verschwommen, dass sie

geradezu bedeutungslos wird. Das Dokument räumt ein, dass die al-Qaida eine lose gefügte Organisation ist, die aus zahlreichen verschiedenen Gruppierungen besteht. Selbst wenn sich die drei Genannten in irgend einer Weise zur al-Qaida bekannt hätten, würde dies an sich noch nicht beweisen, dass die al-Qaida oder bin Laden persönlich die Anschläge vom 11. September geplant oder angeordnet hätten. Und schließlich wird die bloße Behauptung aufgestellt, es gebe Beweise für eine Verbindung der drei zur al-Qaida, doch das Dokument nennt sie nicht.

Gerade die Bush-Regierung bewegt sich auf dünnem Eis, wenn sie unbestimmt von "Verbindungen" zwischen bin Laden, bin Ladens Verbündeten und verschiedenen anderen Individuen spricht. Ausgerechnet das Wall Street Journal berichtete am 27. September, es gebe dokumentierte Verbindungen zwischen führenden Figuren der Republikanischen Partei - unter ihnen George W. Bushs Vater, der ehemalige Präsident - und der Familie bin Laden.

Das Journal schrieb: "Im Rahmen ihrer weit gespannten Geschäftsinteressen investiert der wohlbestallte saudi-arabische Clan - der sich nach eigenen Angaben von Osama losgesagt hat - in einen Fonds, den die Carlyle Group gegründet hat, eine gut eingeführte Handelsbank in Washington, die sich auf Übernahmen von Unternehmen der Verteidigungs- und Luftfahrtindustrie spezialisiert hat."

"Durch diese Investitionen und ihre Verbindungen zum saudischen Königshaus lernte die Familie bin Laden einige Spitzenpolitiker der Republikanischen Partei kennen. In den letzten Jahren sind der ehemalige Präsident Bush, der ehemalige Außenminister James Baker und der ehemalige Verteidigungsminister Frank Carlucci zur Hauptresidenz der Familie bin Laden in der saudi-arabischen Stadt Jeddah gepilgert."

Hinsichtlich der Ereignisse vom 11. September werden in dem Dokument noch weitere Behauptungen aufgestellt: bin Laden habe persönlich kurz vor dem 11. September gesagt, dass er einen groß angelegten Angriff auf Amerika vorbereite, und enge Verbündete aufgefordert, bis zum 10. September aus anderen Teilen der Welt nach Afghanistan zurückzukehren. Weiter heißt es: "Seit dem 11. September haben wir erfahren, dass einer der engsten und hochrangigsten Vertrauten bin Ladens für die detaillierte Planung der Angriffe verantwortlich war."

Auch hier wird ein Mann, der angeblich der Führungsspitze von bin Ladens Organisation angehört und direkt für den entsetzlichen Terror verantwortlich ist, nicht namentlich genannt. Weshalb nicht?

Folgende aufschlussreiche Aussage schließt sich an: "Gewisse Beweise für die Schuld bin Ladens und seiner Verbündeten sind so beschaffen, dass sich ihre Veröffentlichung verbietet."

Ob sich die Verfasser des Papiers darüber bewusst sind oder nicht, dieser Satz ist ein stillschweigendes Eingeständnis, dass sie nichts vorgelegt haben, das "so beschaffen" wäre, dass es einen Zusammenhang zwischen bin Laden und den Anschlägen vom 11. September erkennen ließe.

Die Beweise hinsichtlich früherer Terroranschläge sind kaum stichhaltiger. Im Zusammenhang mit einigen bekannten Anschlägen werden Namen und Vorfälle angeführt, die aus gerichtlichen Aussagen einiger einzelner Angeklagter zusammengestellt wurden, die unter erheblichem Druck zustande gekommen waren.

Um die augenfälligen Lücken zu schließen, wird im Rahmen eines ausführlichen Vorworts über die Geschichte der al-Qaida folgende Behauptung aufgestellt: "Osama bin Laden hat die Verantwortung für den Anschlag auf US-Soldaten in Somalia vom Oktober 1993 übernommen, bei dem 18 Personen getötet wurden, für den Anschlag auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania vom August 1998, bei dem 224 Menschen getötet und nahezu 5000 verletzt wurden, und stand in Zusammenhang mit dem Anschlag auf die USS Cole vom 12. Oktober 2000, bei dem 17 Besatzungsmitglieder ums Leben kamen und 40 weitere verwundet wurden."

Tatsache ist, dass Osama bin Laden niemals die Verantwortung für diese Anschläge übernommen hat. Das Dokument enthält auch keine entsprechenden Zitate. Stattdessen wird der Leser auf diverse anti-amerikanische Aussagen und Bemerkungen bin Ladens verwiesen, in denen er die gegen die USA gerichteten Terroranschläge unterstützte.

(Der Angriff auf amerikanische Soldaten in Somalia gehört überhaupt nicht in diesen Zusammenhang. Dieser Vorfall kann nicht als Terroranschlag im eigentlichen Sinne gewertet werden, denn die daran beteiligten Somalis griffen keine Zivilisten, sondern amerikanische Soldaten an, und beteiligten sich damit am Widerstand gegen die amerikanische Besatzung ihres Landes. Darüber hinaus befanden sich die US-Truppen gerade in einer aggressiven Aktion, um somalische Funktionäre zu fangen, die sich den Plänen Amerikas widersetzt hatten.)

Das in dem Papier selbst dargelegte Material widerspricht der Behauptung, dass bin Laden die Verantwortung für die genannten Terroranschläge übernommen habe. Als das Time -Magazin bin Laden Fragen über die Bombenangriffe auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi (Kenia) und Dar es Salaam (Tansania) vom August 1998 stellte, wollte er die Verantwortung dafür weder übernehmen noch ablehnen. In seiner von der Zeitung zitierten Antwort wiederholte er einfach in anderen Worten seine Fatwa, gefolgt von der Erklärung: "Unsere Aufgabe besteht darin, anzustiften. Das haben wir bei der Gnade Gottes getan, und bestimmte Leute haben auf diese Anstiftung reagiert." Auf die Frage, ob er die Angreifer kenne, bezeichnete bin Laden sie einfach als "echte Männer". So bedauerlich diese Aussagen auch sein mögen, sie stellen keine Übernahme der Verantwortung dar.

In Punkt 51 des Papiers wird von der Existenz von Dokumenten gesprochen, in denen eine getrennte Gruppe, die Islamische Armee für die Befreiung der heiligen Stätten, die Verantwortung für die Bombenanschläge auf die Botschaft in Ostafrika übernimmt. Diese nicht ins Bild passende Information wird mit der Bemerkung, es handele sich um eine "fiktive" Organisation, einfach beiseite gewischt.

Es gibt eine Stelle in dem Papier, die seiner eigenen Grundaussage widerspricht, dass aus Sicherheitserwägungen heraus keine spezifischen Beweise genannt werden könnten. In Punkt 14 des Dossiers wird behauptet, dass die amerikanische Regierung den Taliban "lange vor dem 11. September 2001" Beweise für al-Qaidas Schuld als Drahtzieher der Anschläge auf die ostafrikanische Botschaft überreicht habe.

Wenn sich die US-Regierung in der Lage sah, den Taliban - die sie mittlerweile der Unterstützung einer globalen Mordagentur gegen Amerika beschuldigt - geheimdienstliche Erkenntnisse zu übermitteln, wie kann es dann sein, dass sie jetzt die Notwendigkeit von Geheimhaltung und Quellenschutz anführt, um zu rechtfertigen, dass ihren eigenen Bürgern und dem Rest der Welt entscheidende Beweise vorenthält?

In politischer Hinsicht ist derjenige Abschnitt von Blairs Dossier am aufschlussreichsten, der beansprucht, die historischen Wurzeln der al-Qaida und des Taliban-Regimes aufzuzeigen. Diese zusammengestückelte Geschichtsschreibung weist deutliche Lücken auf und lässt damit erkennen, dass sowohl die USA als auch Großbritannien entscheidende Tatsachen verschleiern wollen, weil aus diesen hervorgehen würde, dass die früheren und heutigen Regierungen in Washington und London für den Aufstieg bin Ladens und der Taliban ebenso verantwortlich sind wie dafür, dass sich der von ihnen vertretene reaktionäre Nationalismus und religiöse Obskurantismus in ganz Zentralasien und dem Nahen und Mittleren Osten verbreitet hat.

Ausgangspunkt des Papiers ist das Jahr 1989, in dem bin Laden und andere die al-Qaida gegründet haben sollen. Auf diese Weise vermeiden die Verfasser elegant jeden Hinweis auf das vorangegangene Jahrzehnt, in dem die amerikanische CIA mit Hilfe des britischen Special Air Service die Mudschaheddin finanziert, ausgebildet und bewaffnet hatte. Dies geschah im Rahmen des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion, die 1979 in Afghanistan einmarschiert und zehn Jahre später wieder abgezogen war. Ein Partner, mit dem die Amerikaner zusammenarbeiteten, um den sowjetischen Einfluss zu untergraben, war Osama bin Laden.

Das ist die wirkliche Geschichte, die man kennen muss, um zu verstehen, weshalb die säkularen politischen Kräfte in Afghanistan vernichtet wurden und wie aus dem Nichts die Taliban aufstiegen. Ihre ideologischen und politischen Wurzeln liegen in den Mudschaheddin-Gruppen, die von den USA gezüchtet worden waren. (Die alte Verbindung zwischen den USA und den Taliban zeigte sich daran, dass Washington die Machtübernahme der Taliban 1996 zunächst stillschweigend unterstützte.)

Wenn diese unausgegorene Mischung aus unbewiesenen Behauptungen und Geschichtsfälschungen alles ist, was nach dreieinhalb Wochen der Öffentlichkeit vorgelegt werden kann, dann gibt es dafür nur zwei denkbare Erklärungen:

Entweder die US-Regierung hat keine Beweise für eine direkte Verbindung zwischen Osama bin Laden,

den Taliban und den Anschlägen vom 11. September, oder sie kann die ihr vorliegenden Beweise nicht veröffentlichen, weil dadurch Individuen oder Organisationen mit dem Anschlägen in Zusammenhang gebracht würden, die mit den Geheimdiensten Amerikas oder eines verbündeten Staates in Verbindung stehen. Das World Socialist Web Site deckt den unaufrichtigen Charakter des Blair-Dossiers keineswegs deshalb auf, weil es bestrebt wäre, bin Laden oder die Taliban zu beschützen oder für ihre Unschuld hinsichtlich der Angriffe des vergangenen Monats zu plädieren. Es ist durchaus möglich, dass sie an diesen Anschlägen beteiligt waren. Ihre Politik und ihre Methoden sind zutiefst reaktionär. Sie stehen den Interessen der Arbeiterklasse und der

unterdrückten Massen im Nahen Osten, in Zentralasien und in jedem anderen Teil der Welt feindlich gegenüber.

Doch unsere Ablehnung des islamischen Fundamentalismus und Terrorismus mindert nicht im Geringsten unsere Opposition gegen die amerikanische und die britische Regierung sowie deren militaristische Pläne. Die Tatsache, dass sie der Öffentlichkeit keine ernst zu nehmenden Beweise für die Schuld derjenigen präsentieren, die sie zum Objekt ihrer Rache erkoren haben, ist von enormer Bedeutung. Sie zeigt, dass sie die Tragödie vom 11. September ausnutzen, um weltpolitische Pläne in die Tat umzusetzen, die schon seit langem bestehen. Sie versuchen ein Kriegsfeber zu schüren, damit sie ihre geostrategischen Ziele in den ölreichen Regionen des Nahen und Mittleren Ostens und Zentralasiens mit Methoden verfolgen können, die vor dem 11. September politisch nicht durchsetzbar gewesen wären.

<http://wsws.org/de/2001/okt2001/bewe-o08.shtml>

## GESCHICHTE

### Zurück zum Absender?

Betreibt, wer noch den Gründen des Terroranschlags gegen die USA fragt, dessen Rechtfertigung?

## Eine kleine Chronik der gewalttätigen US-Außenpolitik seit 1945

von  
Conrad Schuhler

**1945, Deutschland:** Der US-Geheimdienst CIC haut aus Spezialisten der SS und Nazi-Kollaborateuren eine Söldnerarmee von 35.000 Mann für den Guerillaeinsatz gegen die Sowjetunion auf. Erstmals kommen sie in den Karpaten zum Einsatz, wo sie ebenso erfolglos bleiben wie die 1.200 Mann, die zu Beginn des Koreakrieges 1950 in der Sowjetunion abgesetzt werden, um durch Sabotageakte eine »Volkserhebung« zu initiieren. Die CIC übernimmt die Nazi-Spionagabteilung »Fremde Heere Ost« als »Organisation Gehlen« und beginnt mit ihrer Hilfe eine zielgenaue Sabotage- und Destabilisierungsstrategie in Osteuropa. Die »Organisation Gehlen« wird später später als »BND - Bundesnachrichtendienst« der offizielle Geheimdienst der Bundesrepublik Deutschland. Zu den zahlreichen SS- und Gestapo- Spezialisten, die vom US-Geheimdienst übernommen und vor Verfolgung geschützt werden, gehört auch Klaus Barbie, der von Lyon aus die Deportation der französischen Juden in die deutschen Vernichtungslager organisiert hatte. 1951 wird Barbie von der CIA unter dem Namen »Klaus Altmann« nach Bolivien gebracht, von wo aus er im CIA-Auftrag Todeskommandos gegen linke Politiker und Gewerkschafter in ganz Lateinamerika dirigiert.

**1945/49, China:** Im chinesischen Bürgerkrieg greifen die USA auf der Seite Chiang Kai-sheks gegen die Kommunisten ein. Dazu setzen sie japanische Soldaten ein, die sie nach der Kapitulation im Zweiten Weltkrieg gefangen genommen haben.

**1945/53, Philippinen:** Gegen die linksgerichteten Huks gehen US- Truppen schon zu der Zeit vor, als die philippinischen Widerstandskämpfer noch gegen die japanischen Invasoren kämpfen. Nach dem Krieg werden die Huks brutal niedergeschlagen. Die USA setzen eine Reihe von Marionetten ein, schließlich machen sie Ferdinand Marcos zum starken Mann.

**1947/48, Italien:** Die US-Geheimdienste rüsten die Mafia als Terrorgruppe der Rechten gegen Kommunisten und Sozialisten auf. Zu diesem Zweck werden zusätzliche Gangsterspezialisten aus den USA nach Italien gebracht.

**1946/49, Griechenland:** Zusammen mit britischen Truppen sorgen US-Einheiten und US-Waffen im »griechischen Bürgerkrieg« für die Niederlage der antifaschistischen Widerstandsbewegung, die im Kampf gegen die deutsche Besatzung die Hauptlast getragen hatte. Die CIA baut die berüchtigte interne

Sicherheitspolizei KYP auf.

**1950, USA:** Der Nationale Sicherheitsrat (NSQ) legt unter dem Aktenzeichen NSC 68 eine neue Sicherheitsstrategie vor, wonach revolutionäre Veränderungen in der Welt nicht auf binnengesellschaftliche Ursachen, sondern auf den »Sowjetimperialismus« zurückzuführen seien. Auf der Grundlage von NSC 68 stationieren die USA über eine Million Soldaten auf 675 Militärbasen in Übersee. Bis 1975 kommt es weltweit zu 215 militärischen Interventionen der USA.

**1950, Puerto Rico:** US-Kommandotruppen schlagen eine Rebellion für die nationale Unabhängigkeit nieder.

**1950/53, Korea:** Im Konflikt zwischen dem kommunistischen Nordkorea und der Syngman-Rhee-Diktatur in Südkorea intervenieren die USA auf der Seite des Südens und setzen dafür die Zustimmung im UN-Sicherheitsrat durch. Die US-Luftwaffe zerstört fast 120.000 Einrichtungen in Nord-Korea. Der Sprengstoffeinsatz der USA entspricht fast der Hälfte aller von den USA im zweiten Weltkrieg verwendeten Bomben und Munition. In Südkorea kommen über 500.000, in Nordkorea über zwei Millionen Menschen ums Leben.

**1953, Iran:** Die gewählte Regierung Mossadegh hat 1951 die Verstaatlichung der Anglo-Iranian Oil Company beschlossen. Im August 1953 wird sie in einer Volksabstimmung mit 99,4 Prozent der Stimmen bestätigt. Zwei Wochen später führt das von der CIA ausgebildete und kontrollierte Offizierskorps einen Putsch durch. Die zuvor englischen Ölfirmen werden von einem US-Konsortium übernommen. Die USA holen den Schah ins Land zurück und liquidieren die iranische Demokratie.

**1954, Guatemala:** Die CIA organisiert den Putsch gegen die rechtmäßige Regierung Arbenz in Guatemala, die im Rahmen der Bodenreform die US-Firma United Fruit Company verstaatlichen will. Unter der Führung der CIA ins Amt gehievten Militärdiktatur werden 140.000 Indios umgebracht oder verschwinden spurlos.

**1956, Ägypten:** US-Regierung und CIA wollen die Herrschaft von Präsident Nasser destabilisieren, der sich zu einem der Führer der blockfreien Länder aufgeschwungen hat. Im Juli 1956 ziehen die USA ihre Anleihe für den Assuan-Staudamm zurück, das zentrale Projekt zur Entwicklung der ägyptischen Landwirtschaft. Daraufhin kündigt Nasser die Verstaatlichung des Suezkanals an, um selbst über die Gebühren zu verfügen. England, Frankreich und Israel greifen Ägypten in konzertierten Militäraktionen an. Im Gefolge der »Suez-Krise« übernehmen die USA die Rolle der Nummer eins im Nahen Osten, die bis dahin England gespielt hatte.

**1958, Libanon:** 14.000 US-Marines besetzen das Land.

**1961, Kuba:** Am 1.1.1959 hat sich die von Fidel Castro geführte Revolution gegen den Diktator Batista endgültig durchgesetzt. Als die Revolution ihr Versprechen wahr machen und den Großgrundbesitz reduzieren will, wird Kuba von den USA mit einem Embargo und vielfältigen Sabotageaktionen überzogen. Im März 1960 wird der französische Frachter »Coubre« im Hafen von Havanna von CIA-Agenten in die Luft gesprengt; 81 Menschen kommen ums Leben, über 300 werden verwundet. In Guatemala trainiert die CIA eine Söldnerarmee, die im April 1961 die Invasion in der Schweinebucht im Osten Kubas unternimmt. Zwei Tage zuvor haben US-Flieger die Abwehrstellungen der Kubaner bombardiert. Die Schiffe zum Transport von Söldnern und Waffen werden vom US-Großkapital, vor allem von der United Fruit Company finanziert, die größter Grundbesitzer im vorrevolutionären Kuba gewesen war. Als die Invasion scheitert, gehen die USA zu einer scharfen Blockadepolitik über, die Kuba nach dem Wegfall der sozialistischen Länder in akute Versorgungsnot bringt.

**1961, Kongo/Zaire:** CIA-Söldner ermorden den ersten nachkolonialen Präsidenten Lumumba, der eine antiimperialistische Position bezogen hatte; die Söldnertruppen übernehmen nach und nach die Macht; 1965 wird Mobutu Präsident von Gnaden der USA, der ein Jahrzehnte währendes Schreckensregiment errichtet.

**1962, Laos:** Obwohl das Genfer Abkommen die Anwesenheit ausländischer Truppen in Laos verbietet, baut die CIA im Auftrag der Kennedy-Regierung eine geheime Armee, »L'Armée Clandestine« auf, die auch in Vietnam eingreift. Ihr gehören 35.000 Angehörige der opiumanbauenden Bergstämme an. Die Kosten der Armee werden zum Teil aus den Profiten des Drogengeschäfts finanziert.

**1963-1975, Vietnam:** Im Genfer Indochina-Abkommen wird 1954 festgelegt, daß sich die Truppen der Demokratischen Republik Vietnam zunächst auf den Norden des Landes, die Truppen Frankreichs auf den Süden zurückziehen sollen. Die Schlußbemerkung des Abkommens sieht die Vereinigung des Landes vor. Die USA erkennen diese Schlußklärung nicht an. In Südvietnam setzen sie ihnen genehme Satrapen ein, 1963 eine



offene Militärdiktatur. 1964 inszenieren sie den »Zwischenfall in der Tonkinbucht« in der Nähe der nordvietnamesischen Hauptstadt und bombardieren seit 1965 Nordvietnam. Insgesamt kämpfen in Vietnam 2,6 Millionen US- Soldaten. Die Sprengkraft ihrer Bomben und Raketen übertrifft die des Zweiten Weltkrieges um das Dreifache. Flächenbombardements mit Napalm und Chemiewaffen hinterlassen weite Gebiete von verbrannter und verseuchter Erde. In Vietnam kommen drei Millionen Menschen zu Tode, eine halbe Million werden verkrüppelt. 900.000 Kinder bleiben als Waisen zurück.

**1963-1990, Südafrika:** Mit ihren Aufklärungssystemen unterstützt die CIA die Jagd auf Gegner des Apartheidsystems. 120.000 Anhänger des ANC werden getötet. Auch die Festnahme von Nelson Mandela wird von der CIA organisiert.

**1964, Brasilien:** Der 1961 gewählte Präsident Joao Goulart setzt vorsichtige soziale Reformen in Gang. Als er Höchstgrenzen für den Abfluß von Profiten ins Ausland erläßt und eine Tochter des US- Konzerns ITT verstaatlicht, organisiert die CIA einen Putsch und verhilft einer Militärjunta zur Macht, die alle Sozialreformen rückgängig macht und die diplomatischen Beziehungen zu Kuba abbricht.

**1965, Dominikanische Republik:** Der 1963 demokratisch gewählte Präsident Juan Bosch wird wegen seiner sozialreformerischen Pläne vom Militär weggeputscht. Als eine wachsende Volksbewegung seine Rückkehr fordert, schicken die USA 23.000 Mann auf die Insel und schlagen den Aufstand nieder.

**1965, Indonesien:** Gegen den anti-imperialistischen Kurs von Präsident Sukarno bringt die CIA die von ihr kontrollierte Armee in Stellung. Als die linke »Volksfront«, die stärkste Stütze des Präsidenten, versucht, die Armeeführung zu entmachten, kommt es zum lange geplanten »Gegen- schlag«. Hunderttausende Anhänger Sukarnos werden ermordet. An die Stelle Sukarnos tritt Suharto, ein bedingungsloser Gefolgsmann Washingtons.

**1967, Griechenland:** Wenige Wochen vor den Wahlen inszeniert die CIA den »Obristenputsch« gegen die demokratische Regierung Papandreou. Allein im ersten Monat danach kommen 8.000 Menschen zu Tode. Es beginnt eine siebenjährige faschistische Herrschaft.

**1967, Bolivien:** Die CIA dirigiert den Kampf der bolivianischen Armee gegen die aufständische Guerilla und auch die Festnahme der Gruppe von Che Guevara, der ermordet wird.

**1970-1973, Chile:** 1970 erhält der Kandidat der »Unidad Popular«, Salvador Allende, bei den Präsidentschaftswahlen die Mehrheit. Als der Chef der chilenischen Armee, René Schneider, sich dem Drängen der USA widersetzt, einen Militärputsch durchzuführen, wird er von einem von der CIA organisierten Kommando ermordet. Nach dreijährigen Sabotage- und Destabilisierungsaktivitäten führt der Nachfolger Schneiders, General Pinochet, den CIA-Putsch durch. Präsident Allende wird ermordet, das Fußballstadion in Santiago wird zum Gefängenenlager für Zehntausende Anhänger des demokratischen Präsidenten. Tausende Aktivisten linker Parteien und Gewerkschaften werden von Todeskommandos gejagt und umgebracht. US- Außenminister Kissinger kommentiert das Vorgehen seiner Regierung so: »Ich sehe nicht ein, daß wir zulassen sollten, daß ein Land marxistisch wird, nur weil die Bevölkerung unzurechnungsfähig ist.«

**1972 ff., Honduras:** Nach direkten Interventionen der USA und Militärputschen 1972, 1975 und 1978 oktroyieren die USA eine Verfassunggebende Versammlung, zu deren Wahl Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten nicht zugelassen sind (1980).

**1974, Zypern:** Zusammen mit der faschistischen griechischen Junta organisieren die CIA und das US- Außenministerium einen Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten des Inselstaates, Erzbischof Makarios. Der Präsident kann dem Attentat entkommen. Als die Demokraten in Athen die Obristenjunta verjagen, wechselt US- Außenminister Kissinger auf die Seite der Türkei, die Zypern überfallen hat. Tausende werden getötet, 200.000 Menschen verlieren ihre Heimat.

**1975, Osttimor:** Die USA weigern sich, die von der Befreiungsbewegung Fretilin ausgerufene Republik (vorher eine Kolonie Portugals) anzuerkennen und unterstützen die Invasion des Landes durch das indonesische Suharto-Regime, das selbst wirtschaftlich und militärisch von den USA ausgehalten wird. In den anschließenden Massakern werden 200.000 Timoresen getötet.

**1976, Argentinien:** Unter Anleitung der CIA findet ein Militärputsch gegen die zivile Regierung statt. Todesschwadronen im Auftrag des Videla-Regimes terrorisieren das Land. Tausende werden ermordet oder verschwinden für immer. Die CIA baut Buenos Aires zu ihrer Zentrale aus, von wo sie Mordkommandos gegen

mißliebige Personen und Gruppen in ganz Lateinamerika entsendet.

**1976/82, Angola:** Die USA unterstützen mit Waffen und Spezialkommandos die auch vom rassistischen Südafrika ausgerüsteten Rebellen gegen die Regierung der nationalen Befreiung. Das Land versinkt in einem selbstzerstörerischen Bürgerkrieg.

**1980-1988, Iran/Irak:** 1979 muß im Iran der US-Statthalter Shah Reza Palewi dem Shiitenführer Ayatolla Chomeini Platz machen. US-Präsident Carter stellt daraufhin die nach ihm benannte Doktrin auf. »Ein Versuch einer dritten Macht, Einflußnahme im Persischen Golf zu erreichen, wird als ein Anschlag gegen lebenswichtige Interessen der Vereinigten Staaten gewertet und wird mit allen notwendigen Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt, zurückgeschlagen.« Die USA rüsten den Irak mit modernsten, auch chemischen Waffen zum Angriff auf den Iran aus. Mit Beginn der Offensive 1980 wird der Irak auch mit Aufklärungsmaterial von Satelliten und Awacs-Flugzeugen unterstützt. In dem achtjährigen Krieg kommen Hunderttausende ums Leben, unter anderem durch den Einsatz von Giftgas. 1984 schießen die USA zwei iranische Kampfflugzeuge über dem Persischen Golf ab, 1987 holt das US-Kriegsschiff »Vincennes« einen iranischen Airbus runter – 270 Zivilisten finden den Tod. Durch die militärische Unterstützung der USA wird der Irak zur regionalen militärischen Großmacht. Gleichzeitig unterstützen die USA den Iran mit dem Ziel, daß die beiden Länder sich gegenseitig mattsetzen. Über Israel werden Waffen im Wert von 80 Milliarden Dollar an den Iran geliefert. Auch der BRD-Geheimdienst BND ist bei dem Waffendeal behilflich. In der BRD werden in dieser Zeit iranische Militärpiloten ausgebildet. Das Waffengeschäft mit dem Iran wird am US-Kongreß vorbei abgewickelt. Mit den iranischen Milliarden kann die Reagan-Regierung in aller Welt »Contras«, Söldnerseinheiten gegen mißliebige Regierungen, unterhalten.

**1980-1990, Afghanistan:** Die CIA heuert aus allen arabischen Ländern Aktivisten des islamischen Fundamentalismus an, um sie als »Heilige Krieger« gegen die von den Sowjets gestützte Regierung in Afghanistan einzusetzen. Zu den von der CIA aus-gebildeten Terroristen gehört auch Bin La-den, dessen Organisation »Al-Qaida - Die Basis« unter der Ägide der CIA entsteht. Zur Finanzierung der Guerilla organisiert die CIA zusammen mit dem pakistanischen Geheimdienst den Drogenanbau in Pakistan und den »befreiten« Gebieten Afghanistans. Der Drogenhandel in alle Welt wird mit Hilfe der CIA-Logistik bewerkstelligt. Die »arabischen Afghanen« der CIA finden nach der Niederlage der Sowjetunion in den USA ein neues Ziel ihres »Heiligen Krieges«.

**1981/85, Nicaragua:** Aus dem Waffengeschäft mit dem Iran finanziert die US-Regierung den Aufbau und Unterhalt einer Söldnertruppe in Nicaragua, die sich vor allem aus Soldaten und Offizieren der Armee des früheren Diktators Somoza zusammensetzt. Dieser Einsatz von mehreren tausend »Contras« widerspricht einer ausdrücklichen Festlegung des US-Kongresses. Neben den Geldern aus dem Waffengeschäft mit dem Iran stehen der CIA weitere Finanzquellen zur Verfügung. Die US-Piloten schaffen über Costa Rica, Honduras und Panama Waffen heran, auf dem Rückflug in die USA nehmen sie Drogen mit, die auf diese Weise in die USA gelangen. Partner der CIA ist das Drogenkartell von Medellín. 1986 stellt der Internationale Gerichtshof in Den Haag fest, daß die paramilitärischen Aktionen der USA das Völkerrecht verletzt haben.

**1981/92 ff., El Salvador:** Die FMLN (Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti) wird zur bestimmenden Kraft gegen die von den USA eingesetzte Regierung. Der CIA-Agent Roberto d'Aubuisson gründet die ARENA, deren Todesschwadronen Tausende Regimegegner umbringen, darunter den Erzbischof Oscar Romero. Auch nach dem Friedensschluß 1992 setzt die ARENA ihre Mordaktionen fort, was von den UN mehrfach verurteilt wird.

**1982, Falklands/Malvinas:** Die USA unterstützen Großbritannien im Feldzug zur Wiedererlangung der Inseln vor Argentinien mit Satellitenaufklärung und anderen technologischen Einrichtungen. 750 argentinische und 250 britische Soldaten kommen bei der Aktion ums Leben.

**1982/84, Libanon:** Unter Einsatz von Kriegsschiffen und -flugzeugen sowie ihrer Marines an Land vertreiben die US-Truppen die PLO und installieren die Phalangisten als dominierende Macht. Das Marinekorps in Beirut wird angegriffen, woraufhin die US-Navy das Land von See aus unter Beschuß nimmt.

**1983, Grenada:** Die USA überfallen das kleine mittelamerikanische Land, liquidieren die marxistische Regierung und setzen ein ihnen genehmes Regime ein. Über vierhundert Grenadanier und 84 Kubaner, vor allem Bauarbeiter, werden umgebracht.

**1984/86, USA-Libyen:** In seiner Nationalen Sicherheitsdirektive Nr. 138 erklärt Präsident Reagan 1984 den

Kampf gegen staatlich geförderten Terrorismus zum vorrangigen Ziel. Zwei Jahre später wird Libyen zum ersten Testfall der neuen Doktrin. Die Bombardierungen fordern mindestens 40 zivile Opfer, darunter die Tochter von Staatschef Ghaddafi.

**1986, Haiti:** Nachdem der US-Vasall »Baby Doc« Duvalier nicht mehr zu halten ist, installieren die USA eine Militärjunta.

**1986, Bolivien:** US-Armee-Einheiten kontrollieren weite Teile des Landes, angeblich um den Kokainanbau und -handel zu bekämpfen.

**1989/90, Panama:** Ein Bombardement zerstört große Teile von Panama City. 27.000 US-Soldaten übernehmen die Kontrolle und verhaften die Regierung Noriega. Über 2.000 Menschen sterben, 15.000 werden obdachlos. Angeblich geht es um die Verhaftung Noriegas, dem Drogenhandel vorgeworfen wird. Ein Verbrechen, das der Expräsident jahrelang mit Wissen und zum großen Teil im Auftrag der CIA begangen hat. Die Invasion findet zwei Monate vor den Wahlen in Nicaragua statt, bei denen die Sandinisten mit guten Aussichten antreten.

**1991, Haiti:** Die CIA veranlaßt einen Militärputsch gegen den ersten demokratisch gewählten Präsidenten, Jean-Bertrand Aristide. Die neue Militärjunta stürzt das Land in eine dreijährige Periode schlimmster Menschenrechtsverletzungen.

**1991 ff., Irak:** Nach dem Überfall des Irak auf Kuwait bombardieren die USA mit einigen Verbündeten den Irak und besetzen weite Teile des Landes. In den ersten Angriffen kommen 200.000 Menschen ums Leben. Die weiteren Bombardierungen und das bis heute andauernde Embargo haben zum Tod von möglicherweise zwei Millionen Menschen geführt.

**1992/94, Somalia:** US-Truppen, See- und Luftstreitkräfte stellen sich im Rahmen einer UN-Mission auf die Seite der ihnen genehmen Fraktion im Bürgerkrieg. Der Einsatz endet in einem Fiasko.

**1993/95, Bosnien:** Im Rahmen von Nato-Aktionen bombardieren Kampfflugzeuge serbische Stellungen und sorgen für die Luftlosigkeit der bosnischen Sezessionisten.

**1995, Kroatien:** US-Kampfflugzeuge bombardieren zwecks Vorbereitung einer kroatischen Offensive serbische Flugplätze.

**1998, Afghanistan:** Angriff mit Cruise Missiles auf frühere CIA- Ausbildungslager in Afghanistan, wo Einheiten von Bin Laden vermutet werden, den die USA für Anschläge auf US-Botschaften verantwortlich machen.

**1998, Sudan:** Raketenangriff auf eine pharmazeutische Fabrik, die angeblich Nervengas für Terroristen herstellt. Die USA erklären später, daß es sich um einen Irrtum gehandelt habe.

**1999, Jugoslawien:** Angeführt von den USA bombardiert die Nato Jugoslawien. Die 78 Tage währenden Bombardierungen, die dem Völkerrecht und selbst dem Nato-Vertrag zuwiderlaufen, nennt die Nato eine »humanitäre Aktion«, weil es darum gehe, die Menschenrechtsverletzungen des Milosevic-Regimes zu stoppen. Die Nato setzt Uranmunition und Splitterbomben ein. 2.000-4.000 Menschen werden getötet, bis zu 6.000 verletzt, durch die Bombardierung von Chemiefabriken, Erdgasanlagen und Erdölraffinerien werden weite Gebiete verseucht. Das Kosovo wird von Jugoslawien abgespalten und de facto zum Nato-Protectorat.

### **Ausgewählte Literatur:**

Philip Agee: **CIA intern.** Hamburg 1979

Werner Biermann: **Die Herren der Welt.** Köln 2000 Andreas von Bülow: **Im Namen des Staates.** München 1998

Noam Chomsky: **Was Onkel Sam wirklich will.** Zürich 1993. **Wirtschaft und Gewalt.** München 1995.

**Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung.** Hamburg/Wien 200

Eduardo Galeano: **Das Jahrhundert des Sturms.** Wuppertal 1988

T. N. Greene: **The Guerilla - and how to fight him.** New York 1962

Christopher Hitchens: **Die Akte Kissinger.** Stuttgart/München 2001

Thomas Powers: **CIA.** Hamburg 1980

Rolf Winter: **Gottes eigenes Land? Werte, Ziele und Realitäten der Vereinigten Staaten von Amerika.**

Hamburg 1991

**Totaler Krieg gegen die Armen. Geheime Strategiepapiere der amerikanischen Militärs.** München 1991

\*\*\*\*\*

## **Sie sagen Menschenrechte und meinen Öl**

Die Genese der Pax americana und der Jugoslawien-Krieg

von

Wolfgang Richter am 25.04.2000

**Um den Sieg über den Sozialismus sozusagen irreversibel zu gestalten, konsequent zu Ende zu führen und weltpolitisch auszubauen, verfolgen die USA und die NATO-Staaten energisch auch das Ziel, ihn als Sieg ihrer Menschenrechtskonzeption über das sozialistische Konzept darzustellen und ihre entsprechenden Wertmaßstäbe in der UNO dauerhaft zu verankern. Wie anders kann man ihre ständigen Bemühungen verstehen, im Menschenrechtsausschuß der UNO vornehmlich und alljährlich Staaten an den Pranger zu stellen, die sich sozialistischen Zielen verbunden fühlen, wie China und Kuba.**

Sie setzen dabei dezidiert ihre gegen die proklamierte Meinung der UNO-Menschenrechtskonferenz 1993 von der Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte gerichtete Trennung von sozialen und politischen Freiheitsrechten fort und verschleppen weiterhin die Unterzeichnung der Menschenrechte der dritten Generation auf Frieden, Umwelt und Entwicklung. Indem sie die Gewährung sozialer Menschenrechte minder achten, wird auch deutlich, daß sie bei ihren kriegerischen Aktionen das in Artikel 1 beider großen Menschenrechtspakte von 1966 verankerte Verbot, »ein Volk seiner Existenzmittel zu berauben«, einfach übergehen. Das trifft auf die betriebene Zersplitterung von Wirtschaftsgebieten zu, die sich isoliert nicht mehr als lebensfähig erweisen, das trifft auf die Zerstörung der Infrastruktur und Ressourcen von Staaten zu, auf das Mittel des Embargos oder die neoliberalen Kreditauflagen von Weltbank und IWF. In ihrer Folge verbreiteten sich Reallohnverluste, Massenarbeitslosigkeit, Armut und Obdachlosigkeit.

### **Neuer Kolonialismus**

All das stellt eine Form des Kolonialismus und eine grobe Einmischung in das durch Menschenrechtskonventionen nachdrücklich geschützte Selbstbestimmungsrecht der Völker dar. Das Schüren dauerhafter Konflikte und die Zersplitterung von Gebieten auf dem Balkan nennt Michel Chossudovsky ein Mittel, einen einheitlichen antikolonialen Widerstand zu verunmöglichen. (1)

Das sind die europäischen Verhältnisse, die hergestellt werden sollen, Verhältnisse dauerhafter Vorherrschaft Westeuropas über Osteuropa, traditionell kapitalistischer Staaten über postsozialistische Staaten. Man beruft sich dabei, was den Balkan betrifft, immer wieder auf Genscher, der schon am 17. April 1991 im Zusammenhang mit einer Resolution zum Irak im Bundestag erklärt hatte, daß »erstmal in der Geschichte der Vereinten Nationen in dieser Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht (wird), daß die Mißachtung der Menschenrechte den internationalen Frieden und die Sicherheit bedroht. Sie kann nicht mehr nur als innere Angelegenheit eines Staates betrachtet werden. Das ist eine wichtige Fortentwicklung des Völkerrechts.« (2) Das ist die lückenlose Indienstnahme eines gegen den Sozialismus wirksamen Konzepts für die Zerstörung oder Unterwerfung von im eigenen Interessengebiet liegenden Staaten der sogenannten Dritten Welt. Es ist das Konzept einer eingeschränkten Souveränität im Völkerrecht, das damit begründet wird. Auf der Weltmenschenrechtskonferenz der UNO 1993 in Wien sprach man deshalb nicht unbegründet von »Menschenrechtsimperialismus«.

Ein anderer Aspekt, der zur Begründung selbständiger Aktionen von Staaten hinter dem Rücken der UNO herangezogen wird, ist mit der Frage verbunden, ob man sich »in der Menschenrechtsproblematik nicht auf unabsehbare Zeit von der derzeitigen Konstellation im Sicherheitsrat abhängig machen (könne), also davon, daß auf Grund einer bestimmten historischen Entwicklung fünf nukleare Mächte in einem Gremium sitzen, wo sie ihre eigenen Interessen oftmals wichtiger nehmen als die Menschenrechte ...« (3) Das Paradoxe daran ist, daß in dieser Fragestellung stillschweigend vorausgesetzt wird, das betreffe nie die USA und andere westliche Staaten, sondern vornehmlich Rußland und China.

Von ihrem Menschenrechtskonzept sind die USA so überzeugt, daß sie auch den Erfolg ihrer Innenpolitik als

davon abhängig ansehen, also ihre Herrschaft langfristig darauf zu gründen gewillt sind. Sie erpreßten sozusagen die Zustimmung ihrer eigenen Bevölkerung zum Krieg gegen Jugoslawien mit der Begründung, daß dieser Krieg der USA-Regierung die Freiheit gebe, ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik im eigenen Land durchzusetzen. In unverblümter Offenheit erklärte Clinton vor den Delegierten der US-Staatsbediensteten am Tag vor dem Beginn des Bombenangriffs gegen Jugoslawien zu den Bedingungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der USA: »Und ich unterstütze den Gedanken, daß die Vereinigten Staaten, Kanada und unsere europäischen Alliierten sich den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gestellt haben. Einschließlich der ethnischen Unruhen an ihren Grenzen. Warum? Wenn diese Innenpolitik Früchte tragen soll, dann müssen wir auch die Freiheit dazu haben, sie durchzusetzen. Und wenn wir starke wirtschaftliche Beziehungen haben wollen, was unsere Fähigkeit beinhaltet, rund um die Welt präsent zu sein und zu verkaufen, dann ist Europa dazu ein Schlüssel. Und wenn wir wollen, daß andere mit uns unsere Belastungen als Führungsnation teilen, mit all den Problemen, die dabei auftauchen können, dann muß Europa unser Partner sein. Ja, das ist es, worum es bei dieser Kosovo-Geschichte wirklich geht.«

Deutschland sowie andere NATO-Staaten haben mit dem Krieg gegen Jugoslawien eigene - teils mit den USA konkurrierende - Interessen verfolgt. Seit Jahren hatte die Bundesrepublik Deutschland eine Internationalisierung und Militarisierung der innerstaatlichen Konflikte Jugoslawiens - auch gegen eine zunächst noch zögerliche Clinton- Administration - angestrebt, teils aus globalem bzw. NATO- internem machtpolitischem Kalkül, teils aus eigenen ökonomischen Interessenlagen. Brzezinski brachte es auf den Punkt: »Im Kampf um die traditionelle Vormacht in Europa winkte der traditionelle Balkan als Beute.«

### **Verzicht aufs Völkerrecht**

Da die Durchsetzung der machtpolitischen und ökonomischen Interessen der USA sowie der anderen NATO-Staaten sich bei objektiver Analyse der Lage in Jugoslawien auf keine völkerrechtlich relevante Begründung für einen Krieg stützen konnte, überließ man diese Frage den Gelehrten und ließ sich ansonsten von den eigenen Interessen leiten. Es gab keinen Konsens der NATO-Staaten über die Völkerrechtmäßigkeit des Krieges, wohl aber ein Amalgam von je eigenen und einander nicht ausschließenden Zielen.

Im NATO-Brief vom Herbst 1999 schreibt der Professor für Völkerrecht der Schwedischen Verteidigungsakademie und Universität Stockholm, Ove Bring: »Während der NATO- Bombenangriffe auf strategische Ziele in der Bundesrepublik Jugoslawien fiel auf, daß die NATO selbst ihre Position mit keinerlei rechtlichen Mitteln verteidigte. Als eine Gruppe von Völkerrechtsstudenten der Universität Stockholm im April 1999 die Brüsseler NATO-Zentrale besuchte, hieß es, es gebe keine abgestimmte Haltung der NATO in dieser Frage, sondern es sei die Aufgabe der Regierungen der beteiligten Mitgliedstaaten, die völkerrechtliche Lage zu prüfen und die aus ihrer Sicht richtigen Begründungen anzuführen.« (4)

Das ist ein deklariertes Verzicht auf Völkerrechtsnormen überhaupt, proklamierter Rechtsrelativismus und Rechtsnihilismus in der wichtigsten Frage des Völkerrechts, der Sicherung des Friedens. Das internationale Recht darf gerade nicht der Beliebigkeit der Interpretation durch jeden einzelnen Staat unterliegen, wenn es Recht sein soll. Andererseits gab es durchaus einen Konsens der NATO-Staaten zur Begründung der Legitimität des Krieges. Er sei zum »Schutz der Menschenrechte« in Jugoslawien und seiner südlichen Provinz Kosovo geführt worden.

Die Rechtfertigung von Kriegen erfolgt traditionell nach drei Kriterien, der

- Legalität der Gewaltanwendung,
- der Legitimität der Zwecke und Rationalität der Ziele
- sowie der Verhältnismäßigkeit bzw. auch Funktionalität der Mittel.

Obwohl die Frage der Legalität im internationalen Recht die entscheidende Frage ist, wurde sie in der Öffentlichkeit des Westens als untergeordnet dargestellt. Auch die Frage der Mittel wurde in der Öffentlichkeit kaum ernsthaft debattiert, da ein Luftkrieg per se und generell eher Menschenrechte verletzen als herstellen kann.

Renommierte Völkerrechtler haben von Anfang an hervorgehoben, daß der Krieg ein Aggressionskrieg ist, da die NATO als erste Waffen anwendete. (UNO-Charta Art. 2). Eine andere Wertung hätte nur der Sicherheitsrat vornehmen können. Außerdem wurde auf Artikel 4 der UNO-Charta verwiesen, wonach keine Erwägung politischer, wirtschaftlicher, militärischer oder anderer Art als Rechtfertigung für eine Aggression herangezogen werden kann.<sup>5</sup> Selbstverständlich wurde auch auf die Unverhältnismäßigkeit der Mittel hingewiesen, die auf keinen Fall eine mindere Art der Menschenrechtsverletzung darstellten als die tatsächlich oder vorgeblich mit ihnen bekämpfte. Es wurde der Verdacht geäußert, daß es sich, da die Lebensgrundlagen des jugoslawischen Volkes schwer angegriffen wurden, um Kriegsverbrechen handle.

### **Kreuzzugswahn**

Die Argumentation des Aggressors war eher anderer Art. Sie war nicht juristisch, sondern moralisch-ideologisch.

Ihren Heiligenschein erhielt sie vollends durch die Vision von Jürgen Habermas, den Krieg der NATO gegen Jugoslawien als einen Vorgriff auf eine erst noch zu schaffende, Menschen- und Bürgerrechte garantierende Weltordnung zu begreifen und zu rechtfertigen. (6)

Die NATO-Gipfelerklärung zum Kosovo, die kurz nach Beginn des Krieges verabschiedet wurde, stellt den Krieg als einen direkt im Namen von Werten, also von Überzeugungen geführten Konflikt dar. »Die Krise im Kosovo stellt eine grundlegende Herausforderung der Werte dar, für die die NATO seit ihrer Gründung eintritt: Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.« (7) Damit wird der Verteidigungsauftrag der NATO zum Kreuzzugsauftrag umgemünzt, dem Aggression wesenseigen sein muß. Kriege bedürfen dann nur noch der moralischen Entrüstung über die menschenrechtlichen Zustände in anderen Ländern.

In seiner Regierungserklärung vom 27. März 99 hatte auch Gerhard Schröder den Krieg damit begründet, daß das »Bündnis ... zu diesem Schritt gezwungen (war), um weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte im Kosovo zu unterbinden und um eine humanitäre Katastrophe dort zu verhindern.« (8)

Die Methode der Einführung ihres eigenen Menschenrechtsregimes in diesen Ländern sieht dann so aus wie in den postsozialistischen Staaten. Sie werden zuerst als »Schurkenstaaten« diskriminiert, um dann Menschenrechtsmissionen für notwendig zu erklären.

### **Rassistisches Serbenbild**

Menschenrechte contra Völkerrecht, das ist eine fatale Alternative. Sie negiert, daß die Menschenrechtspakte selbst Völkerrecht sind. Sie akzeptiert nicht das in den Pakten festgeschriebene Recht auf Leben, das nicht weniger für Serben als für andere Menschen gilt. Den Serben z. B. dieses Menschenrecht nicht uneingeschränkt zugestehen, ist nur durch eine Art Rassismus zu begründen. Er müßte gegen den Satz, daß alle Menschen gleiche Rechte haben und gleichen Schutz vor Diskriminierung genießen, sagen, das gilt aber nur für Amerikanern und Westeuropäern gleichwertige Menschen, für Menschen des abendländischen Kulturkreises o. ä. Das ist tatsächlich im Sächsischen Landtag im Zusammenhang mit der Asylgesetzgebung so debattiert worden.

Um den Krieg zu begründen, haben die NATO-Staaten ein Feindbild geschaffen, das die Bevölkerung Jugoslawiens tief demütigte. Wörter wie Konzentrationslager, zweites Auschwitz, Barbarei, Massaker, Massengräber und Massenvergewaltigungen durchzogen die Berichterstattung über die Aktionen der Serben im Kosovo. Damit wird ein immanenter Faschismusvorwurf erhoben. Parallel dazu wurde ein noch archaisches Entwicklungsstadium der Bevölkerung Jugoslawiens suggeriert. Die Diskriminierungen verdichteten sich zu einer rassistischen Abwertung des »Serben«, der symbolisch für die Bevölkerung dieser Region steht. Es war der deutsche Verteidigungsminister Scharping, der auf einer Pressekonferenz - um es weltweit zu verbreiten - davon sprach, daß ihm berichtet wurde, daß Serben mit den Köpfen Toter Fußball spielten, oder daß sie einer getöteten schwangeren Frau den Fötus herausschnitten, grillten und wieder einsetzten. Das ist unsäglich. Der deutsche Außenminister Joseph Fischer bezeichnete als ein Kriegsziel, dem »Balkan« atavistische Züge auszutreiben. (9) Dem Balkan fehle es an Zivilisation, Kultur und Moral. Man muß ihn also zivilisieren, kultivieren und moralisieren.

Das ist die Mentalität der Kolonialisierung. Wie ließ Fontane seinen Pastor Lorenzen sagen über die heuchlerischen englischen Kolonisatoren: »Sie sagen Christus und meinen Kattun.« Sie sagen Menschenrechte und meinen Öl, wäre die wesensgleiche, doch moderne Variante. Stalingrad, Afghanistan, Kurdistan, Jugoslawien und Tschetschenien sind nur Schlachten um dieselben Ölfelder.

PS. In der Koalitionsvereinbarung hatte es noch geheißen: »Die neue Bundesregierung wird sich aktiv dafür einsetzen, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zu bewahren.«

(1) Vgl. Michel Chossudovsky: Wie Jugoslawien zerstört wurde. Telegraph 2/99, S. 55 ff

(2) Hans-Dietrich Genscher: Rede vor dem Deutschen Bundestag. 14. April 1991

(3) August Pradetto: Moral, Interessen und Machtkalkül in der Außenpolitik. Schlußfolgerungen ein Jahr nach dem Kosovo-Krieg. Frankfurter Rundschau, 24. März 2000

(4) Ove Bring: Sollte die NATO bei der Konzeption einer Doktrin der humanitären Intervention die Führung übernehmen? In: NATO-Brief Nr. 3, Herbst 1999, S.24

(5) Walter Poeggel am 18.6.99 in einem Podiumsgespräch zum Krieg gegen Jugoslawien. (Tonbandmitschnitt)

(6) Vgl. Jürgen Habermas: Bestialität und Humanität. Ein Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral. Die Zeit, 29. April 1999, S. 1

(7) NATO-Gipfelerklärung zum Kosovo

(8) Gerhard Schröder: Regierungserklärung vom 27. März 1999. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. H. 5/99, S. 635

(9) Joseph Fischer: Serbien gehört zu Europa. Ein Zeit-Gespräch mit Außenminister Joschka Fischer über den Balkankrieg. Die Zeit, 15. April 1999, S. 3

\*\*\*\*

# Pipeline Korridore

## Die USA auf dem Kriegspfad in Mazedonien

von  
Michel Choussudovsky

10. Juni 2001

**Washingtons heimlicher Krieg in Mazedonien soll Amerikas Einflußsphäre in Südosteuropa festigen. Es geht um den strategischen Transport-, Kommunikations- und Ölpipeline- »Korridor« Bulgarien-Mazedonien-Albanien vom Schwarzen Meer zur Adria. Mazedonien liegt am strategischen Knotenpunkt des Ölpipeline-Korridors.**

Um diese Pipeline-Strecken zu schützen, will Washington einen »Flickenteppich von Protektoraten« auf dem Balkan schaffen. Die Hoffnung auf ein »Großalbanien«, von Washington genährt, um den albanischen Nationalismus anzustacheln, ist Teil des militärisch-geheimdienstlichen Komplotts. Dieses besteht, wie breit belegt, in der Finanzierung und Ausrüstung der Kosovo-Befreiungsarmee (KLA, englisch für UCK) und ihres Ablegers Nationale Befreiungsarmee (NLA), um damit die terroristischen Angriffe in Mazedonien zu führen.

Die Entwicklung der amerikanischen Einflußsphäre in Südosteuropa - in Komplizenschaft mit Großbritannien - dient den Interessen der Ölgiganten, zu denen BP-Amoco- Arco, Chevron und Texaco gehören. Die Kontrolle der Pipeline-Strecken und ihr »Schutz« ist die Grundbedingung für den Erfolg dieser zig Milliarden Dollar schweren Unternehmungen: ein erfolgreiches internationales Ölregime ist eine Kombination von ökonomischen, politischen und militärischen Arrangements, die die Förderung des Öls und seinen Transport zu den Märkten unterstützen. (1)

Das angloamerikanische Konsortium, das das Projekt der transbalkanischen AMBO-Pipeline kontrolliert, die den bulgarischen Schwarzmeerhafen Burgas mit Vlora an der albanischen Adriaküste verbindet, schließt die Teilnahme des konkurrierenden europäischen Ölgiganten Total-Fina-Elf weitgehend aus. Anders gesagt, die strategische Kontrolle der USA über den Pipeline-Korridor soll die Rolle der EU schwächen und konkurrierende europäische Geschäftsinteressen auf Distanz halten.

Das US-gestützte Pipeline-Konsortium AMBO ist direkt verbunden mit der Zentrale der politischen und militärischen Macht in den Vereinigten Staaten und Vizepräsident Dick Cheneys Firma Halliburton Energy. Eine Machbarkeitsstudie für die Ölpipeline von AMBO, die von Brown & Root Ltd. durchgeführt wurde - einer internationalen Firma für Ingenieurwesen, Halliburtons britischer Filiale - hat dafür gesorgt, daß diese Pipeline ein Bestandteil der entscheidenden Ost-West-Korridor- Infrastruktur der Region werden wird, zu der Schnellstraßen, Bahnlinien, Erdgaspipelines und Glasfaserkabel für die Telekommunikation gehören.

Nach Fertigstellung der Studie von Halliburton wurde ein Spitzenmanager dieses Unternehmens zum Vorstandsvorsitzenden von AMBO bestellt. Halliburton erhielt auch einen Vertrag über Wartungsarbeiten für die US-Truppen auf dem Balkan und den Auftrag, »Bondsteel« im Kosovo zu bauen, heute »die größte amerikanische Militärbasis im Ausland, die seit Vietnam errichtet wurde«. (2) Zufällig hängt auch White and Case LLT, das New Yorker Anwaltsbüro, zu dem Präsident William J. Clinton wechselte, als er das Weiße Haus verließ, in dem AMBO- Pipeline-Deal mit drin.

### Protektorate der USA

Das Projekt einer transbalkanischen Pipeline würde den Anschluß herstellen zu den Pipeline-Strecken zwischen dem Schwarzen Meer und dem Becken des Kaspischen Meers, das im Zentrum der größten unerschlossenen Öllagerstätten der Welt liegt. Die Militarisierung dieser Korridore ist integraler Bestandteil der Washingtoner Pläne.

Die Politik der USA, die Pipeline-Strecken aus der Region des Kaspischen Meers (und durch den Balkan) zu »schützen«, wurde von Clintons Energieminister Bill Richardson wenige Monate vor der Bombardierung Jugoslawiens 1999 offen ausgesprochen: »Es geht um Amerikas sichere Energieversorgung ... Und es geht auch darum zu verhindern, daß jene, die unsere Werte nicht teilen, einen strategischen Durchbruch erzielen. Wir versuchen, diese jetzt unabhängig gewordenen Staaten auf den Westen zu orientieren ... Wir möchten, das sie

sich westlichen Handels- und politischen Interessen anvertrauen, statt einen anderen Weg zu gehen. Wir haben in der kaspischen Region erheblich politisch investiert, und es ist sehr wichtig für uns, daß die Karte der Pipelines und die Politik gleichermaßen stimmen.« (3)

Die angloamerikanischen Ölgiganten, dazu gehören BP- Amoco-Arco, Texaco und Chevron, konkurrieren, unterstützt von der Militärmacht der USA, mit Europas (mit der italienischen ENI verbundenem) Ölgiganten Total-Fina- Elf, der eine große Rolle auf den reichen Kashagan- Ölfeldern in Kasachstan, im Nordosten des Kaspischen Beckens spielt. Es geht um viel: Kashagan sei »so groß, daß es sogar die Größe der Ölvorkommen in der Nordsee übertrifft«. (4) Dem EU-gestützten Konsortium fehlt es aber an Einfluß bei den Hauptpipelinestrecken aus dem Kaspischen Becken und weiter nach Westeuropa. Die entscheidenden Pipelineprojekte - einschließlich des AMBO-Projekts und des Baku-Cehyan-Projekts durch die Türkei zum Mittelmeer - sind weitgehend in der Hand der angloamerikanischen Rivalen, die sich auf die politische wie militärische Präsenz der USA im Kaspischen Becken und auf dem Balkan stützen können.

Washington will möglichst alle drei AMBO-Länder, nämlich Bulgarien, Mazedonien und Albanien, durch die Schaffung vollständiger US-Protectorate dem deutschen und EU-Einfluß entziehen. Anders gesagt, zielt die militärische und geopolitische Kontrolle der USA über die projektierte Pipelineverbindung zwischen Burgas in Bulgarien und dem albanischen Adriahafen Vlora darauf ab, sowohl den EU- Einfluß zu untergraben als auch die konkurrierenden französisch-belgisch-italienischen Ölintereessen zu schwächen.

Verhandlungen im Zusammenhang mit der AMBO- Pipeline wurden von Vertretern der US-Regierung durch die South Balkan Development Initiative (SBDI) der Trade and Development Agency (TDA) unterstützt, »die Albanien, Bulgarien und der FJR Mazedonien dabei helfen soll, ihre Transportinfrastruktur entlang des sie verbindenden Ost- West-Korridors zu entwickeln und zu integrieren«. (5) Die TDA weist darauf hin, daß es für die drei Staaten notwendig sei, »regionale Synergien zu nutzen, um neues öffentliches und privates Kapital [von US-Unternehmen] anzuziehen«, und unterstreicht zugleich die Verantwortung der US- Regierung »für die Umsetzung der Initiative«.

Was die AMBO-Pipeline angeht, sieht es so aus, als sei die EU von der Planung und den Verhandlungen weitgehend ausgeschlossen worden. Mit den Regierungen Albanien, Bulgariens und Mazedoniens wurden bereits »Memoranda of Understanding« (MOU; Abmachungen) unterzeichnet, welche diesen Ländern die nationale Souveränität über die Pipeline- und die Transport-Korridore durch die Einräumung »exklusiver Rechte« an das angloamerikanische Konsortium entziehen: »[Das MOU] stellt fest, daß nur AMBO die geplante Burgas-Vlora-Ölpipeline bauen darf. Genauer, es gibt AMBO das ausschließliche Recht, mit Investoren und Geldgebern für das Projekt zu verhandeln. Es verpflichtet ... [die Regierungen Bulgariens, Mazedoniens und Albanien] außerdem dazu, bestimmte vertrauliche Informationen über das Pipelineprojekt nicht weiterzugeben.« (6)

### **»Ost-West-Korridor«**

Das AMBO-Pipeline-Projekt ist verbunden mit einem anderen strategischen Projekt namens »Corridor 8«, das ursprünglich von der Clinton-Administration im Zusammenhang des Balkan-Stabilitätspaktes vorgeschlagen wurde. »Corridor 8«, von strategischer Bedeutung für die USA wie für die Europäische Union, umfaßt die Schnellstraßen-, Bahnlinien-, Elektrizitäts- und Telekommunikationsinfrastruktur. Die vorhandene Infrastruktur dieser Bereiche wird, unter Aufsicht von IWF und Weltbank, zur Deregulierung und Privatisierung (zu Schleuderpreisen) zerschlagen.

Ogleich von den Verkehrsministern der EU als Teil der europäischen ökonomischen Integration abgesegnet, wurden die Machbarkeitsstudien zu »Corridor 8« von unmittelbar von der TDA finanzierten US-Gesellschaften durchgeführt. Anders gesagt, Washington scheint die Übernahme des Verkehrs- und Kommunikationswesens dieser Staaten vorbereitet zu haben. Amerikanische Konzerne wie Bechtel, Enron und General Electric konkurrieren, mit finanzieller Rückendeckung durch die US-Regierung, mit Unternehmen aus der EU. Washington möchte den gesamten Korridor im »wirtschaftlichen Hinterhof« der EU, wo die Macht der D- Mark bisher tendenziell größer als die des US-Dollars ist, für die US-Multis öffnen.

Anfang 2000 trat die Europäische Kommission in Verhandlungen über eine EU-Assoziierung Mazedoniens, Bulgariens und Albanien ein. Und im April 2001, auf dem Höhepunkt der NLA-Terrorangriffe, wurde Mazedonien das erste Land auf dem Balkan, das ein sogenanntes »Stabilisierungs- und Assoziierungs-Abkommen« (SAA) unterzeichnete, das einen wichtigen Schritt in Richtung einer vollen EU-Mitgliedschaft darstellt. Das Abkommen bildet die Grundlage für »Liberalisierung des Handels, politische Zusammenarbeit, wirtschaftliche und institutionelle Reformen und die Übernahme der EU-Gesetzgebung«. Unter dem SAA wäre Mazedonien (faktisch) in das Europäische Währungssystem integriert, mit vollem Zugang zum EU- Markt.

Die Terrorangriffe fielen zeitlich zusammen mit dem Prozeß der EU-Erweiterung und begannen wenige Wochen vor der Unterzeichnung des historischen Assoziierungsabkommens mit Mazedonien zu eskalieren. Es ist eindeutig belegt, daß Militärberater der USA mit den Terroristen zusammenarbeiten. War dies bloßer Zufall?



## **Strategische Interessen**

Ebenso wurde Robert Frowick, »ein früherer US-Diplomat«, Mitte März als Leiter der OSZE-Mission in Mazedonien bestellt, ebenfalls nur wenige Wochen vor der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens. In enger Fühlungnahme mit Washington und der US-Botschaft in Skopje initiierte Frowick einen »Dialog« mit dem NLA- Rebellenführer Ali Ahmeti. Er machte sich auch nützlich bei der Vermittlung eines Abkommens zwischen Ahmeti und den Führern der albanischen Parteien, die Teil der Regierungskoalition sind.

Dieses von Frowick gedeichselte Abkommen hat wesentlich zur Destabilisierung der politischen Institutionen beigetragen und zugleich den Prozeß der EU-Erweiterung gefährdet. Mehr noch, die sich verschlechternde Sicherheitslage in Mazedonien bot einen Vorwand für vermehrte politische, »humanitäre« und militärische Einmischung seitens der USA und hat gleichzeitig die ökonomischen und politischen Bindungen Skopjes zu Deutschland und der EU geschwächt. Eine der »verpflichtenden Bedingungen« des Assoziierungsabkommens ist, daß Mazedonien sich gemäß den »Demokratie-Standards der EU« verhält. Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß ohne eine »funktionierende Regierung« in Mazedonien der Assoziierungsprozeß mit Brüssel nicht vorankommen kann.

Die in Tirana, Skopje und Sofia installierten Marionettenregierungen fügen sich zwar weitgehend US- Diktaten, werden gegenwärtig aber in Richtung der EU gedrängt. Washingtons Ziel ist, der Ausweitung von Deutschlands »Lebensraum« nach Südosteuropa definitiv Zügel anzulegen. Die USA legen zwar Lippenbekenntnisse ab zur EU-Erweiterung, haben aber stets die NATO- Erweiterung als Mittel zur Verfolgung ihrer strategischen Interessen in Osteuropa und auf dem Balkan vorgezogen, während Deutschland und Frankreich dagegen waren. Der Ton der internationalen Diplomatie bleibt artig und höflich, doch die US-Außenpolitik unter der Bush-Regierung ist entschieden »antieuropäisch« geworden.

## **Angloamerikanische Achse**

Der Zusammenstoß zwischen Deutschland und Amerika auf dem Balkan ist Teil eines weit umfassenderen Prozesses, der den Kern des westlichen militärisch-industriellen Komplexes und des Verteidigungsestablishments betrifft. Seit den frühen 90er Jahren haben die USA und Deutschland auf dem Balkan als NATO-Partner gemeinsam agiert und ihre jeweiligen militärischen, nachrichtendienstlichen und außenpolitischen Initiativen koordiniert. Während sie in ihren öffentlichen Stellungnahmen den Anschein politischer Übereinstimmung aufrecht erhielten, begannen sich ernsthafte Differenzen im Gefolge des Dayton-Abkommens abzuzeichnen, als deutsche Banken sich darum balgten, das Währungssystem der Nachfolgestaaten Jugoslawiens zu übernehmen und die D-Mark durchzusetzen.

Überdies haben die USA nach dem Krieg gegen Jugoslawien ihre strategischen, militärischen und geheimdienstlichen Bande mit Großbritannien enger geknüpft, während dieses viele seiner Verbindungen zu Deutschland und Frankreich (vor allem auf dem Gebiet der Verteidigungs- und Luftfahrtindustrie) kappte. Anfang 2000 unterzeichneten US-Verteidigungsminister William Cohen und sein britischer Kollege Geoff Hoon eine »Erklärung über Rüstungsgüter und industrielle Zusammenarbeit«. (7) Washington wollte damit die Bildung einer »transatlantischen Brücke« anregen, »über die das US- Verteidigungsministerium seine Globalisierungsstrategie nach Europa tragen kann«. (8)

Die Rüstungsindustrie der USA - zu der jetzt British Aerospace gehört - prallt mit dem französisch-deutschen Rüstungskonsortium EADS zusammen - einem Konglomerat, das sich aus der französischen Aerospatiale Matra, Deutscher Aerospace, die Teil der mächtigen Daimler-Gruppe ist, und Spaniens CASA zusammensetzt. Anders gesagt, hat sich der militärisch-industrielle Komplex des Westens gespalten - mit den USA und Großbritannien auf der einen, Deutschland und Frankreich auf der anderen Seite.

Öl, Kanonen und die westliche Militäralianz hängen eng miteinander zusammen. Washingtons Ziel ist, die Vorherrschaft des militärisch-industriellen Komplexes der USA im Bündnis mit den angloamerikanischen Ölgiganten und den wichtigsten britischen Waffenlieferanten zu sichern. Diese Entwicklungen haben offenkundig auch mit der Kontrolle der strategischen Pipelines, der Verkehrs- und Kommunikationsnetze auf dem Balkan, in Osteuropa und der früheren Sowjetunion zu tun. Und dieser angloamerikanischen Achse entspricht wiederum die zunehmende Zusammenarbeit zwischen der CIA und dem britischen M15 auf dem Gebiet des Nachrichtenwesens und geheimdienstlicher Operationen, wie die Rolle zeigt, welche die britischen Special Forces bei der Ausbildung von KLA- Rebellen spielten.

## **Neue Weltordnung**

»Schutz« der Pipelines, verdeckte Aktionen und das Recycling von Drogengeld zur Unterstützung bewaffneter Erhebungen, Militarisierung der strategischen Verbindungslinien, Rüstungsbeschaffung für »Partnerschaft für den Frieden«-Länder sind insgesamt ein integraler Bestandteil der angloamerikanischen Achse und ihres Bestrebens, die Öl- und Erdgasstrecken und Transportkorridore aus dem Kaspischen Becken und dem Schwarzen Meer durch den Balkan zu beherrschen. Allgemeiner gesprochen: In der größeren Region, die

Osteuropa und den Balkan mit den früheren Sowjetrepubliken verbindet, findet ein unbarmherziger Kampf zwischen konkurrierenden Konglomeraten um die Kontrolle von nationalen Volkswirtschaften statt. Und dahinter steckt das Bemühen des Finanzestablishments der Wall Street - im Bündnis mit den Rüstungs- und Ölgiganten - die D-Mark (und den Euro) zu destabilisieren und in Mißkredit zu bringen, um den Dollar als einzige Leitwährung in der Region durchzusetzen.

Die Kontrolle über die »Geldschöpfung« - indem die Herrschaft des US-amerikanischen Federal-Reserve-Systems weltweit durchgesetzt wird - ist ein zentraler Zug des US- Expansionismus geworden. So gesehen, geht es bei dem militärisch-geheimdienstlichen Komplott Washingtons nicht nur darum, die »EU-Erweiterung« zu untergraben, es zielt auch darauf ab, die Vorherrschaft von Deutschlands größten Banken (Deutsche Bank, Commerzbank, Westdeutsche Landesbank) auf dem Balkan zu schwächen und zu beseitigen.

Für die Neue Weltordnung ist der scharfe Kampf zwischen Europa und Amerika um die »koloniale Kontrolle« über nationale Währungen charakteristisch. Und dieser Konflikt zwischen »konkurrierenden kapitalistischen Blöcken« wird noch schärfer werden, wenn mehrere hundert Millionen Menschen von Osteuropa und dem Balkan bis Mittelasien ab 1. Januar 2002 den Euro faktisch als ihre nationale Währung benutzen werden. aus Junge Welt 24.09.2001.

Quellenangaben

(1) Wo in diesem Artikel von der Europäischen Union gesprochen wird, ist die »EU minus Großbritannien« gemeint.

(2) Vgl. Karen Talbots eindringliche Untersuchung: »Former Yugoslavia: The Name of the Game is Oil«, People's Weekly World, Mai 2001 unter <http://www.ecadre.net/pages/news/stories/990197752.shtml>, sowie Marjorie Cohn, »Pacification for a pipeline: explaining the US Military presence in the Balkans, The Jurist, Legal Education Network, Juni 2001, <http://jurist.law.pitt.edu/forumnew22.htm>.

(3) George Monbiot, A Discreet Deal in the Pipeline, The Guardian, 15. Februar 2001.

(4) Richard Giragosian, »Massive Kashagan Oil Strike Renews Geopolitical Offensive In Caspian«, The Analyst, Central Asia-Caucasus Institute, Johns Hopkins University- Paul H. Nitze School of Advanced International Studies, 7. Juni 2000, <http://www.soros.org/caucasus/0059.html>.

(5) Vgl. Trade and Development (TDA) by Region unter <http://www.tda.gov/region/sbdi.html>.

(6) Alexander Gas and Oil Connections, <http://www.gasandoil.com/goc/news/nte04224.htm>, October 2000.

(7) Reuters, 5. Feb. 2000.

(8) Das Abkommen wurde unterzeichnet kurz nach der Schaffung von British Aerospace Systems durch die Verschmelzung von BAe und GEC Marconi. British Aerospace (BAe) war bereits fest an die beiden größten amerikanischen Rüstungslieferanten, Lockheed Martin und Boeing gebunden. Näheres bei Vago Muradian, Pentagon Sees Bridge to Europe, Defense Daily, Bd. 204, Nr. 40, 1. Dez. 1999

(\*) Der Artikel von Michel Chossudovsky wurde am 14. Juni 2001 verfaßt. Quelle: <http://emperors-clothes.com/articles/choss/pipe.htm>.

jW übernahm ihn aus der Zeitschrift Marxistische Blätter, Heft 5/2001, und veröffentlicht eine gekürzte Fassung. Übersetzung: Hermann Kopp

## **Die geheime Außenpolitik der USA, Öl, und der Anschlag vom 11.9**

### **Ein lange geplanter Krieg**

*Mathias Bröckers 02.11.2001*

## The WTC Conspiracy IXX

**Verschwörungstheorien sind laut Robert Anton Wilson immer "Spaghetti-Theorien": egal welchen Faden man herauszieht, man macht sich die Finger schmutzig. Da aber das Menü bei McMedia zu den Hintergründen des WTC-Falls seit sechs Wochen immer nur denselben abgenagten Knochen anbietet, müssen wir wohl weiter in den Spaghetti-Topf greifen - heute: al Olio.**

US-Ölkonzerne wollen eine Pipeline vom Kaspischen Meer nach Pakistan bauen. Die Route durch Afghanistan ist wegen der amtierenden Regierung ungesichert, also werden die Taliban in einem Krieg beseitigt, der vermeintlich gegen den Terror, eigentlich aber ums Öl geht. So weit, so logisch, und wenn wir die Öl-Brille schon mal aufhaben, entdecken wir auch gleich noch, dass der letzte Chef der Firma [1] Halliburton, die den Milliardenjob für Bau und Versorgung der Pipeline übernehmen will und eine Expertise darüber erstellt hat, zufällig Vizepräsident wurde und [2] Dick Cheney heißt.

Die kaspischen [3] "Pipedreams" der Öl-Multis existieren nicht erst seit vorgestern: Schon bei der Installation des Taliban-Regimes durch Pakistan und die CIA waren die "Schüler des Islam" als Wächter der Pipeline auserkoren und verhandelten darüber auf höchster Ebene mit den Amerikanern. Erst als Menschenrechtsorganisationen und die amerikanischen Grünen bei der Clinton-Administration massiv auf die frauenverachtende Terrorpolitik in Afghanistan aufmerksam machten, sahen sich die Ölmänner der texanischen [4] UNOCAL genötigt, ihre Verhandlungen mit den Taliban abzubrechen - [5]

1998 wurde der Pipelineplan offiziell auf Eis gelegt. Inoffiziell aber wurde, wie [6] Jane's Security berichtet, schon damals beschlossen, die Situation nicht einfach hinzunehmen und eine Allianz mit Indien und Russland zu suchen, um die Taliban mit militärischen Mitteln unter Druck zu setzen: der Angriff, der Ende September eingesetzt hat, war seit Jahren geplant !!!

Nur welcher US-Bürger hätte einem Krieg zugestimmt, um die privaten Ölgeschäfte des Präsidenten und seines Vize zu betreiben? Bei einem "Krieg gegen den Terror" freilich sieht das anders aus: Wer da nicht zustimmt und auf die schnöden Geschäftsinteressen verweist, gilt quasi automatisch als unpatriotischer Unmensch.

Weil der Imperativ des billigen Öls die US-Außenpolitik seit vielen Jahrzehnten diktiert, hatten wir schon vor einigen Wochen [7] vermutet, dass bei den Ermittlungen des WTC-Anschlags sicher bald "Spuren" auftauchen, die auf den Irak weisen. Und [8] siehe da: der Terrorpilot Atta soll sich in Prag mehrfach mit einem Konsul der irakischen Botschaft getroffen haben und dabei, so der tschechische Geheimdienst, könnte auch Anthrax übergeben worden sein.

Ist es ein Zufall, dass diese "Spur" jetzt auftaucht und groß gemeldet wird, während die wirklich sensationelle Enthüllung der "Times of India", dass Atta vom pakistanischen Geheimdienst Geld erhalten hat - also im Auftrag des engsten amerikanischen Verbündeten agierte - keinerlei Widerhall in den Medien gefunden hat ([9] Manus Manum Lavat - Money Money Lavamat? Wird demnächst "eindeutig" nachgewiesen, dass irgendeiner der Briefe mit Milzbrand-Erregern aus eben jenem Stamm bestückt war, den man seinerzeit dem netten Hurensohn Saddam verkaufte? Der wird sich an vergiftete Briefe im übrigen noch gut erinnern, denn Anfang der 60er war er als Offizier an der Operation beteiligt, mit der die Amerikaner den sowjet-freundlichen Machthaber General Kassem

beseitigen wollten. Während die CIA Saddams Ba'aht-Partei mit Adressen von "Kommunisten" versorgte, die dann von Killerkommandos erledigt wurden, ließ ihr Chef-Chemiker Sydney Gottlieb - der berühmte Leiter des Drogen- und Gehirnwäsche-Projekts MK ULTRA - ein mit Sporen vergiftetes Taschentuch an die Privatadresse des Generals senden. Wenn auch ohne direkten Erfolg - Kassem wurde erst bei dem späteren Putsch erschossen.

In den Tagen nach dem Anschlag wunderte ich mich, warum in den Medien soviel von möglichen Folgeattacken durch Biokampfstoffe wie Anthrax die Rede war. Als dann zwei Wochen später die ersten Fälle auftauchten, schien mir die Panikmache dann wie eine "selffulfilling prophecy". Hatte man damit nur ein paar irre Trittbrettfahrer und Angehöriger rechtsradikaler Milizen, die in der Vergangenheit schon Anschläge mit dem Milzbranderreger ausgeführt hatten, animiert? Oder war die Anthrax-Hysterie eine psychologische Operation, mit der zum einen vom völligen Versagen der Behörden bei der Verhinderung und Aufklärung des WTC-Anschlags abgelenkt und ein Angstklima zur Durchsetzung von Überwachungs- und "Homeland Security"-Gesetzen geschaffen werden sollte - und zum anderen eine Spur auf den nächsten Gegner im geopolitischen "Great Game" vorbereitet werden

sollte?

Wenn Bagdad demnächst tatsächlich wegen Anthrax in die Schusslinie geraten sollte, können wir davon ausgehen, dass es sich bei den mysteriösen Anthrax-Briefen nicht um Sendungen von "Al Qaida" handelt, sondern um "black valentine"-Grüße aus der CIA-Giftküche.

Dass es sich bei der Bombardierung Afghanistans nicht um eine Polizeiaktion zur Ergreifung von Terroristen handelt, wird mit jedem Tag deutlicher. Die Ausdehnung des Kriegs auf den Irak allerdings würde in der gegenwärtigen Situation zu einem sofortigen Bruch der ohnehin instabilen "Anti-Terror"-Allianz führen. Erst nach einem weiteren schrecklichen Anschlag oder einem Attentat auf einen hochrangigen Staatsmann sähe das anders aus. Da die US-Öffentlichkeit das stumpfsinnige Bombardieren afghanischer Hütten nicht weitere drei

Wochen klaglos hinnehmen wird, müsste dieser bald erfolgen - möglicherweise, um die "Allianz" zusammenschweißen, nicht in den USA, sondern in Europa. Wenn dabei dann "Beweise" auf irakische Mittäterschaft auftauchen, wäre es wirklich höchste Zeit, einen bestimmten "harbor of terrorists" wenn nicht unter Beschuss, so doch unter allerstrengste Observation zu nehmen: das Hauptquartier der Central Intelligence Agency in Langley.

Auch die indische Autorin Arundhati Roy, deren freundliche Erwähnung Ulrich Wickert fast den Job gekostet hätte, spart in einem weiteren fulminanten Aufsatz im [10] Guardian nicht mit Kritik an der CIA und ihrem unrühmlichen pakistanischen Partner ISI. Und sie vergisst auch nicht, die Carlyle-Group zu erwähnen, eine der größten US-Investmentgruppen im Militärbereich, in der nicht nur die Bush- und die Laden Familie aufs engste verbandelt sind, sondern auch noch einige andere Köpfe der US-Administration Windfall-Profite vom Afghanistan-Krieg erwarten dürfen. Hier vermutet Roy auch den Grund, warum Bush seine Ankündigung, "nicht mit 2-Mio.Dollar-Raketen auf 10-Dollar-Zelte zu feuern und ein Kamel in den Hintern zu treffen", seit Wochen Lügen

straft.  
"Präsident Bush sollte wissen, dass es in Afghanistan keine Ziele gibt, die dem Geldwert seiner Raketen entsprechen. Vielleicht sollte er, zum Ausgleich der Bilanzen, ein paar billigere Raketen entwickeln, für die billigeren Ziele und billigeren Leben in den ärmeren Ländern der Welt. Aber dies würde dann ein nicht so gutes Geschäft für die Waffenproduzenten der Koalition bedeuten. Es würde zu Beispiel keinerlei Sinn für die Carlyle Group machen, die im "Industry Standard" als "weltgrößte private Investitionsbank" beschrieben wird und 13 Milliarden Dollar verwaltet. Carlyle investiert im Rüstungssektor und verdient sein Geld mit kriegerischen Konflikten und Waffenausgaben. Carlyle wird von Männern mit hervorragenden Referenzen geleitet: Geschäftsführender Direktor ist der frühere Verteidigungsminister Frank Carlucci - ein College-Freund von Donald Rumsfeld. Weitere Partner sind der ehemalige Minister James Baker, George Soros und Fred Malek (der Kampagnen-Manager von Bush senior). Der "Baltimore Chronicle" berichtet, dass Bush sr. Investitionen für Carlyle auf den asiatischen Märkten akquiriert und für seine "Präsentationen" nicht unerhebliche Geldsummen erhält."

Bemerkenswert ist, wie der "Spiegel online", der Roys "Guardian"-Artikel mittlerweile [11] übernommen hat, den oben ziemlich wortgetreu übersetzten Abschnitt für die deutsche Leserschaft wiedergibt: "Präsident Bush sollte wissen, dass es in Afghanistan keine Ziele gibt, die den Preis seiner Raketen wert sind. Vielleicht sollte er ein paar billigere Raketen für billigere Ziele und billigere Leute in den armen Ländern der Welt bauen, und wäre es nur für den Etatausgleich. Doch das erschien am Ende den Waffenherstellern der Koalition als nicht sehr vernünftig, geschäftlich gesehen."

Das wars. Die entscheidende Passage, wer die Geschäfte macht - Bush sen. und seine alte Clique, also genau das, was die überbezahlten Journalisten beim "Spiegel" noch viel genauer und im Detail zu recherchieren hätten - ist ersatzlos gestrichen. Warum? Platzgründe können es nicht gewesen sein, Zufall ist es aber auch nicht. Es muss wohl damit zu tun haben, dass eine Erwähnung dieser Namen auf die deutsche Solidarität mit Bushs Kolonialkrieg unter Umständen wehrkraftzersetzend wirken könnte. Und da greifen die kleinen völkischen Beobachter beim "Spiegel" dann doch lieber zur vorausseilenden Zensur ...

Bisher hatten wir bei der entscheidenden Frage "Cui bono?" auf der Gewinnerseite nur Bush jr. und die amerikanischen Geheimdienste gelistet, die mit riesigen Image- bzw. Etat-Gewinnen von der Katastrophe profitiert haben. Die Rüstungsindustrie und freundliche Familienunternehmen wie Carlyle können nun ebenfalls als direkte Profiteure namhaft gemacht werden - außer ihnen nützen die irrsinnigen Bombardements keinem Menschen auf der Welt.

"Dieser Krieg ist ein Betrug!" titelt denn auch mittlerweile schon der konservative britische [12] Mirror

eine flammende Reportage seines Chefkorrespondenten - und verweist unter anderem darauf, dass der größte Abnehmer britischer Waffen Saudi-Arabien ist, der Hauptunterstützer des Jihad, und dass es nicht um die Ergreifung der vermuteten Terroristen geht, von denen keiner aus Afghanistan stammt, sondern um die Eroberung einer neuen "Öl-Kolonie".

Die Stimmung an der ideologischen Heimatfront kippt. Um die Seelen weiter in Angst zu halten und die Herzen für den "war on terror" zu begeistern, braucht es bald einen neuen psychologischen Push. Wenn dieser Krieg so lange geplant war, wie es scheint, sollte er jetzt an einem ausbleibenden Terroranschlag nicht scheitern.

Links

- [1] <http://www.halliburton.com/>
- [2] [http://www.halliburton.com/corp/corpNWS/corpNWS\\_072500.asp](http://www.halliburton.com/corp/corpNWS/corpNWS_072500.asp)
- [3] <http://www.guardian.co.uk/waronterror/story/0,1361,579169,00.html>
- [4] <http://www.unocal.com/>
- [5] <http://www.unocal.com/uclnews/98news/centgas.htm>
- [6] [http://www.janes.com/security/international\\_security/news/jir/jir010315\\_1\\_n.shtml](http://www.janes.com/security/international_security/news/jir/jir010315_1_n.shtml)
- [7] <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/9631/1.html>
- [8] <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,164902,00.html>
- [9] <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/9905/1.html>
- [10] <http://globalresearch.ca/articles/ROY110A.html>
- [11] <http://www.spiegel.de/kultur/literatur/0,1518,165236,00.html>
- [12] <http://mirror.icnetwork.co.uk/news/allnews/page.cfm?objectid=11392430&method=fullArtikel-URL>:

\*\*\*\*

## **Afghanistan War Negotiated (verhandelt) Months Before Suicide Air Attacks**

von Michael Sweeney, 22. Oktober 2001

( The doc can also be accessed at:<http://www.icom.ca/~mccoy/noilwar.htm>)

For Immediate Release September 19, 2001 For more documentable information, please contact H. Michael Sweeney, spokesperson for NOILWAR, [pkpr@proparanoid.com](mailto:pkpr@proparanoid.com) subject line.

**Foreign Press Reveals (enthüllt) Colin Powell Negotiated Afghanistan War Months Before Suicide Air Attacks: Motive is Oil Profits for Multinational War Partners**

Dateline Portland September 19, 2001, updated Oct 2, 2001

**The BBC and an Indian news agency in separate stories, one months before the suicide air attack on America, and one shortly after, have presented the most horrendous picture to date regarding the true nature of the terror in NYC and elsewhere: Prior (vorher) knowledge. Links to these stories are contained herein.**

Nations backing President Bush's request (Bitte) for a united front against the Taliban had better make certain they are getting their fair share of the spoils (Kriegsrechtliche Plünderung neutraler Orte) of war, a war covertly (verdeckt) arranged months before the suicide air attacks against the US.

A secret war pact against the Taliban was made between the United States, CIS (Russia), Pakistan, and India to facilitate (erreichen) a Middle-East to S.E. Asia Oil Pipeline, which cannot take place with growing political and religious upheaval (Unruhen) in the region at the hands of the Taliban.

Iran is thought to be a covert member to the pact. The combat (Kampf) was initially slated (vorgesehen) for mid October, which would seem to account for warnings that preparing for war will take time. **The problem is that**

**the ONLY logical pipeline routes runs for through Afghanistan or along the Afghanistan border with Iran and Pakistan,** (largely so close as to be visible (sehbar) from the border).

This route would seem to provide (versorgen) the US with the best incentive (Anreiz) to date to cooperate with Iran by, in essence, competing (konkurrieren) with a proposed (vorgeschlagen) Chinese backed oil Pipeline project serving the same oil fields in northern Iran and Caspian Sea resources, preventing (verhindern) China from obtaining (offensichtlichen) a de-facto monopoly on oil supplies for SE Asia. The Chinese began negotiating that project in 1997, causing a great deal of consternation (Bestürzung) for the Clinton administration and major US oil companies who stood to gain little in the project.

However, the Taliban are fomenting (schüren) both religious and political instability in the region between Iranian and Pakistani Shiites and Taliban Sunni Islamic sects, with notable (erkennbaren)

success. This unrest makes impractical (unmöglich) the financial investment and international cooperation required (erreichen) to construct the pipeline.

The solution (Lösung) was apparently (offenbar) to be death warrants (Garanten) for both the Taliban leader Mullah Mohammad Omar, and capitalistic terrorist Osama bin Laden, who had apparently grown too profitable and too strong for his former CIA masters and American business partners to control. Destruction of the Taliban was imperative (unausweichlich), but political needs would not permit (Erlaubnis) a simple solution. For Pakistan and India, long bitter rivals, to partner would require only sufficient profits to make peace between them more palatable (annehmbar).

However, Pakistan required (erwarb) a significant motive beyond profits to Risk internal conflict due to its nations divided religious and Political landscape, all intertwined (verflochten) with allegiances (Treue) to the Taliban.

There needed to be an extremely irresistible (unwiderstehlich) reason for the nations leadership to back/support military action against what their own citizens considered (jemand für was halten) a virtual (definitiver) spiritual ally (Bündnispartner). In like manner (Art und Weise), Iran required an irresistible reason to publicly support with vocal blessings American interests in any such action, and at the same time, needed a way to salve (besänftigen) bitter wounds between the two countries which would allow future joint financial ventures (Wagnisse).

In similar manner, the United States needed a very powerful and irresistible reason to mobilize America into supporting such a war, a war which would be extremely difficult to prosecute (durchführen), as the Soviet Union could testify (bezeugen) of first hand, having found the Soviet-Afghanistan war to be their Vietnam.

The logical solution which would indeed provide irresistible reasons for all concerned, would now seem to be the horrific terror campaign against the NYC and Washington DC by former CIA strong man, Osama bin Laden, who perhaps is still on the payroll after all. The question is, if the war was being secretly planned by the administration... a war which could not be sold to Americans without such a catastrophic event... then who really planned the 9.11 event?

The attack comes in the wake of revelations (Enthüllungen) by author James Bamford in his book Body of Evidence of a secret plan for US military intelligence operatives to commit acts of terrorism against American targets... blow up buildings, shoot down civilian airliners, blow up American war ships, and assassinate American citizens... for political gain (Zweck).

Operation Northwoods was signed off (nichtunterzeichnet) by all five Joint Chiefs of Staff under the Kennedy administration as a way to foment (herbeischaffen) public support for a war against Cuba, who would be blamed (Schuld haben) for the terrorist acts. Rejected (zurückgewiesen) sternly (streng) by President Kennedy, which may have contributed (angestoßen) to reasons behind his assassination (Ermordung), this „Reichstag fire“ approach (herhalten) to political gain (Zweck) may have been the model for September 11, shifting (verschoben) the blame this time to the Taliban homeland. What would make a more irresistible excuse for war?

In light of these revelations, American media needs to decide (entscheiden) if it will continue (weiermachen) to ignore truth and the principles of journalism for its preferred (bevorzugte) role as Fourth estate (Garnison) PR spokesperson of government. Will they tell America these facts or hide what the rest of the world already knows through news agencies which have no such loyalties?

Will American politicians find themselves being asked by their constituents (Gremien) if they knew in advance (vorraus) of this death pact, and have the blood of innocents (Unschuldigen) on their hands as coconspirators, or

will they demand (fordern) a full accounting (Abrechnung) of the facts before signing off on the blood lust boiling over as result of this war plot?

For more information, please review the following news sources: The first is a BBC story of a former Pakistani diplomat coming Forward to tell of his countrys knowledge of the planned war, concerned perhaps that the air attacks were not as advertised. Find it at: <<[http://news.bbc.co.uk/hi/english/world/south\\_asia/newsid](http://news.bbc.co.uk/hi/english/world/south_asia/newsid)

The above article confirms the second, which was written by an Indian news agency months before the attack and is much more detailed: <http://www.indiareacts.com/Story33.htm>

Additional proofs are available (erhältlich), including information which reveals that the war planning was undertaken immediately after private negotiations between oil companies and the Taliban to facilitate an international oil pipeline deal were fruitless. H. Michael Sweeney, spokesperson for NOILWAR (No OIL WAR), is a published author in the area of personal privacy and safety, and an expert on disinformation and an investigative writer specializing in crimes of the intelligence community.

'America will undoubtedly have its unstoppable oil war thanks to the largely silent Fourth Estate, but at what price?' asks Mr. Sweeney. 'Only those powerful men who know the truth will profit, and every American will have paid for it with their souls, some with their blood, all with blood and oil on their hands.' He adds that. It is extremely ironic that this plan comes so close on the heels of the release of the James Bond film, The World is Not Enough, which parallels many of the key elements of the underlying story.'

NOILWAR is a non-profit group of Americans and other citizens around the world seeking... 'To inform and educate the American Public about the existence of prior knowledge of the war by government, and the oil profit motive which lies behind it, in an effort to force media and government to acknowledge and answer these charges before spilling blood, and to insure that the true cause and source of the air attacks of 911 are known before targeting any group or nation.

We do so in the belief that government in a Republic must be challenged (herausfordern) at all times to insure that it is subject to the will of the people for the good of the people. It is not the other way around, nor is it to be a government working. For the good of corporate or foreign interests.' For more documentable information, please contact H. Michael Sweeney, spokesperson for NOILWAR: [oilwar@proparanoid.com](mailto:oilwar@proparanoid.com)with; NOILWAR Inquiry; in subject line (please)

## **"Osamagate**

*by Michel Chossudovsky*

**"Now the Taliban will pay a price" vowed (geloben) President George W. Bush as American and British fighter planes unleashed (runterwerfen) missile attacks against major cities in Afghanistan. The US Administration claims that Osama bin Laden is behind the tragic events of the 11th of September. A major war supposedly (angeblich) "against international terrorism" has been launched (lanciert), yet the evidence amply(reichlich) confirms (begräftigen) that agencies of the US government have since the Cold War harbored (beherbergen) the "Islamic Militant Network" as part of Washington's foreign policy agenda. In a bitter irony, the US Air Force is targeting (zielen) the training camps established in the 1980s by the CIA.**

The main justification (Rechtfertigung) for waging (Feldzug unternhmen) this war has been totally fabricated. The American people have been deliberately (absichtlich) and consciously misled by their government into supporting a major military adventure which affects our collective future.

# "OSAMAGATE"

by

*Michel Chossudovsky, Professor of Economics, University of Ottawa*

Centre for Research on Globalisation (CRG) at <http://globalresearch.ca>, 8 October 2001

The URL of this article is: <http://globalresearch.ca/articles/CHO110A.html>

**Confronted with mounting evidence, the US Administration can no longer deny (ableugnen) its links to Osama. While the CIA admits (zulassen) that Osama bin Laden was an "intelligence asset" (Vorteil) during the Cold War, the relationship is said to "go way back"**

Most news reports consider that these Osama-CIA links belong to the "bygone era" of the Soviet-Afghan war. They are invariably (gleichbleibende) viewed as "irrelevant" to an understanding of present events. Lost in the barrage (Sperrfeuer) of recent history, the role of the CIA in supporting and developing international terrorist organisations during the Cold war and its aftermath is casually (grundsätzlich) ignored or downplayed (heruntergespielt) by the Western media. Yes, We did support Him, but "He Went Against Us"

A blatant (marktschreierisch) example of media distortion (Verzerrung) is the so-called "blowback" thesis: "intelligence assets" are said to "have gone against their sponsors"; "what we've created blows back in our face." (1) In a twisted (verdrehten) logic, the US government and the CIA are portrayed (porträtiert) as the ill-fated (verhängnisvolle) victims:

"The sophisticated (intellektuell hochgestochen, aber unecht) methods taught to the Mujahideen, and the

thousands of tons of arms supplied to them by the US - and Britain - are now tormenting (quälen) the West in the phenomenon known as 'blowback', whereby a policy strategy rebounds on its own devisers." (2)

The US media, nonetheless, concedes (zugeben) that "the Taliban's coming to power [in 1995] is partly the outcome of the U.S. support of the Mujahideen, the radical Islamic group, in the 1980s in the war against the Soviet Union". (3) But it also readily dismisses its own factual (tatsächlich) statements and concludes in chorus, that the CIA had been tricked by a deceitful (hinterlistig) Osama. It's like "a son going against his father".

The "blowback" thesis is a fabrication. The evidence amply confirms that the CIA never severed (durchtrennen) its ties to the "Islamic Militant Network". Since the end of the Cold War, these covert intelligence links have not only been maintained (aufrechterhalten), they have in become increasingly (mehr) sophisticated.

New undercover initiatives financed by the Golden Crescent (Halbmond) drug trade were set in motion (Bewegung) in Central Asia, the Caucasus and the Balkans. Pakistan's military and intelligence apparatus (controlled by the CIA) essentially (substantiell) "served as a catalyst for the disintegration of the Soviet Union and the emergence (Krise) of six new Muslim republics in Central Asia." (4)

**Replicating ( nachzeichnen) the Iran Contragate Pattern**

Remember Ollie North and the Nicaraguan Contras under the Reagan Administration when weapons financed by the drug trade were channeled (übermitteln) to "freedom fighters" in Washington's covert war against the Sandinista government. The same pattern was used in the Balkans to arm and equip the Mujahideen fighting in the ranks of the Bosnian Muslim army against the Armed Forces of the Yugoslav Federation.

Throughout the 1990s, the Pakistan Inter Services Intelligence (ISI) was used by the CIA as a go-between -- to channel weapons and Mujahideen mercenaries (Soldaten) to the Bosnian Muslim Army in the civil war in Yugoslavia. According to a report of the London based International Media Corporation:

"Reliable sources report that the United States is now [1994] actively participating in the arming and training of



the Muslim forces of Bosnia- Herzegovina in direct contravention of the United Nations accords. US agencies have been providing weapons made in ... China (PRC), North Korea (DPRK) and Iran. The sources indicated that ... Iran, with the knowledge and agreement of the US Government, supplied the Bosnian forces with a large number of multiple rocket launchers and a large quantity of ammunition. These included 107mm and 122mm rockets from the PRC, and VBR-230 multiple rocket launchers ...made in Iran. ... It was [also] reported that 400 members of the Iranian Revolutionary Guard (Pasdaran) arrived in Bosnia with a large supply of arms and ammunition. It was alleged(erklären) that the US Central Intelligence Agency (CIA) had full knowledge of the operation and that the CIA believed that some of the 400 had been detached (abkommandieren) for future terrorist operations in Western Europe.

During September and October [1994], there has been a stream of "Afghan" Mujahedin ... covertly landed in Ploce, Croatia (South-West of Mostar) from where they have traveled with false papers ... before deploying (einsetzen) with the Bosnian Muslim forces in the Kupres, Zenica and Banja Luka areas. These forces have recently[late 1994] experienced a significant degree of military success. They have, according to sources in Sarajevo, been aided by the UNPROFOR Bangladesh battalion, which took over from a French battalion early in September [1994].

The Mujahedin landing at Ploce are reported to have been accompanied by US Special Forces equipped with high-tech communications equipment, ... The sources said that the mission of the US troops was to establish a command, control,communications and intelligence network to coordinate and support Bosnian Muslim offensives -- in concert with Mujahideen and Bosnian Croat forces -- in Kupres, Zenica and Banja Luka. Some offensives have recently been conducted from within the UN-established safe-havens in the Zenica and Banja Luka regions. (...)

The US Administration has not restricted (beschränken) its involvement to the clandestine (heimlich) contravention of the UN arms embargo on the region ... It [also] committed three high-ranking delegations over the past two years [prior to 1994] in failed (fehlgeschlagen) attempts (Anschläge) to bring the Yugoslav Government into line with US policy. Yugoslavia is the only state in the region to have failed to acquiesce (abfinden) to US pressure.(5)

### **"From the Horse's Mouth"**

Ironically, the US Administration's undercover military-intelligence operations in Bosnia have been fully documented by the Republican Party. A lengthy Congressional report by the Republican Party Committee (RPC) published in 1997, largely confirms the International Media Corporation report quoted above. The RPC Congressional report accuses (beschuldigt) the Clinton administration of having "helped turn Bosnia into a militant Islamic base" leading to the recruitment (Rekrutierung) through the so-called "Militant Islamic Network," of thousands of Mujahideen from the Muslim world:

"Perhaps most threatening to the SFOR mission - and more importantly, to the safety of the American personnel serving in Bosnia - is the unwillingness of the Clinton Administration to come clean with the Congress and with the American people about its complicity (Komplizenschaft) in the delivery(Lieferung) of weapons from Iran to the Muslim government in Sarajevo. That policy, personally approved by Bill Clinton in April 1994 at the urging of CIA Director-designate (and then-NSC chief) Anthony Lake and the U.S. ambassador to Croatia Peter Galbraith, has, according to the Los Angeles Times (citing classified intelligence community sources), "played a central role in the dramatic increase in Iranian influence in Bosnia. (...)" "Along with the weapons, Iranian Revolutionary Guards and VEVAK intelligence operatives entered Bosnia in large numbers, along with thousands of mujahedin("holy warriors") from across the Muslim world. Also engaged in the effort (Mühe) were several other Muslim countries (including Brunei, Malaysia, Pakistan, Saudi Arabia, Sudan, and Turkey) and a number of radical Muslim organizations. For example, the role of one Sudan-based "humanitarian organization," called the Third World Relief Agency, has been well documented. The Clinton Administration's "hands-on" involvement with the Islamic network's arms pipeline included inspections of missiles from Iran by U.S. government officials... the Third World Relief Agency (TWRA), a Sudan-based, phoney(unecht) humanitarian organization ... has been a major link in the arms pipeline to Bosnia. ... TWRA is believed to be connected with such fixtures of the Islamic terror network as Sheik Omar Abdel Rahman (the convicted –verurteilt- mastermind behind the 1993 World Trade Center bombing) and Osama Bin Laden, a wealthy Saudi émigré believed to bankroll (unterstützen)numerous militant groups. [Washington Post, 9/22/96]"(6)

### **Complicity of the Clinton Administration**

In other words, the Republican Party Committee report confirms unequivocally (eindeutig) the complicity of the Clinton Administration with several Islamic fundamentalist organisations including Osama bin Laden's al Qaeda.

The Republicans wanted at the time to undermine the Clinton Administration. However, at a time when the entire country had its eyes riveted (fesseln) on the Monica Lewinsky scandal, the Republicans no doubt chose not to trigger an untimely (unpassend) "Iran-Bosniagate" affair, which might have unduly (unangemessen) diverted public attention away from the Lewinsky scandal. The Republicans wanted to impeach (anklagen) Bill Clinton "for having lied to the American People" regarding his affair with White House intern Monica Lewinsky. On the more substantive "foreign policy lies" regarding drug running and covert operations in the Balkans, Democrats and Republicans agreed in unison, no doubt pressure by the Pentagon and the CIA not to "spill the beans". (verraten)

**From** **Bosnia** **to** **Kosovo**

The "Bosnian pattern" described in the 1997 Congressional RPC report was replicated (wiederholen) in Kosovo. With the complicity of NATO and the US State Department. Mujahideen mercenaries from the Middle East and Central Asia were recruited to fight in the ranks of the Kosovo Liberation Army (KLA im dt. UCK) in 1998-99, largely supporting NATO's war effort.

Confirmed by British military sources, the task (Aufgabe) of arming and training of the KLA had been entrusted (anvertrauen) in 1998 to the US Defence Intelligence Agency (DIA) and Britain's Secret Intelligence Services MI6, together with "former and serving members of 22 SAS [Britain's 22nd Special Air Services Regiment], as well as three British and American private security companies". (7)

The US DIA approached (sich wenden an) MI6 to arrange a training programme for the KLA, said a senior British military source. MI6 then sub-contracted the operation to two British security companies, who in turn approached a number of former members of the (22 SAS) regiment. Lists were then drawn up of weapons and equipment needed by the KLA. While these covert operations were continuing, serving members of 22 SAS Regiment, mostly from the unit's D Squadron, were first deployed (einsetzen) in Kosovo before the beginning of the bombing campaign in March. (8)

While British SAS Special Forces in bases in Northern Albania were training the KLA, military instructors from Turkey and Afghanistan financed by the "Islamic jihad" were collaborating in training the KLA in guerilla and diversion tactics. (9):

"Bin Laden had visited Albania himself. He was one of several fundamentalist groups that had sent units to fight in Kosovo, ... Bin Laden is believed to have established an operation in Albania in 1994 ... Albanian sources say Sali Berisha, who was then president, had links with some groups that later proved to be extreme fundamentalists". (10)

**Congressional Testimonies (Zeugenaussagen) on KLA (=UCK)-Osama Links**

According to Frank Ciluffo of the Globalized Organised Crime Program, in a testimony presented to the House of Representatives Judicial Committee:

"What was largely hidden from public view was the fact that the KLA raise part of their funds from the sale (Verkauf) of narcotics (Drogen). Albania and Kosovo lie at the heart of the "Balkan Route" that links the "Golden Crescent" of Afghanistan and Pakistan to the drug markets of Europe. This route is worth an estimated \$400 billion a year and handles 80 percent of heroin destined (bestimmen) for Europe. (11)

According to Ralf Mutschke of Interpol's Criminal Intelligence division also in a testimony to the House Judicial Committee:

"The U.S. State Department listed the KLA as a terrorist organization, indicating that it was financing its operations with money from the international heroin trade and loans from Islamic countries and individuals, among them allegedly (vermeindlich) Usama bin Laden". Another link to bin Laden is the fact that the brother of a leader in an Egyptian Jihad organization and also a military commander of Usama bin Laden, was leading an

elite KLA unit during the  
Kosovo conflict. "(12)

**Madeleine Albright Covets(begehren) the KLA (UCK)**

These KLA links to international terrorism and organised crime documented by the US Congress were totally ignored by the Clinton Administration. In fact, in the months preceding (Vorrang haben) the bombing of Yugoslavia, Secretary of State Madeleine Albright was busy building a "political legitimacy" for the KLA. The paramilitary army had --from one day to the next-- been elevated (angehoben) to the status of a bona fide (im guten Glauben) "democratic" force in Kosovo. In turn, Madeleine Albright has forced the pace of international diplomacy: the KLA had been spearheaded into playing a central role in the failed "peace negotiations (Verhandlungen)" at Rambouillet in early 1999.

**The Senate and the House tacitly endorses(billgen)  
State**

**Terrorism**

While the various Congressional reports confirmed that the US government had been working hand in glove with Osama bin Laden's Al Qaeda, this did not prevent the Clinton and later the Bush Administration from arming and equipping the KLA. The Congressional documents also confirm that members of the Senate and the House knew the relationship of the Administration to international terrorism. To quote the statement of Rep. John Kasich of the House Armed Services Committee: "We connected ourselves [in 1998-99] with the KLA, which was the staging (Bühne) point for bin Laden..." (13)

In the wake of the tragic events of September 11, Republicans and Democrats in unison have given their full support to the President to "wage war (Kriegsführung) on Osama".

In 1999, Senator Jo Lieberman had stated authoritatively that "Fighting for the KLA is fighting for human rights and American values." In the hours following the October 7 missile attacks on Afghanistan, the same Jo Lieberman called for punitive (Strafen) air strikes against Iraq: "We're in a war against terrorism... We can't stop with bin Laden and the Taliban." Yet Senator Jo Lieberman, as member of the Armed Services Committee of the Senate had access to all the Congressional documents pertaining to "KLA-Osama" links. In making this statement, he was fully aware that agencies of the US government as well as NATO were supporting international terrorism.

**The War in Macedonia**

In the wake of the 1999 war in Yugoslavia, the terrorist activities of the KLA were extended (ausgeweitet) into Southern Serbia and Macedonia. Meanwhile, the KLA --renamed the Kosovo Protection Corps (KPC)-- was elevated (angehoben) to United Nations status, implying the granting of "legitimate" sources of funding through United Nations as well as through bilateral channels, including direct US military aid(Hilfe).

And barely two months after the official inauguration (feierlich einführen) of the KPC under UN auspices (September 1999), KPC-KLA commanders - using UN resources and equipment - were already preparing the assaults (Angriff) into Macedonia, as a logical follow-up to their terrorist activities in Kosovo. According to the Skopje daily Dnevnik, the KPC had established a "sixth operation zone" in Southern Serbia and Macedonia:

"Sources, who insist on anonymity, claim that the headquarters of the Kosovo protection brigades [i.e. linked to the UN sponsored KPC] have [March 2000] already been formed in Tetovo, Gostivar and Skopje. They are being prepared in Debar and Struga [on the border with Albania] as well, and their members have defined codes." (16)

According to the BBC, "Western special forces were still training the guerrillas" meaning that they were assisting the KLA in opening up "a sixth operation zone" in Southern Serbia and Macedonia. (17)

**"The Islamic Militant Network" and NATO join hands in Macedonia**

Among the foreign mercenaries (Söldner) now fighting in Macedonia (October 2001) in the ranks of self-proclaimed National Liberation Army (NLA), are Mujahideen from the Middle East and the Central

Asian republics of the former Soviet Union. Also within the KLA's proxy (Bevollmächtigter) force in Macedonia are senior US military advisers from a private mercenary outfit on contract to the Pentagon as well as "soldiers of fortune (Schicksal)" from Britain, Holland and Germany. Some of these Western mercenaries had previously fought with the KLA and the Bosnian Muslim Army. (18)

Extensively documented by the Macedonian press and statements of the Macedonian authorities, the US government and the "Islamic Militant Network" are working hand in glove in supporting and financing the self-proclaimed National Liberation Army (NLA), involved in the terrorist attacks in Macedonia. The NLA is a proxy of the Kosovo Liberation Army (KLA). In turn the KLA and the UN sponsored Kosovo Protection Corps (KPC) are identical institutions with the same commanders and military personnel. KPC Commanders on UN salaries are fighting in the NLA together with the Mujahideen.

In a bitter twist, while supported and financed by Osama bin Laden's Al Qaeda, the KLA-NLA is also supported by NATO and the United Nations mission to Kosovo (UNMIK). In fact, the "Islamic Militant Network" --also using Pakistan's Inter Service Intelligence (ISI) as the CIA's go-between-- still constitutes an integral part of Washington's covert military-intelligence operations in Macedonia and Southern Serbia.

The KLA-NLA terrorists are funded from US military aid, the United Nations peace-keeping budget as well as by several Islamic organisations including Osama bin Laden's Al Qaeda. Drug money is also being used to finance the terrorists with the complicity of the US government. The recruitment of Mujahideen to fight in the ranks of the NLA in Macedonia is implemented(erfüllen) through various Islamic groups.

US military advisers mingle (sich vermischen) with Mujahideen within the same paramilitary force, Western mercenaries from NATO countries fight alongside Mujahideen recruited in the Middle East and Central Asia. And the US media calls this a "blowback" where so-called "intelligence assets (Vorzüge)" have gone against their sponsors!

But this did not happen during the Cold war! It is happening right now in Macedonia. And it is confirmed by numerous press reports, eyewitness accounts, photographic evidence as well as official statements by the Macedonian Prime Minister, who has accused (beschuldigen) the Western military alliance of supporting the terrorists. Moreover, the official Macedonian New Agency (MIA) has pointed to the complicity between Washington's envoy(Gesandter) Ambassador James Pardew and the NLA terrorists.<sup>19</sup> In other words, the so-called "intelligence assets" are still serving the interests of their US sponsors.

Pardew's background is revealing in this regard. He started his Balkans career in 1993 as a senior intelligence officer for the Joint Chiefs of Staff responsible for channeling US aid to the Bosnian Muslim Army. Colonel Pardew had been put in charge of arranging the "air-drops" of supplies to Bosnian forces. At the time, these "air drops" were tagged(etiketieren) as "civilian aid". It later transpired (wurde bekannt) -confirmed by the RPC Congressional report- that the US had violated the arms embargo. And James Pardew played an important role as part of the team of intelligence officials working closely with the Chairman of the National Security Council Anthony Lake.

Pardew was later involved in the Dayton negotiations (1995) on behalf of the US Defence Department. In 1999, prior to the bombing of Yugoslavia, he was appointed "Special Representative for Military Stabilisation and Kosovo Implementation" by President Clinton. One of his tasks was to channel support to the Kosovo Liberation Army (KLA), which at the time was also being supported by Osama bin Laden. Pardew was in this regard instrumental in replicating the "Bosnian pattern" in Kosovo and subsequently in Macedonia...

### **Justification for Waging War**

The Bush Administration has stated (behaupten) that it has proof that Osama bin Laden is behind the attacks on the WTC and the Pentagon. In the words of British Prime Minister Tony Blair: "I have seen absolutely powerful and incontrovertible evidence of his [Osama] link to the events of the 11th of September." (20)

What Tony Blair fails to mention is that agencies of the US government including the CIA continue to "harbor"(beherbergen) Osama bin Laden's Al Qaeda.

A major war supposedly "against international terrorism" has been launched by a government which is harboring

international terrorism as part of its foreign policy agenda. In other words, the main justification for waging war has been totally fabricated. The American people have been deliberately and consciously misled by their government into supporting a major military adventure which affects our collective future.

This decision to mislead (in die Irre führen) the American people was taken barely a few hours after the terrorist attacks on the World Trade Centre. Without supporting evidence, Osama had already been tagged (etiketiert) as the "prime suspect." Two days later on Thursday the 13th of September --while the FBI investigations had barely commenced (angefangen)-- President Bush pledged (versprach) to "lead the world to victory". The Administration confirmed its intention to embark (unternehmen) on "a sustained military campaign rather than a single dramatic action" directed against Osama bin Laden. (21) In addition to Afghanistan, a number of countries in the Middle East were mentioned as possible targets including Iraq, Iran, Libya and the Sudan. And several prominent US political figures and media pundits (Experten) have demanded that the air strikes be extended to other countries "which harbour international terrorism." According to intelligence sources, Osama bin Laden's al Qaeda has operations in some 50 to 60 countries providing ample pretext to intervene in several "rogue states" (Schurkenstaaten) in the Middle East and Central Asia.

Moreover, the entire US Legislature --with only one honest and courageous (mutige) dissenting (abweichende) voice in the House of Representatives-- has tacitly endorsed (billigen) the Administration's decision to go war. Members of the House and the Senate have access through the various committees to official confidential (vertrauliche) reports and intelligence documents which prove beyond doubt that agencies of the US government have ties to international terrorism. They cannot say "we did not know". In fact, most of this evidence is in the public domain.

Under the historical resolution of the US Congress adopted by both the House and the Senate on the 14th of September:

"The president is authorized to use all necessary and appropriate (geeignete) force against those nations, organizations, or persons he determines planned, authorized, committed, or aided the terrorist attacks that occurred on Sept. 11, 2001, or harbored such organizations or persons, in order to prevent any future acts of international terrorism against the United States by such nations, organizations or persons."

Whereas there is no evidence that agencies of the US government "aided (halfen) the terrorist attacks" on the World Trade Centre and the Pentagon, there is ample and detailed evidence that agencies of the US government as well as NATO have since the end of the Cold War continued to "harbor such organizations".

Patriotism cannot be based on a falsehood, particularly when this falsehoods constitutes the pretext (Vorwand) for waging war.

Ironically, the text of the Congressional resolution also constitutes a "blowback" against the US sponsors of international terrorism. The resolution does not exclude the conduct (leiten) of an "Osamagate" inquiry (Untersuchung), as well as appropriate (geeignete) actions against agencies and/or individuals of the US government, who may have collaborated with Osama bin Laden's Al Qaeda. And the evidence indelibly (unauslöschlich)

points directly to the Bush Administration.

## Notes

- 1 United Press International (UPI), 15 September 2001.
2. The Guardian, London, 15 September 2001.
3. UPI, op cit,
4. For further details see Michel Chossudovsky, Who is Osama bin Laden, Centre for Research on Globalisation, 12 September 2001, <http://globalresearch.ca/articles/CHO109C.html>.
5. International Media Corporation Defense and Strategy Policy, US Commits Forces, Weapons to Bosnia, London, 31 October 1994.
6. Congressional Press Release, Republican Party Committee (RPC), US Congress,

Clinton-Approved Iranian Arms Transfers Help Turn Bosnia into Militant Islamic Base, 16 January 1997, available on the website of the Centre of Research on Globalisation (CRG) at <http://globalresearch.ca/articles/DCH109A.html>. The original document is on the website of the US Senate Republican Party Committee (Senator Larry Craig), at <http://www.senate.gov/~rpc/releases/1997/iran.htm>)

7. The Scotsman, Glasgow, 29 August 1999.

8. Ibid.

9. Truth in Media, Kosovo in Crisis, Phoenix, Arizona, 2 April 1999

10. Sunday Times, London, 29 November 1998.

11. US Congress, Testimony of Frank J. Cilluffo, Deputy Director, Global Organized Crime, Program director to the House Judiciary Committee, 13 December 2000.

12. US Congress, Testimony of Ralf Mutschke of Interpol's Criminal Intelligence Division, to the House Judicial Committee, 13 December 2000.

13 US Congress, Transcripts of the House Armed Services Committee, 5 October 1999,

14. Quoted in the Boston Herald, 19 March 2001.

15. Quoted in Knight Ridder News, 8 October 2001.

16. Macedonian Information Centre Newsletter, Skopje, 21 March 2000, published by BBC Summary of World Broadcast, 24 March 2000.

17. BBC, 29 January 2001, at [http://news.bbc.co.uk/hi/english/world/europe/newsid\\_1142000/1142478.stm](http://news.bbc.co.uk/hi/english/world/europe/newsid_1142000/1142478.stm)

18. Scotland on Sunday, Glasgow, 15 June 2001 at [http://www.scotlandonsunday.com/text\\_only.cfm?id=SS01025960](http://www.scotlandonsunday.com/text_only.cfm?id=SS01025960), see also UPI, 9 July 2001. For further details see Michel Chossudovsky, Washington behind Terrorist Assaults in Macedonia, Centre for Research on Globalisation, August 2001, at <http://globalresearch.ca/articles/CHO108B.html>.)

19. Macedonian Information Agency (MIA), 26 September 2001, available at the Centre for Research on Globalisation at <http://globalresearch.ca/articles/MNA110A.html>

20. Quoted in The DailyTelegraph, London, 1 October 2001.

21. Statement by official following the speech by President George Bush on 14 September 2001 quoted in the International Herald Tribune, Paris, 14 September 2001.

The URL of this article is:  
<http://globalresearch.ca/articles/CHO110A.html>  
 Copyright Michel Chossudovsky, Centre for Research on Globalisation (CRG) at <http://globalresearch.ca>, October 2001, contact the Centre for Research on Globalisation (CRG) at [editor@globalresearch.ca](mailto:editor@globalresearch.ca), fax 1-514-4256224.

## **CIA and September 11**

**(One of a series of stories on CIA foreknowledge of the WTC attacks.)**

SUPPRESSED DETAILS OF CRIMINAL INSIDER TRADING LEAD DIRECTLY INTO  
 THE CIA'S HIGHEST RANKS

(Unterdrückte Details krimineller Insider Geschäfte führen direkt in die höchsten Positionen  
 beim CIA)

CIA EXECUTIVE DIRECTOR "BUZZY" KRONGARD MANAGED FIRM THAT HANDLED "PUT"  
 OPTIONS ON UAL

**by Michael C. Ruppert**

© COPYRIGHT, 2001, Michael C. Ruppert and FTW Publications, [www.copvicia.com](http://www.copvicia.com). FTW, October 9, 2001 –

**Although uniformly ignored by the mainstream U.S. media, there is abundant (Vielzahl) and clear evidence that a number of transactions in financial markets indicated specific (criminal) foreknowledge of the September 11 attacks on the World Trade Center and the Pentagon. In the case of at least one of these trades -- which has left a \$2.5 million prize (Gewinn) unclaimed -- the firm used to place the "put options" on United Airlines stock was, until 1998, managed by the man who is now in the number three Executive Director position at the Central Intelligence Agency. Until 1997 A.B. "Buzzy" Krongard had been Chairman of the investment bank A.B. Brown. A.B. Brown was acquired by Banker's Trust in 1997. Krongard then became, as part of the merger, Vice Chairman of Banker's Trust-AB Brown, one of 20 major U.S. banks named by Senator Carl Levin this year as being connected to money laundering (Geldwäsche).**

Krongard's last position at Banker's Trust (BT) was to oversee "private client relations." In this capacity he had direct hands-on relations with some of the wealthiest people in the world in a kind of specialized banking operation that has been identified by the U.S. Senate and other investigators as being closely connected to the laundering of drug money.

Krongard (re?) joined the CIA in 1998 as counsel to CIA Director George Tenet. He was promoted to CIA Executive Director by President Bush in March of this year. BT was acquired (erworben) by Deutsche Bank in 1999. The combined firm is the single largest bank in Europe. And, as we shall see, Deutsche Bank played several key roles in events connected to the September 11 attacks.

### **THE SCOPE (Umfang) OF KNOWN INSIDER TRADING**

Before looking further into these relationships it is necessary to look at the insider trading information that is being ignored by Reuters, The New York Times and other mass media. It is well documented that the CIA has long monitored such trades - in real time - as potential warnings of terrorist attacks and

other economic moves contrary to U.S. interests. Previous stories in FTW have specifically highlighted the use of Promis software to monitor such trades. It is necessary to understand only two key financial

terms to understand the significance of these trades, "selling short" and "put options".

"Selling Short" is the borrowing of stock, selling it at current market prices, but not being required to actually produce the stock for some time. If the stock falls precipitously (steil) after the short contract is entered, the seller can then fulfill the contract by buying the stock after the price has fallen and complete the contract at the pre-crash price. These contracts often have a window of as long as four months.

"Put Options," are contracts giving the buyer the option to sell stocks at a later date. Purchased (erwerben) at nominal prices of, for example, \$1.00 per share, they are sold in blocks of 100 shares. If exercised, they give the holder the option of selling selected stocks at a future date at a price set when the contract is issued. Thus, for an investment of \$10,000 it might be possible to tie up 10,000 shares of United or American Airlines at \$100 per share, and the seller of the option is then obligated to buy them if the option is executed. If the stock has fallen to \$50 when the contract matures, the holder of the option can purchase the shares for \$50 and immediately sell them for \$100 - regardless (ungeachtet) of where the market then stands. A call option is the reverse of a put option, which is, in effect, a derivatives bet that the stock price will go up.

A September 21 story by the Israeli Herzliyya International Policy Institute for Counterterrorism, entitled "Black Tuesday: The World's Largest Insider Trading Scam (Schwindel)?" documented the following trades connected to the September 11 attacks:

- **Between September 6 and 7**, the Chicago Board Options Exchange saw purchases of 4,744 put options on United Airlines, but only 396 call options. Assuming (anmaßend) that 4,000 of the options were bought by people with advance knowledge of the imminent (bevorstehend) attacks, these "insiders" would have profited by almost \$5 million.

- **On September 10**, 4,516 put options on American Airlines were bought on the Chicago exchange, compared to only 748 calls. Again, there was no news at that point to justify this imbalance;. Again, assuming that 4,000 of these options trades represent "insiders," they would represent a gain of about \$4 million.

- [The levels of put options purchased above were more than six times higher than normal.]

- No similar trading in other airlines occurred on the Chicago exchange in the days immediately preceding Black Tuesday.

- Morgan Stanley Dean Witter & Co., which occupied 22 floors of the World Trade Center, saw 2,157 of its October \$45 put options bought in the three trading days before Black Tuesday; this compares to an average of 27 contracts per day before September 6. Morgan Stanley's share price fell from \$48.90 to \$42.50 in the aftermath of the attacks. Assuming that 2,000 of these options contracts were bought based upon knowledge of the approaching attacks, their purchasers could have profited by at least \$1.2 million.

- Merrill Lynch & Co., with headquarters near the Twin Towers, saw 12,215 October \$45 put options bought in the four trading days before the attacks; the previous average volume in those shares had been 252 contracts per day [a 1200% increase!]. When trading resumed, Merrill's shares fell from \$46.88 to \$41.50; assuming that 11,000 option contracts were bought by "insiders," their profit would have been about \$5.5 million.

- European regulators are examining trades in Germany's Munich Re, Switzerland's Swiss Re, and AXA of France, all major reinsurers with exposure to the Black Tuesday disaster. [FTW Note: AXA also owns more than 25% of American Airlines stock making the attacks a "double whammy" for them.]

On September 29, 2001 - in a vital story that has gone unnoticed by the major media - the San Francisco Chronicle reported, "Investors have yet to collect more than \$2.5 million in profits they made trading options in the stock of United Airlines before the Sept. 11, terrorist attacks, according to a source familiar with the trades and market data.

"The uncollected money raises suspicions that the investors - whose identities and nationalities have not been made public - had advance knowledge of the strikes." They don't dare show up now. The suspension of trading for four days after the attacks made it impossible to cash-out quickly and claim the prize before investigators started looking. "

October series options for UAL Corp. were purchased in highly unusual volumes three trading days before the terrorist attacks for a total outlay of \$2,070; investors bought the option contracts, each representing 100 shares, for 90 cents each. [This represents 230,000 shares]. Those options are now selling at more than \$12 each. There are still 2,313 so-called "put" options outstanding [valued at \$2.77 million and representing 231,300 shares] according to the Options Clearinghouse Corp."

".The source familiar with the United trades identified Deutsche Bank Alex. Brown, the American investment banking arm of German giant Deutsche Bank, as the investment bank used to purchase at least some of these options." This was the operation managed by Krongard until as recently as 1998.

As reported in other news stories, Deutsche Bank was also the hub of insider trading activity connected to Munich Re. just before the attacks.

### **CIA, THE BANKS AND THE BROKERS**

Understanding the interrelationships between CIA and the banking and brokerage world is critical to grasping the already frightening implications of the above revelations. Let's look at the history of CIA, Wall Street and the big banks by looking at some of the key players in CIA's history.

Clark Clifford - The National Security Act of 1947 was written by Clark Clifford, a Democratic Party powerhouse, former Secretary of Defense, and one-time advisor to President Harry Truman. In the 1980s, as Chairman of First American Bancshares, Clifford was instrumental in getting the corrupt CIA drug bank BCCI a license to operate on American shores. His profession: Wall Street lawyer and banker.

John Foster and Allen Dulles - These two brothers "designed" the CIA for Clifford. Both were active in intelligence operations during WW II. Allen Dulles was the U.S. Ambassador to Switzerland where he met frequently with Nazi leaders and looked after U.S. investments in Germany. John Foster went on to become Secretary of State under Dwight Eisenhower and Allen went on to serve as CIA Director under Eisenhower and was later fired by JFK. Their professions: partners in the most powerful - to this day - Wall Street law firm of Sullivan, Cromwell.



Bill Casey - Ronald Reagan's CIA Director and OSS veteran who served as chief wrangler during the Iran-Contra years was, under President Richard Nixon, Chairman of the Securities and Exchange Commission. His profession: Wall Street lawyer and stockbroker.

David Doherty - The current Vice President of the New York Stock Exchange for enforcement is the retired General Counsel of the Central Intelligence Agency.

George Herbert Walker Bush - President from 1989 to January 1993, also served as CIA Director for 13 months from 1976-7. He is now a paid consultant to the Carlyle Group, the 11th largest defense contractor in the nation, which also shares joint investments with the bin Laden family.

A.B. "Buzzy" Krongard - The current Executive Director of the Central Intelligence Agency is the former Chairman of the investment bank A.B. Brown and former Vice Chairman of Banker's Trust.

John Deutch – This retired CIA Director from the Clinton Administration currently sits on the board at Citigroup, the nation's second largest bank, which has been repeatedly and overtly involved in the documented laundering of drug money. This includes Citigroup's 2001 purchase of a Mexican bank known to launder drug money, Banamex.

Nora Slatkin - This retired CIA Executive Director also sits on Citibank's board.

Maurice "Hank" Greenburg - The CEO of AIG insurance, manager of the third largest capital investment pool in the world, was floated as a possible CIA Director in 1995. FTW exposed Greenberg's and AIG's long connection to CIA drug trafficking and covert operations in a two-part series that was interrupted just prior to the attacks of September 11. AIG's stock has bounced back remarkably well since the attacks. To read that story, please go to [http://www.copvcia.com/stories/part\\_2.html](http://www.copvcia.com/stories/part_2.html).

**One wonders how much damning evidence is necessary to respond to what is now irrefutable proof that CIA knew about the attacks and did not stop them.** Whatever our government is doing, whatever the CIA is doing, it is clearly NOT in the interests of the American people, especially those who died on September 11.

# Der Öl-Faktor im Hintergrund der Anschläge des 11. September

*Von George Caffentzis,*

Professor für Philosophie, Portland, Maine, 6. Oktober 2001

**Ich schreibe diesen Aufsatz, um an einer Diskussion über die Ereignisse des 11. September in der Anti-Globalisierungs-Bewegung teilzunehmen. Ich bin voller Schmerz über den Verlust der Menschenleben bei den Anschlägen an diesem Tag. Gleichzeitig bin ich betroffen über das Szenario, mit dem wir jetzt konfrontiert sind:**

Pläne für die massive Bombardierung von Afghanistan und für lang andauernde Kriege gegen eine Reihe von Ländern (laut Präsident Bush ungefähr 60), die angeblich den Terrorismus unterstützen oder Terroristen beherbergen.

Die Eskalation von Fremdenfeindlichkeit insbesondere gegenüber Arabern, welche jedoch alle Immigranten betrifft und dies nicht nur in den Vereinigten Staaten. In Italien hat die Liga Nord (Teil der Koalition, die jetzt das Land regiert) bereits vorgeschlagen, dass alle Arbeiter ohne Papiere wie potentielle Terroristen behandelt werden sollten.

Die Dämonisierung der Anti-Globalisierungs-Bewegung, welche beschuldigt wird, ein Feind der „westlichen Zivilisation“ zu sein.

Neue, umfassende Einschränkungen von zivilen Freiheiten.

**Was können wir in dieser Situation tun?**

Unsere erste Aufgabe ist es offensichtlich, die Eskalation der Gewalt zu beenden und gegen den von den USA geführten Krieg gegen Afghanistan oder jedes andere Land, welches sich die Bush-Regierung als Ziel für ihren „Krieg gegen den Terrorismus“ aussucht, zu mobilisieren. Außerdem müssen wir Solidarität mit den Arabern und anderen Gruppen von Einwanderern in den USA üben, die inzwischen körperlich und ideologisch angegriffen werden.

Aber diese allgemeinen Antworten, so korrekt sie auch sein mögen, reichen nicht aus. Wir müssen ein besseres Verständnis von dem gewinnen, was passiert ist und warum. Jede Verwirrung kann hier für die Anti-Globalisierungs-Bewegung folgenschwere Konsequenzen haben, denn die Bush-Regierung ist entschlossen, die Ereignisse des 11. Septembers 2001 als eine politische Gelegenheit zu nutzen, den Widerstand hier in den USA zu diskriminieren, um gleichzeitig militärisch in die öl-reichen früheren Sowjetrepubliken Zentralasiens vorzudringen. Eine Politik, die die Sachverhalte nur verallgemeinert und nur oberflächlich versteht, ist in dieser historischen Situation dazu verurteilt, eine reaktive Haltung einzunehmen, selbst wenn sich die Widersprüche in die sich die Bush-Regierung verwickelt hat in den nächsten Wochen deutlicher werden sollten.

Dieser Aufsatz wird zwangsläufig vorsichtig und hypothetisch sein, da wir im Augenblick noch nichts Genaues über die Details der Verbrechen wissen - sogar heute, drei Wochen nach dem 11. September, herrscht in der Öffentlichkeit noch immer Verwirrung über die Identität einiger der unmittelbaren Täter.

Meine Absicht besteht auch nicht darin zu verleumden, sondern einzuordnen und zu erklären. Die legalen und moralischen Tatsachen reichen dazu aus. Die Morde des 11. September stellen eines der schlimmsten Massaker dar, die innerhalb eines einzigen Tages im letzten Jahrzehnt verübt worden sind. Wahrscheinlich werden sie nur übertroffen von dem Genozid der Ruander an den Tutzis.

Der Mord an Tausenden ist ein Kapitalverbrechen gegen die Menschlichkeit. Da die unmittelbaren Täter tot sind, sollten ihre Komplizen, sofern sie welche hatten, festgenommen und vor den zuständigen Gerichten angeklagt werden, ohne dass die USA dabei selbst Verbrechen gegen die Menschlichkeit in anderen Ländern begeht. Dass dieser Vorschlag in den USA zur Zeit eine kontroverse Angelegenheit darstellt, zeigt, in welcher gefährlichen Zeiten wir leben!

### **Öl, Globalisierung und islamischer Fundamentalismus**

Von einem größeren Blickwinkel aus betrachtet können die Ereignisse des 11. September auf die ökonomische, soziale und kulturelle Krise zurückgeführt werden, die sich in Nordafrika, dem Mittleren Osten und Westasien nach dem Golf-Krieg (1991, gegen den Irak) entwickelt hat, vor allem in Anbetracht des seit den 70er Jahren forcierten Prozess den man „Globalisierung“ nennt. (1)

Das erste Merkmal dieser Krise war die **zunehmende Verarmung der Ländarbeiter** und Bauern in diesen Regionen. Diese Verarmung wurde verursacht durch die sogenannten „Struktur-Anpassungs-Programme“ (SAP) des Internationalen Währungsfonds (IWF) und durch die Import-Liberalisierung (Erleichterungen) seit dem Beginn der ägyptischen „Politik der offenen Tür“. Diese Politik kostete Anwar Sadat (Ägyptischer Ministerpräsident, der 1980 einem Attentat zum Opfer fiel) das Leben und führte dazu, dass der **islamische Fundamentalismus** als neue politische Kraft die Weltbühne betrat. (2)

Von den „**Brotaufständen**“ 1976 in Kairo bis zu den Aufständen in Marokko und Algerien 1988, die alle in Blutbädern endeten, bis zu den Anti-IWF-Protesten in Jordanien sind die Probleme von Arbeitern, die am Existenzminimum leben, immer dramatischer geworden (und die Liste ließe sich lange fortführen). Sie haben zu erheblichen **Spaltungen innerhalb der kapitalistischen Klassen von Marokko bis Pakistan in der Frage geführt**, wie man mit dieser Rebellion von unten verfahren soll (Midnight Notes 1992).

Einen weiteren Beitrag zur Krise stellt die Situation in **Palästina** dar. Diese wurde durch den Golf-Krieg und durch die israelische Antwort auf die palästinensischen Forderungen noch verschärft. Die Antwort bestand aus weiterem Siedlungsbau, dem Versuch, Jerusalem zu besetzen und zunehmend repressiven Maßnahmen. Unabhängig von ihrer aktuellen Haltung gegenüber den Palästinensern brachte diese Situation die regierenden arabischen Eliten zunehmend in Verlegenheit. Ihre Haltung offenbarte nämlich die **Doppelzüngigkeit** und Oberflächlichkeit ihres Solidaritätsversprechens gegenüber dem Islam.

Der wichtigste Faktor der Krise war jedoch die **hegemonische Rolle der USA in dieser Region**. Die USA verwüsteten den Irak, die US-Regierung war als Eigentümerin am Management der Ölressourcen im Mittleren Osten beteiligt und schließlich errichtete sie amerikanische Militärbasen mitten im heiligsten Land des Islam, in

Saudi-Arabien.

In all diesen Fällen entstanden tiefe Spaltungen innerhalb der herrschenden Klassen, die die amtierenden arabischen pro-amerikanischen Regierungen untergruben. Häufig bestanden diese herrschenden Klassen aus königlichen Dynastien der arabischen Halbinsel, die sich nun mit einer neuen **Dissidentengeneration** konfrontiert sahen, die **aus ihren eigenen Reihen** stammte.

Im Namen des Koran beschuldigten diese Dissidenten ihre Regierungen der Korruption, der Ressourcenverschwendung, des Ausverkaufs an die USA und des Verrats am Islam, während sie gleichzeitig den Arbeiterklassen Nordafrikas, des Mittleren Ostens und Westasiens einen alternativen „Sozialvertrag“ offerierten und ihren Wohlstand einsetzten, um ein multifunktionales Netzwerk von Gruppen zu schaffen, die sich über alle Kontinente ausbreiteten und oft eigenständig agierten.

Der **islamische Fundamentalismus** hat sich neben der obligatorischen Verschärfung patriarchalen Gepflogenheiten, einem Sozialprogramm verschrieben, daß eine gewisse Grundversorgung wie z.B. Schulen, Gesundheitsvorsorge und ein Minimum an sozialer Unterstützung bewerkstelligt. Das hat diese nun für die ländlicheverarmte Bevölkerung attraktiv aussehen lassen.

Diese Initiativen wurden häufig in solchen Gebieten aufgebaut, in denen die neo-Liberalen Dogmen der Weltbank und des IWF zu den sogenannten „Struktur-Anpassungs-Programmen“ führte. Die zwangsverordneten Maßnahmen führten regelmäßig zum Ende der Unterstützung für die Armen und zum Abbruch der Wohlfahrtsprogrammen des Staates. (3)

So sind es zum Beispiel die Netzwerke der islamischen Fundamentalisten, die die Gesundheitsvorsorge und die Bildung auf palästinensischem „Staatsgebiet“ organisieren. Sie fungieren nahezu wie eine alternative Regierung zur PLO auf Graswurzelebene. (4)

Während des letzten Jahrzehnts hat sich nicht nur die internationale Krise sowie die Krise im Mittleren Osten zugespitzt, sondern auch die Abneigung der islamisch-fundamentalistischen Netzwerke gegen die USA und deren Unterstützer in den verschiedenen islamischen Ländern selbst. Dieser Konflikt mündete in den Ländern mit Schlüsselfunktion in den neunziger Jahren in eine Patt-Situation.

Die Islamische Salvation Front in Algerien beispielsweise, die nach den Anti-SAP-Protesten im Jahre 1988 sehr schnell wuchs und bei den Wahlen 1991 fast zur Staatsmacht kam, wurde nur durch einen Militärputsch gestoppt. Während der letzten zehn Jahre, in denen bei einem schrecklichen Bürgerkrieg zwischen 60.000 und 70.000 Menschen umgebracht wurden, sind die **islamischen Fundamentalisten in Algerien** durch diesen Abnutzungskrieg und durch militärische Repressionen entscheidend geschwächt worden.

In Ägypten hat das Mubarak-Regime, genau wie in Algerien, nicht nur zu unmittelbaren Unterdrückungsmaßnahmen gegriffen, sondern auch ein System mikroskopischer sozialer Überwachung eingeführt. Denn „die [Mubarak-]Regierung kämpfte gegen die Ausbreitung privater Moscheen und der damit verbundenen Wohlfahrtsorganisationen an und wollte deren regierungsunabhängige Autonomie ein Ende setzen“ (Faksh 1997: 54).

Als Ergebnis dieser Politik erlitt der Fundamentalismus im wahrscheinlich zweitwichtigsten islamischen Staat eine seiner wichtigsten Niederlagen. Diesen Rückschlägen hatten auch die Fundamentalisten, die im Sudan und in Afghanistan die Staatsmacht übernahmen, nichts Entscheidendes entgegenzusetzen, da sie in beiden Ländern das Erbe eines lang-andauernden Bürgerkriegs antraten, den zu beenden sie bis heute nicht in der Lage waren. Aber diese Pattsituation ist noch längst keine Niederlage. Der islamische Fundamentalismus übt auf die herrschenden Klassen der reichsten islamischen Nationen zweifellos weiterhin seine Anziehungskraft aus.

Dieser innere Widerspruch hat ein wirres Knäuel von Konsequenzen geschaffen, das nun viele Leute in der US-Regierung und den Regierungen des Mittleren Ostens beunruhigt und auch in Gefahr bringt.

Schließlich waren sie (die USA) selbst es, die diese Dissidentengeneration zuvor finanziert und ausgebildet haben, welche sich jetzt gewaltsam gegen sie richtet. Da die Loyalität in den herrschenden Klassen des Mittleren Ostens gespalten war, wurde einerseits ein Teil der Öl-Einnahmen dazu benutzt, Angriffe auf die Symbole der Neuen Weltordnung zu finanzieren. Auf der anderen Seite hat die US-Regierung in ihrem Bemühen, die Sowjetunion in Afghanistan zu destabilisieren, viele Mitglieder des Dissidentenzweigs der herrschenden Klassen des Mittleren Ostens finanziert und ausgebildet.

Die **bewaffneten islamischen Fundamentalisten** wurden auch nach dem Abzug der Sowjets aus Afghanistan

1989 weiterhin von der Regierung unbürokratisch finanziell und militärisch unterstützt. Diese militanten Kräfte spielten bis zum 10. September 2001 in der US-Politik gegen Jugoslawien (in Bosnien und im Kosovo) und Russland (in Tschetschenien, Dagestan, Usbekistan) eine wichtige ökonomische, militärische und ideologische Rolle. Offensichtlich sah die Vereinbarung folgendermaßen aus: Ihr erledigt die Schmutzarbeit und destabilisiert die Regionen die wir destabilisiert haben wollen und bekämpft weltliche kommunistische, sozialistische und nationalistische Regimes in Osteuropa, Kaukasien und Zentralasien, dafür erhaltet ihr eine Belohnung.

Diese „frei agierenden“ Militanten verrichteten 20 Jahre lang die Schmutzarbeit für die USA, aber offensichtlich waren sie zunehmend davon überzeugt, dass die USA ihr Versprechungen nicht halten. Sie bekamen die angemessene Belohnung nicht: die Machtübernahme auf der arabischen Halbinsel, dem Herzen der islamischen Welt.

Diese Komplizenschaft der USA mit dem islamischen Fundamentalismus und diese Kuh-Handeleien mit den islamischen fundamentalisten sind vielleicht der Grund, warum die Bush-Regierung so zögert, das zu tun, was nach einem so offenkundigen Versagen der Geheimdienste und Sicherheitskräfte bei den Anschlägen am 11. September jeder ehrliche Arbeitgeber täte: *die Verantwortlichen zu entlassen.*

Und genau das kann die Bush-Regierung gerade nicht tun: sie müßte sich selber entlassen. Denn viele Genossen die in George W. Bushs Regierung wieder an die Macht gekommen sind sind alte Bekannte, die während der Regierungszeit seines Vaters für die Ausbildung und die Finanzierung eben jener Organisationen verantwortlich, die sie nun unter dem Banner des „Terrorismus“ verfolgen.

Die führenden Dynastien sowohl in den USA als auch in Saudi-Arabien müssen sich nun beide um „Familienmitglieder“ sorgen, die durch ihre frühere Komplizenschaft zu den Netzwerken, die jetzt für die Ereignisse des 11. September verantwortlich gemacht werden, bloßgestellt werden.

Das reicht bis in die US-Präsidenten-Familie hinein.

Z. B. berichtete das Wall Street Journal am 28.09.01, dass der Vater des Präsidenten mittels der Carlyle-Gruppe, einem internationalen Consulting-Unternehmen, für das Familienunternehmen der Bin Ladens in Saudi-Arabien arbeitet. Dies trifft ebenso für nahe Mitarbeiter des Präsidenten wie z.B. den früheren Außenminister James Baker zu.

Die rohen und verzweifelten Versuche der Bush-Ideologen, die Anti-Globalisierungs-Bewegung auf geheimnisvolle Weise irgendwie mit dem islamischen Fundamentalismus in Zusammenhang zu bringen, werden von dem Wunsch genährt, die öffentliche Aufmerksamkeit abzulenken und eine reale Angst in den eigenen Reihen zu verstecken. Diese Angst mündet in die Frage: Wann wird die lange Liste der tatsächlichen Verbindungen zwischen dem „terroristischen Netzwerk“, das die Bush-Regierung verfolgt, und ihren eigenen Angestellten enthüllt werden? Das mag auch der Grund sein, warum Präsident Bush auf seine Kindheitserinnerungen zurückgriff, auf die „Tot-oder-lebendig-Plakate“ (mit der Betonung auf „TOT“), als er über Osama bin Laden und seine Verbindungsleute sprach. Denn die Legitimität der Regierung würde untergraben, wenn jemals die Wahrheit herauskäme, wenn Osama je sprechen würde.

### **Warum jetzt und warum diese Verzweiflung?**

Diese allgemeinen Fakten über den versteckten Bürgerkrieg in den Öl produzierenden Ländern von Algerien bis Iran dienen dazu, das Umfeld der Angriffe auf das World Trade Center und das Pentagon zu beschreiben. Ich gehe nämlich davon aus, dass die unmittelbaren Täter dieser Anschläge einem Zweig des islamischen Fundamentalismus angehörten. Sie helfen uns jedoch noch nicht zu verstehen, warum die Anschläge im September 2001 stattfanden und warum der Widerstand gegenüber den USA eine so **verzweifelte** Form annahm.

Diese Anschläge sind ja Anzeichen von Verzweiflung und keinesfalls von Stärke, denn die Folgen laufen anzunehmender Weise auf eine vernichtende militärische Reaktion seitens der USA hinaus, mit vorhersehbaren Folgen: die Vernichtung von Tausenden militanter islamischer Fundamentalisten sowie erhebliche Kollateralschäden für die Bevölkerung in Afghanistan und in vielen anderen Ländern Nordafrikas, des Mittleren Ostens und Westasiens.

Wer kann wohl eine solche Zermahlung am Boden überleben? Tatsächlich müssen die Täter und ihre Komplizen, wer auch immer sie sind, völlig verzweifelt gewesen sein, dass sie dieses Risiko für ihr eigenes Netzwerk und das Leben von Millionen von Menschen in ihrer Region auf sich nahmen. Es ist auch wahrscheinlich, dass viele (vielleicht die meisten) Menschen selbst in den militantesten islamisch-fundamentalistischen Kreisen die Anschläge in New York und Washington ablehnen, wenn nicht aus moralischen, dann einfach aus strategischen Gründen. Sie wissen sehr wohl, dass das bisher Erreichte, für das sie hart gekämpft haben, in der Folge dieser

Taten womöglich zunichte gemacht werden wird.

Offenbar muss etwas sehr Wichtiges im Gange gewesen sein, dass die Täter des 11. September solch verzweifelte und schon von Natur aus unsichere Maßnahmen ergriffen, um etwas zu durchkreuzen.

Was könnte das gewesen sein? Wenn meine Hypothese stimmt, liegt die Ursache für diese Verzweiflung in Ereignissen im geographischen Zentrum des Islam, in Saudi-Arabien, begründet, Ereignisse, die in der ganzen islamischen Welt wiederhallten.

Meiner Ansicht nach haben die politischen Faktoren, die die Ereignisse vom 11. September 2001 ausgelöst haben, mit der Öl-Industrie und mit der Globalisierung der arabischen Halbinsel zu tun.

Hier ist die Geschichte.

Im Jahr 1998 (nach dem Zusammenbruch der Ölpreise aufgrund der Finanzkrise in Asien) nahm eine Entscheidung der Saudi-Monarchie ihren Lauf, die eigene Wirtschaft und Gesellschaft aus „strategischen Gründen“ zu „globalisieren“. Das sollte mit dem Ölsektor beginnen.

Die Ölindustrie Saudi Arabiens war seit 1975 nationalisiert. Das bedeutete, dass ausländische Investoren sich nur an „nachgeordneten“ Unternehmungen wie der Raffinerie beteiligen durften. Im September 1998 aber traf Kronprinz Abdullah von Saudi Arabien sich in Washington D.C. mit den Vorstandsvorsitzenden verschiedener Ölfirmen. Laut Gawhat Bahget „bat der Kronprinz die Vorstände der Ölgesellschaften darum, ihm Empfehlungen und Vorschläge darüber zu unterbreiten, welche Rolle ihre Firmen bei der Ausbeutung und dem Ausbau sowohl der vorhandenen als auch neuer Öl- und Erdgasvorkommen in Saudi Arabien spielen könnten“ (Bahget 2001: 5).

Diese ausgearbeiteten „Empfehlungen und Vorschläge“ wurden dann zu Beginn des Jahres 2000 einem Obersten Erdöl- und Mineralrat vorgelegt (nachdem der Kronprinz ihnen zugestimmt hatte).

Mitte 2000 ging die saudi-arabische Regierung vorsichtig daran, diese Vorschläge umzusetzen, indem sie ein neues Gesetz verabschiedete, daß Geldinvestitionen ausländischer Firmen in Saudi-Arabien erleichtern soll. Laut der neuen Gesetzgebung „sind radikale Steuersenkungen zugunsten der Profite ausländischer Unternehmen einzuführen. Damit diese sich dem Niveau für inländische Unternehmen nähern.

Vollständig in ausländischer Hand befindliche Unternehmen HABEN DAS RECHT, LAND ZU BESITZEN, ihre eigenen Angestellten zu fördern und von Staatskrediten zu profitieren, die zuvor nur saudi-arabischen Unternehmen zustanden“

(Bahgat 2001: 6, Hervorhebung G.C.).

[Nota bene: Es liegt auf der Hand, warum „das Recht, Land zu besitzen“ für jeden ein rotes Tuch sein muss, der sich der heiligen Rolle der arabischen Halbinsel verpflichtet sieht.]

Die Experten rissen sich in ihrem Bemühen, die neue Investitionsregelung zu beleuchten, buchstäblich ein Bein aus. Einer von ihnen beschrieb sie mit den folgenden Worten: „Man muss die Finger hinter dem Rücken gekreuzt halten, aber es sieht so aus, als gäbe Arabien nach fast siebzig Jahren seine restriktive, ja, unfreundliche Politik gegenüber ausländischen Investoren auf“ (MacKinnon 2000).

Dieses Gesetz errichtete in der Tat ein Abkommen, ähnlich der NAFTA-Vertrag, zwischen dem saudi-arabischen Monarchen und den US-amerikanischen und europäischen Ölgesellschaften. (NAFTA-Agreement ist ein sog. „Freihandels“-Vertrag zwischen USA; Kanada und Mexiko)

Zur gleichen Zeit, als dieses Gesetz diskutiert wurde, kündigte ein Ausschuss des Ministeriums an, dass innerhalb des nächsten Jahrzehnts Investitionen von bis zu 500 Milliarden US-Dollar getätigt werden würden, um die nationale Wirtschaftsform Saudi-Arabiens zu verändern. 100 Milliarden Dollar von dieser Investition waren bereits von ausländischen Ölfirmen zugesagt worden.

Im Mai 2001 wurde dann der erste konkrete Schritt in diesem forcierten Globalisierungsprozess vollzogen, als Exxon/Mobil und die Royal-Dutch/Shell-Gruppe an der Spitze acht anderer ausländischer Unternehmen (einschließlich Conoco und Enron aus den USA) ein 25 Milliarden teures Erdgas-Entwicklungsprojekt in Saudi-Arabien übernahmen. Die Finanzpresse bemerkte, dass das Geschäft an sich nicht besonders lukrativ sein würde, aber dass „es Teil eines langfristigen Schachzugs der Ölgesellschaften sei, [die] endlich wieder einen Zugang zum Saudi-Rohstoff haben wollen“ (LA Times 19.5.2001).

Auf diese Weise fielen bis zum Sommer 2001 die Würfel für die saudi-arabische Monarchie. Sie überschritt

damit in gesetzlicher, sozialer und ökonomischer Hinsicht den Rubikon (=wesentliche Grenzlinie) der Globalisierung (zweifellos jedoch mit „gekreuzten Fingern“). Die saudische Monarchie „globalisierte“ nicht aus dem Grunde, dass die saudi-arabischen Schulden nicht in den Griff zu bekommen gewesen wären (wie das bei den meisten anderen Ländern, die dem Globalisierungsdiktat des IWF unterworfen wurden, der Fall war), sondern deshalb, weil der König und seine Kreise angesichts einer immer stärker werdenden Opposition realisierten, dass sie nur mit dem Rückhalt der USA und der Europäischen Union hoffen konnten, in den kommenden Jahren an der Regierung zu bleiben.

Mit anderen Worten: Die saudi-arabische Regierung sah sich mit bedeutsamen sozialen Problemen und aufständischen Kräften in ihren eigenen Reihen konfrontiert, die - da sie ebenfalls im Gewand des Islam auftraten - nicht durch eine offene Konfrontation bekämpft werden konnten.

In dieser Situation hat sie anscheinend entschieden, dass sie durch eine Wiederbelebung der Wirtschaft die gefährliche Opposition entscheidend zermürben und darüber hinaus die Verbündung mit dem US-amerikanischen und dem europäischen Kapital konsolidieren würde. Diese anvisierte Strategie zielte darauf ab, die zunehmend hohe Arbeitslosigkeit junger saudi-arabischer Bürger, die Abhängigkeit vom Ölexport und die enorme Menge ausländischer Arbeitskräfte gleichermaßen zu reduzieren, **indem „die Wirtschaft wieder angekurbelt werden sollte“**.

(1993 gab es 4,6 Millionen ausländische Arbeiter bei einer Gesamtbevölkerung von 14,6 Millionen, heute sind es ungefähr 6–7 Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von 22-23 Millionen.) (5)

Dies erforderte eine radikale Abkehr von den herkömmlichen gruppenspezifischen sozialen Kontrollmethoden, die die saudische Monarchie in der Vergangenheit angewendet hatte, um den sozialen Frieden innerhalb der Monarchie zu erhalten, und die bis vor kurzem durch ihren immensen Ölreichtum möglich waren. Aber dieser Reichtum ist nicht unendlich und sank tatsächlich, gemessen an der Einwohnerzahl. Zum Beispiel sank das Bruttosozialprodukt pro Kopf von 1983 bis 1993 von ungefähr 13.000 auf 8.000 US-Dollar und ist seit dieser Zeit weiter gefallen (Cordesman 1997: 64).

Diese neuen Maßnahmen mussten die Wirtschaftspolitik anderer Öl produzierender Regierungen in der Region unvermeidlich auch beeinflussen, besonders jene der Staaten des Golfkooperationsrates – Oman, Qatar, UAE, Bahrain und Kuwait.

Falls die Strategie funktionierte, würde sie auch der islamistischen Opposition einen entscheidenden Schlag versetzen und ihre Fähigkeit weiter Glaubensschüler zu rekrutieren unterminieren. Die Leute könnten jetzt in den höheren Etagen der „globalisierten Wirtschaft und Gesellschaft“ Saudi Arabiens angestellt werden, anstatt durch politische Ohnmachtsgefühle und lange Perioden der Arbeitslosigkeit in die Verzweiflung getrieben zu werden.

Aber die Einführung von ausländischem Besitz an Boden und natürlichen Ressourcen, gedeckt durch hohe Investitionen, und die Einstellung weiterer Auswanderer aus Europa und den USA führten zwangsläufig zu erheblichen sozialen Veränderungen. (6)

Das Katz- und Mausspiel, das die Saudi-Monarchie mit den fundamentalistischen Dissidenten gespielt hatte (wobei der König und seine Monarchie für sich beanspruchten, fundamentalistischer zu sein als diese), sollte nun ein Ende haben.

Welche Hoffnung die islamische Opposition in den herrschenden Klassen der arabischen Halbinsel auch immer gehegt haben mochte, z.B. ihre Regierungen dazu zu bewegen, die amerikanischen Truppen nach Hause zu schicken und die Einkünfte aus dem Öl in die Wirtschaft eines wiederauflebenden Islams zu investieren, im Sommer 2001 sahen sie sich **in einer historischen Krise**.

Ohne eine entscheidende Wende hätte die islamisch-fundamentalistische Opposition einem totalen Bürgerkrieg in ihren eigenen Ländern oder ihrer eigenen Auslöschung ins Auge sehen müssen. Bestimmte Elemente dieser Opposition - ob es nun Individuen waren oder Gruppen, kann ich bisher nicht wissen - haben entschieden, dass nur eine spektakuläre Aktion wie die Flugzeugentführungen vom 11. September und die Vernichtung Tausender von Menschen in New York und Washington das Blatt wenden können.

Vielleicht hofften sie, dass die Anschläge in Amerika soviel Tumult und Unsicherheit auslösen würden, dass ein strategischer Rückzug der USA von der arabischen Halbinsel erreichbar gewesen wäre. Die Bombardierungen im Libanon 1983 hatten ja auch dazu geführt, dass die USA sich von dort zurückzogen.

Wir können nur darüber spekulieren, in welchem Ausmaß die Wahl der Regierung George W. Bush die

Zeitplanung der Anschläge forcierte. Dazu müssen wir in Betracht ziehen, dass es sich hier in den Augen der ganzen Welt um eine Regierung handelt, die keinerlei Konzessionen macht, eine Regierung, die wahrscheinlich noch mehr als ihre Vorgängerin den Besitz der Ressourcen auf dem Boden des Mittleren Ostens beanspruchen wird, eine Regierung, die bereit ist, alle Verträge zu brechen, die Israel erlaubt, seinen Weg in Palästina weiterzugehen und so weiter.

Legt man diese Analyse zugrunde, dann könnten die Anschläge vom 11. September auf New York City und Washington D.C. der „Kollateralschaden“ im Kampf um die Zukunft der Ölpolitik in ihrem Kernland, der arabischen Halbinsel sein.

Um diese Hypothese in den kommenden Wochen zu überprüfen, sollten wir die Entwicklungen in Saudi Arabien weiter verfolgen. Diese Entwicklungen werden zweifellos mehr abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit stattfinden ganz im Gegensatz zu dem Lärm und dem Zorn, der sich aus offensichtlicheren Gründen gegen Afghanistan richtet.

### **Bushs Reaktion: Ein „Krieg“ gegen den „Terrorismus“ und das Eindringen des US-Militärs in Zentralasien**

Es ist wichtig, dass wir die politischen und ökonomischen Ziele der Flugzeugentführer und ihrer Komplizen verstehen. Aber noch wichtiger wird es sein, dass wir uns über die Agenda der Bush-Regierung im Klaren sind. Man braucht nämlich nicht in Verschwörungstheorien zu verfallen, um zu erkennen, dass die Bush-Regierung die Ereignisse des 11. September so weit als möglich dazu benutzen wird, ihr eigenes Programm durchzusetzen (der Schock, der durch die Vernichtung von Menschen und Eigentum an diesem Tag ausgelöst wurde, hat die innerpolitische Tagesordnung des Präsidenten in ökonomischer und gesellschaftlicher Hinsicht zugegebenermaßen destabilisiert).

Die Bush-Regierung hat die Morde und Zerstörungen des 11. September strategisch genutzt, um in zwei klar ersichtlichen Bereichen voranzukommen. Zum einen zur konzeptionellen Umgestaltung des politischen Horizonts, zum anderen zum geopolitischen Vorstoß in die früheren zentralasiatischen Republiken der UdSSR, die 1991 zu Nationalstaaten wurden.

Diese Staaten, insbesondere Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan, besitzen bedeutende Öl- und Gasreserven. „Die nachgewiesenen und vermuteten Energiereserven in oder nahe der kaspischen Region – darunter allein mindestens 115 Milliarden Barrel Öl – sind faktisch um ein Vielfaches größer als die der Nordsee und würden durch fortgesetzte Förderung bedeutend ansteigen.

Derartig umfangreiche Ressourcen könnten den US-Gesellschaften und ihren Anteilseignern riesige Gewinne bringen. Amerikanische Firmen besitzen bereits 75 % der gigantischen Ölfelder von Tengiz in Kasachstan. Sie sind inzwischen mehr als 10 Milliarden Dollar wert.“ (Kalicki 2001: 121)

Diese Länder bilden gemeinsam mit den früheren und den gegenwärtigen kaukasischen Republiken die südliche Grenze von Russlands „benachbartem Ausland“. Die USA beabsichtigen schon seit geraumer Zeit, dort militärisch einzudringen, zum einen der unmittelbar wirtschaftlichen Zwecke wegen, zum anderen wegen des grundsätzlichen Ziels der Desintegration Russlands in eine Reihe von fügsamen Ministaaten.

Von dem Moment an, in dem Präsident Bush Osama bin Laden als den „Hauptverdächtigen“ und „seine“ Camps in Afghanistan als die Trainingslager der Terroristen, die die Zwillingstürme zerstörten, benannt hat, diente jeder diplomatische Schritt, der darauf abzielte, weitere Militärbasen und Überflugrechte zum Zweck des Angriffs auf Bin Laden zu errichten, gleichzeitig als Mittel zur militärischen Besetzung von Zentralasien selbst.

Immerhin wird uns von der Bush-Regierung verdächtiger Weise zur gleichen Zeit mitgeteilt, dass erstens Bin Laden das Zentrum allen Übels ist und dass zweitens auch seine Festnahme („TOT oder lebendig“) nicht das Ende der terroristischen Bedrohung aus dieser Richtung sein wird. Darum wird die Militärkampagne gegen Bin Laden und den Terrorismus (so wird es uns zugesichert) sehr umsichtig geführt werden müssen und es wird Monate, wenn nicht Jahre bis zum Erfolg dauern.

Vielleicht wäre das Schlimmste, was der zweiseitigen Kampagne der US-Regierung passieren könnte, dass Bin Laden und sein Umfeld von der Szenerie verschwänden und eine wohldokumentierte Geschichte ihrer Verbindungen zur US-Regierung während der letzten zwanzig Jahre hinterließen!

Kenner der Ölindustrie und Kritiker des NATO-Kriegs in Jugoslawien kamen nach dem 11. September sofort zu der Erkenntnis, dass dieser US-Krieg gegen Osama bin Laden und seine Unterstützer in der Taliban-Regierung

gleichzeitig ein Weg ist, eines der wichtigsten Ziele der US-Außenpolitik in der postkommunistischen Ära wahrzunehmen.

Das neue „Große Spiel“, wenn man die Schachzüge der Bush-Regierung betrachtet auch „der Krieg um Öl und die Destabilisierung Zentralasiens“, waren leicht zu dokumentieren, da viel von dem relevanten Material, das für diese Interpretation erforderlich ist, 1999 recherchiert worden ist. In dieser Zeit versuchten viele, diejenigen Gründe der Clinton-Regierung für die Einnischung in den Jugoslawien-Krieg zu verstehen, die jenseits der lauthals verkündeten (und gerade erst entdeckten) Sorge um die humanitären Rechte der Kosovaren lagen [vgl. z.B. (Chossudovsky 2001), (Federici und Caffentzis 2000), (Talbot 2000)].

Es wurde damals klar, dass einer der Gründe, warum die USA Jugoslawien angriffen (einen der wenigen verbliebenen russischen Verbündeten in Europa) darin bestand, den Russen einzuschärfen, dass die USA all ihre Macht einsetzen würden, um die Russen davon abzuhalten, sich in die US-Investitionen in Kaukasien und Zentralasien einzumischen.

Es ist heute ein Gemeinplatz, dass jeder, der die Afghanistan-Politik der Bush-Regierung verstehen will, den „Öl-Faktor“ mit einbeziehen muss (besonders unter der Voraussetzung, dass viele Mitglieder der Bush-Regierung direkt an Öl-Gesellschaften beteiligt sind, welche Unmengen in diese Region investiert haben).

Damit will ich nicht sagen, dass der geopolitische Vorstoß nach Zentralasien vor dem 11. September auf der Tagesordnung der Bush-Regierung an oberster Stelle stand. Die Ausweitung der Bohrrechte innerhalb der USA war eine der ersten, das Öl betreffenden Initiativen und beschäftigte die Regierung während des Sommers 2001. Tatsächlich schrieb Jan Kalicki, in der Clinton-Regierung der „Spezialist“ für zentralasiatisches Öl, für die Sept./Okt.-Ausgabe von Foreign Affairs [politische Zeitschrift, Anm. d. Ü.] einen Artikel, in dem er sich über den Rückzug Bushs aus Zentralasien beklagt. Nachdem er die Verdienste der Clinton-Regierung aufgezählt hat, ärgert er sich darüber, dass man „nun riskiere, sich aufgrund ungenügender Aufmerksamkeit seitens der Bush-Regierung und der restriktiven US-Politik zu zerfasern.“

Im Gegensatz zur tatkräftigen Unterstützung der Initiativen für kaspische Energie seitens der Clinton-Regierung scheint das Bush-Team diese Angelegenheit in die hinterste Ecke verbannt zu haben“ (Kalicki 2001: 130). Kalicki beendet seinen Artikel mit den Worten: „Es wäre ein ernsthafter Fehler der USA, wenn sie ihre vergangenen Erfolge und ihr Zukunftspotential in der Region durch Selbstgefälligkeit und Unaufmerksamkeit verplempern würden.“ Zweifellos ist er nun erfreut über das rasche Ende von Bushs „Selbstgefälligkeit und Unaufmerksamkeit“ gegenüber Zentralasien nach dem 11. September und begrüßt eine Rückkehr zum dortigen „Öl-Business as usual“.

Es gibt ein weiteres Terrain, auf dem sich die Bush-Regierung nach dem 11. September stark engagierte. Es ist viel abstrakter, aber möglicherweise für unsere Bewegung noch wichtiger. Es ist das Terrain der Worte. Indem die Bush-Regierung die Flugzeugentführungen, die Morde und die Verwüstungen in New York City, Washington D.C. und Pennsylvania am 11. September als einen „Kriegsakt“ bezeichnete und dem „Terrorismus“ selbst den „Krieg“ erklärte, versucht sie, den Zukunftsentwurf der Menschheit auf lange Sicht umzugestalten. Sie wendet auf das moralische Bewusstsein des größten Teils der Menschheit, die von dem Massenmord am 11. September gelähmt, verängstigt und entsetzt sind, eine falsche Dichotomie [begriffliche Zweiteilung, Anm. d. Ü.] an – ihr müsst meiner Politik zustimmen oder ihr steht auf Seiten der Terroristen - und hofft, dass sie dieses Bewusstsein für ihre Zwecke gefangen nehmen kann. Dabei benutzt sie die Tausenden von Toten in New York und Washington als Fetisch.

Dieser moralische Hokusfokus wird jedoch auf lange Sicht scheitern, weil die überwältigende Mehrheit der Menschen auf diesem Planeten nicht in das „Wir“-gegen-„sie“-Modell passt, das Bushs Kriegskonfiguration erfordert. Die meisten Menschen lehnen mit Herz und Seele beide Zukunftsaussichten ab, die ihnen die kapitalistische Globalisierung auf der einen und deren verzweifelte Gegner im islamischen Fundamentalismus auf der anderen Seite offerieren.

In der Zwischenzeit wird es von der Regierung unzählige Versuche geben, jeglichen gegenüber der Bush-Politik zum Ausdruck gebrachten Dissens als Komplizentum, Einverständnisklärung oder Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern des 11. September hinzustellen.

Diese Versuche der Einschüchterung und Gleichstellung des politischen Dissens mit dem Terrorismus werden am Ende hauptsächlich aufgrund ihrer eigenen Widersprüche scheitern. Es dauerte nicht allzu lange, bis diese Widersprüche sich selbst enthüllten. Schließlich waren es die hohen Beamten der Bush-Regierung, die das jetzt



verschiedene „terroristische Netzwerk“ von islamischen Militanten finanzierten, bewaffneten und ausgebildeten, und nicht die Anti-Globalisierungs-Bewegung!

Darüber hinaus geriet die semantische Bedeutung zwischen der Bush'schen Beschreibung des "Krieges" vom 11. September auf der Stelle in Konflikt mit der Art, wie diese Taten von den zuständigen Behörden betrachtet werden, der New Yorker Polizeibehörde, den Gerichten, den Versicherungsgesellschaften und dem FBI.

Diese Taten werden wie Verbrechen untersucht. Verdächtige werden befragt, Zeugen, die fliehen könnten, werden festgenommen, die Schauplätze der Flugzeugabstürze werden als Tatorte behandelt und nach Beweisstücken durchforstet. Die Verdächtigen werden nicht wie Kriegsgefangene, sondern wie potentielle Kriminelle behandelt und haben das Recht auf eine Verteidigung. Die Versicherungsgesellschaften nutzen auch nicht ihre „Kriegshandlungs“- Klauseln, nach denen sie die Auszahlung von Ansprüchen einstellen dürften.

Nun könnte man dagegen halten „Verbrechen oder Krieg, ist das nicht bloße Wortspielerei?“ Das Gegenteil ist der Fall. Wie diese Ereignisse beschrieben werden, entscheidet über „Leben und Tod.“ Die Beschreibung eines Ereignisses impliziert nämlich eine Menge moralischer und praktischer Konsequenzen, einige davon liegen auf der Hand, andere sind nicht vorhersehbar. Es gibt bedeutende Unterschiede zwischen einem Verbrechen und Krieg. So ist ein Verbrechen eine Tat, bei der die Gesetze eines Staates von *bestimmten* Urhebern verletzt werden (nicht notwendigerweise auf seinem eigenen Territorium).

Nachdem ein Verbrechen begangen wurde, ist der nachfolgende Ablauf der Dinge relativ klar geregelt und durch ein komplexes Zusammenspiel von Verordnungen, Gesetzen und Behörden festgelegt. So folgen hintereinander die Untersuchung, die Anklage, die Festnahme, das Gerichtsverfahren und dann möglicherweise die Verurteilung und die Bestrafung. Ganz wichtig dabei ist, dass dieser Abfolge eine strukturelle Begrenzung innewohnt, die auch mit einschließt, dass es eventuell zu keiner Lösung kommt (z.B. wenn der verantwortliche Täter niemals gefasst wird).

Aus diesem Grund ist es besonders aufschlussreich, dass die US-Regierung ihre Versuche, die Komplizen der Entführer und viele andere Terroristenverbände zu fassen, sogleich als „Operation unendliche Gerechtigkeit“ bezeichnete.

Eine der größten Errungenschaften der Justiz ist ihre Begrenztheit und die Tatsache, dass sie darauf abzielt, geschehenem Unrecht ein Ende zu setzen. Daraus folgt, dass „unendliche“ Gerechtigkeit nicht gerecht sein kann.

Demgegenüber wohnt dem Krieg strukturell eine Unbegrenztheit inne (in den Vereinigten Staaten heute als „open ended“ und von einem Kriegstheoretiker im 19. Jahrhundert als „total“ bezeichnet). Zwar mag er unter Umständen zu einem Ende kommen, z.B. durch einen Friedensvertrag oder die Vernichtung einer oder beider kriegsführenden Parteien. Aber er muss es nicht. Dazu kommt noch, dass die Gesetze zur Anklage von Kriegsverbrechen immer in Frage stehen, da sie hauptsächlich zwischen Staaten vereinbart werden, die sich nicht im Krieg befinden. Diese Staaten können sich jedoch jederzeit auf ihre Souveränität berufen und die Vereinbarungen während eines Kriegszustandes für null und nichtig erklären.

Warum wählten die hochrangigen Mitglieder der Bush-Regierung die Bezeichnung „Krieg“ anstelle von „Verbrechen“ in den Stunden nach den Flugzeugabstürzen? Auf den ersten Blick könnte man diese Entscheidung auf die besonderen Aspekte der Ereignisse an und für sich zurückführen. Zum einen ist die Dimension der Quantität dieser Morde und planvollen Zerstörung von Eigentum an einem einzigen Tag beispiellos in der jüngeren US-Geschichte. Zum anderen starben die unmittelbaren Täter bei der Ausführung der Taten. (Was wäre wohl passiert, wenn die unmittelbaren Täter überlebt hätten und frei herumliefen?)

Der kollektive Selbstmord lässt womöglich die Schlussfolgerung zu, daß die Täter den 11. September selbst geplant haben und ihre Unterstützer nicht einmal wussten, dass sie sich mit dermaßen dreisten und waghalsigen Absichten trugen. Sollten die Ereignisse also als Verbrechen kategorisiert werden, würde es sich unter diesen Umständen um ein Verbrechen ohne überlebende Schuldige handeln. Eine Schlussfolgerung, die vielen innerhalb und außerhalb der Bush-Regierung überhaupt nicht passen würde. Schließlich wurden mit der Auswahl der Ziele symbolisch die Wirtschaft, das Militär und, falls die Spekulationen über das eigentliche Ziel des 4. Flugzeugs zutreffen, die Politik der USA angegriffen. Die Entführer schienen sich selbst als heroische Kämpfer zu sehen, die das Herz der USA treffen wollten und Bush schloss sich dieser Selbstdefinition an. Indem die Bush-Regierung diese Taten sofort als Kriegshandlungen bewertete, übernahm sie also die spektakuläre Logik der Entführer.

Ich glaube, es gibt jedoch noch andere, allgemeinere Gründe für die Wortwahl der Bush-Regierung. Man kam

früh zu dem Schluss, dass es sich bei den Entführern weder um eine nihilistische Gruppe handelte, die in „Fight-Club“-Manier entschieden hatte, sich mittels eines ruhmvollen Horrorszenarios mit Glanz und Gloria in den Tod zu stürzen, noch um Vertreter der inländischen Militia-Bewegung (wie es sich bei den Tätern der Anschläge in Oklahoma City 1995 herausstellte).

Obwohl die Täter des 11. September keine offizielle Erklärung ihrer Tat hinterließen, erkannte die Bush-Regierung, dass es sich um eine politische Tat handelte, die dem anhaltenden Konflikt der US-Regierung mit Dissidenten Saudi-Arabiens und anderer Staaten des Mittleren Ostens zuzuordnen war. Diesen Kampf haben die USA seit dem Golf-Krieg geführt, um ihre militärische und wirtschaftliche Präsenz auf den Ölfeldern der arabischen Halbinsel aufrechtzuerhalten.

Da das Wort „Krieg“ sinngemäß als umfangreicher Kampf verstanden werden kann (obwohl normalerweise nur Konfrontationen zwischen Nationen so bezeichnet werden) und die Bush-Regierung ihre Kontrolle über die Ölressourcen von Saudi-Arabien bis Kasachstan aufrechterhalten und/oder weiter ausbauen will, empfand sie das Wort „Krieg“ in diesem Zusammenhang als naheliegend. Die prominenten Mitglieder der Bush-Regierung mögen die Vorgänge in einem poetischen Sinne wahrhaftig als Teil eines Kampfes begreifen, in dem sie sich höchstpersönlich und leidenschaftlich einsetzen und von daher solche Wortwahl als selbstverständlich betrachten (schließlich waren G.W. Bush, die nationale Sicherheitsberaterin Rice und Vizepräsident Chaney noch bis vor kurzem unmittelbar und in erheblichem Ausmaß in die Ölindustrie verwickelt).

Der vielleicht wichtigste Grund für die Wahl des Wortes „Krieg“ ist aber der, dass sie der Bush-Regierung das Recht gibt, außerordentliche Maßnahmen sowohl im In- wie im Ausland durchzusetzen. Man braucht sich nur ansehen, wie wirkungsvoll der „Krieg gegen die Drogen“ dazu benutzt wurde, in so verschiedenen Ländern wie Kolumbien, Panama und Afghanistan zu intervenieren.

Parallel dazu sind die Ausmaße, die die gesetzgeberische und strafrechtliche Gegenrevolution in den USA unter dem Banner des „Krieges gegen die Drogen“ bis heute angenommen hat, überwältigend. Man mag sich gar nicht ausmalen, was die gleiche Intensivierung eines uneingeschränkten „Krieges gegen den Terrorismus“ für die Menschen in den Gefängnissen und die zivilen Freiheiten in den USA mit sich bringen wird.

### **Ein sorgfältiger Rückblick**

Die Ereignisse des 11. September und ihre Folgen sind ein gewaltiger Schlag für die Anti-Globalisierungs-Bewegung, denn sie haben dazu geführt, dass jede Regierung der Welt öffentliche Räume sperren und jede Opposition, woher sie auch kommen mag, im Interesse der „öffentlichen Sicherheit“ unterdrücken kann. Um das Heft wieder in die Hand zu bekommen, müssen wir unsere Lage begreifen: Die Anti-Globalisierungs-Bewegung kämpft sowohl gegen die supranationalen Betreiber der Globalisierung, die sich jetzt in US-Flaggen hüllen, als auch gegen die opponierenden heimlichen Herrscher des Mittleren Ostens, die sich in die islamische Flagge hüllen und für sich und ihre „Anhänger“ einen besseren Rang in der Weltgesellschaftsordnung fordern. Wenn wir wieder handlungsfähig werden wollen, müssen wir uns befreien und unsere eigene Vergangenheit neu bewerten, um unsere Zukunft in diesem Zusammenhang zu verstehen.

Aber die grausigen Ereignisse des 11. September haben bei vielen eine Denklähmung ausgelöst, genau wie beabsichtigt. Ein erster Schritt zur geistigen Selbstbefreiung ist es, Fragen stellen und uns eine alternative Wirklichkeit vorstellen.

Hätte es anders sein können? Hätte es eine andere historische Möglichkeit gegeben, die nicht zur Ermordung tausender Menschen in New York und Washington geführt hätte? Man erzählt uns oft, dass das Nachdenken über Dinge, die nicht passiert sind, vergebliche Mühe sei und man, genau wie Orpheus in der Unterwelt, nicht zurückschauen dürfe, da man sonst seine Zukunft verliert. Doch hätte Orpheus sich nach Eurydike umgeschaut, vorsichtig, so hätte er möglicherweise sie und später sich selbst retten können.

Erinnern wir uns an unsere eigene Geschichte. Von Seattle im November 1999 bis Genua im Juli 2001 stand die Anti-Globalisierungs-Bewegung für die Erkenntnis der Ersten Welt, dass die supranationalen Institutionen (IWF, Weltbank, WTO, G8), die den Anspruch erhoben hatten, sich mit den wirtschaftlichen und politischen Problemen der Menschheit zu befassen, aus zwei Gründen illegitim waren:

- b) haben sie dabei versagt, diese Probleme zu lösen (die Schulden der Dritten Welt beispielsweise sind seit der Schuldenkrise in den frühen achtziger Jahren dramatisch gestiegen) und
- c) stehen sie der Menschheit gegenüber in keinerlei demokratischer Verantwortung (IWF und Weltbank werden z.B. weitgehend von ihren größten Anteilseignern kontrolliert: den USA, Japan und den EU-Staaten).

Die Anti-Globalisierungs-Bewegung, die Mitte der achtziger Jahre mit dem Widerstand gegen die Strukturanpassungsprogramme in den Ländern der Dritten Welt begonnen hatte, war schließlich in den Straßen der Ersten Welt wieder aufgetaucht. (7) Sie forderte die supranationalen Institutionen auf gewaltfreie Weise auf, ihren Kurs zu ändern und demokratisch zu werden, bevor es zu spät sei. Sie forderte diese Institutionen auf, sich die Welt sorgfältig anzusehen und mit einer spektakulären Geste, zum Beispiel den vollständigen Schuldenerlaß für die Dritte Welt zu veranlassen.

Die Demonstrationen in Seattle im November 1999 und alle darauffolgenden sind in der Rückschau so bedeutend, weil sie die Forderungen der Dritten Welt auf die Straßen der Ersten Welt brachten. Sie zeigten, dass man die Belange der Armen und Enteigneten in Asien, Afrika und Lateinamerika in Europa und Nordamerika so ernst nahm, dass Hunderttausende von Menschen bereit waren, Verhaftungen, Schläge und Folter zu riskieren, um ihre und die eigenen Belange in den Bezirken der Machthaber zum Ausdruck zu bringen. Diese Demonstrationen haben die supranationalen Institutionen jedenfalls zumindest von der Verabschiedung neuer Gesetze und Verordnungen und von der Anrichtung zusätzlichen Schadens abhalten können.

Aber das Problem war: Obwohl die Anti-Globalisierungs-Bewegung in der Lage war, die Konferenzen der supranationalen Institutionen zu stoppen oder zu unterbrechen, wurden die positiven Forderungen der Bewegung von diesen Institutionen vollkommen abgeblockt. Weder wurde auf die Bewegung mit einem umfassenden Schuldenerlass reagiert, noch wurden faire Handelsbedingungen oder ein „Welt-Marshall-Plan“ oder die Abschaffung der Weltbank und des IWF in die Wege geleitet (wie sehr auch immer die Effektivität dieser Forderungen intern diskutiert wird).

Im Gegenteil, die ökonomischen und politischen Krisen, die durch die Globalisierung verursacht werden, haben sich in den letzten beiden Jahren noch verschärft.

Dazu kommt, dass die offizielle Antwort auf die Bewegung zunehmend gewaltsamer und repressiver wird. Im Juli erreichte die Gewalt in Genua ihren Höhepunkt, als die Polizei Carlo Giuliani erschoss, Hunderte von Aktivisten verstümmelte und folterte und Tausende von ihnen verprügelte.

An dieser Stelle müssen wir die Frage stellen: Was wäre passiert, wenn anstelle dieser Repression während des G8-Gipfels in Genua im Juli 2001 die Entscheidung getroffen worden wäre, der Dritten Welt alle Schulden zu erlassen? Stellen wir uns das mal vor.

Es waren jedenfalls nicht nur diese beiden Kräfte, die sich in 2001 gegenüberstanden - der Kreis der sich globalisierenden Kapitalisten und die Anti-Globalisierungs-Bewegung, die sich aus Tausenden von Gruppen aus der Bauern-, Arbeiter-, der feministischen, der Umwelt- und der Menschenrechtsbewegung in der ganzen Welt zusammensetzt.

Es gab noch eine dritte: die bewaffneten Militärs des islamischen Fundamentalismus, die die politische Forderung der Dissidenten der islamischen Herrscherklasse repräsentierten.

Diese Gruppe hatte und hat sich der tödlichen Gewalt, dem Patriarchat und der Wiedererlangung der Kontrolle der Energie-Ressourcen von Algerien bis Indonesien seitens der herrschenden Klasse gegen die Ansprüche der transnationalen Ölgesellschaften verschrieben. Sie trat in das Vakuum der Hoffnungslosigkeit, das die Pattsituation zwischen der Anti-Globalisierungs-Bewegung und den supranationalen Betreibern der Globalisierung unausweichlich geschaffen hatte - angetrieben von der eigenen Krisensituation, wie sie oben beschrieben wurde.

Aufgrund dieses vorsichtigen Rückblicks komme ich zu der Ansicht, dass wir Globalisierungsgegner uns nicht zwischen den großen Bomben Bushs und den kleineren Bomben des islamischen Fundamentalismus aufreiben lassen oder das Opfer im ungleichen Kampf zwischen den gigantischen und den kleinen Elefanten werden dürfen. Unsere Bewegung ist im Moment zumindest die einzige, die in der Lage ist, einen Ausweg aus dieser höllischen Dialektik von Homozid und Suizid zu finden, die von den Streitkräften des Weltkapitals und den Verursachern des Massakers vom 11. September in die Vergessenheit katapultiert wurde.

## **Ausblick**

Nach meiner Hypothese sind also in New York City und Washington D.C. nicht nur Tausende von Menschen zum Bauernopfer im Machtkampf der fortlaufenden „Ölkriege“ des Mittleren Ostens geworden. Die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon haben uns auch auf die politische Struktur, die während des Kalten Krieges überwiegend herrschte, zurückgeworfen. Bei dieser Struktur haben wir als Globalisierungsgegner es mit beiden Seiten zu tun, denn keine von ihnen vertritt die Interessen der arbeitenden Bevölkerung irgendwo auf der

Welt. Die Frauenfeindlichkeit der islamischen Fundamentalisten - die in der offenen Sklaverei, mit der die Taliban liebäugeln, ihren Höhepunkt erreicht - die autokratische Manier, in der das Gesetz der Sharia vielen Bürgern gegen ihren Willen aufgezwungen wurde, die Grausamkeit der Bestrafungen, die jene trifft, die sich nicht an die Gesetze halten (einschließlich der Todesstrafe) und der chauvinistische Stempel des Islam, der allen sozialen Schichten von selbsternannten islamisch-fundamentalistischen Regierungen wie denen in Afghanistan oder im Sudan aufgedrückt wird – all das spricht hier eine eindeutige Sprache.

Darum ist es wichtig, dass die Anti-Globalisierungs-Bewegung in diesem Zusammenhang eine unkriegerische und unpatriarchale Alternative zur tödlichen Politik der Fundamentalisten und ihrer globalisierenden Widersacher anbietet. Wir müssen darstellen, dass wir die Probleme aufzeigen können, die zu dieser Situation geführt haben:

- *Kontrolle der natürlichen Ressourcen.* Warum sollten die USA und Europa einen Anspruch auf den Besitz dieser Ressourcen haben, als sei es ihr Geburtsrecht? Wie kann die Bevölkerung Nordamerikas und Europas gegenüber den sozialen Kosten des Öls, das sie in ihre Autos füllt und gegenüber dem darauf aufbauenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ungleichgewicht so blind sein?

- *Die Bildung einer Heimat für die Palästinenser.* Wie lange werden Generationen von Palästinensern noch ohne Hoffnung in Flüchtlingscamps aufwachsen müssen, ohne irgendeine Hoffnung und mit der brennenden, unstillbaren Wut über das schreckliche Unrecht, das ihnen widerfährt - ein Unrecht, das sich mit jeder neuen israelischen Siedlung wiederholt, auf dem Land, das einst ihnen gehörte?

- *Die Politik der Weltbank und des IWF.* Können wir uns ein Globalisierungsprogramm leisten, das die Bevölkerung ganzer Landstriche zu Flüchtlingen, Bettlern und Immigranten degradiert hat? Dürfen wir eine Welt zulassen, in der die Mehrheit der Menschen von ihrem Land, der Grundlage ihres Überlebens vertrieben und dazu gezwungen wird, durch die Welt zu migrieren, um in einer neuen Diaspora [Gebiet, in dem sie eine Minderheit darstellen, oder die Minderheit selbst, Anm. d. Ü.] anzukommen, die dem Sklavenhandel ähnelt?

Es ist außerdem von höchster Wichtigkeit, dass die Anti-Globalisierungs-Bewegung anfängt, eine Verbindung zum Mittleren Osten aufzubauen und dessen dringlichste Forderungen aufzeigt. Es liegt auf der Hand, dass es für die Täter des Massakers am 11. September viel schwieriger gewesen wäre, alle Menschen in den USA als Feinde des Islams hinzustellen, wären wir in diesem Punkt schon weiter. Ebenso wäre es auch für die US-Regierung viel schwieriger, wahllos nordafrikanische, mittelöstliche und westasiatische Länder zu bombardieren.

Der Aufbau solcher Verbindungen wird viele Schwierigkeiten mit sich bringen, nicht nur logistisch. Man kann jedoch mit Verbindungen zu den mittelöstlichen und westafrikanischen Einwanderergemeinschaften in unseren eigenen Ländern anfangen. Entscheidend ist dabei auf jeden Fall, eine Situation zu vermeiden, wie sie während des Kalten Krieges auftrat, als für ein halbes Jahrhundert die russische Arbeiterklasse und die Arbeiter aus Nordamerika und Europa so gut wie keinerlei Kontakt hatten, außer ganz sporadisch durch die Vermittlung kommunistischer Parteien, mit dem Ergebnis, dass in den neunziger Jahren die „Experten“ der AFL-CIO ([US-Gewerkschaft, Anm. d. Ü.] selbst die anscheinend militantesten unter den sowjetischen Arbeitern, die Minenarbeiter, zum Narren halten konnten, so dass diese in den letzten Tagen der Sowjetunion einer Privatisierung zustimmten.

Die Kraft der Anti-Globalisierungs-Bewegung liegt in ihrem Potential, einen realen, nicht nur ideologischen politischen Kampf der arbeitenden Menschen in der Welt gegen die Pläne des globalisierenden Kapitals zu führen. Indische Bauern, kanadische Handelsgewerkschafter, europäische Studenten marschierten, diskutierten und organisierten bei den großen Anti-Globalisierungs-Aktionen der letzten zwei Jahre gemeinsam. Diese wachsende Vereinigung von Menschen, über alle Grenzen der geographischen, religiösen, geschlechtlichen oder politischen Zugehörigkeit hinweg, hat die Tagesordnung sowohl der islamischen Fundamentalisten als auch der kapitalistischen Globalisierer durcheinandergebracht.

Der selbstmörderische Angriff auf Washington und New York genauso wie die Antwort der Bush-Regierung sind daher auch Angriffe auf die Anti-Globalisierungs-Bewegung. Denn beides zielt darauf ab, immer mehr Entzweiung und Verzweiflung in der Arbeiterklasse auf der ganzen Welt zu säen. Dabei war sie gerade so weit, sich langsam eine gewaltfreie, unchauvinistische, unrasistische und unsexistische alternative Realität vorstellen zu können, was sich sowohl in Worten als auch in Bildern ausdrückte.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir nicht zulassen, dass die Kriegstrommeln und die zunehmende Beschneidung ziviler Freiheiten und der Freiheit, sich über Grenzen hinweg zu bewegen, die Oberhand

gewinnen und die Organisationserfolge der Anti-Globalisierungs-Bewegung zunichte machen.

## Anmerkungen

(1) Die Aneinanderreihung von Nationalstaaten zu beschreiben, ist problematisch. Der einfachen politischen Geographie zufolge beginnt sie mit Marokko im Westen und hört mit Pakistan im Osten auf. Diese Linie ist nicht arabisch, aber ist sie islamisch? Ordnet sich eine derartige Beschreibung nicht dem Orientalismus unter? Schließlich beschreiben wir auch nicht den Nationenreigen von Chile über Irland, Island bis Russland als „Christentum“, obwohl die jeweilige vorherrschende Religionszugehörigkeit dieser Völker (sofern sie einer angehören) Ausrichtungen des Christentums sind. Aber wenn nicht arabisch und nicht islamisch, was dann? In diesem Aufsatz habe ich mich dafür entschieden, so nominalistisch wie möglich vorzugehen, im vollen Bewusstsein dieser Problematik.

(2) Wieder haben wir es mit einem Definitionsproblem zu tun: Was ist islamischer Fundamentalismus? Angesichts der Tatsache, dass es viele Gruppen und Bewegungen gibt, die für sich beanspruchen, islamische Fundamentalisten zu sein oder die als islamische Fundamentalisten beschrieben werden, ist die Bemühung um eine Definition schwierig. Zum Zwecke einer ideologischen Kategorisierung: Die islamischen Fundamentalisten wollen einen islamischen Staat errichten, der auf der Lebensweise der frühen muslimischen Gemeinden gründet. Natürlich müssen wir uns an Marx' alten Ratschlag für Verbraucher erinnern: sei wachsam, was der Schneider dir erzählt, der dir einen Mantel verkaufen will. Eine ausgezeichnete Analyse des islamischen Fundamentalismus und seiner politischen und ideologischen Schranken findet man bei Faksh (Faksh 1997).

(3) Ironischerweise findet dieses Zusammentreffen von „gläubig begründeter“ Versorgung mit Sozialeinrichtungen und dem Neoliberalismus, welches man im islamischen Fundamentalismus findet, seine Entsprechung im aufkommenden „mitfühlenden Konservatismus“, angeführt von George W. Bush. Er versprach den US-amerikanischen Arbeitern in den späten neunziger Jahren einen neuen „gläubig begründeten“ Vertrag. In seiner Wahlkampfrede am 22. Juli 1999 sagte er folgendes: "Wir müssen unsere Vorstellungen von Konservatismus und freier Marktwirtschaft auf die Aufgabe übertragen, wirklichen Menschen zu helfen – denn jede Ideologie, unabhängig davon, wie richtig sie in der Theorie auch sein mag – ist ohne dieses Ziel steril und leer."

Umsetzen wollte er dies mittels Auszahlung staatlicher Gelder „nicht nur an Staaten, sondern auch an Wohlfahrtsorganisationen und Stadtteilmittelschichten“ und zwar auf eine Weise, bei der „wir von einer Organisation niemals verlangen werden, Kompromisse bezüglich ihrer Grundwerte und geistigen Mission zu machen, nur damit sie die Hilfe, die sie braucht, auch erhält“ [zitiert in (Olasky 2000: 221)].

Um die Analogie fortzusetzen, handelt es sich bei den „mitfühlenden Konservativen“ genau wie bei den islamischen Fundamentalisten um einige der letzten unerbittlichen Verteidiger der Todesstrafe in der Welt, wie auch beide ein Interesse daran haben, die körperliche Züchtigung wieder in das Strafrechtssystem einzuführen.

(4) Die Rolle der Hamas, der Hauptorganisation islamischer Fundamentalisten in Palästina, in der gesellschaftlichen Reproduktion wird beschrieben bei Nasse (Nasse 1998).

(5) Eine eingehende Beschreibung der Krise in der Saudi-Monarchie, die von den langfristigen sozialen, demographischen und ökonomischen Entwicklungen angekündigt wurde - veröffentlicht kurz vor deren Entscheidung, auf dem Weg der Globalisierung voranzuschreiten - findet man bei Cordesman (Cordesman 1997: 47-76).

(6) Eine wenig beachtete Entwicklung in Saudi-Arabien mag die erstaunlichen Berührungspunkte aufzeigen, die die neue Gesetzgebung schuf. Im November 2000 wurden bei zwei Autobombenattentaten in Riad ein Brite sowie fünf weitere Ausländer getötet. Handelte es sich bei der Tat um eine Aktion islamischer Dissidenten? Vielleicht nahm man das zunächst an, aber im Februar 2001 bekannte sich Bill Sampson, ein Kanadier, zusammen mit Alexander Mitchell, einem Briten, und Raf Schyvens, einem Belgier, zu dem Verbrechen. Die saudische Regierung gab bekannt, dass die drei ihre Opfer ermordet und verstümmelt hatten, Teil eines Untergrund-Krieges um den illegalen Alkoholhandel im Land. Wieweit auch immer diese Anschuldigung der Wahrheit entspricht, das Alkoholverkaufsgeschäft in Saudi-Arabien ist ein sehr lukratives Geschäft – „eine 1-Liter-Flasche heimisch hergestelltes Weines oder Bieres kostet 60 Dollar, ein Kasten Budweiser 259 Dollar und eine Flasche Johnny Walker Black Label Scotch bringt 225 Dollar“ (Fennel und Snider 2001: 18) – und das Geschäft wird noch lukrativer werden, nachdem die neue Investitionsregelung ausländischen Unternehmen mit Hauptsitz in nicht-islamischen Ländern grünes Licht gegeben hat, ihre eigenen Angestellten mitzubringen.

(7) Das langsame Wachstum der Anti-Globalisierungs-Bewegung von der Dritten Welt hinein in die Erste wird in der Einleitung der Midnight Notes erörtert (Midnight Notes 2001, "Introduction").

(Übersetzung: Regina Schwarz, Köln)

## Bibliographie

- Bahgat, Gawdat 2001.** Managing Dependence: American-Saudi Oil Relations. *Arab Studies Quarterly*, Vol. 23, Issue 1, pp. 1-14.
- Chossudovsky, Michel 2001.** Who is Ousmane bin Ladin? Posted at <http://globalresearch.ca/articles/CHO109C.html>
- Cordesman, Anthony H. 1997.** *Saudi Arabia: Guarding the Desert Kingdom*. Boulder, CO: Westview Press.
- Faksh, Mahmud A. 1997.** *The Future of Islam in the Middle East: Fundamentalism in Egypt, Algeria, and Saudi Arabia*. Westport, CT: Praeger.
- Federici, Silvia and Caffentzis, George 2000.** "War and Globalization in Yugoslavia." *Radical Philosophy Review*, Vol. 2, No. 1.
- Fennell, Tom and Snider, Michael 2001.** Prisoner of Riyadh. *Maclean's*, 6/25/2001, Vol. 114, Issue 26.
- MacKinnon, Colin 2000.** Saudi Arabia: Major Change in Investment Climate. *Washington Report on Middle East Affairs*, Vol. 19, Issue 6, p. 72-73.
- Midnight Notes 1992.** *Midnight Oil: Work, Energy, War, 1973-1992*. New York: Autonomedia.
- Midnight Notes 2001.** *Auroras of the Zapatistas: Local and Global Struggles in the Fourth World War*. New York: Autonomedia.
- Nusse, Andrea 1998.** *Muslim Palestine: The Ideology of Hamas*. Amsterdam: Harwood Academic Publishers.
- Olasky, Marvin 2000.** *Compassionate Conservatism: What It Is, What It Does, and How It Can Transform America*. New York: The Free Press.
- Talbot, Karen 2000.** Chechnya: More Blood for Oil. *Covert Action Quarterly*, 69. Posted as: [http://www.covertaction.org/full\\_text\\_69\\_03.htm](http://www.covertaction.org/full_text_69_03.htm)

# Die Schlacht um das Kaspie Öl

## *Wuchernde Konflikte*

von Detlef Bimboes

1. Oktober 1999 aus: Freitag

*Wegen seines Reichtums an Rohstoffen wird Mittelasien zwischen globalen und regionalen Mächten neu aufgeteilt - Tschetschenien nimmt dabei eine Schlüsselstellung ein*

**Als sich Ende 1991 die Sowjetunion auflöste, entstanden in der kaspischen Region acht selbständige Staaten: Kasachstan, Armenien, Aserbeidschan, Turkmenistan, Usbekistan, Georgien, Kirgysstan, Tadschikistan - allesamt autoritär geführt, mit Minderheitenproblemen und einem krassen Sozialgefälle belastet, doch zum Teil mit beträchtlichen Ölvorkommen ausgestattet. Für die OECD-Länder - allen voran die USA - bot sich mit den neuen Nationalstaaten eine willkommene Gelegenheit, mittelfristig die Abhängigkeit von den nicht unerschöpflichen Ölquellen am Persischen Golf zu verringern.**

Derartige Ambitionen wurden durch den Umstand begünstigt, dass die Völker am Kaspischen Meer selbst Anschluss an den »Westen« suchten, was sich mit Bestrebungen vorzugsweise der USA traf, einen strategisch-geographischen Keil zwischen Russland sowie die neuen ölreichen Länder zu treiben und den Einfluss der NATO bis an die Grenze Chinas und zum Himalaya auszudehnen.

### **Russland den Schneid abkaufen**

An diesem Interessengefüge hat sich seither wenig geändert - allein die Rahmenbedingungen sind nicht mehr die gleichen -, man denke nur an den Sieg der islamistischen Taliban in Afghanistan (1996) oder die Osterweiterung des Nordatlantik-Paktes (1999). Nahziel der USA wie auch der Staaten Mittelasiens und des Kaukasus bleibt es, das Transportmonopol Russlands für Erdöl und Erdgas um jeden Preis zu brechen. Russland soll dauerhaft aus der gesamten Region des Nahen und Mittleren Ostens verdrängt werden. Allerdings kann dieses Monopol nur mit zusätzlichen Pipelines unterlaufen werden, weil die kaspische Region selbst keinen natürlichen Zugang zu den Weltmeeren besitzt. Alle betroffenen Staaten sind außerdem am Transfer von Öl und Gas über ihr eigenes

Gebiet interessiert. Es geht schließlich um hohe Gebühreneinnahmen und den Gebrauch der Transitrechte als politisches Druckmittel. Bislang führen die in Betracht kommenden Routen durch ausgesprochene Krisenregionen wie Tschetschenien, Georgien und Armenien oder die Kurdengebiete in der Türkei.

Von größtem strategischen Interesse für die USA ist daher die Planung einer Trasse von Baku über Armenien oder Georgien zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan. Inzwischen finanzieren die weltweit größten Ölkonzerne *Chevron*, *Mobil* und *Shell* eine Machbarkeitsstudie zu diesem Projekt. Eine entsprechende Übereinkunft wurde im Dezember 1998 in Washington im Beisein des US-Energieministers unterzeichnet. Die Trassenführung würde die Einflussmöglichkeiten Russlands spürbar einschränken, da dessen Pipelines für den Öltransport zum Schwarzen Meer nicht mehr gebraucht würden. Dem Westen könnte so eine eigene Versorgungsvariante offenstehen, deren militärische Sicherung dem NATO-Mitglied Türkei zu übertragen wäre, das im Gegenzug den Löwenanteil der Transportprofite einstreichen dürfte. Mittlerweile hat Aserbeidschan der NATO sogar direkt die Einrichtung von Militärbasen auf seinem Staatsgebiet angeboten.

Analoge Projektionen für eine Gaspipeline beziehen sich auf eine Route von Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan (mit der Option zum Ausbau nach Indien) - ein Vorhaben, das ebenfalls aus politischen Gründen von den USA, aber auch von Saudi-Arabien gestützt wird. Allerdings erlitt das Projekt Ende 1998 einen schweren Rückschlag, als das nordamerikanische Öl-Konzern *Unocal* das Konsortium verließ, dem - unter anderem - die saudische *Deltaoil* und die japanische *Itochu* angehören. Die Hoffnungen Turkmenistans richten sich nunmehr auf den denkbaren Bau einer Pipeline, die quer durch das Kaspische Meer über Aserbeidschan und die Türkei bis nach Europa laufen soll.

Wie die USA verfolgen auch Deutschland und die übrigen EU-Staaten dabei Interessen, die auf eine langfristig gesicherte Energieversorgung Westeuropas über die direkte Beteiligung an den großen Öl- und Gaskonsortien der Kaspischen Region gerichtet sind. Westeuropa bestreitet derzeit etwa 20 Prozent des Welterdölverbrauchs, besitzt aber nur zwei Prozent aller Vorräte. Beim Erdgas ist die Situation mit 3,1 Prozent der Weltressourcen nur geringfügig besser. Das Kaspische Öl ist nichtsdestotrotz eher eine mittelfristige Option, da die EU-Staaten, die heute nahezu 80 Prozent ihres Erdölbedarfs importieren, über eine breit gefächerte, risikomindernde Importstruktur (Golfregion, Nord- und Westafrika, Russland) verfügen. Auch die Gasvorkommen der Kaspischen Region dürften auf längere Sicht bestenfalls als Reserve von Interesse sein. Das aktuelle EU-Exportvolumen von Erdgas aus Turkmenistan (es besitzt die größten Vorkommen) von circa 20 Milliarden Kubikmeter spielt für den europäischen Gasimport (215 Milliarden Kubikmeter bei einem Gesamtverbrauch von 500 Milliarden 1997) nur eine untergeordnete Rolle. Zudem sind dies Einfuhren teuer und politisch riskant. Ganz anders sieht die Situation angesichts geringerer Transportkosten für südosteuropäische Länder wie die Türkei, Bulgarien, Rumänien oder die Ukraine aus.

### **Iran und China pokern kräftig mit**

Die profitablen Geschäfte der Zukunft wollen gut vorbereitet sein. Daher beteiligen sich transnationale Ölkonzerne wie *Agip*, *British Gas*, *BP*, *Royal Dutch Shell*, *Statoil* und *Total* an Exploration, Förderung und Pipeline-Ausbau in der Kaspischen Region. Sie betreiben allerdings nicht annähernd den Aufwand solcher renommierter US-Gesellschaften wie *Chevron*, *Exxon*, *Mobil Oil*, *Conoco*, die bei den wichtigsten Konsortien in Kasachstan und Aserbeidschan inzwischen Anteile von 40 bis 50 Prozent halten. Allein 1996 flossen 2,5 Milliarden US-Dollar in die entsprechenden Öl- und Gasgebiete. Ein Jahr später waren es bereits fünf Milliarden.

Natürlich betrachtet Russland das Vordringen der Amerikaner in sein angestammtes Revier mit wachsendem Unbehagen. Bereits jetzt ist der Profit- und Prestigeverlust angesichts alternativer Transitrouten klar erkennbar. Um so mehr versuchen die halbstaatlichen Unternehmen *Lukoil* und *Gazprom*, wieder mehr als nur einen Fuß in die Tür zu setzen. *Lukoil* ist es nach mehreren Anläufen gelungen, sich in den wichtigsten Konsortien Aserbeidschans und Kasachstans zu etablieren, obwohl der Konzern vor allem am Absatz russischen Erdöls aus sibirischen Vorkommen interessiert ist und demnach eine rasante Entwicklung der Erdölwirtschaft in der Kaspischen Region eher bremst als forciert. Ähnliches gilt für *Gazprom*.

Beide Trusts befinden sich in einem Interessenwiderspruch. Einerseits wollen sie am Öl- und Gasgeschäft in der Region profitieren, andererseits fürchten sie die Konkurrenz. Sie sind daher nicht wie die westlichen Gesellschaften an einem massiven, sondern nur einem selektiven Engagement interessiert, das den Zielen Kontrolle und Dominanz untergeordnet bleibt.

Der Iran dagegen - selbst Anrainer des Kaspischen Meeres - sieht sich als natürliche islamische Vormacht der Region und bietet sein gut ausgebautes Pipelinennetz zur Vermarktung an. Die kürzeste und sicherste Route für eine Trasse führt tatsächlich von Baku nach Täbris im Iran und von dort weiter zum Persischen Golf. Ein Veto der USA blockiert bislang diese Möglichkeit. Die sich abzeichnende Öffnung Irans und das Ende seiner Isolation könnten allerdings alle amerikanischen Planspiele obsolet machen. Denn Erdöl- oder Gasleitungen aus Baku beziehungsweise Mittelasien durch den Iran sind wirtschaftlich weitaus günstiger als alle Westrouten. Daran lassen gerade die US-Konzerne keinen Zweifel.

Schließlich ist auch China mit von der Partie und will sich über eine Pipeline aus Kasachstan bei der gigantischen Vertragssumme von 9,5 Milliarden Dollar einen Teil der für die eigene wirtschaftliche Zukunft

nötigen Energiereserven verschaffen. Die Volksrepublik China avanciert damit zum Rivalen sowohl Russlands als auch der westlichen transnationalen Konzerne.

Unter dem Eindruck dieser recht konfliktgeladenen Situation haben sich strategische Allianzen gebildet. Deren Frontlinien verlaufen mitten durch die Kaspische-Region. Auf der einen Seite stehen die USA, verbunden mit der Türkei sowie Aserbaidschan und Georgien, auf der anderen Seite Russland, Iran, Armenien und - mit Einschränkungen - Turkmenistan. Denkbar ist ferner, dass sich demnächst ein gedemütigtes Rußland in einer Allianz mit Indien und China versucht, um den USA besser Paroli bieten zu können. Das aber droht einen neuerlichen Ost-West-Konflikt mit rasant wachsender Aufrüstung auszulösen.

Ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor ist die zum Teil explosive Situation in den neuen mittelasiatischen Staaten. Hier eignen sich winzige Eliten, Clans und Oligarchien enorme Reichtümer an, während gleichzeitig das soziale Elend der breiten Bevölkerung wächst. Menschenrechtsverletzungen, religiöse und ethnische Spannungen sind an der Tagesordnung. Eine Situation, die sich durchaus mit der instabilen Lage am Golf in den achtziger Jahren vergleichen lässt.

Militärische Lösungsversuche der beschriebenen Konflikte können nur dann verhindert werden, wenn die EU ein Gegengewicht zu den USA bildet und auf der Basis einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auch zu einer eigenen Russlandpolitik findet. Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, die Rolle der OSZE in der Region zu stärken. Parallel dazu verdient der *Energie-Charta-Vertrag* (ECT) mehr Beachtung, der am 16. April 1998 in Kraft trat und bisher von 32 Staaten - darunter allen acht Staaten der Kaspischen-Region - ratifiziert wurde, im Unterschied zu Russland und den USA. Der ECT schafft verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in die Lagerstätten erkundung, in Förderprojekte und Pipelinennetze. Ferner bietet er in Streitfällen ein wirksames Schlichtungsverfahren an.

\*\*\*\*

## **Amerikanische Kriegsführung droht Saudi Arabien zu destabilisieren**

Von Jean Shaoul

11. Oktober 2001

*aus dem Englischen (8. Oktober 2001)*

**Vergangene Woche flog US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld nach Saudi Arabien, um bei dem zentralen Verbündeten Washingtons im Nahen Osten um Unterstützung für den bevorstehenden Krieg der USA gegen Afghanistan zu werben.**

**Das saudische Regime hatte die Befürchtung geäußert, dass eine solche Unterstützung der amerikanischen Kriegspläne in Zentralasien eine soziale Explosion entfesseln und seine Herrschaft bedrohen könne, nachdem die amerikanische Beihilfe für Israels brutale Unterdrückung der schon ein Jahr andauernden Intifada bereits große Wut bei den arabischen Massen hervorgerufen hat**

Saudi Arabien hat zwar den amerikanischen Feldzug gegen den Terrorismus öffentlich begrüßt, doch erlaubten seine Herrscher dem Pentagon nicht, von saudischem Boden aus Luftschläge gegen Afghanistan zu führen. Nur wenige Tage vor dieser Weigerung hatte der Kommandant der Air Force, Generalleutnant Charles F. Wald, sein Hauptquartier von South Carolina nach Saudi Arabien verlegt, um die Luftschläge von einem Kommandoposten auf dem Luftwaffenstützpunkt Prinz Sultan bei Al Kharj aus zu leiten, 110 Kilometer von der Hauptstadt Riad entfernt.

Die Bush-Regierung wurde von dieser Weigerung völlig überrascht. Das Pentagon hatte sich offenbar nicht einmal die Mühe gemacht, die Erlaubnis der saudischen Herrscher einzuholen. Weil amerikanische Flugzeuge täglich von saudischen Basen aus zur Überwachung der Flugverbotszonen im Irak starten, nahm sie ganz selbstverständlich an, dass sie auch für militärische Operationen im jüngsten Feldzug genutzt werden könnten. Aber ohne das Feigenblatt einer UNO-Resolution zur Unterstützung des bevorstehenden Kriegs gegen Afghanistan sah sich Riad nicht in der Lage, sich dem Zorn seiner arabischen Nachbarn und seines eigenen Volkes auszusetzen.

Obwohl Saudi Arabien für Washingtons langfristige strategische Interessen in der Region eine zentrale Rolle spielt, hat die gegenwärtige Krise gezeigt, mit welcher Kurzsichtigkeit die Bush-Regierung Politik macht. Die USA standen plötzlich ohne einen erfahrenen Botschafter in Riad da, weil der vorherige Botschafter, der unter Präsident Clinton gedient hatte, den Posten aufgegeben und ein Interregnum hinterlassen hatte. Sein Nachfolger Robert W. Jordan, ein Anwalt der Ölindustrie und Freund der Bush-Familie aus Houston, Texas, wurde erst am 12. September, dem Tag nach den Terrorangriffen, nominiert.

Bei seinem ersten Besuch als Verteidigungsminister bemühte sich Rumsfeld um einen betont versöhnlichen Ton.



Er zeigte Verständnis für die Empfindlichkeiten in der Region und äußerte seine Dankbarkeit für die Unterstützung durch Saudi Arabien. Er betonte, dass Unterstützung in verschiedenen Ländern unterschiedliche Formen annehmen könne und nicht von allen Mitgliedern der "Koalition gegen den Terrorismus" notwendigerweise militärische Unterstützung erwartet werde.

Rumsfeld scheint eine Art Modus Operandi ausgehandelt zu haben, wonach die USA die Unterstützung Saudi Arabiens erhalten, solange sie es nicht an die große Glocke hängen. Er lehnte es ab, Details über den Inhalt seiner Gespräche mitzuteilen, sagte aber, dass er sicher davon ausgehe, die Erlaubnis zur Nutzung saudischer Basen für militärische Aktionen zu bekommen. "Solche Sachen regelt man", sagte er. Prinz Sultan, der saudische Verteidigungsminister, wies die Vermutung zurück, dass die USA die Nutzung der Luftwaffenstützpunkte seines Landes erbeten hätten; er sagte, diese Frage sei nicht Thema der Erörterungen gewesen.

Mit anderen Worten wird Washington sicherstellen, dass seine Militäraktionen so durchgeführt werden, dass sie seine saudischen Verbündeten nicht in Verlegenheit bringen. Man sollte sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass die saudische Regierung in der Öffentlichkeit immer auf die Feststellung Wert gelegt hat, dass sie den USA nicht erlaube, von ihren östlichen Luftwaffenstützpunkten Militäraktionen gegen den Irak zu starten, und dass die Flüge zur Durchsetzung der Flugverbotszonen im Irak unter UN-Mandat erfolgen würden. Es gibt jedoch Beweise, dass amerikanische und britische Flugzeuge ihre Angriffe von den Stützpunkten im Westen Saudi Arabiens geflogen haben. Außerdem hat die UNO ihre Resolution zu den Flugverbotszonen schon 1992 fallen gelassen.

Heimlichtuerei ist für die herrschende Clique der Saudis lebenswichtig, da sie nur eine schwache politische Legitimität hat und zunehmend mit Opposition konfrontiert ist. Nachdem es Washingtons Bitten, seine Basen nutzen zu dürfen, zurückgewiesen hatte, beeilte sich das saudische Regime, seine Beziehungen zu den Taliban zu kappen und gleichzeitig Präsident Bush aufzufordern, einer Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts hohe Priorität einzuräumen. Kronprinz Abdullah äußerte gegenüber Bush: "Der Nahost-Friedensprozess erfordert von der amerikanischen Regierung und von allen ehrenhaften Menschen auf der Welt, Stellung zu beziehen."

### **Die Herrscherfamilie der Saudis**

Die feudale Clique, die über Saudi Arabien und seine 22 Millionen Einwohner herrscht, wird manchmal als das größte Familienunternehmen der Welt bezeichnet. Es ist frei von allen Institutionen und demokratischen Normen eines modernen Staates. Es gibt Differenzen innerhalb der königlichen Familie über das Ausmaß an Offenheit über ihre Abhängigkeit von den USA, aber dessen ungeachtet ist das Haus Saud seit 1943 von Washington abhängig. Mit der Entdeckung von Ölvorkommen in den dreißiger Jahren, die von der amerikanischen Ölgesellschaft Aramco gefördert und vermarktet wurden, erklärte Washington: "Die Verteidigung Saudi Arabiens ist für die Verteidigung der Vereinigten Staaten von entscheidender Bedeutung."

In den vergangenen zehn Jahren war Saudi Arabien der größte Empfänger amerikanischer Militärhilfe; es erhielt für 33,5 Mrd. Dollar (73,7 Mrd. DM) Ausrüstung, was sogar die Summe in den Schatten stellt, die Washington Israel gewährte.

Nominell herrscht der alte und kränkelnde König Fahd. Sein Vater Abdul al Asis al Saud, Saudi Arabiens erster König, eroberte 1902 Riad und führte dreißig Jahre lang Kämpfe, um die arabische Halbinsel zu vereinen. Er eroberte die Nomadenstämme, die 1926 in den ehemals osmanischen Gebieten der arabischen Halbinsel lebten, gründete 1932 das Königreich Saudi Arabien unter seiner eigenen autokratischen Herrschaft und gab dem Land sogar seinen eigenen Namen.

Er und seine Erben haben die Wächterrolle des Landes für die heiligen Stätten des Islam, Mekka und Medina, und den Glauben ihrer eigenen islamischen Sekte, der Wahabis, als ideologischen Kitt genutzt, um die Bürger des Landes zusammenschweißen, die dem in der Wüste der arabischen Halbinsel gegründeten Staat gegenüber keine nationale Verbundenheit empfanden. Das ist um so wichtiger geworden, als ein zunehmender Teil der Bevölkerung aus eingewanderten Arbeitern besteht.

Aber weil König Abdul al Asis al Saud mehrere Frauen und mehr als vierzig Söhne hatte, ist die inzwischen 7.000-köpfige königliche Familie von Fraktionen und Fehden zerrissen. Sie verteidigt ihre Herrschaft mittels ständig wechselnder Koalitionen. Seit König Fahd 1995 einen Herzanfall erlitt, wird das Land von seinem 77-jährigen Halbbruder Kronprinz Abdullah regiert, dem wiederum König Fahds leiblicher Bruder Prinz Sultan, der gegenwärtige Verteidigungsminister, nachfolgen wird, dessen Sohn Botschafter in den USA ist.

In allen Bereichen der Politik gibt es Spannungen. König Fahd und die Sultan-Fraktion, die zur Familie der al Sudairi gehören, haben enge Beziehungen zu den USA und wollen mehr ausländische Direktinvestitionen ins Land holen sowie die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation WHO erreichen. Letztes Jahr gab es Zusagen für Investitionen über 9,2 Mrd. Dollar, neunzig Prozent davon aus dem Ausland. Die Regierung hat die Unternehmenssteuern von 45 auf 39 Prozent gesenkt, in einigen Bereichen der Wirtschaft hundertprozentige Auslandsbeteiligungen zugelassen und weitere Erleichterungen versprochen.

Kronprinz Abdullah, der der saudischen Nationalgarde vorsteht, unterhält engere Beziehungen zu den religiösen

Führern und ist konservativer. Seit er 1995 die Regierung übernahm, sind die Beziehungen zu den USA leicht abgekühlt. Im August entließ er Sultans leiblichen Bruder, Prinz Turki al Feisal, der 25 Jahre lang den Geheimdienst geleitet hatte, und ersetzte ihn durch seinen eigenen Halbbruder Prinz Nawwaf. Prinz Turki war für die Beziehungen Saudi Arabiens zu Afghanistan und Pakistan und für den Kontakt mit dem US-Geheimdienst verantwortlich. Er scheint das Opfer eines Machtkampfs über die Frage geworden zu sein, wie mit den Aufforderungen der USA umzugehen sei, die Aktivitäten Osama bin Ladens einzudämmen. Es wird berichtet, dass kurz darauf König Fahd das Land mit großem Gefolge verlassen habe, um sich in Europa einer medizinischen Behandlung zu unterziehen, und dass er bisher nicht zurückgekehrt sei.

### **Wirtschaftliche und soziale Spannungen**

Der Kern dieser Spaltungen in der königlichen Familie ist die Furcht, dass eine allzu öffentliche Unterstützung Washingtons bei einem Angriff auf ein arabisches oder islamisches Land ihre eigene tyrannische Herrschaft unterminieren könnte.

Saudi Arabiens Bevölkerung wächst jährlich um 4,4 Prozent und ist von 1980 bis 1999 von neun Millionen auf mehr als 22 Millionen angestiegen. Aber das Wirtschaftswachstum hat besonders nach dem Rückgang der Ölpreise in den achtziger Jahren mit dem Wachstum der Bevölkerung nicht mitgehalten. In Saudi Arabien operierende Unternehmen haben billige Arbeitskräfte mitgebracht - hauptsächlich aus Pakistan, Indien, Südkorea, Indonesien, Nigeria oder den Philippinen - um Arbeiter zu ersetzen, die bis dahin aus den benachbarten arabischen Staaten kamen. Eingewanderte Arbeiter machen mindestens 35 Prozent der Altersgruppe der 15- bis 64-jährigen aus. Sie füllen viele niedrig bezahlte Arbeitsplätze aus, stellen aber auch etwa 84 Prozent der Ärzte, 80 Prozent der Krankenschwestern, 55 Prozent der Pharmazeuten und 25 Prozent aller Lehrer. Seit kurzem hat die Regierung begonnen, ausländische Arbeitskräfte wieder durch einheimische zu ersetzen und Tausende Arbeitsemigranten zu verhaften und zu deportieren.

Das Land hat in den letzten zwanzig Jahren Defizite angehäuft. Mit jedem Dollar, um den der Preis eines Barrels Rohöl fällt, soll Saudi Arabien Einnahmen in Höhe von 2,5 Mrd. Dollar pro Jahr einbüßen. Die herrschende Familie nutzt ihre de facto Kontrolle über die Ölreserven weltweit, um die Preise niedrig zu halten und ihren amerikanischen Hintermännern zu Diensten zu sein. Darüber hinaus tragen ökonomisches Missmanagement, Korruption und das offene Ausplündern der Ölreserven zu der schlechten Finanzlage des Landes bei. Die Staatsverschuldung beträgt 120 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP), und 1999 belief sich das Haushaltsdefizit auf 6,5 Prozent des BIP.

Die Regierung hat ihre Sozialprogramme gekürzt und Investitionen in die Ölförderung, den Energiesektor und die Infrastruktur zurückgefahren. Die Arbeitslosenrate beträgt unter männlichen Saudis ca. 25 bis 30 Prozent. Viele haben keine anständige Ausbildung, was besonders auf Frauen zutrifft. Wirtschaftsanalysten zufolge werden in den nächsten fünf Jahren eine Million neuer Arbeitsplätze für saudische Männer benötigt (Frauen werden bei den Berechnungen nicht berücksichtigt). Die Einkommen sind katastrophal gefallen; das BIP pro Kopf ist von 18.000 Dollar Anfang der achtziger Jahre auf 6.000 Dollar im Jahre 2000 gefallen, was die soziale Unzufriedenheit schürte.

Aber diese Unzufriedenheit findet gegenwärtig keinen zugelassenen politischen Ausdruck. Ein Bericht von Amnesty International erklärte vor kurzem: "Geheimhaltung und Furcht durchdringen jeden Aspekt der staatlichen Struktur Saudi Arabiens. Es gibt keine politischen Parteien, keine Wahlen, kein unabhängiges Parlament, keine Gewerkschaften, keinen Anwaltsverein, keine unabhängige Justiz und keine unabhängigen Menschenrechtsorganisationen. Jeder, der in Saudi Arabien lebt und das System kritisiert, wird hart bestraft. Politische und religiöse Gegner der Regierung werden nach der Verhaftung für unbegrenzte Zeit ohne Prozess festgehalten oder nach völlig unfairen Prozessen eingesperrt. Folter ist allgegenwärtig. Fremdarbeiter sind ständig bedroht."

Viele Shia- und sunnitische Moslems sitzen im Gefängnis. Die Shia-Sekte wird mit großem Argwohn beobachtet, besonders seit die iranische Revolution von 1979 die Shia-Mullahs unter Ajatollah Khomeini an die Macht brachte. Sie leidet unter ständiger Diskriminierung, hat nur beschränkten Zugang zu Sozialleistungen und staatlichen Arbeitsplätzen und darf nur selten eigene Moscheen oder Gemeindezentren bauen.

Die Regierung kontrolliert alle Radio- und Fernsehsender und überwacht die privaten Printmedien genau. Sie erlaubt keine Kritik am Islam, an der herrschenden Familie oder an der Regierung. Das saudische Regime ernannt und entlässt Chefredakteure und diktiert in heiklen Fragen den Inhalt der Presseerzeugnisse. Ausländische Publikationen werden immer wieder zensiert oder verboten. Häufig werden Telefone abgehört und die Post kontrolliert. Das Internet wird von offizieller Seite nicht gefördert, so dass es nur acht Internet Service Provider und nur 100.000 Abonnenten gibt.

Äußerst barbarische Formen der Bestrafung wie öffentliche Hinrichtungen und Amputationen sind keine Seltenheit. Systematische Folter und Einschüchterung und offenkundige Verletzung demokratischer Grundrechte durch die saudischen Herrscher sind für die Verteidigung ihrer Privilegien und ihres Reichtums unabdingbar. Bis zu vierzig Prozent der Öleinnahmen des Landes fließen direkt in die Taschen der herrschenden Familie.

Diese sozialen Bedingungen und die Abneigung gegen die Anwesenheit amerikanischer Truppen im Land -

deren wichtigste Funktion darin besteht, der königlichen Familie im Fall eines Volksaufstands beizustehen - haben dazu geführt, dass das reaktionäre Programm bin Ladens und ähnlicher Gruppen einen gewissen Widerhall findet.

### **Osama bin Laden**

Osama bin Laden wurde 1957 als Sohn eines jemenitischen Vaters und einer syrischen Mutter geboren und ist der Sohn von Mohamed bin Laden, dem mächtigen Gründer des riesigen saudischen Baukonzerns, der Bin Laden Gruppe. Es waren Mohamed und seine Familie, die in den sechziger Jahren die Übertragung der Macht von dem korrupten König Saud auf König Feisal betrieben, um die herrschende Dynastie zu stützen.

Obwohl selbst zur Oberschicht der saudischen Gesellschaft gehörend, wurde Osama bin Laden schnell unzufrieden damit, von der Macht ausgeschlossen zu sein. Seine scheinbar widersprüchliche politische Karriere war die eines radikal antikommunistischen Abenteurers, der sich religiösem Fanatismus und später dem anti-Amerikanismus zuwandte; das Ziel war, sich und anderen Teilen der saudischen Elite eine soziale Basis zu verschaffen. In Afghanistan und im Sudan unterstützte er extrem reaktionäre, der Arbeiterklasse und den unterdrückten Massen völlig feindliche Regimes, was für die Völker dieser Region katastrophale Folgen hatte. Zeitweise war er ein nützliches Werkzeug des US-Imperialismus, doch ist er jetzt wie viele andere vor ihm in Ungnade gefallen, weil er dessen strategischen Interessen in der Region in die Quere gekommen ist.

Bin Laden wurde als Student Mitglied der Moslem-Bruderschaft. Als die Sowjetunion 1979 in Afghanistan einfiel, ging er nach Pakistan, wo er sich der afghanischen Rebellion gegen das verhasste, von den Sowjets gestützte Regime in Kabul anschloss. Die Rebellion wurde vom US-Imperialismus im Rahmen des kalten Kriegs finanziert um die Sowjetunion zu destabilisieren. Bin Laden nutzte seine Verbindungen zu wohlhabenden Kreisen in Saudi Arabien, um Geld und Nachschub für den afghanischen Widerstand - die Mujaheddin - zu organisieren, rekrutierte arabische Kämpfer und half bei der Organisation von Guerillaoperationen. Er richtete in Afghanistan ein ganzes Netz von Lagern ein - die al-Qaida - in denen im ganzem Nahen Osten rekrutierte Kämpfer für den Krieg gegen die pro-sowjetische Najibullah-Regierung ausgebildet wurden.

Als der irakische Präsident Saddam Hussein 1990 in Kuwait eindrang und auch Saudi Arabien bedrohte, kehrte bin Laden nach Saudi Arabien zurück und schlug einen Verteidigungsplan vor. Er ähnelte der Mobilisierung, zu der die USA, Pakistan und Saudi Arabien in Afghanistan beigetragen hatten. Obwohl die Saudis den afghanischen Widerstand erst unterstützten, waren die heimkehrenden arabischen Afghanen, wie man sie nannte, zu Hause keineswegs willkommen. Das letzte, was König Fahd wollte, war eine Bewaffnung der Massen. Er lehnte bin Ladens Plan ab und verwies ihn fortan des Landes.

Stattdessen wandte sich der König an die USA und lud Washington ein, seine Truppen in Saudi Arabien zu stationieren, obwohl nicht nur bin Laden, sondern auch viele hohe Religionsführer argumentierten, dass es nach islamischem Recht verboten sei, nicht muslimische ausländische Truppen unter ihrer eigenen Flagge in Saudi Arabien zu stationieren. Ihre Besorgnis wuchs, als nach der "Befreiung" Kuwaits 1991 das Pentagon nicht alle seiner 550.000 Soldaten zurückzog und die saudische Regierung dies stillschweigend hinnahm.

Zu Hause nicht mehr willkommen, ging bin Laden zuerst in den Sudan, wo er die nächsten fünf Jahre die reaktionäre islamische Regierung unterstützte, die im Süden des Landes einen wütenden Bürgerkrieg führte. Als seine Aktivitäten mit den zögernden Schritten des Sudan zu einer Wiederannäherung an den US-Imperialismus kollidierten, bot die sudanesisische Regierung an, bin Laden festzusetzen und ihn an die Saudis auszuliefern. Riad wies diesen Plan aber zurück; stattdessen wurden bin Ladens Bankkonten eingefroren und er selbst ausgebürgert. Aus dem Sudan vertrieben, kehrte bin Laden nach Afghanistan zurück, wo er ohne seine sudanesischen und saudischen Aufpasser seine radikal-fundamentalistische Rhetorik verschärfte. Er unterstützte die Taliban, deren soziale Basis die rückständigsten armen Stammesangehörigen und Dorfbewohner sind, in ihrem Krieg gegen die brüchige Allianz, die nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen 1992 an die Macht gekommen war. Mit ihrer Machtübernahme 1996 führten die Taliban die strenge islamische Schariah-Gesetzgebung im ganzen Land ein, verboten Frauen, sich auszubilden oder zu arbeiten, schrieben den Männern vor, sich Bärte wachsen zu lassen, verboten Filme, Videos und Musik und versuchten durch die Zerstörung der weltberühmten Buddhastatuen das vielfältige kulturelle Erbe Afghanistans auszulöschen.

1998 erließ bin Laden seine *Fatwa* (religiöses Urteil), in der er zum Krieg gegen die USA aufrief. Einige Monate später ereigneten sich die Bombenanschläge auf die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania. Zwar leugnete bin Laden selbst, für die Anschläge verantwortlich zu sein, aber diejenigen, die wegen dieser Angriffe verhaftet wurden, benannten ihn als einen ihrer Hintermänner.

Es werden ihm auch Verbindungen zum Bombenanschlag auf das World Trade Center von 1993 und zu dem Angriff vom vergangenen Jahr auf die *USS Cole* in jemenitischen Gewässern nachgesagt. Einem Bericht im *Middle East Broadcasting*, einem saudischen Satellitenfernsehsender, zufolge lobte bin Laden die Bombardierung der *Cole*, bei der 17 amerikanische Matrosen zu Tode kamen, und forderte seine Anhänger auf, "westliche und jüdische Ziele in der ganzen Welt" anzugreifen. Das amerikanische Außenministerium nannte ihn einen "Förderer des Terrorismus" und "den heute bedeutendsten Förderer extremistischer Aktivitäten weltweit".

### **Wachsende Opposition gegen das saudische Regime**

In Saudi Arabien hat die wachsende wirtschaftliche und soziale Krise die Unzufriedenheit besonders unter eingewanderten Arbeitern und Shia-Moslems, doch nicht nur unter ihnen, angeheizt. Die Zunahme von Einschüchterung und Folter und das enorme Ansteigen von öffentlichen Hinrichtungen, über die Amnesty International und Human Rights Watch berichten, weisen auf eine wachsende soziale Unzufriedenheit hin. Die Pressezensur lässt jedoch nur wenige Informationen über die Formen und das Ausmaß der Opposition gegen die saudische Regierung durchsickern.

Bin Ladens Ansichten und Methoden scheinen bei vielen saudischen Dissidenten auf Widerhall zu stoßen, die ihn als Held sehen, weil er einen heiligen Krieg gegen die USA führt. In Saudi Arabien hat es in den letzten Jahren eine ganze Anzahl terroristischer Angriffe auf amerikanisches Eigentum gegeben. Im November 1995 tötete eine Bombe in Riad fünf Amerikaner und zwei Inder. 1996 gab es einen Bombenangriff auf die Khobar Towers, die Kaserne der US Air Force, bei dem 19 Soldaten getötet wurden. Dutzende wurden verhaftet und jahrelang ohne Prozess und Anklage eingesperrt. Vierzehn Personen wurden formell angeklagt, aber die saudische Regierung erlaubte es dem FBI nicht, sie zu verhören. Das widerspiegelte teilweise die Spannungen in den herrschenden Kreisen wegen der Unterordnung der Saudis unter die USA, aber noch mehr die Furcht, dass das Ausmaß der sozialen Unzufriedenheit im Land an die Öffentlichkeit dringen könnte.

Die Kriegsvorbereitungen der USA haben die anti-amerikanische Stimmung im Land noch verschärft. Die schon ein Jahr dauernde Intifada mit ihrem enormen palästinensischen Blutgeld, den die israelische Armee verursacht - was, wie allgemein angenommen wird, von Washingtons unterstützt wird - hat eine starke Reaktion gegen die USA hervorgerufen. Den gleichen Effekt haben die harten Sanktionen gegen den Irak, die zum Tod von mehr als einer halben Million Kindern geführt haben, und die amerikanisch-britischen Bombenangriffe, die unschuldige irakische Zivilisten treffen.

Es besteht kein Zweifel, dass Teile der herrschenden saudischen Clique in der kommenden Periode versuchen werden, Nutzen aus diesen Stimmungen zu ziehen, und möglicherweise sogar Opposition gegen die Kriegspolitik Washingtons äußern werden, um die sozialen Spannungen zu Hause zu mildern. Aber da sie vom internationalen Kapitalismus abhängig ist, kann die saudische Königsfamilie die enormen Probleme des Nahen Ostens nicht lösen. Die Lösung dieser Probleme erfordert eine politische Bewegung, die die Völker der Region in einem gemeinsamen Kampf für die Vereinigten sozialistischen Staaten des Nahen Ostens zusammenschließt und die künstlichen Grenzen, die die Völker und Volkswirtschaften der Region zerschneiden, niederreißt, um die dortigen reichhaltigen Ressourcen für die Befriedigung der Bedürfnisse aller nutzen zu können.

aus: www.wsws.or

### Hinter der Fassade des "Kriegs gegen Terrorismus":

## **Die imperialistischen Mächte bereiten neue Formen des Kolonialismus vor**

Von Nick Beams,

20. Oktober 2001 aus dem Englischen (18. Oktober 2001)

**Seit Beginn der militärischen Angriffe auf Afghanistan hat die World Socialist Web Site<sup>10</sup> erklärt, dass es bei diesem Krieg nicht um Gerechtigkeit oder Sicherheit vor terroristischen Angriffen geht, sondern um geopolitische Ziele des US-Imperialismus.**

Es hat nicht lange gedauert, bis sich in den internationalen Medien eine Diskussion über diese weitergehenden Ziele entwickelte. In den letzten Tagen sind eine Reihe Artikel erschienen, die für eine Ausweitung des Kriegs über Afghanistan hinaus und für die Errichtung neokolonialer Herrschaftsformen in mehreren Staaten eintreten.

Am 8. Oktober hatte der amerikanische Botschafter bei den Vereinten Nationen, John Negroponte, dem UNO-

---

<sup>10</sup> World Socialist Web Site ist Teil der IV. Internationale, eine Internationale marxistische Organisation die auf den Theoretiker und Organisator der Russischen Revolution Leo Trotzki zurückgeht. Trotzki war „Insider“ der russischen Revolution und schärfster Kritiker Stalins und des Stalinismus. Wichtiges Buch: „Die verrätene Revolution“. Der Stalinismus ist eine Bezeichnung des aus orthodoxen marxistischen Sicht entarten politischen Gebildes das die Sowjetunion darstellte und wendete sich gegen die Gleichstellung von Sozialismus und „real existierender Sozialismus“, der 1991 zusammenbrach. Trotzki wurde auf Veranlassung Stalins in seinem Exil in Mexiko 1939 ermordet.O.L.

Sicherheitsrat einen Brief übergeben, der keinen Zweifel daran ließ, dass die Bush-Regierung den Krieg über Afghanistan hinaus ausdehnen wird, falls sie es für nötig hält. In dem Negroponte-Brief heißt es, die amerikanische Militäraktion sei ein "Akt der Selbstverteidigung" und die Untersuchung der Hintergründe des Angriffs vom 11. September stehe "noch im Anfangsstadium". Dann folgte eine Warnung vor weitergehenden Militäraktionen: "Es kann sein, dass wir zur Auffassung gelangen, dass unsere Selbstverteidigung weitere Aktionen gegen andere Organisationen und Staaten verlangt."

Die Befürworter der Ausweitung des Kriegs - besonders eines militärischen Angriffs auf den Irak - stürzten sich sogleich auf den Brief und auf seine Aussage, dass die Untersuchung der Ereignisse vom 11. September erst begonnen habe. Der Kolumnist John Podhertz schrieb in der New York Post vom 9. Oktober: "Damit wird indirekt gesagt: Wenn die Untersuchung über das 'Anfangsstadium' hinausgeht, werden die USA Verbindungen von Al Qaeda zu 'anderen Organisationen und Staaten' entdecken. Und dann werden wir 'in Übereinstimmung mit dem natürlichen Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung' nach unserem Belieben handeln."

Der selbe Punkt wurde auch in einem Artikel von Ivo Daalder und James Lindsay, beide Mitglieder des Brookings Institute, am 10. Oktober in der Financial Times unterstrichen, wenn auch in etwas gesetzteren Worten.

Sie zitieren Negropontes Bemerkung über "andere Organisationen und Staaten" und kommentieren: "In den vergangenen Wochen ist viel über eine angebliche Spaltung in der Bush-Regierung über das umfassendere Ziel der Anti-Terror-Kampagne geschrieben worden. In den ersten Tagen gab es zwischen Außenminister Colin Powell und einige im Pentagon, allen voran Paul Wolfowitz, Meinungsverschiedenheiten darüber, ob man sich anfänglich auf Afghanistan konzentrieren oder mit einer breiteren militärischen Kampagne beginnen sollte, was auch Schläge gegen den Irak und andere Staaten, die den Terrorismus unterstützen, beinhaltet hätte. Mr. Bush entschied sich für eine 'Afghanistan-zuerst-Strategie'. Aber es wäre ein Fehler, das mit einer 'Nur-Afghanistan-Strategie' zu verwechseln. Mr. Bushs Krieg gegen den Terrorismus verfolgt daher viel weiterreichende Ziele, als nur bin Laden und die Taliban. Er hat auch das al Qaeda-Netzwerk außerhalb Afghanistans, Hizbollah, Hamas und andere Gruppen mit 'globaler Reichweite' im Visier, sowie die Staaten, die sie weiterhin unterstützen - z.B. möglicherweise den Iran, Irak und Syrien."

Die Diskussion beschränkt sich nicht auf die Auswahl weiterer Ziel für militärische Angriffe, sondern dreht sich auch darum, welche Herrschaftsformen die imperialistischen Mächte nach Beendigung der militärischen Intervention installieren sollen.

Vor zehn Jahren warnte das Internationale Komitee der Vierten Internationale<sup>11</sup>, dass der Krieg der USA gegen den Irak der Beginn einer neuen Ära von Imperialismus und Kolonialismus sei. In seinem Manifest zur Konferenz gegen imperialistischen Krieg und Kolonialismus im November 1991 in Berlin warnte das IKVI: "Die de facto Aufteilung des Irak zeigt den Beginn einer Neuaufteilung der Welt durch die Imperialisten an. Die Kolonien von gestern sollen erneut unterworfen werden. Die Eroberungen und Annexionen, die laut den opportunistischen Apologeten des Imperialismus einer längst vergangenen Ära angehörten, stehen wieder auf der Tagesordnung."

Diese Warnung ist durch alle seitherigen Ereignissen ebenso bestätigt worden, wie durch offene Erklärungen in der internationalen Presse, dass der Krieg gegen Afghanistan zu einer Rückkehr zu den alten Formen des Kolonialismus führen müsse.

### **Eine neue Art Kolonie**

Das ist das Thema eines Artikels des rechten britischen Historikers Paul Johnson im Wall Street Journal vom 9. Oktober mit dem Titel "Die Antwort auf den Terrorismus? Kolonialismus!"

Johnson schreibt. "Amerika hat keine andere Wahl, als Krieg gegen Länder zu führen, die gewohnheitsmäßig Terroristen unterstützen. Präsident Bush warnte, dass der Krieg lange dauern könne, aber er hat vielleicht noch nicht verstanden, dass Amerika möglicherweise auch langfristige politische Verpflichtungen akzeptieren muss. Denn die wohl passendste historische Parallele - der Krieg gegen das Piratentum im 19. Jahrhundert - war ein wichtiges Element für die Ausdehnung des Kolonialismus. Vielleicht zeichnet sich eine neue Art Kolonie, der vom Westen verwaltete ehemalige Terroristenstaat, schon am Horizont ab."

---

11 siehe unter 10)

Johnson skizziert dann eine sehr eigenwillige Geschichte des 19. Jahrhunderts, in der er behauptet, dass die koloniale Expansion der großen imperialistischen Mächte, besonders des britischen Empires, durch die Beseitigung der Piraterie motiviert gewesen sei. Der Zweck dieser Neufassung der Geschichte ist nur zu durchsichtig. Dadurch soll die Tatsache verschleiert werden, dass die imperialistischen Eroberungen des 19. Jahrhunderts nichts mit dem Kampf gegen Piraterie zu tun hatten, um so mehr dagegen mit dem Kampf der kapitalistischen Großmächte zur Stärkung ihrer Stellung in der globalen Konkurrenz um Profite, Märkte und Rohstoffe, mit denselben Ursachen mithin, aus denen auch der heutige Krieg gegen den "Terrorismus" geführt wird.

Johnson beendet seinen Artikel, indem er nicht nur neue Angriffsziele nennt, sondern auch die neuen Herrschaftsformen beschreibt, die seiner Meinung nach geschaffen werden sollten.

"Amerika und seine Verbündeten," schreibt er, "werden vielleicht, zumindest zeitweilig, halsstarrige Terroristenstaaten nicht nur mit Truppen besetzen, sondern auch verwalten müssen. Das mag schließlich nicht nur in Afghanistan nötig sein, sondern auch im Irak, im Sudan, in Libyen, dem Iran und Syrien. Demokratische Regierungen, die die internationalen Gesetze achten, sollten wo möglich installiert werden, aber eine westliche Militärpräsenz scheint in einigen Fällen unvermeidlich.

Mir scheint, dass die mittelfristig beste Lösung die Wiederbelebung des Mandatsystems des alten Völkerbunds wäre, das zwischen den Weltkriegen als 'respektable' Form des Kolonialismus gute Dienste leistete. Syrien und Irak waren einmal äußerst erfolgreiche Mandatsgebiete, und auch Sudan, Libyen und der Iran waren durch internationale Abkommen besonderen Regierungsformen unterworfen worden.

Länder, die nicht bereit sind, mit ihren Nachbarn in Frieden zu leben, und einen verdeckten Krieg gegen die internationale Gemeinschaft führen, können nicht erwarten, dass ihnen die völlige Unabhängigkeit gelassen wird. Wenn alle ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats in unterschiedlichem Maße die amerikanische Initiative unterstützen, wie das jetzt der Fall ist, dann sollte es nicht zu schwierig sein, eine neue Form eines UNO-Mandats zu entwerfen, das terroristische Staaten einer verantwortungsvollen Aufsicht unterstellt."

Während Johnson sich mit seinen Bemerkungen an die Bush-Regierung auf der anderen Seite des Atlantiks richtet, wendet sich Martin Wolf, Kolumnist für Fragen der Weltwirtschaft in der Financial Times mit der gleichen Aufforderung an den britischen Premierminister Tony Blair.

In einem Artikel vom 10. Oktober mit dem Titel "Ein neuer Imperialismus wird gebraucht" schreibt er: "Mr. Blair sieht die heutigen Ereignisse als Gelegenheit, die Welt neu zu ordnen. Aber vielleicht realisiert nicht einmal er, wie radikal diese Neuordnung sein muss. Das Ziel muss eine Änderung unserer Auffassung von nationaler Souveränität sein - dem Eckstein der heutigen Welt."

## **"Gescheiterte Staaten"**

Wolf gründet seine Forderung nach einem neuen Imperialismus auf das Konzept sogenannter "gescheiterter Staaten", von denen Afghanistan nur ein Beispiel sei. Solche "gescheiterte Staaten", sagt er, stellen nicht nur eine Bedrohung für den Rest der Welt dar - als Brutstätte von Krankheiten, Quelle von Flüchtlingen und Heimstatt von Kriminellen und Lieferanten harter Drogen -, sondern verkürzen auch das Leben ihres eigenen Volkes.

Wolf zitiert die Arbeit des britischen Diplomaten Robert Cooper, der auf das Entstehen einer "Chaoszone" hinwies, zu der auch Afghanistan gehöre. Solche Gebiete seien nicht neu, schrieb Cooper, aber bisher von der übrigen Welt isoliert gewesen. "Nicht so heute... Wenn es für die etablierten Staaten zu gefährlich wird, sie weiter zu tolerieren, dann könnte man sich einen defensiven Imperialismus vorstellen."

Das Argument, dass die Existenz "gescheiterter Staaten" eine Rechtfertigung für imperialistische Herrschaft sei, ist genauso fadenscheinig und verlogen, wie Johnsons Berufung auf die Piraterie. Der sogenannte "gescheiterte Staat" ist durch imperialistische Interventionen entstanden - die Organisation von Staatsstreichern, das Anheizen von Bürgerkriegen und ethnischen Konflikten im eigenen Interesse, und die Aufrüstung repressiver Regime. Sie sind auch die Folge einer erzwungenen Wirtschaftspolitik, die für die Völker dieser Länder katastrophale Folgen hat.

Die Verarmung der gesamten Sub-Sahara-Region auf dem afrikanischen Kontinent - einer Region mit zahlreichen "gescheiterter Staaten" - ist beispielsweise dadurch entstanden, dass die Rückzahlung der Kredite und Zinsen an die großen westlichen Banken und Gremien wie den Internationalen Währungsfond Jahr für Jahr

das gesamte Budget für Gesundheit und Ausbildung übersteigt.

Aber Wolf, wie andere Befürworter des Imperialismus vor ihm, ist nicht der Mann, der hinnehmen würde, dass sich Fakten seinen politischen Zielen in den Weg stellen. Er besteht darauf, dass das grundlegende Problem der "gescheiterten Staaten" darin bestehe, dass sie über keinen organisierten Staatsapparat verfügten, der in der Lage sei, Ordnung zu schaffen, die Voraussetzung für zivilisiertes Leben. Sie seien in einem Teufelskreis gefangen, in dem die Armut zur Gesetzlosigkeit führe, und umgekehrt die Gesetzlosigkeit wiederum mehr Armut erzeuge.

"Afghanistan," fährt er fort, "ist ein Beispiel eines solchen gescheiterten Staates: es ist in Stammesgruppen aufgeteilt, die sich gegenseitig misstrauen; es ist verarmt; der Krieg ist Teil des täglichen Lebens geworden; das herrschende Regime finanziert sich über Gelder aus dem Export harter Drogen; und ihr Pate ist Osama bin Laden." Die Fakten über die Rolle der USA, ihre Zusammenarbeit mit dem saudischen Regime und mit Pakistan, ihre Finanzierung der kriegsführenden Fraktionen mit über zehn Milliarden Dollar, die Unterstützung, die sie den Taliban gewährte, und die Protegierung Osama bin Ladens, solange es den Interessen der imperialistischen Mächte diene - all dies wird vollständig ignoriert.

Das Chaos, das durch die Verbrechen von gestern entstanden ist, wird zur Rechtfertigung neuer Verbrechen angeführt, allen voran der Errichtung kolonialer Herrschaftsformen.

"Soll ein gescheiterter Staat gerettet werden", schreibt Wolf, "müssen die wichtigsten Bestandteile einer ehrlichen Regierung - vor allem der Zwangsapparat - von außerhalb eingeführt werden. Genau das macht der Westen zur Zeit im ehemaligen Jugoslawien. Um der Herausforderung, die ein gescheiterter Staat darstellt, zu begegnen, bedarf es nicht frommer Wünsche, sondern offener und organisierter erzwingender Gewalt. Diese Vorstellung ruft aus zwei Gründen Ablehnung hervor: weil der Imperialismus suspekt bleibt und weil der Aufwand etwas kosten wird. Dennoch kann man dies den Einwänden entgegenreten. Irgend eine Form eines zeitweiligen Protektorats der Vereinten Nationen kann sicherlich geschaffen werden."

### **Größere Entschlossenheit der USA**

Ein weiterer Vorschlag, "aufsässige Nationen mit einer Dosis US-Imperialismus zu kolonisieren", wurde am 15. Oktober in der Zeitung Australian veröffentlicht. Der Artikel von Max Boot, dem Redakteur der Meinungsseite des Wall Street Journal, setzt sich mit dem Argument auseinander, der 11. September sei eine Art "Revanche am US-Imperialismus".

"Tatsächlich stellt diese Analyse die Sache auf den Kopf," erklärt Boot. "Der Angriff vom 11. September war das Ergebnis zu großer Zurückhaltung und zu geringer Ambitionen der USA. Die Lösung müssen expansivere amerikanische Ziele und eine größere Entschlossenheit bei ihrer Durchsetzung sein."

Boot zu Folge bestand das Problem in Afghanistan nicht darin, dass die USA die Mujaheddin für ihren Stellvertreterkrieg gegen die Sowjetunion in den achtziger Jahren bewaffneten, sondern dass sie sich nach dem Rückzug der Sowjetunion 1989 auch aus Afghanistan zurückzogen. Boot greift frühere Militäraktionen der Clinton-Regierung - den Rückzug aus Somalia nach dem Tod von 18 amerikanischen Soldaten und die Entsendung von Cruise Missiles und nicht von Soldaten gegen die Ausbildungslager von Osama bin Laden 1998 - als unzureichend und "als Zeichen von Schwäche" an, die "unsere Feinde nur zu noch empörenderen Aggressionen ermutigten".

"Kurz gesagt, das Problem war nicht eine zu große Entschlossenheit der USA, sondern eine zu geringe Entschlossenheit. Die Frage ist jetzt, ob die USA, nachdem sie angegriffen wurden, reagieren, wie eine Großmacht reagieren sollte." Boot lässt keinen Zweifel an dem "Großmacht"-Modell, das ihm vorschwebt - der britische Imperialismus des 19. Jahrhunderts.

"Es ist auffällig und kein Zufall," fährt er fort, "dass die USA jetzt die Aussicht auf ein militärisches Eingreifen in vielen derjenigen Länder hat, in denen Generationen britischer Kolonialsoldaten gekämpft haben. Afghanistan, Sudan, Libyen, Ägypten, Arabien, Mesopotamien (Irak), Palästina, Persien, die Nordwest-Grenze (Pakistan) - das sind alle Regionen, wo im 19. Jahrhundert die Autorität alter Reiche zerfiel und westliche Armeen die resultierende Unordnung befrieden mussten. Afghanistan und andere problembeladene Länder schreien heute nach solch aufgeklärter ausländischer Verwaltung, wie sie einmal von selbstbewussten Engländern in Kolonialuniformen und -helmen geleistet wurde."

Wie Paul Johnson nennt er als Modell die Mandatsgebiete des Völkerbunds der Periode zwischen den

Weltkriegen und merkt an, dass der Prozess schon in den neunziger Jahren begonnen hat, als Osttimor, Kambodscha, das Kosovo und Bosnien unter UN-Verwaltung gestellt wurden.

"Einseitige US-Herrschaft ist vielleicht keine Option mehr. Aber die USA können eine internationale Besatzungsmacht unter UNO-Mandat und in Kooperation mit einigen moslemischen Staaten anführen."

Boot pickt Afghanistan und den Irak als die beiden Länder heraus, in denen mit dieser neuen Form der Herrschaft begonnen werden könnte, und äußert die in herrschenden amerikanischen Kreisen weit verbreitete Meinung, dass es ein Fehler war, dass die USA im Golfkrieg nicht auf Bagdad marschierten. Jetzt hätten sie die "Gelegenheit, diesen historischen Fehler zu korrigieren."

Alle juristischen Bedenken sollten geschwind beiseite gewischt werden. "Die Frage, ob Hussein etwas mit den Anschlägen vom 11. September zu tun hatte, geht an der Sache vorbei. Wen interessiert schon, ob er an diesem speziellen barbarischen Akt beteiligt war? Er war im Laufe der Jahre an so vielen barbarischen Akten beteiligt - von den Gasangriffen auf die Kurden bis zur Vergewaltigung der Kuwaitis -, dass er sich das Todesurteil schon tausendfach verdient hat."

Boot tritt dafür ein, dass die USA ihre Aufmerksamkeit nach Afghanistan auf den Irak lenken. "Wenn Hussein abgesetzt ist [durch eine amerikanische Invasion und Besetzung], dann sollte eine von Amerika geführte internationale Regentschaft in Bagdad eingesetzt werden, ähnlich der in Kabul."

Der Wert dieser Artikel besteht darin, dass sie nur zu klar machen, dass die imperialistischen Mächte unter der Führung der USA unter dem Banner des globalen Kampfs gegen den Terrorismus nichts weniger vorbereiten, als die Neuordnung der Welt mittels militärischer Gewalt. Das hat unmittelbare politische Konsequenzen. Die Militarisierung der internationalen Beziehungen führt zwangsläufig auch zur Militarisierung der Innenpolitik: Imperialismus ist unvereinbar mit demokratischen Herrschaftsformen.

Außerdem lassen alle bei ihrem Rückgriff auf die "glorreichen Zeiten" des britischen Imperialismus einen wichtigen Tatbestand aus. Die Aufteilung der Welt in der zweiten Hälfte des neunzehnten und der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts hat nicht Frieden und Wohlstand gebracht. Vielmehr führte sie zu zwei Kriegen zwischen den imperialistischen Mächten und zu Hunderten Millionen Toten, als die großen kapitalistischen Mächte - die USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Japan - im globalen Kampf um Rohstoffe, Märkte und Einflussphären untereinander in Konflikt gerieten.

Diese Erfahrungen verschweigen die betreffenden Autoren, weil sie den Beginn einer neuen Epoche imperialistischer Eroberungen befürworten. Aber die Arbeiterklasse kann diese Erfahrungen nur bei Strafe des Untergangs ignorieren. Gegen das Programm der imperialistischen Mächte muss sie ihre eigene unabhängige Perspektive entwickeln - die Vereinigung ihrer Kämpfe im internationalen Maßstab und die Reorganisation der Welt auf einer sozialistischen Grundlage als der einzigen Basis für Frieden und Wohlstand. Das ist das Programm des IKVI und der World Socialist Web Site

Siehe auch:

Weitere Artikel zum Krieg gegen Afghanistan <http://wsws.org/de/aktuell/amerika/afghawar.shtml>

Quelle: <http://wsws.org/de/2001/okt2001/kolo-o20.shtml>

\*\*\*\*

## **Pakt zwischen den Vereinigten Staaten und Usbekistan wirft Schlaglicht auf Washingtons Kriegsziele in Zentralasien**

von  
Patrick Martin 24. Oktober 2001



**Die Vereinigten Staaten und Usbekistan haben am 12. Oktober in einer gemeinsame Erklärung den Abschluss eines Abkommens bestätigt, wonach amerikanische Streitkräfte in Usbekistan stationiert werden - für die Dauer des laufenden Konfliktes mit Afghanistan und eine unbestimmte Zeit danach. Im Gegenzug verpflichtete sich die Bush-Regierung, die Sicherheit und territoriale Integrität der ehemaligen Sowjetrepublik zu schützen.**

Das Abkommen wurde am 7. Oktober unterzeichnet, dem Tag nachdem die Bombardierung Afghanistans durch die Vereinigten Staaten begonnen hatte. Es war ein Ergebnis des Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld in der usbekischen Hauptstadt Taschkent im Rahmen seiner Reise durch vier Länder, um Unterstützung für die amerikanischen Militärintervention in Zentralasien zu gewinnen. An der Seite des usbekischen Präsidenten Islam Karimov erklärte Rumsfeld: "Das Interesse der Vereinigten Staaten ist eine langfristige Beziehung mit diesem Land."

Mehr als 1.000 amerikanische Soldaten befinden sich bereits in Usbekistan. Es sind Teile der 10. Bergdivision, einer speziellen Anti-Guerilla-Kampfereinheit, von der man annimmt, dass sie eine Bodenoffensive gegen angebliche Hochburgen von Osama bin Laden und seiner Al-Qaeda-Organisation in Afghanistan anführen wird. Weitere 1.000 Soldaten werden erwartet.

Amerikanische Kampfflugzeuge wurden auch auf usbekischen Flugplätzen stationiert und haben freien Zugang zum usbekischen Luftraum, obwohl bislang keines von ihnen für die Bombardierungen eingesetzt wurde - zumindest nach offiziellen Angaben. Berichten zufolge befindet sich ebenfalls eine unbekannte Anzahl von amerikanischen Spezialeinheiten im Land, in streng bewachten Lagern, die von einem dreifach Kordon von Soldaten umringt sind.

Rustam Dschumajew, Sprecher des usbekischen Präsidenten Karimov, sagte, dass Usbekistan kein Mitglied der von den Vereinigten Staaten errichteten "Anti-Terror-Allianz" sei, und behauptete, dass die Infrastruktur des Landes "in erster Linie" für humanitäre Zwecke genutzt werde (d.h. um Geiseln oder abgeschossene Piloten aus Afghanistan zu retten). Die von Usbekistan vorgeschobenen humanitären Gründe werden von der Tatsache widerlegt, dass das Land seine Grenze für afghanische Flüchtlinge geschlossen hat, die vor der Taliban-Regierung und den amerikanischen Bomben fliehen.

Die gemeinsame Erklärung der beiden Regierungen verkündete die Errichtung einer "qualitativ neuen Beziehung auf der Grundlage einer langfristigen Verpflichtung zur Förderung von Sicherheit und regionaler Stabilität". Während die Vereinigten Staaten formal keine Garantie für die usbekischen Grenzen übernommen haben, stellt der Pakt "die Notwendigkeit" fest, "sich dringend über angemessene Schritte zu beraten, um auf den Fall einer direkten Bedrohung der Sicherheit und territorialen Integrität der Republik Usbekistan vorbereitet zu sein."

Diese Allianz ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Es ist das erste Mal, dass die Vereinigten Staaten militärische Verbindungen zu einer ehemaligen Sowjetrepublik eingegangen sind und sich gar dazu verpflichtet haben, Grenzen zu schützen, die erstmals 1922 nach der Russischen Revolution festgelegt wurden.

Praktisch gesehen ist die amerikanische Unterstützung für die territoriale Integrität Usbekistans eine höchst wichtige Entwicklung in der geopolitischen Strategie des amerikanischen Imperialismus. Usbekistan ist geografisch isoliert gelegen, ohne jeglichen Zugang zum Meer - nicht einmal zu einem Binnenmeer. Aus Sicht der Vereinigten Staaten liegt es buchstäblich auf der anderen Seite der Welt.

Eine Besonderheit von Usbekistan ist die Tatsache, dass es nicht nur von Landmassen umgeben ist, sondern von Ländern - Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Afghanistan und Turkmenistan - die entweder selbst ganz von Land umgeben sind oder an das Kaspische Meer, ein Binnenmeer, grenzen. Die 10. Bergdivision musste die Türkei, Georgien, Aserbaidschan und Russland überfliegen, um ihr Ziel zu erreichen.

Angesichts dieser Realitäten kann der Pakt zwischen den Vereinigten Staaten und Usbekistan kein isoliertes Abkommen sein. Er muss Teil einer umfassenden Neuorientierung vieler zentralasiatischen Länder sein, über die noch keine Details öffentlich bekannt gemacht worden sind.

Es ist wohlbekannt, dass die Vereinigten Staaten in dem gesamten Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der UdSSR eine diplomatische Offensive in Zentralasien durchgeführt haben, hinter der vor allem die Aussicht auf Kontrolle über die riesigen Ölressourcen des Kaspischen Beckens stand.

Usbekistan mag für amerikanische Streitkräfte schwer zu erreichen sein, aber wenn sie dort einmal stationiert sind, befinden sie sich in der Position, einige der strategisch wichtigsten und rohstoffreichsten Territorien des Planeten zu kontrollieren. Direkt nördlich von Usbekistan liegen die riesigen Thenghiz-Ölfelder in Kasachstan. Südlich, in Turkmenistan, befinden sich enorme Gasressourcen. Direkt im Westen, auf der anderen Seite des Kaspischen Meeres, liegt Baku, die Hauptstadt von Aserbaidschan und das Zentrum der Ölindustrie, die im Kaspischen Meer fördert. Das unmittelbare Ziel der amerikanischen Streitkräfte mag Afghanistan sein, aber langfristig betrachtet sind es die Energieressourcen der Region, auf die sich das Hauptinteresse der Vereinigten Staaten richtet.

Den Vereinigten Staaten geht es vor allem darum, den Verlauf von Pipelines zu bestimmen, die diese Ressourcen dem Weltmarkt zuführen. Im April trafen Präsident Bush und Außenminister Powell die Präsidenten von

Armenien und Aserbaidschan und diskutierten mit ihnen über den langjährigen Grenzkonflikt zwischen den beiden Ländern. Dieses Gespräch war Teil der Bemühungen, den Weg frei zu machen für eine Pipeline von Baku über Aserbaidschan, Georgien und die Türkei zum Mittelmeer. Einen Monat später billigte ein Konsortium von Ölkonzernen vorläufig das mit drei Milliarden Dollar veranschlagte Projekt. (Der führende Konzern in dem Konsortium ist British Petroleum (BP) - eine Tatsache, die ein Schlaglicht auf die glühende Unterstützung des britischen Premierministers Tony Blair für die amerikanische Militärintervention in Zentralasien wirft.)

Der russische Einfluss nimmt in ganz Zentralasien ab. Russische Truppen wurden aus allen Republiken abgezogen - mit Ausnahme Tadschikistans, wo sie an der Grenze zu Afghanistan patrouillieren. Früher in diesem Jahr hatten die Präsidenten von Usbekistan, Kirgisien und Turkmenistan ein geplantes Gipfeltreffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin abgesagt.

Nach jüngsten Berichten in der amerikanischen und indischen Presse, begann die Kooperation zwischen amerikanischen und usbekischen Militärvertretern und Geheimdiensten ernstlich im Jahre 1998. Zwei Ereignisse waren die Auslöser für diese Zusammenarbeit: Eine Offensive der Taliban im Februar 1998, wobei der von Usbekistan unterstützte General Dostum vernichtend geschlagen wurde und die Taliban bis zur 135 Kilometer langen Grenze zwischen Afghanistan und Usbekistan vordringen konnten, und die Bombenanschläge auf die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania im August desselben Jahres.

Der erste öffentliche Hinweis auf die geheime Beziehung fand sich in der Rede von Präsident Bush vor dem Kongress am 20. September, als er völlig unerwartet die Islamische Bewegung Usbekistans, eine islamisch-fundamentalistische Oppositionsgruppe, zu einem Ziel des amerikanischen Militärs erklärte. Es darf bezweifelt werden, dass Bush den Namen dieses Landes richtig aussprechen oder es gar auf einer Landkarte zeigen könnte, wenn nicht die Köpfe der amerikanischen Politik schon lange ein Auge auf das mit 25 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichste Land unter den fünf ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien geworfen hätten.

Die *Washington Post* berichtete: "Das usbekische Militär hat Offiziere und hochrangige Angehörige auf amerikanische Militärschulen geschickt, um Führung und Taktik zu verbessern. Amerikanische Spezialeinheiten haben das Land bis zu vier Mal pro Jahr besucht, um usbekische Soldaten auszubilden."

Diese Beziehung entwickelte sich auch weiter, als die usbekische Regierung scharf gegen die Opposition im Inneren vorging, wobei nicht weniger als 7.000 Menschen ins Gefängnis geworfen wurden, darunter viele islamische Fundamentalisten. Viele der Gefangenen wurden von Sicherheitskräften der Regierung gefoltert und geschlagen. Die Karimov-Regierung übt eine strenge Pressezensur und andere Einschränkungen demokratischer Rechte aus.

Das Pentagon hat sich den weitgehend geschlossenen Charakter der usbekischen Gesellschaft zunutze gemacht und sieht in ihm einen Vorteil für seine Militäroperationen. Ein Offizier der Luftstreitkräfte freute sich hämisch gegenüber der Presse, dass es kein Filmmaterial der CNN geben werde, das amerikanische Kampfflugzeuge beim Start auf usbekischen Flugplätzen zeigt. Der usbekische Regierungssprecher Dschumajew bestätigte dies und sagte, die Nachrichtensperre "geht nicht nur von unserem Verteidigungsminister aus. Dies ist auch vom Pentagon so gewollt."

Nur wenige Wochen vor den terroristischen Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September veröffentlichte die *New York Times* einen Leitartikel, in dem sie die politische und religiöse Unterdrückung in Usbekistan verurteilte und davor warnte, dass die Karimov-Regierung, wie der Iran unter der Herrschaft des Schahs, die Bedingungen für eine Revolte unter Führung fundamentalistischer Kräfte schaffe. Angst um die Stabilität des pro-amerikanischen Regimes ist zweifellos ein Bestandteil des ökonomischen und politischen Gesamtkomplexes, der hinter dem derzeitigen Krieg im benachbarten Afghanistan steht. Ziel der Vereinigten Staaten im Krieg gegen Afghanistan ist es, die amerikanische Vorherrschaft in der ölreichen Region zu etablieren.

aus. [www.wsws.org](http://www.wsws.org).

\*\*\*\*

## Strategische Überlegungen der USA

Von Nick Beams

1. November 2001

*aus dem Englischen (26. Oktober 2001)*

Zwei kürzlich erschienene Zeitungsartikel, ein Leitartikel der *Washington Post* und ein Kommentar in der *Financial Times*, werfen wichtige Fragen über den amerikanischen Krieg gegen Afghanistan auf.

Der Leitartikel der *Washington Post* erlaubt einen Blick auf den wachsenden Einfluss unilateraler Tendenzen innerhalb der Bush-Regierung. Diese vertreten die Auffassung, dass die Vereinigten Staaten

**ihre globale militärische Vorherrschaft ausüben sollten, ohne sich von ihren "Koalitionspartnern" im Krieg gegen Afghanistan oder selbst von den langjährigen europäischen Verbündeten behindern zu lassen.**  
(...)

*Washington Post* vertritt, die aktuelle Marschroute der herrschenden Kreise der USA bestimmt.

Der Leitartikel der *Washington Post* vom 22. Oktober weist am Anfang auf die "relativ starke Unterstützung" hin, die Bush auf dem jüngsten asiatisch-pazifischen Gipfel in Schanghai von Präsident Jiang Zemin und anderen asiatischen Führern erhalten hat, und betont die Bedeutung der "Koalition" im Krieg gegen Afghanistan.  
(...)

### **Die USA und die neunziger Jahre**

Die wirkliche Bedeutung der Feststellung, dass "sich die Welt durch den 11. September verändert hat", und dass das von "der Koalition" noch nicht verstanden werde, ergibt sich aus einer Untersuchung der Geschichte des vergangenen Jahrzehnts.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion öffnete 1991 weite, zuvor unzugängliche Gebiete der Erde für das Eindringen der USA und der anderen imperialistischen Großmächte. Das hatte zur Folge, dass das Machtgleichgewicht, das auf der Grundlage der Vorherrschaft der USA nach dem zweiten Weltkrieg etabliert worden war, nun durch die Möglichkeit neuer Bündiskonstellationen in Frage gestellt wurde. Es bestand die Gefahr, dass die USA ausmanövriert werden konnten. Daher war die alles überlagernde Sorge amerikanischer Strategen in den letzten zehn Jahren, wie die globale Vorherrschaft der USA in der Ära nach dem Kalten Krieg verteidigt werden kann.

**Zbigniew Brzezinski**, der nationale Sicherheitsberater von Präsident Carter, der nach wie vor stark an den Diskussionen über die amerikanische Außenpolitik beteiligt ist, drückte das so aus: "Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hat sich die Weltlage tiefgreifend verändert. Zum ersten Mal in der Geschichte trat ein außereurasischer Staat nicht nur als *der* Schiedsrichter eurasischer Machtverhältnisse, sondern als die überragende Weltmacht schlechthin hervor. Mit dem Scheitern und dem Zusammenbruch der Sowjetunion stieg ein Land der westlichen Hemisphäre, nämlich die Vereinigten Staaten, zur einzigen und im Grunde ersten wirklichen Weltmacht auf. [...] Inwieweit die USA ihre globale Vormachtstellung geltend machen können, hängt aber davon ab, wie weit weltweit engagiertes Amerika mit den komplexen Machtverhältnissen auf dem eurasischen Kontinent fertig wird - und ob es dort das Aufkommen einer dominierenden, gegnerischen Macht verhindern kann." (Zbigniew Brzezinski, *Die einzige Weltmacht*, 1997).

**Die drei Kriege**, welche die USA in den letzten zehn Jahren geführt haben - der **Golfkrieg** von 1990-91, der **Krieg gegen Jugoslawien** 1999 und jetzt der **Krieg gegen Afghanistan** -, dienen der Erhaltung der globalen Überlegenheit. Sie konzentrierten sich besonders auf die wichtige Frage der Kontrolle der Bodenschätze der eurasischen Landmasse, besonders von Öl und Gas, zuerst im Nahen und Mittleren Osten und jetzt in Zentralasien.

Aber in dem Maße, wie die USA ihre Militärmacht zur Geltung bringen, fühlen sie sich zunehmend von den Beschränkungen und Rücksichtnahmen behindert, die sich aus Beziehungen ergeben, die sie in einer früheren Periode eingegangen sind und die ganz anderen Zwecken dienen. Beim Golfkrieg von 1990-91 mussten sich die USA in den Vereinten Nationen immer noch mit anderen Großmächten einigen. Das Ende des Kriegs hinterließ in führenden Kreisen der USA ein Gefühl der Unzufriedenheit, das auch nach zehn Jahren noch anhält, dass dieser Krieg sein Ziel nicht erreicht habe und dass das Militär auf Bagdad hätte vorrücken sollen.

Im US-Krieg gegen Jugoslawien wurden die Vereinten Nationen weitgehend links liegen gelassen, und der Angriff wurde im Rahmen der Nato geführt. Aber auch hier erwiesen sich Konflikte mit den europäischen Verbündeten, besonders mit Deutschland, als eine Quelle der Frustration.

Beim Krieg gegen Afghanistan gehen die USA nach einem andern *modus operandi* vor. Die Vereinten Nationen wurden gar nicht erst gefragt, weil es sich um einen "Krieg zur Selbstverteidigung" handle, wie es in einem Brief des amerikanischen UNO-Botschafters John Negroponte an den Sicherheitsrat heißt. Er wird aber auch nicht im Rahmen der Nato geführt, selbst wenn diese ihre volle Unterstützung erklärt hat

Das Vorgehen hat sich seit den Ereignisse vom 11. September geändert: Die USA entscheiden ihre Vorgehensweise jetzt selbst und gehen dabei neue Beziehungen ein, wobei die gestrigen Verbündeten nicht notwendigerweise auch die von heute oder morgen sein müssen. **Entscheidungen der USA werden keinen Beschränkungen anderer mehr unterliegen.**

Wie der Leitartikel der *Washington Post* nahe legte, hat sich der Maßstab für die Beurteilung von Aktionen gegen solche "Schurkenstaaten" wie den Irak geändert: "Um in dieser neuen Weltsituation effektiv handeln zu können, werden die USA nicht nur unterschiedliche Koalitionen eingehen müssen, sie werden vielleicht auch gegen einige Mitglieder der gegenwärtigen Anti-Al-Qaeda-Koalition vorgehen müssen. Dabei liegt die größte Gefahr nicht darin, dass die Bush-Regierung in Unilateralismus verfallen könnte. Sie liegt darin, dass die Vereinigten Staaten es versäumen könnten, die gegenwärtige Koalition aggressiv und kreativ genug auseinander brechen zu lassen, wenn die Zeit gekommen ist."

Anders ausgedrückt müssen die USA, um ihre strategischen Interessen "aggressiv zu verfolgen", wenn nötig nicht nur einen Konflikt mit den kleineren Mitgliedern der heutigen Koalition riskieren, sondern ihn auch nicht

scheuen, wenn es um die großen europäischen Mächte geht.  
aus:www.wsws.org

\*\*\*\*

IF CIA AND THE GOVERNMENT WEREN'T INVOLVED IN THE SEPTEMBER 11  
ATTACKS WHAT WERE THEY DOING?

## **Bin Laden Met with the CIA in July and Walked Away**

By  
**Michael C. Ruppert**

[© COPYRIGHT 2001, All Rights Reserved, Michael C. Ruppert and From The  
Wilderness Publications, [www.copvcia.com](http://www.copvcia.com) .  
May be copied and distributed for non-profit purposes only.]

**FTW, 2001 November 2, 2001 On October 31, the French daily Le Figaro dropped a bombshell. While in a Dubai hospital receiving treatment for a chronic kidney infection last July, Osama bin Laden met with a top CIA official - presumably the Chief of Station. The meeting, held in bin Laden's private suite, took place at the American hospital in Dubai at a time when he was a wanted fugitive for the bombings of two U.S. embassies and this year's attack on the U.S.S. Cole.**

Bin Laden was eligible for execution according to a 2000 intelligence finding issued by President Bill Clinton before leaving office in January. Yet on July 14<sup>th</sup> he was allowed to leave Dubai on a private jet and there were no Navy fighters waiting to force him down.

In 1985 Oliver North – the only member of the Reagan-Bush years who doesn't appear to have a hand in the current war - sent the Navy and commandos after terrorists on the cruise ship Achille Lauro. In his 1991 autobiography "Under Fire," while describing terrorist Abu Abbas, North wrote, "I used to wonder: how many dead Americans will it take before we do something?" One could look at the number of Americans Osama bin Laden is alleged to have killed before September 11 and ask the same question.

It gets worse, much worse. A more complete timeline listing crucial events both before and after the September 11<sup>th</sup> suicide attacks, which have been blamed on bin Laden, establishes CIA foreknowledge of them and strongly suggests that there was criminal complicity on the part of the government in their execution. It also makes clear that the events which have taken place since September 11<sup>th</sup> are based upon an agenda that has little to do with the attacks.

One wonders how these events could have been ignored by the major media or treated as isolated incidents. Failing that, how could skilled news agencies avoid being outraged, or at least even just a little suspicious?

1998 and 2000 - Former President George H.W. Bush travels to Saudi Arabia on behalf of the privately owned Carlyle Group, the 11<sup>th</sup> largest defense contractor in the U.S. While there he meets privately with the Saudi royal family and the bin Laden family. [Source: Wall Street Journal, Sept. 27, 2001. See also FTW, Vol. IV, No 7 – "The Best Enemies Money Can Buy," – HYPERLINK "<http://www.copvcia.com/members/carlyle.html>" http://www.copvcia.com/members/carlyle.html . ] Month = 2 Day = 13 Year = 2001 Feb 13, 2001 Terrorism Correspondent Richard Sale – while covering a trial of bin Laden's Al Q'aeda followers – reports that the National Security Agency has broken bin Laden's encrypted communications. Even if this indicates that bin Laden changed systems in February it does not mesh with the fact that the government insists that the attacks had been planned for years.

May 2001 – Secretary of State Colin Powell gives \$43 million in aid to the Taliban regime, purportedly to assist hungry farmers who are starving since the destruction of their opium crop in January on orders of the Taliban regime. [Source: The Los Angeles Times, :DATE Month = 5 Day = 22 Year = 2001 May 22, 2001</ST1:DATE].

May, 2001 – Deputy Secretary of State Richard Armitage, a career covert operative and former Navy Seal, travels to India on a publicized tour while CIA Director George Tenet makes a quiet visit to Pakistan to meet

with Pakistani leader General Pervez Musharraf. Armitage has long and deep Pakistani intelligence connections and he is the recipient of the highest civil decoration awarded by Pakistan. It would be reasonable to assume that while in Islamabad, Tenet, in what was described as “an unusually long meeting,” also met with his Pakistani counterpart, Lt. General Mahmud Ahmad, head of the ISI. [Source The Indian SAPRA news agency, Month = 5 Day = 22 Year = 2001 May 22, 2001

July, 2001 – Three American officials: Tom Simmons (former U.S. Ambassador to Pakistan, Karl Inderfurth (former Assistant Secretary of State for South Asian affairs) and Lee Coldren (former State Department expert on South Asia, meet with Taliban representatives in Berlin and tell them that the U.S. is planning military strikes against Afghanistan in October. Also present are Russian and German intelligence officers who confirm the threat. [Source: The Guardian, <ST1:DATE Month = 9 Day = 22 Year = 2001 September 22, 2001; the BBC, September 18, 2001.]

Summer 2001 - According to a Sept. 26 story in Britain’s The Guardian, correspondent David Leigh reported that, “ department of defense official, Dr. Jeffrey Starr, visited Tajikistan in January. The Guardian’s Felicity Lawrence established that US Rangers were also training special troops in Kyrgyzstan. There were unconfirmed reports that Tajik and Uzbek special troops were training in Alaska and Montana

Summer 2001 (est.) – Pakistani ISI Chief General Mahmud (see above) orders an aide to wire transfer \$100,000 to Mohammed Atta, who was according to the FBI, the lead terrorist in the suicide hijackings. Mahmud recently resigned after the transfer was disclosed in India and confirmed by the FBI. [Source: The Times of India :DATE Month = 10 Day = 11 Year = 2001 October 11, 2001</ST1:DATE.]

June 2001 – German intelligence, the BND, warns the CIA and Israel that Middle Eastern terrorists are “planning to hijack commercial aircraft to use as weapons to attack important symbols of American and Israeli culture.” [Source: Frankfurter Allgemeine Zeitung, September 14, 2001.]

Summer 2001 – An Iranian man phones U.S. law enforcement to warn of an imminent attack on the World Trade Center in the week of September 9<sup>th</sup>. German police confirm the calls but state that the U.S. Secret Service would not reveal any further information. [Source: German news agency “online.ie”, September 14, 2001.]

August 2001 – The FBI arrests an Islamic militant linked to bin Laden in Boston French intelligence sources confirm that the man is a key member of bin Laden’s network and the FBI learns that he has been taking flying lessons. At the time of his arrest the man is in possession of technical information on Boeing aircraft and flight manuals. [Source: Reuters, September 13.]

Summer 2001 – Russian intelligence notifies the CIA that 25 terrorist pilots have been specifically training for suicide missions. This is reported in the Russian press and news stories are translated for FTW by a retired CIA officer.

July 4-14, 2001 – Osama bin Laden receives treatments for kidney disease at the American hospital in Dubai and meets with a CIA official who returns to CIA headquarters on July 15<sup>th</sup>. [Source: Le Figaro, October 31<sup>st</sup>, 2001.]

August 2001 – Russian President Vladimir Putin orders Russian intelligence to warn the U.S. government “in the strongest possible terms” of imminent attacks on airports and government buildings. [Source: MS-NBC interview with Putin, September 15.]

August/September, 2001 – The Dow Jones Industrial Average drops nearly 900 points in the three weeks prior to the attack. A major stock market crash is imminent.

Sept. 3-10, 2001 – MS-NBC reports on September 16 that a caller to a Cayman Islands radio talk show gave several warnings of an imminent attack on the by bin Laden in the week prior to 9/11.

September 1-10, 2001 – 25,000 British troops and the largest British Armada since the Falkland Islands War, part of Operation “Essential Harvest,” are pre-positioned in Oman, the closest point on the Arabian Peninsula to Pakistan. At the same time two U.S. carrier battle groups arrive on station in the Gulf of Arabia just off the Pakistani coast. Also at the same time, some 17,000 troops join more than 23,000 NATO troops in Egypt for Operation “Bright Star.” All of these forces are in place before the first plane hits the World Trade Center [Sources: The Guardian, CNN, FOX, The Observer, International Law Professor Francis Boyle, the University of Illinois.]

September 6-7, 2001 – 4,744 put options (a speculation that the stock will go down) are purchased on United Air Lines stock as opposed to only 396 call options (speculation that the stock will go up). This is a dramatic and abnormal increase in sales of put options. Many of the UAL puts are purchased through Deutschebank/AB Brown, a firm managed until 1998 by the current Executive Director of the CIA, A.B. “Buzzy” Krongard. [Source: The Herzliyya International Policy Institute for Counterterrorism, \_HYPERLINK "http://www.ict.org.il/" \_<http://www.ict.org.il/>, September 21; The New York Times; The Wall Street Journal.]

September 10, 2001 - 4,516 put options are purchased on American Airlines as compared to 748 call options. [Source: ICT – above]

September 6-11, 2001 - No other airlines show any similar trading patterns to those experienced by UAL and American. The put option purchases on both airlines were 600% above normal. This at a time when Reuters (September 10) issues a business report stating, “Airline stocks may be poised to take off.”

September 6-10, 2001 – Highly abnormal levels of put options are purchased in Merrill Lynch, Morgan Stanley,

AXA Re(insurance) which owns 25% of American Airlines, and Munich Re. All of these companies are directly impacted by the September 11 attacks. [Source: ICT, above; FTW, Vol. IV, No.7, October 18, 2001, [HYPERLINK](#)

"<http://www.copvicia.com/members/oct152001.html>" <http://www.copvicia.com/members/oct152001.html> .

It has been documented that the CIA, the Israeli Mossad and many other intelligence agencies monitor stock trading in real time using highly advanced programs reported to be descended from Promis software. This is to alert national intelligence services of just such kinds of attacks. Promis was reported, as recently as June, 2001 to be in Osama bin Laden's possession and, as a result of recent stories by FOX, both the FBI and the Justice Department have confirmed its use for U.S. intelligence gathering through at least this summer. This would confirm that CIA had additional advance warning of imminent attacks. [Sources: The Washington Times, June 15, 2001; FOX News, October 16, 2001; FTW, October 26, 2001, - [HYPERLINK](#) "[http://www.copvicia.com/members/magic\\_carpet.html](http://www.copvicia.com/members/magic_carpet.html)" [http://www.copvicia.com/members/magic\\_carpet.html](http://www.copvicia.com/members/magic_carpet.html) ; FTW, Vol. IV, No.6, Sept. 18, 2001 - [HYPERLINK](#) "<http://www.copvicia.com/members/sept1801.html>" <http://www.copvicia.com/members/sept1801.html> ; FTW, Vol. 3, No 7, 9/30/00 - [HYPERLINK](#) "[http://www.copvicia.com/stories/may\\_2001/052401\\_promis.html](http://www.copvicia.com/stories/may_2001/052401_promis.html)" [www.copvicia.com/stories/may\\_2001/052401\\_promis.html](http://www.copvicia.com/stories/may_2001/052401_promis.html) .

September 11, 2001 – Gen Mahmud of the ISI (see above), friend of Mohammed Atta, is visiting Washington on behalf of the Taliban. [Source: MS-NBC, Oct. 7.]

September 11, 2001, For 35 minutes, f, with it widely known within the FAA and the military that four planes have been simultaneously hijacked and taken off course, no one notifies the President of the United States. It is not until that any Air Force planes are scrambled to intercept, but by then it is too late. This means that the National Command Authority waited for 75 minutes before scrambling aircraft, even though it was known that four simultaneous hijackings had occurred – an event that has never happened in history. [Sources: CNN, ABC, MS-NBC, TheLos Angeles Times, The New York Times.]<O:P</O:P

September 13, 2001 – China is admitted to the World Trade Organization quickly, after 15 years of unsuccessful attempts. [Source: The New York Times Sept. 30, 2001

September 15, 2001 – The New York Times reports that Mayo Shattuck III has resigned, effective immediately, as head of the Alex (A.B) Brown unit of Deutschebank.

September 29, 2001 – The San Francisco Chronicle reports that \$2.5 million in put options on American Airlines and United Airlines are unclaimed. This is likely the result of the suspension in trading on the NYSE after the attacks which gave the Securities and Exchange Commission time to be waiting when the owners showed up to redeem their put options.<O:P</O:P

October 10, 2001 – The Pakistani newspaper The Frontier Post reports that U.S. Ambassador Wendy Chamberlain has paid a call on the Pakistani oil minister. A previously abandoned Unocal pipeline from Turkmenistan, across Afghanistan, to the Pakistani coast, for the purpose of selling oil and gas to China, is now back on the table “in view of recent geopolitical developments.”

Mid October, 2001 – The Dow Jones Industrial Average, after having suffered a precipitous drop has recovered most of its pre-attack losses. Although still weak, and vulnerable to negative earnings reports, a crash has been averted by a massive infusion of government spending on defense programs, subsidies for “affected” industries and planned tax cuts for corporations.

Now, let's go back to the October 31 story by Le Figaro – the one that has Osama bin Laden meeting with a CIA officer in Dubai this June.

The story says that, “Throughout his stay in the hospital, Osama Bin Laden received visits from many family members [There goes the story that he's a black sheep!] and Saudi Arabian Emirate personalities of status. During this time the local representative of the CIA was seen by many people taking the elevator and going to bin Laden's room.

“Several days later the CIA officer bragged to his friends about having visited the Saudi millionaire. From authoritative sources, this CIA agent visited CIA headquarters on July 15th, the day after bin Laden's departure for Quetta....

“According to various Arab diplomatic sources and French intelligence itself, precise information was communicated to the CIA concerning terrorist attacks aimed at American interests in the world, including its own territory.”...

“Extremely bothered, they [American intelligence officers in a meeting with French intelligence officers] requested from their French peers exact details about the Algerian activists [connected to bin Laden through Dubai banking institutions], without explaining the exact nature of their inquiry. When asked the question, “What do you fear in the coming days?” the Americans responded with incomprehensible silence.”...

“On further investigation, the FBI discovered certain plans that had been put together between the CIA and its “Islamic friends” over the years. The meeting in Dubai is, so it would seem, consistent with ‘a certain American policy.’”

Even though Le Figaro reported that it had confirmed with hospital staff that bin Laden had been there as reported, stories printed on November 1 contained quotes from hospital staff that these reports were untrue. On November 1, as reported by the Ananova press agency, the CIA flatly denied that any meeting between any CIA personnel and Osama bin Laden at any time.

In the most ironic twist of all, FTW has learned that Le Figaro is owned by the Carlyle Group, the American defense contractor which employs George Bush Sr., and which had as investors – until they sold their stake on October 26 - the bin Laden family.

Who do you believe? In coming stories FTW will prove to you that this war, which according to Dick Cheney, may not end in our lifetimes, has been in the works for at least four years.

Mike Ruppert

*Pack schlägt sich, Pack verträgt sich:*

## **Die Bush-Bin Ladin-Connection**

*Mathias Bröckers*

20.11.2001

The WTC Conspiracy XXII

**Die "Saudi Bin Ladin Group", die Investmentfirma von Usama und den 40 Räufern (oder waren es 24 Brüder? - egal...), der Familienclan des angeblichen Topterroristen hat Ende Oktober seinen 2,5 Millionen Dollar-Anteil an der "Carlyle Group" verkauft. Da gerade jetzt die Geschäfte des größten US-Investors in die Rüstungsindustrie prosperieren, können es keine ökonomische Gründe gewesen sein, die die Saudi-Milliardäre zu diesem Schritt bewogen haben. Vielmehr dürften sie von einem der Repräsentanten der Carlyle-Gruppe, George Bush senior, aufgefordert worden sein: gar zu offensichtlich soll die Peinlichkeit der engen Geschäftsverbindungen des Bush- und des Ladin-Clans jetzt nicht werden.**

Er ist nur die Spitze eines Eisbergs einer langen schattenhaften Verbindung der beiden Familien - und der US-Geheimdienste mit islamistischen Terroristen. Dass Bush junior das Kapital für seine erste Firma vom US-Vermögensverwalter der Ladin-Familie erhielt, hatten wir schon in den ersten Folgen erwähnt, ebenso wie das [1]Engagement seines Vaters für den Rüstungsinvestor "Carlyle", wo der Ladin-Clan bis vor kurzem ebenfalls engagiert war. Dass Usama in den 80er Jahren als Anführer des saudischen Kontingents in den Jihad gegen die Sowjets in Afghanistan zog und von der CIA ausgebildet und mit Waffen versorgt wurde, ist ebenfalls keine Neuigkeit mehr. Nach der offiziellen Version haben sich die Wege des US-Geheimdiensts und Bin Ladins freilich schon seit über zehn Jahren getrennt, weil dieser gegen die Anwesenheit von US-Truppen auf saudischem Boden opponierte. Auch die Familie hat das schwarze Schaf angeblich verstoßen, das seitdem nach einem Abstecher im Sudan in den Höhlen des Hindukusch sein Unwesen als Terror-Monster treibt. Nicht erst seit dem Bericht des "Figaro" über [2]Usamas Krankenhausaufenthalt im Juli und den freundlichen Besuchen von Familienmitgliedern (sowohl von der leiblichen Verwandtschaft als auch von der CIA), sind Zweifel an dieser Version der Geschichtsschreibung anzumelden - jetzt tauchten in der BBC-Sendung [3]Newsnight Dokumente auf, die darauf hindeuten, dass das FBI an Ermittlungen gegen die Ladin-Familie [4]gehindert wurde, nach dem 11.9. und auch schon lange davor. Während in den USA nach wie vor über 1.000 Verdächtige ohne rechtsstaatliches Verfahren gefangen gehalten werden und nach den Plänen der Bush-Regierung [5]künftig per Militärgericht bei Nacht und Nebel verurteilt und sogar exekutiert werden können - während also die Talibanisierung der einst vorbildlichen Bürgerrechte der USA rüde voranschreitet -, [6]reisten wenige Tage nach den Anschlägen in New York elf Mitglieder der Ladin-Familie unbehelligt nach Saudi-Arabien aus. Darunter auch Abdullah Bin Ladin, ein Bruder Usamas, der in einem verschlafenen Vorort Washingtons lebte und dort unter anderem die "World Assembly of Muslim Youth" ( [7]WAMY) leitete. Obwohl WAMY von den Regierungen Indiens und der Philippinen seit langem als Finanzier und Unterstützer islamistischen Terrors ausgemacht ist, gilt der Verein in den USA als mildtätige "Charity", seine Konten wurden bis heute nicht eingefroren. Dies ist umso erstaunlicher, als eine geheime FBI-Akte, die dem Sicherheitsexperten und Buchautor Joe Trento, ("SECRET HISTORY OF THE CIA") zugespielt worden ist, zeigt, dass vier der mutmaßlichen Hijacker vor dem Anschlag in derselben Straße wohnten, in der auch die WAMY ihr Büro unterhält, ganz in der Nähe des Hauses von Abdullah, in dem auch ein weiterer Ladin Bruder, Omar, lebte. Und dass die Bundespolizei diesen merkwürdigen Verein seit 1996 auf der Liste der Terrorverdächtigen hatte, aber von tiefergehenden

Ermittlungen abgehalten wurden. Joe Trento: "Das FBI wollte diese Leute untersuchen. Es ist nicht so, dass sie daran kein Interesse hatten, sie wollten ermitteln, aber es wurde ihnen nicht erlaubt. Sie hatten Verbindungen zu Usama Bin Ladins Leuten, sie hatten Verbindungen zu muslimischen Kultur- und Finanzorganisationen, die Terroristen unterstützen. Sie passen in das Muster der Gruppen, die die Königsfamilie der Saudis und die 20.000 saudischen Prinzen gegründet haben, und sich für terroristische Aktivitäten engagieren. Nun, weiß ich, ob WAMY irgendetwas Illegales getan hat? Nein, das weiß ich nicht. Aber was ich weiß ist, dass das FBI schon seit 1996 sehr besorgt über diese Organisation war." Zu Recht, wie Michael Springman in der Sendung bestätigt, der in den 80er Jahren der Visa-Beauftragte der USA in Saudi-Arabien war und häufig Anweisungen vom State Department unter George Bush sen. erhielt, Visa für Personen auszustellen, die nach den normalen Richtlinien nicht qualifiziert waren. Seine Beschwerden darüber wurden abgeblockt und ignoriert: "Wogegen ich protestierte, war in Wahrheit die Anstrengung, Rekruten in die USA zu bringen, die von Usama Bin Ladin eingesammelt worden waren und von der CIA terroristisches Training erhielten. Danach wurden sie nach Afghanistan geschickt um gegen die damaligen Sowjets zu kämpfen. Der Anschlag auf das World Trade Center 1993 erschütterte das Vertrauen des State Departments in die Saudis nicht, genauso wenig wie der Anschlag auf die amerikanische Kaserne in Khobar Towers in Saudi Arabien drei Jahre später, bei dem 19 Amerikaner umkamen. Die FBI-Ermittler merkten, dass ihre Untersuchungen obstruiert wurden. Und es ist ja auch keine Überraschung, dass diese FBI-Agenten ziemlich frustriert sein müssen, weil ihnen der Einblick in bestimmte Saudi-Verbindungen verwehrt wird." Dass Usamas Brüder und ihr mildtätiger Verein zur Förderung der moslemischen Jugend tatsächlich nur wohltätigen Zwecken diene, mag ja sein, doch warum wird die Polizei dann von oben daran gehindert, die Sache unter die Lupe zu nehmen? In der BBC-Sendung kam auch der Rechtsanwalt Michael Wildes zu Wort, der einen der Kohbar-Bomber vor Gericht vertreten hatte. Ein saudischer Diplomat hatte ihm in diesem Zusammenhang 14.000 Dokumente zugänglich gemacht, die über die Finanzierung von Terrorismus und anderem durch saudische Bürger und Organisationen detailliert Aufschluss gaben. Als Wildes die Unterlagen dem FBI zugänglich machen wollte, erklärten sie ihm, dass sie keine Erlaubnis hätten, die Dokumente zu lesen: "Nehmen Sie alles wieder mit, wir werden Ihnen die Kopien nicht berechnen, behalten Sie sie, oder unternehmen Sie etwas, fangen Sie ein paar bad guys damit", wurde ihm erklärt. Dass WAMY und Abdullah Bin Ladin in diesen Dokumenten auftauchten, ist ziemlich wahrscheinlich, und so wundert es nicht, dass man die Brüder des Terror-Monsters eine Woche nach dem WTC-Anschlag fröhlich ausreisen ließ und das FBI zurückhielt, etwas zu unternehmen. Denn was hätten die Usama-Brüder nach ihrer Verhaftung getan? Sie hätten wahrscheinlich einen solchen Berg schmutziger Wäsche ausgepackt, dass Bush junior keine drei Tage mehr im Amt zu halten gewesen wäre und zusammen mit seinem Vater gar noch wegen "dealing with the enemy" vors Gericht gekommen wäre, wie weiland Großvater Prescott wegen seiner Geschäfte mit den Nazis. Den größten Militärauftrag, den die US-Army je im Ausland vergab, [8]erteilte Bush sen. im Zuge des Golfkriegs für die Errichtung und Ausstattung der US-Militärbasen in Saudi-Arabien - sage und schreibe 200 Milliarden Dollar wurden investiert, davon über 65 Milliarden in Anlagen und Bauten. Hier wiederum kommt der größte Bauunternehmer des arabischen Raums, die Bin Ladin-Gruppe ins Spiel, die einen Teil dieses Großauftrags ausführte. An jener Präsenz amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien, die nach der offiziellen Version Usama so empörte, dass sie zu seiner Wandlung zum Terroristen geführt haben soll, hat die Baufirma seiner Familie kräftig mitgearbeitet - und den "heiligen Boden" für amerikanische Rollfelder, Bunker, Häfen und Kasernen betonierte. Als auf die Anlage in Kohbar 1996 der Bombenanschlag verübt wurde, wurde Usama Bin Ladin zwar einerseits als Hauptverdächtiger genannt, den Auftrag für den Bau eines neuen "super-sicheren" Komplexes Kohbar [9]erteilte man aber dann niemand anderem als ... natürlich der Bin Ladin Group

[10]Verdächtige Geheimniskrämerei). Pack schlägt sich - Pack verträgt sich, kann man da nur sagen, denn zur selben Zeit saß Usama im Sudan und hätte, wie der damalige sudanische Verteidigungsminister, General Erwa, der Washington Post mitteilte, 1996 in die USA ausgeliefert werden können. Doch Washington lehnte das Auslieferungsangebot des Sudans ab - bei einer Auslieferung fürchteten die USA Aufstände gegen das Königshaus in Saudi-Arabien und empfahlen dem Sudan deshalb, Bin Ladin zur freiwilligen Ausreise aufzufordern. Als man den Amerikanern mitteilte, dass er nach Afghanistan gehen wolle, teilten die US-Offiziellen General Erwa mit: "Lasst ihn gehen!" Nachdem er dann definitiv ausgeist war, ließ Clinton auf der Pseudo-Jagd nach Usama dann eine Aspirinfabrik im Sudan bombardieren... Die [11]Washington Post kommentiert dieses Verhalten mit den sinistren Zeilen: "Es gab Anfänge einer Diskussion, die später intensiviert wurde, ob die Vereinigten Staaten Bin Laden verfolgen und anklagen, oder ihn wie einen Mitstreiter in einem Untergrundkrieg behandeln sollten." Ganz offensichtlich hat man sich bei dieser "Diskussion" damals für Letzteres entschieden: to treat him like a combattant in an underground war. Und nichts anderes als ein solcher Kombattant ist er bis heute - seine Terror-Truppen wurden im [12]Kosovo und in [13]Mazedonien für die amerikanischen Untergrund-Interessen eingesetzt, sie waren in Tschetschenien und anderen Ex-Sowjet-Republiken aktiv. Und jetzt bietet der Meister selbst den 1a-Anlass für einen illegalen Öl-Krieg gegen Afghanistan, obwohl er vermutlich schon längst von dort verschwunden ist. Haben die US-Offiziellen, als im Sommer die Vorbereitungen des WTC- und Pentagon-Anschlags in die heiße Phase kamen und ruchbar wurden,





Im Namen des "Kriegs gegen den Terrorismus" fordert - und erhält - die Regierung Bush nicht genau definierte, aber uneingeschränkte Vollmachten zum Einsatz von militärischer Gewalt überall auf der Welt.

Die Inszenierung der Bush-Rede unter Belagerungsbedingungen - das Kapitol war von Soldaten umstellt, das Knattern von Hubschraubern drang in den Sitzungssaal - war sorgfältig auf die Pose abgestimmt, die die Regierung seit den terroristischen Anschlägen auf New York und Washington einnimmt. Ihr ganzes Bemühen geht dahin, die amerikanische Bevölkerung nicht zu beruhigen, sondern eine Atmosphäre der Panik zu erzeugen. Sie fördert eine Stimmung der Hysterie und des nationalen Chauvinismus, um die Öffentlichkeit darauf einzustimmen, nicht nur den unbeschränkten Einsatz der militärischen Stärke Amerikas, sondern auch weitreichende Angriffe auf demokratische Grundrechte innerhalb der Vereinigten Staaten hinzunehmen.

Daher die Abwesenheit von Vizepräsident Cheney mit der Begründung, dass er an einen geheimen, sicheren Ort gebracht worden sei. Die Regierung möchte die amerikanische Bevölkerung glauben machen, dass die enorme Stärke des US-Militärs nicht ausreicht, um die Sicherheit der führenden Regierungsmitglieder im Kapitol zu gewährleisten. Wenn Bush und seine Mannschaft diese hirnverbrannte Vorstellung wirklich teilen, dann müssen sie vollständig den Kopf verloren haben. Wahrscheinlicher ist, dass ihre unaufhörliche Beschwörung des Kriegszustands untermauert werden soll. Die Bevölkerung soll daran gewöhnt werden, dass im Krieg andere Maßstäbe gelten und dass die Regierung ihre wichtigsten Entscheidungen hinter dem Rücken der Öffentlichkeit fällt.

Mit apokalyptischen Formulierungen versuchte Bush in seiner Rede die amerikanische Bevölkerung zu überzeugen, dass sie sich mit einem globalen Krieg von unbeschränkter Dauer gegen eine Vielzahl bisher nicht benannter Feinde abfinden müsse. Weder das Ausmaß an Tod und Vernichtung, das über Menschen außerhalb der USA hereinbrechen wird, noch die Anzahl der Leichensäcke mit den sterblichen Überresten amerikanischer Soldaten sind dabei abzusehen.

"Unsere Reaktion", erklärte er, "beinhaltet weit mehr als sofortige Vergeltung und einzelne Schläge. Die Amerikaner sollten sich nicht auf eine Schlacht, sondern auf einen langen Feldzug einstellen, wie es ihn bisher noch nie gegeben hat." Es werde kein kurzer und entscheidender Krieg gegen ein einzelnes Land sein, wie gegen den Irak, fuhr er fort, und auch kein Luftkrieg ohne Gefallene auf Seiten der USA, wie gegen Jugoslawien. Er bezeichnete seinen Krieg für den "Sieg über das globale Netzwerk des Terrors" als "Aufgabe mit offenem Ende". Den Einsatz von Atomwaffen wollte er ausdrücklich nicht ausschließen. "Wir werden jedes uns zur Verfügung stehende Mittel... und jede notwendige Kriegswaffe einsetzen."

Bush formulierte eine Rechtfertigung für Angriffe auf jegliche Nation, die heute oder in Zukunft ein Hindernis für die globalen Ambitionen der USA darstellen könnte: "Jede Nation in jeder Region muss jetzt eine Entscheidung treffen. Entweder Ihr steht zu uns oder zu den Terroristen." Jede Nation, die sich dem Diktat Washingtons nicht beuge, "werden die Vereinigten Staaten als feindliches Regime betrachten".

Bushs Szenario enthielt einen Widersinn, den er nicht aufzulösen versuchte. Auf der einen Seite bezeichnete er den Feind, den islamischen Fundamentalismus, als eine "Randerscheinung", die sich auf "einige Tausend" Terroristen in rund 60 Ländern erstreckte. Und dennoch stelle diese relativ geringe Anzahl von lose verbundenen Terroristengruppen eine derart große, schlimme und direkte Bedrohung Amerikas und der gesamten "zivilisierten Welt" dar, dass sie nur durch die massive, dauerhafte Anwendung militärischer Gewalt besiegt werden könne.

Die unmittelbare Zielsetzung von Bushs Rede bestand darin, das Land in einen Krieg gegen Afghanistan zu führen. Bush stellte bewusst eine Liste von Forderungen auf, mit deren Erfüllung die Taliban-Regierung Selbstmord begehen würde und die sie beim besten Willen nicht erfüllen kann. Er forderte die Taliban zur Auslieferung "aller Führer" von Osama bin Ladens Organisation al-Qaida auf. Außerdem sollten sie sämtliche Einrichtungen der al-Qaida schließen und der USA "uneingeschränkter Zugang zu den Ausbildungslagern der Terroristen" verschaffen.

Die Forderungen der Bush-Regierung liefen darauf hinaus, dass die Taliban der Verwandlung Afghanistans in ein militärisches Protektorat der USA zustimmen sollten. Über dieses Ultimatum, erklärte Bush, werde es "keine Verhandlungen oder Gespräche" geben. Wenn die Führer der Regierung den Forderungen der USA nicht nachkämen, warnte Bush, würden sie das Schicksal der Terroristen teilen, d. h. getötet werden.

Ein formaler Auslieferungsantrag gegen Osama bin Laden wurde nicht gestellt. Es gibt für Bushs Forderungen auch gar keine Grundlage im internationalen Recht. Die Forderungen Washingtons erfüllten lediglich den Zweck, den Vorwand für einen Krieg zu liefern, der bereits beschlossene Sache war.

Bush beschuldigte bin Laden und die Taliban, die ihn schützten, der direkten Verantwortung für die Gräueltaten vom 11. September. Zweifellos handelt es sich um reaktionäre Kräfte, die durchaus daran beteiligt gewesen sein könnten. Doch Bush legte keine Beweise für seine Anschuldigung vor. Selbst das *Wall Street Journal*, das vehement einen Krieg nicht nur gegen Afghanistan, sondern auch gegen den Irak fordert, räumte in einem Bericht vom 19. September ein, dass es den US-Beamten nicht gelungen sei, hinreichende Beweise für die Schuld bin Ladens beizubringen.

"Wenn man jedoch die Maßstäbe des Westens hinsichtlich Recht und internationalen Beziehungen im 21. Jahrhundert zugrunde legt", schrieb das *Journal*, "wie viele tatsächliche Beweise haben die Ermittler dann für

Mr. bin Ladens Beteiligung? Die bisherige Antwort - anhand der öffentlichen Verlautbarungen und der Angaben von US-Beamten, die bereit sind, sich zu der Sache zu äußern - lautet: nicht genug."

Des Weiteren versuchte Bush einen Krieg gegen Afghanistan zu rechtfertigen, indem er auf den repressiven und totalitären Charakter des Taliban-Regimes verwies. Doch das Taliban-Regime ist ein direktes Produkt der früheren Politik Amerikas. In seinen diktatorischen Herrschaftsmethoden und seiner religiösen Intoleranz unterscheidet es sich kaum von den engsten Verbündeten der USA im Nahen Osten, beispielsweise den Ölscheichtümern in Saudi Arabien, Kuwait und anderen Staaten am Persischen Golf.

Die Bush-Regierung verschwendet bei ihren Kriegsvorbereitungen nur wenig Gedanken an die weitreichenden und unberechenbaren Folgen ihres Vorgehens. Sie interveniert in der instabilsten Region der Welt, in der sich zahlreiche Großmächte um die Kontrolle über strategische Ressourcen und um geopolitische Einflussbereiche streiten, und dies vor dem Hintergrund der unaussprechlichen Armut Hunderter Millionen Menschen. Die Vereinigten Staaten schlagen mit ihrer jetzigen Intervention einen Kurs ein, dessen Ergebnis sich für die gesamte Welt als katastrophal erweisen kann.

Es ist aufschlussreich, die Methoden der Bush-Regierung mit dem Vorgehen Kennedys während der Kuba-Krise zu vergleichen. Damals hatte die Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba zu einer der größten Konfrontationen des Kalten Krieges geführt, in der die US-Regierung aus ihrer Sicht einer klaren militärischen Bedrohung gegenüberstand. Damals wandte sich die amerikanische Regierung an die Vereinten Nationen und legte detaillierte Beweise vor. Sie untermauerte ihre Vorwürfe mit Dokumenten und Fotos. Außerdem legte sie eine Vorsicht an den Tag, die in schreiendem Gegensatz zu dem heutigen Verhalten der Bush-Regierung steht.

Heute erhebt die Regierung der USA weitreichende Anschuldigungen, ohne der internationalen oder amerikanischen Öffentlichkeit irgendwelche Beweise zu präsentieren. Der historische Vergleich zeigt, dass das heutige Vorgehen der US-Regierung weniger durch das Ausmaß der Bedrohung bedingt ist als durch das Ausmaß der Chance, eine Katastrophe in einen Vorwand für die Umsetzung weitreichender, aber nicht offen ausgesprochener militärischer, politischer und ökonomischer Pläne umzumünzen.

Bestätigt wird diese Einschätzung durch einen Bericht der *New York Times* über eine Spaltung innerhalb der Regierung Bush. Auf der einen Seite steht eine Gruppe unter Außenminister Colin Powell, die ein gewisses Maß an Vorsicht walten lassen möchte, weil sie die Destabilisierung des Nahen Ostens und weiterer großer Regionen der Welt befürchtet. Auf der anderen Seite steht die Gruppe um den stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, in deren Augen die Tragödie vom 11. September eine einmalige Gelegenheit darstellt, das Regime des Irak zu stürzen und eine ganze Reihe von Marionettenregimen einzusetzen. Das Ziel dieser Fraktion besteht darin, in rascher Folge Pläne umzusetzen, die schon lange in den Schubladen liegen. Es geht darum, Amerikas Kontrolle über den Ölreichtum am Persischen Golf und am Kaspischen Meer zu festigen und die militärische Präsenz Amerikas über den gesamten eurasischen Kontinent auszudehnen.

Bushs Rede enthielt keine Erklärungen zum politischen und historischen Hintergrund der Katastrophe vom 11. September. Mit den Medien als Komplizen versucht die Administration vergessen zu machen, dass diejenigen, die sie als Urheber der terroristischen Gräueltaten bezeichnet, von den Vereinigten Staaten selbst ausgebildet und finanziert worden sind. Die Ursprünge der von Bush als Hauptfeind auserkorenen islamischen Fundamentalisten, einschließlich bin Ladens selbst, liegen in der verdeckten Operation, die Washington in den achtziger Jahren gegen das sowjetisch unterstützte Regime in Afghanistan durchführte. Die Taliban wurden damals von der CIA aufgebaut, und zwar als Bush senior, seines Zeichens ehemaliger Leiter der CIA, unter Ronald Reagan das Amt des Vizepräsidenten innehatte.

Noch vor wenigen Jahren haben die USA die Machtübernahme ihrer alten Verbündeten, der Taliban, stillschweigend unterstützt. Mittlerweile ergeht es diesen wie zahlreichen ehemaligen Verbündeten Amerikas, die sich mit der USA überwarfen und nun als War Lords und moderne Hitlers zur Vernichtung freigegeben werden. Diese Liste reicht von Manuel Noriega (Panama) über Farrah Aidid (Somalia) und Saddam Hussein (Irak) bis hin zu Slobodan Milosevic (Serbien).

Die etablierten Medien kennen diese Hintergründe sehr gut. Vor etwa zwanzig Jahren reiste beispielsweise der CBS-Korrespondent Dan Rather nach Afghanistan und posierte in Mudschaheddin-Gewändern vor den Kameras, um für die islamisch-fundamentalistischen Kräfte zu werben.

Diese Geschichte wird verschwiegen, weil sie beweist, dass dieselben Leute, die heute die amerikanische Bevölkerung in einen Krieg - mit allen katastrophalen Folgen - führen, eine politische Mitverantwortung für die Tragödie tragen, die in New York und Washington Tausende Amerikaner das Leben kostete.

Die Kriegsvorbereitungen verheißen nichts Gutes für demokratische Rechte. So kündigte Bush die Schaffung eines neuen Kabinettspostens an. Ein Büro für Innere Sicherheit soll eingerichtet werden, um sämtliche Geheimdienst- und Sicherheitsoperationen im Inland zu koordinieren.

Die Operationen der CIA, die bislang per Gesetz auf das Ausland beschränkt waren, werden von nun an unter einer neuen Bundesagentur mit denjenigen des FBI koordiniert werden, um Menschen innerhalb der USA abzufragen und zu überwachen. Dies allein stellt einen massiven Verstoß gegen die Bürgerrechte dar.

Und doch ist es nur ein Bestandteil eines umfassenderen Angriffs auf demokratische Rechte. Andere Bestandteile sind die zeitlich unbegrenzte Inhaftierung von Ausländern, auch wenn sie sich legal im Land aufhalten,

Abschiebungen ohne rechtliche Überprüfung und eine enorme Ausweitung der staatlichen Befugnisse, Telefongespräche abzuhören und elektronische Botschaften abzufangen.

Aus dem politischen Establishment kam kein einziger Einwand gegen Bushs Forderung nach einem Blankoscheck für Krieg im Ausland und die Zerschlagung bürgerlicher Rechte im Inland. Schon ganz zu Beginn des militärischen Kreuzzugs haben beide Parteien jedem offenen Meinungsstreit abgeschworen.

Die Demokratische Partei bewies ihre Abkehr von jeglicher Opposition, indem sie darauf verzichtete, als Minderheitspartei nach alter Tradition die Ansprache des Präsidenten an den Kongress zu beantworten. Stattdessen trat der Führer der Demokratischen Mehrheit im Senat, Thomas Daschle, gemeinsam mit dem Führer der Minderheit Trent Lott vor die Presse. Letzterer fasste den Zustand der amerikanischen Politik mit den Worten zusammen: "Es gibt keine Oppositionspartei."

Die Medien, die Bushs Ansprache ausnahmslos lobten, schwiegen sich über den Widerspruch aus, dass einerseits das Kapitol von demokratischer Rhetorik widerhallte, andererseits jedoch de facto ein Einparteienstaat entstand. Ebenso übergingen sie den Widerspruch zwischen Bushs Erklärung für die Feindschaft der Terroristen gegenüber den USA - "Sie hassen das, was sie hier in diesem Raum versammelt sehen: eine demokratisch gewählte Regierung" - und der Tatsache, dass der Redner selbst sein Amt im Weißen Haus dem Einsatz antidemokratischer und illegitimer Mittel verdankt.

Es ist sowohl ironisch als auch gefährlich, dass ein Krieg im Namen der Freiheit in die Wege geleitet wird, während gleichzeitig die elementarsten Grundsätze der Demokratie und grundlegende verfassungsmäßige Absicherungen außer Kraft gesetzt werden. "Entweder Ihr steht zu uns oder zu den Terroristen" - dieser Ausruf Bushs ist nicht nur eine Formel, mit der Krieg und der Sturz von Regierungen im Ausland gerechtfertigt werden kann, sondern auch ein Aufruf zur politischen Hexenjagd nach dem Vorbild der McCarthy-Ära gegen Dissidenten innerhalb der USA.

Der Zusammenbruch jeglicher Opposition erfüllt noch eine weitere politische Funktion. Er bedeutet, dass das geradezu atemberaubende Versagen aller Sicherheitsvorkehrungen, durch das die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon möglich wurden, nicht näher untersucht werden wird.

In einer von Furcht und Panik geprägten Atmosphäre wird die Regierung nicht für ein Versagen zur Rechenschaft gezogen, das man mindestens als kriminelle Nachlässigkeit werten muss. Stattdessen kann sie dreist fordern, dass die Bevölkerung im Interesse ihrer Sicherheit und ihres Wohlergehens auf demokratische Rechte verzichten müsse.

Wichtig an Bushs Rede war auch das, was er nicht sagte. Im Einklang mit den außerordentlich privilegierten und engen Klasseninteressen, die er vertritt, forderte Bush staatliche Hilfen für die Luftfahrtunternehmen auf Kosten der Steuerzahler. Nichts dergleichen versprach er den Millionen Arbeitern, Kleinunternehmern und Rentnern, deren Lebensunterhalt durch die Kurseinbrüche an der Börse, den steilen Rückgang der Verbraucherausgaben und die Massenentlassungen gefährdet ist. Weder Bush noch die Demokraten erwägen irgendwelche ernsthaften Maßnahmen, um für die Familien der Angestellten der Luftfahrtindustrie zu sorgen, die jetzt zu Zehntausenden auf die Straße gesetzt werden. Es kommt ihnen auch nicht in den Sinn, die New Yorker Ladeninhaber abzusichern, die nach der Vernichtung eines ganzen Stadtteils vor dem Ruin stehen. Auch die Kleininvestoren und Rentner, deren Ersparnisse und Altersversorgung vernichtet werden, können keine Hilfe aus Washington erwarten.

Der schreckliche Verlust an Menschenleben am 11. September war bei genauerem Hinsehen ein Ergebnis der rücksichtslosen, unverantwortlichen und reaktionären internationalen Politik, wie sie seit Jahrzehnten von amerikanischen Regierungen betrieben wird, die nicht die amerikanische Bevölkerung, sondern eine Elite aus der Welt des Finanzwesens und der Konzerne vertreten. Eben diese Elite nutzt jetzt die tragischen Ereignisse in New York und Washington begierig aus, um die Bevölkerung - ohne demokratische Auseinandersetzung oder Diskussion und in einer Atmosphäre, die von Hysterie und politischer Einschüchterung geprägt ist - in einen Krieg, "wie es ihn bisher noch nicht gegeben hat" hineinzuziehen, der nur zu neuen Katastrophen und Tragödien im In- und Ausland führen kann.

\*\*\*\*

## Großbritannien

### Warum Blair den amerikanischen Kriegskurs unterstützt

Von Julie Hyland

6. Oktober 2001

*aus dem Englischen (29. September 2001)*

**Entgegen allen Behauptungen, dass die vom amerikanischen Präsidenten Bush angeführte internationale Koalition gegen den Terrorismus die Prinzipien von Freiheit und Demokratie verteidigen sollte, tritt die**

## **britische Labour-Regierung unter Tony Blair im Zuge der militärischen Vorbereitungen in Großbritannien jede Norm demokratischer Verantwortlichkeit gegenüber Parlament und Bevölkerung mit Füßen.**

Die Entscheidung, dass sich Großbritannien an einer Militäraktion im Mittleren Osten mit offenem Ende und unEinsatz aller verfügbaren Mittel beteiligt, wurde vom Premierminister beinahe allein getroffen. Blair hat sich buchstäblich präsidiale Machtbefugnisse angeeignet und arbeitet größtenteils außerhalb der Kontrolle des Parlaments und selbst seines eigenen Kabinetts.

Seit den terroristischen Anschlägen am 11. September in New York und Washington wurde das britische Parlament nur einmal, am 14. September, aus seiner Sommerpause zurückgerufen und dies lediglich, um einer sorgfältig vorbereiteten und festgelegten Debatte beizuwohnen. Erst am 25. September hatte sich der britische Premierminister Tony Blair schließlich bereit erklärt, am 4. Oktober für einen Tag das Parlament einzuberufen, damit es eine Debatte über die Kriegsvorbereitungen gegen Afghanistan führen konnte.

Während er hinter dem Rücken der britischen Bevölkerung arbeitet, werden die Entscheidungen des Premierministers und einer Clique handverlesener Berater von verschiedenen Parlamentsausschüssen, die im Regierungssitz Downing Street tagen, routinemäßig abgesehnet. Zu Beginn der letzten Woche traf sich Blair mit 35 Parlamentsabgeordneten aller drei großen Parteien, die in den Ausschüssen für Innenpolitik, Verteidigung und Geheimdienste sitzen. Nach Presseberichten wurden die Abgeordneten in die jüngste Entwicklung eingeführt, unter anderem erhielten sie die Information, dass britische Geheimdienste ihre eigenen Beweise gesammelt hätten, die eine Beteiligung Osama bin Ladens an den Angriffen auf das World Trade Center belegten. Keinem der Anwesenden wurden jedoch diese Beweise gezeigt - nicht einmal dem Vorsitzenden des Verteidigungskomitees Bruce George. Ebenso wenig wurden sie darüber informiert, welche Rolle britische Soldaten in irgendeiner Militäraktion spielen sollen und für wann diese geplant ist.

Und trotzdem erklärten alle versammelten Parlamentsmitglieder ihre gänzliche Zufriedenheit mit den laufenden Kriegsvorbereitungen.

Die größtenteils unterwürfigen Medien verarbeiten Blairs Erklärungen zu leicht verdaulichen Häppchen, so dass keine öffentliche Debatte stattfindet. Nachdem der Gewerkschaftsdachverband entschieden hatte, seine für den Tag nach den Terroranschlägen geplante Jahresversammlung ausfallen zu lassen, hat die Labour Party angekündigt, dass ihre eigene Konferenz, die in der ersten Oktoberwoche stattfinden sollte, auf ein zweitägiges Treffen mit feststehenden Reden reduziert wird. Laut Labour ist die derzeitige Situation so bedenklich, dass es unangemessen sei, weiterhin Parteikonferenzen abzuhalten, auf denen es zu politischen Differenzen kommen könnte.

Die Konservative Partei kündigte unmittelbar darauf an, dass sie ihre eigene Konferenz verkürzen wolle. Ihr neuer Vorsitzender Ian Duncan Smith versuchte Blair zu übertrumpfen, indem er sich dagegen aussprach, dass das Parlament noch vor Beginn einer Militäraktion zusammenkomme. Denn dann wäre wohl dafür gesorgt, dass die Abgeordneten etwas zu diskutieren hätten!

Wie gering Labour parlamentarische Gepflogenheiten schätzt, lassen die apokalyptischen Verlautbarungen der jüngsten Zeit deutlich erkennen. Die Regierung fordert die Briten dazu auf, sich auf "enorme" Opfer einzustellen. Minister haben nachdrücklich vor der Möglichkeit gewarnt, dass es viele Verletzte und Gefallene geben könnte. Währenddessen hat Blair Großbritannien zum "Terrorziel Nummer zwei" nach den Vereinigten Staaten erklärt, Krankenhäuser in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt und zusätzliche Polizeikräfte in die Hauptstadt verlegt. Der Militärhi

storiker General Sir John Keegan verkündete unheilvoll: "Es wird wie der Zweite Weltkrieg für immer und immer und immer sein." Die Massenmedien werden beherrscht von furchterregenden Geschichten über das Risiko biologischer und chemischer Angriffe auf britische Städte, was eine solche Nachfrage nach Gasmasken ausgelöst hat, dass sie inzwischen restlos ausverkauft sind.

Mit der Preisgabe grundlegender parlamentarischer Normen gehen Pläne einher, bürgerliche Freiheitsrechte auszusetzen, die lange als unverletzlich galten. Minister argumentieren, dass der "Krieg gegen den Terrorismus" es rechtfertige, Teile der erst kürzlich eingeführten Menschenrechtsgesetze zu übergehen, um dem Staat außergewöhnliche Machtbefugnisse zu verleihen. Ins Auge gefasst werden dabei Maßnahmen, die die Routineüberwachung aller Kommunikationsmittel durch die Autoritäten erlauben, und Befugnisse, um Organisationen zu verbieten, denen willkürlich eine Verbindung zum Terrorismus unterstellt wird. Labour treibt auch Pläne voran, einen obligatorischen Personalausweis einzuführen, was früher immer auf heftigen Widerstand gestoßen war.

Wie erklärt sich Blairs zynische Gleichgültigkeit gegenüber den Grundrechten und berechtigten Bedenken der arbeitenden Bevölkerung?

Man kann Blairs politische Überheblichkeit gar nicht unterschätzen. Die wirtschaftsfreundliche Politik der Labour-Regierung und ihre Angriffe auf das Sozialsystem finden die Unterstützung einer kleinen Schicht der gehobenen Mittelklasse, deren Interessen denen der Masse der arbeitenden Bevölkerung diametral entgegengesetzt sind und deren Leben im Wohlstand einen extrem begrenzten politischen Blickwinkel und Verachtung für die schlechter gestellten Menschen fördert.

Der Zusammenbruch jeder effektiven Opposition durch die Parlamentsparteien und vor allem die Demut der Gewerkschaften haben der Regierung für gewisse Zeit freie Hand gegeben, so zu handeln wie es ihr passt. Aber Blairs enthusiastisches Aufpeitschen von Chauvinismus und sein Eifer bei der Unterdrückung demokratischer Rechte fällt zusammen mit einer schwindenden Unterstützung für die Labour-Regierung, was sich beispielsweise im historischen Tiefstand der Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen im Juni diesen Jahres ausdrückte.

Nachdem ihm eine zweite Amtszeit sicher war, hat Blair deutlich zu verstehen gegeben, dass seine Regierung vor einem radikalen Programm der Privatisierung, vor allem im Bildungs- und Gesundheitsbereich, nicht zurückschrecken wird. Zusammen mit den wachsenden Anzeichen dafür, dass die britische Wirtschaft in eine Rezession geht, ließen diese unpopulären Maßnahmen viele vermuten, dass die Regierung schwere Zeiten vor sich habe.

Blair benutzt die Ereignisse des 11. Septembers auf die gleiche Art, wie Thatcher den Malwienkrieg in den 1980-er Jahren - als eine goldene Gelegenheit, sich in die Nationalflagge zu hüllen, auf internationaler Ebene stark und entschlossen zu erscheinen und die nationalen Interessen im Mund zu führen, um der Opposition gegen seine Innenpolitik entgegenzutreten. In dieser Woche bestand zum Beispiel Finanzminister Gordon Brown darauf, dass die öffentlichen Ausgaben niedrig gehalten werden müssten, um den Krieg gegen den Terrorismus zu finanzieren.

Die Kurzbesuche des Premierministers in Paris, Berlin und Washington wie auch seine angeblichen Diskussionen mit zahlreichen anderen Weltführern haben ihm Ehrenbezeichnungen wie "Bulldogge Blair" und "Wiederauferstehung von Winston Churchill" eingebracht. Glaubt man der britischen Presse, so ist Blair ein Vermittler - sie hat ihm sogar den Spitznamen "der Überredungskünstler" verliehen - der eine Schlüsselrolle dabei spielt, die internationale Unterstützung für Washingtons Anti-Terror-Koalition sicherzustellen und zu festigen.

Der andere Hauptfaktor hinter Blairs Bemühungen, seinen politischen Karren hinter Bushs Kriegspferde zu spannen, ist der Versuch, die Krise der britischen Außenpolitik zu überwinden.

Als Labour vor mehr als vier Jahren an die Macht kam, hatte sie von einem dominanten Teil der herrschenden Klasse den Auftrag erhalten, die schwer zu handhabenden Konflikte über die Außenpolitik zu lösen, die die Konservative Partei buchstäblich zerrissen hatten. An erster Stelle stand dabei die Notwendigkeit, Großbritanniens Position in der Europäischen Union zu sichern, indem es sich der einheitlichen europäischen Währung Euro anschließt. Die Blair-Regierung ist jedoch außerhalb der Euro-Zone geblieben und verhält sich kraftlos gegenüber der rechten Anti-Euro-Presse. Die Außenpolitik von Labour bestand größtenteils darin, Großbritannien in jeder Frage, von Irak bis Irland, fest an die Seite von Amerika zu stellen. Dahinter stand die Absicht, in wirtschaftlichen und politischen Fragen das Gewicht Großbritanniens gegenüber seinen europäischen Hauptpartnern Deutschland und Frankreich zu erhöhen.

Solange Präsident Clinton an der Macht war, zahlte sich diese Strategie aus und Blair konnte behaupten, dass beide Länder gemeinsam der Politik des "dritten Weges" verpflichtet seien, und so die "besondere Beziehung" zwischen Großbritannien und den USA verstärken. Nachdem der rechte Klüngel um George W. Bush im November letzten Jahres die Wahl an sich gerissen hatte und deutlich zu verstehen gab, dass er eine aggressivere und einseitige Außenpolitik verfolgen werde, bekam Blair Angst davor, von Europa und den Vereinigten Staaten ins Abseits gedrängt zu werden. Als Bush vor einigen Wochen verkündete, dass Mexiko Amerikas größter Freund sei, verstärkte dies die Bedenken in den herrschenden Kreisen Großbritanniens, dass Blair sich politisch katastrophal verkalkuliert haben könnte, als er sich nicht fester den europäischen Mächten angeschlossen hatte.

Blair nutzte daher die Ereignisse des 11. Septembers, um seine Loyalität zur Bush-Regierung zu beweisen, indem er sich zum vordersten Verteidiger jeder vom Weißen Haus als angebracht angesehenen Maßnahme machte. Bushs Feststellung, dass die Vereinigten Staaten keinen größeren Alliierten als Großbritannien hätten, und sein Verweis auf seinen "Freund" Blair ließen die Brust des Premierministers vor Stolz schwellen und gaben der Presse Gelegenheit, in lyrischen Worten von Großbritanniens internationaler Rolle als "Brücke" zwischen Europa und Amerika zu schwärmen.

Wie bereits bei anderen Gelegenheiten sorgt Großbritanniens übertriebene Unterstützung für und Teilnahme an Militärinterventionen für einen internationalen Anstrich dessen, was im Grunde eine Initiative der Vereinigten Staaten ist. Die Vereinigten Staaten haben sich jedoch in einem größeren Maße als jemals zuvor öffentlich das Recht vorbehalten, unilateral zu handeln, wann und wo es ihnen gefällt. Wenn Großbritannien bereit ist, diese Bedingungen zu akzeptieren, dann ist das Weiße Haus damit soweit einverstanden.

In der letzten Septemberwoche kam der stellvertretende Leiter des Verteidigungsstabes General Sir Anthony Piggott aus Washington zurück und erklärte, er habe "detaillierte Pläne" über Amerikas Absichten zur Prüfung durch die britische Regierung dabei. Später sickerte durch, dass er nichts weiter im Gepäck gehabt hatte, als eine Liste, mit der die Vereinigten Staaten Personal und Ausrüstung aus Großbritannien anforderten.

Der Blankoscheck, den Blair der Bush-Regierung ausstellt, sorgt bereits für Nervosität unter einem bedeutenden Teil des Establishments. Unabhängig davon, ob Amerikas Stern heller leuchten oder verblassen wird, befürchten sie, dass Großbritanniens eigene strategische Interessen im Nahen und Mittleren Osten, in Europa und in der ganzen Welt bedenklich untergraben werden könnten.

## **Die angeforderte Anforderung: Schröder will in die erste Reihe**

**Die Bereitstellung deutscher Truppen erfolgt auf "Anforderung" der Vereinigten Staaten. Die Regierung reagiert "auf Bitten um ganz bestimmten Beistand". Niemand hat sich "aufgedrängt". Der Kanzler als vorsichtiger Staatsmann, der das Risiko kennt, aber das Abenteuer scheut, der den Verbündeten nicht brüskiert und Deutschland nicht isolieren will. Die Präsentation war perfekt, als Gerhard Schröder den ersten Kriegseinsatz deutscher Kampftruppen nach dem Zweiten Weltkrieg bekannt gab.**

Das Bild des zögernden, aber verantwortungsvollen Machers währte nicht lange. Eine konkrete Anforderung aus Washington hat es nicht gegeben, erklärte Donald Rumsfeld nur wenige Stunden nach Schröders Ankündigung. Ausgerechnet der US- Verteidigungsminister stellte mit seiner Äußerung auf der weltweit übertragenen Pressekonferenz des Pentagon die Glaubwürdigkeit des deutschen Bundeskanzlers in Frage - und warf damit die Frage nach den eigentlichen Motiven der Bundesregierung für den Militäreinsatz auf.

Die Klarstellung war kein Ausrutscher des Pentagon-Chefs. Zwar liegt der Bush-Regierung daran, sich mit einer möglichst engen Einbindung gegen mögliche Kritik an ihrer Kriegsführung abzusichern. Rumsfeld würde sich aber lächerlich machen, würde er behaupten, dass die mit Abstand größte Militärmacht der Erde andere Regierungen um ein paar hundert Soldaten anbetteln muss.

Wir haben uns leider schon daran gewöhnt, dass auch demokratische Regierungen es im Krieg mit der Wahrheit nicht so genau nehmen. Wenn aber die Regierung jetzt den Vorwurf der Lüge riskiert, dann muss sie dafür einen guten Grund haben. Offenbar fürchtet sie, dass die wahren Motive in der Bevölkerung schlechter ankommen als die Berufung auf die schwere Last der Beistandspflicht.

Wenn man der Regierung fairerweise zugesteht, nicht aus wahltaktischen Motiven zu handeln, kann es ihr nur darum gehen, durch militärische Macht auch politischen Einfluss zu gewinnen. Leider ist militärische Macht in der Außenpolitik tatsächlich immer noch bestimmender Faktor für politische Einflussnahme.

Die Frage ist jedoch, ob man dies akzeptiert oder versucht, dem entgegenzuwirken. Selbst in der EU-Außenpolitik soll jetzt nur noch mitreden dürfen, wer auch bereit ist, Krieg zu führen. Die Kungelrunden der großen EU-Militärmächte haben hier ein fatales Zeichen gesetzt. Auch an der Regelung der Nachkriegsordnung in uAfghanistan werden die USA wohl vor allem die Länder beteiligen, die Truppen entsandt haben.

Die Bundesregierung will offenbar künftig mit den großen Militärmächten an einem Tisch sitzen. Deshalb ist sie bereit, Soldaten in alle Welt zu schicken. Den Mut, dies auch der Öffentlichkeit zu sagen, hat sie offenbar nicht. Eine rot-grüne Regierung, die Außenpolitik als Friedenspolitik versteht, hätte aber gerade die Aufgabe, der Legitimierung politischen Einflusses durch die Demonstration militärischer Stärke entgegenzutreten

ERIC CHAUVISTRÉ

taz Nr. 6595 vom 8.11.2001, Seite 1

**Die Vertrauensfrage im deutschen Bundestag:**

# Was treibt Schröder an ? Oder gibt es eine geheime Außenpolitik der rot – grünen Regierung ?

von  
Rainer Rupp 16.11.2001

**Kopfschüttelnd fragt man sich, was ausgerechnet einen SPD-Bundeskanzler und die überwiegende Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten mit unaufhaltsamer Macht dazu treibt, junge Männer in diesen Krieg zu schicken. Welche Macht zwingt sie dazu? Ist es vielleicht jene gewaltige Macht hinter den Politikern, die Kurt Tucholsky in seiner Adresse an die SPD im Auge hatte, als er sagte: »Sie glaubten, sie wären an der Macht und waren doch nur an der Regierung.«**

Bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage im Bundestag am 15.11.2001 über die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan möchte sich Gerhard Schröders mit deutschen Kampfeinsätzen bei den US-Amerikanern nicht nur als verlässlicher Bündnispartner andienen. Denn eigentlich ist Schröder der Kanzler der rechten Mitte und damit auch Kanzler der CDU/CSU und der FDP, zumindest wenn es um die militärische Untermauerung deutscher Machtprojektion geht. Daher erhält der bürgerliche SPD-Kanzler von den Konservativen auch volle Unterstützung bei seiner »Enttabuisierung des Militärischen«, denn Deutschland muß wieder ein »ganz normales Land« werden, das auch Kriege führen kann und darf, wenn es dies für richtig hält. Einer deutschen »Normalität« standen aus historischen Gründen immer noch Hindernisse entgegen. Da boten die Terroranschläge vom 11. September eine geradezu ideale Gelegenheit, die letzten Fesseln abzuwerfen, die Deutschland infolge des Zweiten Weltkrieges auferlegt waren, und die in der Bevölkerung tief verwurzelten Widerstände gegen Krieg im Sturm zu überwinden. Nicht von ungefähr wurde nach dem 11. September auch hierzulande die dumpfe Angst geschürt und aus Sorge über den »Angriff auf die Zivilisation« Kriegshysterie erzeugt.

## Kein NATO-Beistandsfall

Die im Rahmen der NATO bestehende Beistandspflicht im Fall eines Angriffs auf ein Mitgliedsland kann es in diesem Fall nicht sein was Schröder antreibt. ( ) Denn in einer Erklärung der »Freiburger Erklärung«, die 65 Juristen unterschrieben haben, heißt es, **daß die Bundesrepublik völkerrechtlich nicht verpflichtet ist, sich militärisch am Afghanistankrieg zu beteiligen.** Mit der Erklärung wollen die Unterzeichner, so Kai Ambos, Experte für ausländisches und internationales Strafrecht, die Parlamentarier vor der Bundestagsentscheidung am Freitag über die juristischen Aspekte des Kampfeinsatzes der Bundeswehr informieren. Weder aus den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates noch aus Artikel 5 des NATO-Vertrages ergäbe sich eine rechtliche Grundlage für eine aktive Beteiligung Deutschlands am Krieg in Afghanistan, heißt es in der Erklärung der Juristen.

Weiter heißt es in der »Freiburger Erklärung«: Auch der UN-Sicherheitsrat habe gemäß Artikel 51 der UN-Satzung **nicht die Voraussetzung für das Recht auf Selbstverteidigung festgestellt.** Somit wurde den USA auch kein Recht auf militärische Operationen gegen Afghanistan eingeräumt.

Bei dem sich ausbreitenden Rechtsnihilismus der »westlichen Wertegemeinschaft«, die internationales Recht nur noch achtet, wenn es den eigenen Interessen dient, dürfte die Freiburger Erklärung allerdings ein Ruf in der Wüste bleiben. Bei den auf Fraktionszwang getrimmten und zur Entsorgung ihrer freien Gewissensentscheidung gepreßten Parlamentarier werden jegliche Zweifel auf steinigen Boden fallen.

Wenn es also nicht die Beistandspflicht ist, was treibt dann die Bundesregierung in den Krieg? Ist es vielleicht die stets wohlfeil auf den Lippen getragene Sorge um die Menschenrechte in Afghanistan? Obwohl unsere Politiker und Medien in den letzten Tagen und Wochen entdeckt haben, wie menschenverachtend die Taliban-Politik gegenüber den afghanischen Frauen ist, kann das Menschenrechtsargument diesmal nicht so leicht zur Rechtfertigung des Krieges herangezogen werden. Die »mensenrechtlichen Qualitäten« der neuen Bündnispartner der »westlichen Wertegemeinschaft« in Afghanistan, nämlich jener Gruppen der Nordallianz, sind nicht weniger grausam als die Taliban. Da die Nordallianz aber scheinbar gewillt ist, für die USA vorerst die Hauptlast des Bodenkrieges zu schultern, handelt es sich hier um einen weiteren Fall von »eigenen Schweinehunden«, über die die Großmeister der Heuchelei in Washington, London und Berlin kein böses Wort



verlieren.

### **Knallharte Konkurrenz**

Bleibt also nur noch die Angst vor dem Terrorismus bin Ladens, die Kanzler Schröder dazu drängt, den USA unsere Soldaten als Kanonenfutter anzudienen. Aber US-Außenminister Powell ist der Weltöffentlichkeit die vollmundig angekündigten Beweise für die Schuld bin Ladens bisher schuldig geblieben.(...).

Bei einer Staatsaffäre aber wie dieser, wo es um Krieg, wo es um Tod und Vertreibung von Zivilisten geht und um die Zerstörung eines Landes, kann es nicht angehen, daß sich die Verantwortlichen in Washington, Berlin und London hinter Geheimhaltungspflichten verstecken und ohne einen Beweis vorzulegen, einfach erklären, Osama bin Laden war's. Ein derartiges Verhalten muß Mißtrauen erregen. Ist es überhaupt möglich, mit einem Satellitentelefon aus einer afghanischen Berghöhle heraus eine höchst komplexe und komplizierte Terroroperation wie am 11. September quasi unter den Augen der westlichen und speziell der amerikanischen Nachrichtendienste vorzubereiten, zu koordinieren und ohne Pannen durchzuführen? Wie kommt es, daß ausgerechnet die CIA und das FBI, die vor dem Anschlag, von dem, was vorging, keine Ahnung gehabt haben wollen und nach dem Anschlag sofort genau wußten, wer es war? Sieht das nicht verdächtig danach aus, daß das Ergebnis der Untersuchung bereits vor deren Beginn feststand? Und ist es nicht so, daß das »Untersuchungsergebnis« die strategische Zielsetzung der amerikanischen Außenpolitik in Zentralasien erheblich befördert?!

Regierungsoffizielle Erklärungen aus Washington haben in der Vergangenheit hinlänglich deutlich gemacht, daß das an Öl- und anderen Rohstoffen immens reiche Zentralasien, besonders die Region ums Kaspische Meer, im Zentrum der amerikanischen Interessen steht. Das Problem bestand bisher allerdings darin, militärisch in der Region Fuß zu fassen. Dieses Problem ist nun gelöst. CIA und FBI haben mit dem Finger auf bin Laden und die Taliban gezeigt. Damit bekam Washington vor der Weltöffentlichkeit eine scheinbar legitime Handhabe, nicht nur für militärische Operationen gegen Afghanistan, sondern auch für die Errichtung von Militärbasen in einigen Ländern Zentralasiens. Ob bin Laden für die Terroranschläge vom 11. September verantwortlich ist oder nicht, Washington hat die Gelegenheit beim Schopf ergriffen. Und eine solche Gelegenheit möchte sich auch die herrschende Klasse in Deutschland nicht entgehen lassen.

### **Partnership in leadership**

Die Bundesregierung hat längst ihr Interesse an den Schätzen Zentralasiens angemeldet. Im Vorwort des Positionspapiers der Bundestagsfraktion der SPD mit dem Titel »Zukunftsregion Kaspisches Meer« spricht z.B. Rudolf Scharping von »attraktiven Gestaltungsmöglichkeiten«, um in der Region in Zukunft den »eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen Geltung zu verschaffen«. Und Achim Schmillen, Leiter Planungsstab im Auswärtigen Amt, hatte einige Monate vor dem 11. September für das Jahr 2015 »ein mögliches Szenario« mit dem Titel: »New Great Game in Zentralasien« entworfen. Nun – nach dem 11. September - braucht Schmillen nicht mehr bis 2015 zu warten. Eine deutsche Beteiligung am US-Krieg in Afghanistan würde die angestrebte Entwicklung enorm beschleunigen. Die FAZ jubiliert und sieht in dem Kampfeinsatz der Bundeswehr »das Hinaustreten Deutschlands aus dem Windschatten internationaler Politik«. Seit dem Zerfall des UdSSR sind alle Hemmschwellen verschwunden.

Heute geht es um nicht weniger als die kapitalistische Neuordnung Osteuropas und die Neuaufteilung der zentralasiatischen Reichtümer der ehemaligen Sowjetunion. Hier stehen die wirtschaftlichen, politischen und strategischen Interessen der führenden Mitglieder der »westlichen Wertegemeinschaft« in knallharter Konkurrenz. Hier zeichnet sich die Führungsmacht USA durch ein zunehmend aggressives und unilaterales Vorgehen aus. Nur wer sich eng an die USA anlehnt, hat die Chance, bei der Neuaufteilung gehört zu werden und ein Stück vom Kuchen abzubekommen. Um in dieser Gemengelage die »deutschen Interessen« – d.h. die Interessen der großen deutschen Konzerne – besser zur Geltung zu bringen, kann sich die deutsche Regierung nicht länger erlauben, bei den von den USA geführten Kriegen abseits zu stehen. Schließlich haben seit Ende des Zweiten Weltkrieges die USA in etwa 50 Ländern militärisch eingegriffen, um die weltweiten wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen ihrer herrschenden Klasse durchzusetzen.

Auch die Interessen der großen deutschen Konzerne, insbesondere der Finanzkonzerne, sind längst globaler Natur. Wegen der haushohen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Übermacht der USA können die deutschen Konzerninteressen allerdings nicht gegen die USA, sondern nur im engen Schulterschuß der Bundesregierung mit der Regierung in Washington gefördert werden. Je enger, desto besser. Das haben die Briten schon vor vielen Jahren erkannt und sorgfältig ihr »spezial relationship«, ihre »besonderen Beziehungen«

zu den USA gepflegt. Egal, wen Washington gerade bombardiert, die Briten sind dabei, ungefragt. Dafür hat London ein gewisses Mitspracherecht. Nicht in Grundsatzfragen, aber z.B. bei der Durchführung der Operationen, und – was wichtiger ist – sowohl beim Verteilen der Beute als auch im allgemeinen diplomatischen und wirtschaftlichen Tagesgeschäft dürfen sich die Briten der besonderen Gunst der USA erfreuen. Nicht umsonst verstehen sich die britischen Konzerne so gut mit der Labour-Regierung Tony Blairs.

Mit seinem Versprechen der »uneingeschränkten Solidarität« gegenüber Washington hat sich Kanzler Schröder unter dem Beifall der Konservativen aufgemacht, den Briten ihren ersten Platz an der Seite des großen transatlantischen Bruders streitig zu machen. Die Chancen dafür stehen langfristig nicht schlecht. Als Vater Bush noch Präsident war, hatte er 1991 in seiner Rede in Berlin dem vereinten Deutschland als stärkstem europäischem Land eine »partnership in leadership«, eine »Partnerschaft bei der Führung« Europas angeboten. Weil Washington den Deutschen bei der Neuordnung Osteuropas mehr zutraute als den Briten, sollte Deutschland der neue Stellvertreter der USA in Europa werden. Damals war die Kohl-Regierung jedoch von den Problemen der Vereinigung hoffnungslos überfordert. In London aber schrillten die Alarmglocken, die Briten fürchteten den Verlust ihres Einflusses an der Seite der USA. Seither hat London alles getan, um sich im Vergleich zu anderen NATO-Ländern als besonders zuverlässiger Bundesgenosse zu erweisen.

Wegen der innenpolitischen Widerstände gegen jegliche Beteiligung der Bundeswehr an Angriffskriegen hatte die deutsche Regierung bis vor kurzem keine Chance, den Briten den Rang abzulaufen und von den USA ein neues »partnership in leadership«-Angebot zu bekommen. Der 11. September hat alles geändert. Dem expandierenden deutschen Großkapital und den militaristischen Menschenrechtsbomben hat er eine einmalige Gelegenheit verschafft, sich der »Zwangsjacke« des Friedensgebots zu entledigen und endlich an der Seite der USA Krieg führen zu können. Das rabiate Vorgehen, mit dem Kanzler Schröder, der nicht umsonst »Genosse der Bosse« genannt wird, die SPD und die Grünen für die Konzerne auf Kriegskurs zwingt, zeigt, daß man sich diese Gelegenheit auf keinen Fall entgehen lassen will. aus. Junge Welt vom 16.11.2001 (Überarbeitet von O.L.)

## **Endstation Abenteuer**

von Jochen Hippler

**BUNDESWEHR WELTWEIT FÜR "SICHERHEIT UND STABILITÄT"**

### **Die Enttabuisierung des Krieges in der deutschen Außenpolitik ist fast abgeschlossen**

**Vor kaum mehr als einem Jahrzehnt, in der Schlussphase der "alten" Bundesrepublik, gab es einen Konsens: die Bundeswehr konnte und sollte nicht außerhalb des NATO-Geltungsbereichs eingesetzt werden. Darin bestand Einigkeit von den damals noch friedensbewegten Grünen bis zur CSU. Diese Position hat sich seither ebenso gravierend verändert wie die Militärdoktrin der NATO.**

Das Ende des Kalten Krieges veränderte die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik einschneidend: Bereits 1988/89 hatten - sehr zaghaft zunächst - Debatten um neue Einsatzformen der Bundeswehr begonnen, zuerst bezogen auf den Persischen Golf (Minenräumen) und das Mittelmeer (Ersatz von US- Schiffen, die zum Golf verlegt wurden). Dann gewann die Diskussion bald an Fahrt - es wurde über die Notwendigkeit räsoniert, deutsche Soldaten außerhalb des NATO-Gebietes einzusetzen: aber natürlich nur aus humanitären und friedenserhaltenden Gründen - und ausschließlich im Rahmen der UNO und als "Blauhelme" - also ohne Kampfauftrag (peace keeping-Missionen) und nur bei Zustimmung der betroffenen Konfliktparteien. Ein schöner Diskurs, bei dem sich die Befürworter neuer Militäreinsätze mächtig ins moralische Zeug legten: Es gehe ja gar nicht um das Militär, sondern letztlich um die Stärkung der UNO. Und wer eine aktivere Rolle der Vereinten Nationen in der Welt wolle, so hieß es, der müsse ihnen auch deutsche Soldaten zur Verfügung stellen.

Deutsche Soldaten auf dem Balkan - zur Not ohne UN-Mandat

Die nächste Stufe der Debatte Anfang der neunziger Jahre kreiste ebenfalls noch um die UNO - allerdings: die Einschränkung auf Blauhelme wurde bald fallengelassen. Zwar ging es noch nicht um tatsächliche Kampfeinsätze - dazu war der innenpolitische Widerstand zu groß -, aber die deutschen Truppen in Somalia (1993/94) waren schon keine Blauhelme mehr, sondern Teil einer Strategie zur Friedenserzwingung (peace enforcement).

Danach verschob sich die Debatte weiter, über Bosnien, den Krieg gegen Serbien bis zum Kosovo: Da war zunehmend auch die Rolle der UNO nicht mehr erforderlich, eine Selbstmandatierung der NATO reichte inzwischen völlig aus, um deutsche Soldaten auf dem Balkan einzusetzen. Der Luftkrieg gegen Belgrad zwischen März und Juli 1999 wurde natürlich einerseits als hochgradig humanitäre Angelegenheit annonciert, war aber zugleich ein Akt der "Solidarität" mit den NATO-Verbündeten. Um hier nicht zu weit vorzupreschen, wurden die Stationierungen der IFOR beziehungsweise SFOR-Truppen (Bosnien) nach dem Dayton- Abkommen vom Dezember 1995 und der KFOR-Truppen (Kosovo) im Juli 1999 wieder in einen UN-Rahmen eingebettet. In den späten neunziger Jahre dominierte nach dem Somalia-Debakel (1992- 1995) in der westlichen Außenpolitik -bezogen auf die UNO - eine neue Sichtweise: die Träume von einer globalen Friedenspolitik waren fortan obsolet, nun sollte - wenn möglich -die Weltorganisation nur noch "eingebunden" werden. Sie sollte nicht das politische Entscheidungszentrum sein, sondern anderswo getroffene Entscheidungen (in Washington oder in Brüssel) im Nachhinein absegnen. Tat sie das nicht (Kosovo, Afghanistan) - dann war sie offensichtlich "handlungsunfähig" und musste umgangen werden. Damit entfiel die zentrale Politikbegründung der früheren Jahre für die größere Rolle der Bundeswehr - die Rolle der UNO. Interessanterweise wurden die Entscheidungen erweiterter Einsatzformen trotz geänderter Geschäftsgrundlagen nicht etwa rückgängig gemacht, sondern im Gegenteil massiv vorangetrieben.

Die in der vergangenen Woche beschlossene Entsendung deutscher Truppen in den Afghanistan-Krieg mag sehr unklar bleiben, da weder Zeitpunkt, noch Ort oder Aufgaben definiert wurden. Eines aber ist klar: der Einsatz erfolgt weder auf der Grundlage eines Beschlusses der UNO, noch im Rahmen der NATO. Die Truppenentsendung ist eine im Kern unilaterale Entscheidung zur Unterstützung des wichtigsten Verbündeten, der USA. Damit ist wieder eine wichtige Grenzlinie überschritten worden: der Truppeneinsatz außerhalb jeder Institution, entweder der kollektiven Sicherheit oder eines Bündnisses.

### **Schröder geht über die Herz-Jesu-Begründung weit hinaus**

Ähnlich wie die institutionelle Einbindung der deutschen Militäreinsätze verschob sich auch der Begründungszusammenhang. Zwar ist es richtig, dass die offiziellen Begründungen selten mit den realen Einsatzgründen übereinstimmen - um so bezeichnender aber die Verschiebung in der offiziellen Rechtfertigung der Einsätze. Hier verlief die Entwicklung in drei groben Stufen: zuerst, wie erwähnt, dominierten allgemeine Weltordnungsargumente, die sich um die Stärkung der UNO und einer internationalen Friedensordnung gruppierten. Dann wurden humanitäre Argumente betont, etwa der Kampf gegen uMenschenrechtsverletzungen -insbesondere Völkermord. Vor allem beim Kosovo-Krieg wurden diese Argumente auf die Spitze getrieben und manchmal geradezu absurd überspitzt. Verteidigungsminister Scharping waren die tatsächlichen Verbrechen der Milosevic'-Regierung in Belgrad nicht schrecklich genug -er hielt es zur Legitimation des Krieges für angebracht, weit über die Peinlichkeitsgrenze hinaus zu erfinden und zu übertreiben. Aber auch diese Phase der Rechtfertigung hat zwischenzeitlich ihren Höhepunkt überschritten, wenn humanitäre Argumente auch in Zukunft immer wieder wichtig werden, wenn sie eine umstrittene Politik rechtfertigen können. Bundeskanzler Schröder ist allerdings im Herbst 2001 über solche Herz-Jesu-Begründungen des Krieges weit hinaus gegangen. Er sprach davon, dass in Zukunft militärische Interventionen - Schröder bestand auf diesem Wort - nicht allein zur Förderung des Friedens und der Menschenrechte erfolgen sollten, sondern auch zur Durchsetzung von "Sicherheit und Stabilität". Sicherheit und Stabilität sind Formulierungen, die letztlich jede Form eines militärischen Einsatzes rechtfertigen können: Beide Begriffe sind so vage und unbestimmt, dass sie je nach Bedarf interpretiert werden können. Letztlich sind sie interessensabhängig und allumfassend. Da wundert man sich kaum noch, wenn Schröder mehrfach von der Enttabuisierung des Militärischen in der deutschen Außenpolitik gesprochen hat - als hätte die deutsche Geschichte bisher an einem Mangel an militärischen Abenteurern gelitten, als wäre dieses Tabu nicht ein wichtiger zivilisatorischer Fortschritt gewesen.

Fassen wir den Trend der Ausweitung deutscher Militäreinsätze außerhalb des NATO-Geltungsbereiches zusammen, ergeben sich drei Ergebnisse: sie wurden scheinbar von der Bindung an UNO-Blauhelmaktionen bis zur unilateralen Einsatzform in Kooperation mit ausgewählten Verbündeten ausgeweitet. Ihr geografischer Einsatzbereich ist nun praktisch weltweit: Bundeswehrsoldaten wurden inzwischen unter anderem in Osttimor, Kambodscha, auf dem Balkan, in Somalia und anderswo eingesetzt. Mit der jetzt von Rot-Grün beschlossenen Entsendung gilt ein noch größerer regionaler Bereich ohne Präzisierung. Deutsche Soldaten können und sollen in Zukunft zu fast beliebigen Zwecken eingesetzt werden, solange sie nur nützlich erscheinen. Fazit - die Nachkriegszeit ist vorbei, Deutschland ist wieder eine normale Militärmacht, die Krieg bei Bedarf enttabuisiert zur Interessenswahrnehmung betreiben kann. So schön kann rot-grüne Außenpolitik sein. Aber wie hatte der Außenminister bei seinem Amtsantritt so trefflich formuliert: Es gebe keine grüne, sondern nur deutsche Außenpolitik. Diese Drohung hat die Koalition inzwischen wahrgemacht.

# Die Medien, Steigbügelhalter des Kriegs

Aus: der jungen Welt vom 15.11.2001

## Geistige Mobilmachung

Und wieder haben die Medien vorzüglich funktioniert und sich qualifiziert für all die Kriege, die jetzt kommen werden  
von **Peter Kleinert**

**5000 Attentats-Tote am 11. September, 35000 Hungertote jeden Tag. Auf diese Zahlen und den Widerspruch der ihnen jeweils gewidmeten Zeitungszeilen und Sendeminuten werde ich im folgenden nicht weiter eingehen.**

Als Journalist und Dokumentarfilmer gehöre ich zu den Leuten, die die Medien in den vergangenen 25 Jahren, vor allem das Fernsehen, als – in der Regel – gigantische Manipulationsmaschinerie kennen und als Dieb kostbarer Zeit verachten gelernt haben. Trotzdem saß ich am 11. September, nach dem, wie es überall heißt, »nichts mehr so sein wird, wie es einmal war«, weit weg von Köln, im äußersten Südwesten der Türkei, fasziniert von unfassbaren realen Bildern, die ich bis dahin nur aus Horrorspielfilmen kannte, vor dem Schirm, machte Notizen und warf VHS-Kassetten zum Aufzeichnen in den Videorecorder. Das Fernsehen demonstrierte seine Vormachtstellung durch Rund-um-die-Uhr-Sendungen, mit denen es, laut dpa, tagelang »am Ball« blieb. »Am Ball«! Bei der Deutschen Presseagentur hat man vermutlich bis heute nicht begriffen, wie genau diese Formulierung den Nagel auf den Kopf traf.

### Sprachrohre der Propaganda

Schon im ersten Auslandsfeldzug der Bundeswehr, dem gegen Jugoslawien, galt der historische Satz: »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.« Am 12. September 2001 hielt es Herr Struck, anders als der Kaiser, im Bundestag für nötig zu sagen: »Heute sind wir alle Amerikaner.«

»Wo es keine zwei Meinungen mehr gibt«, sagte dazu Konkret-Herausgeber Hermann L. Gremliza in einem Beitrag zum Hamburger »Tribunal gegen die NATO« schon im April 2000, »gibt es keine Information, sondern Propaganda. Das wäre vor ein paar Jahren eine Unterstellung gewesen, heute ist es offen erklärte Absicht.«

Als die Monitor-Autoren Jo Angerer und Matthias Werth knapp ein Jahr später mit ihrem Film »Es begann mit einer Lüge« darstellten, wie die öffentliche Meinung durch die Lügen von Scharping und Shea auf den Kosovo-Krieg eingestimmt wurde, fielen die in diesem Film als Propaganda-Sprachrohre vorgeführten Journalisten über die beiden her und warfen ihnen, nicht nur in »FAZ« und »Welt«, im Chor mit Scharping Manipulation, Einseitigkeit und schlechte Recherche vor. Daß der Minister eine großmäulig angekündigte Gegendarstellung plus angedrohter Klage am Ende weder beim WDR noch bei Gericht vorlegen ließ, habe ich am Ende dieser Affäre via Internet nur in junge Welt gelesen.

Haben, so fragte Konkret-Herausgeber Gremliza am Ende seines Vortrags im April 2000, deshalb die Medien während des Kosovo-Krieges versagt? Seine Antwort: »Natürlich nicht, im Gegenteil: Sie haben den zur totalen geistigen und psychischen Mobilmachung nötigen Bedarf an Falschmeldungen und Stimmungsmache gestillt,

das nationale Kollektiv zusammengeschweißt, keine störenden, unnötigen Fragen gestellt. Sie haben vorzüglich funktioniert und sich qualifiziert für all die Kriege, die jetzt kommen werden.«

Ausgerechnet das öffentlich-rechtliche ZDF bestätigt Gremlizas Analyse und Vorhersage gleich am 11. September 2001 mit der Schlagzeile »Terrorkrieg gegen Amerika«. Die steht dann Tag für Tag stundenlang auf der Studiowand hinter den Moderatoren der ZDF-»Spezial«-Sendungen.

Zu diesem Zeitpunkt befindet sich der Sprecher der anglo-amerikanischen Ölkonzerne und ihrer »zivilisierten Welt«, George W. Bush, noch in der Phase eines eher marionettenhaften Stammelns, ist wohl noch nicht von seinen Beratern gebrieft, wen er als Drahtzieher des Anschlags verantwortlich machen soll, hat deshalb seine NATO-Partner auch noch nicht auf ihre »Bündnispflichten« nach dem NATO-Vertrag hinweisen können. Schröder, Scharping, Fischer, Beer haben auch noch keine Zeit gefunden, die USA der »uneingeschränkten Solidarität« aller Deutschen zu versichern, aber die Mainzelmännchen und ihr Intendant Dieter Stolte stimmen eben diese Deutschen bereits auf den NATO-Verteidigungsfall ein, der eigentlich nur dann eintritt, wenn ein Krieg gegen ein NATO-Mitglied vom Zaun gebrochen wird. »Terror gegen Amerika«, wie RTL seine Specials titelte, oder »America under Attack«, so die Headline vom ansonsten auch nicht eben zimperlichen CNN, reichen für den NATO-Verteidigungsfall halt nicht aus.

Am 16. September, im Sonntagspresseclub der ARD, wollen WDR-Intendant Fritz Pleitgen und Zeit-Herausgeber Josef Joffe sich auch nicht vorwerfen lassen, sie, als echt liberale Journalisten, hätten im Kosovo-Krieg nichts gelernt. Im Gegenteil: »Wann schlägt Amerika zurück?« titelt Pleitgen die von ihm moderierte Sendung und gibt schon in den ersten Minuten seines Stammtischs dem vorsichtig warnenden Deutsche-Welle-Redakteur und Asien-Spezialisten Günter Knabe zu verstehen, daß »Amerika sich gezwungen sieht, militärisch zu agieren oder reagieren« (!). Joffe von der »Zeit« setzt noch einen drauf, als Knabe insistiert und »andere Mittel« als militärische Angriffe gegen Terroristen fordert. Nach den Angriffen auf World Trade Center und Pentagon stünden »die Amerikaner in einer ähnlichen Situation wie in Pearl Harbour, das heißt, sie sind direkt angegriffen worden«, behauptet Joffe. Deshalb werde zwar »kein dritter Weltkrieg, aber es wird ein globaler Krieg sein«.

Knapp zwei Stunden vorher hat Johannes Kaul, Chefredakteur des ARD-Morgenmagazins, bei der Moderation seines Programms deutsche Journalisten noch ganz anders eingeschätzt. O-Ton Kaul: »Was aber die Kollegen von Fernsehen, Hörfunk wie auch Printmedien in den vergangenen Tagen ausgezeichnet hat, war eine distanzierte, nüchterne, der Versuch einer distanzierten, nüchternen Sicht.« Zum unfreiwilligen Witz wird Kauls Lob nicht erst nach zwei Stunden durch die Herren Pleitgen und Joffe. Nur wenige Minuten nach diesem Satz begrüßt Kaul im Morgenmagazin seinen Hauptstadt-Redakteur Sven Kuntze. Der hat ein Interview mit Innenminister Schily über dessen Pläne geführt, anläßlich der günstigen Gelegenheit, den Rechtsstaat durch ein Antiterrorpaket auszuhebeln – wie das später von Richterbund, Anwaltsvereinigungen und Nichtregierungsorganisationen kritisiert wird. Kuntze dagegen hat für Schilys Pläne volles Verständnis: »Der Innenminister steht unter einem gewissen Handlungszwang, vor allem angesichts der peinlichen Tatsache, daß die Terroristen sich in der Bundesrepublik offensichtlich sehr wohl gefühlt haben.«

### **Mahnung des Presserats**

Drei Tage später, am 19. September, sieht der Deutsche Presserat Gründe, Journalisten und Medien »an die Einhaltung der publizistischen Grundsätze«, wie sie im Pressekodex festgelegt sind, zu erinnern. Trotz der »verständlichen emotionalen Betroffenheit« dürfe die Berichterstattung in Wort und Bild ihre »professionelle kritische Distanz nicht verlieren«. Sie solle Feindbildern nicht Vorschub leisten oder Vorurteile schüren. Und: »Bestrebungen zur Einschränkung von Grundrechten« werde der Presserat auch im Licht der Ereignisse kritisch beobachten.

Fritz Pleitgen fühlt sich offenbar voll bestätigt. Laut epd-medien erklärt er am Tag darauf, der WDR werde noch mehr auf Hintergrundberichterstattung und kühle Analyse setzen. Es müsse »auch das Gegenteil dessen gedacht werden, was populär ist«. Gedacht vielleicht, nur ausgesprochen möglichst nicht. Beweise dafür, daß Osama bin Laden für die Anschläge vom 11. September verantwortlich ist, haben die USA angeblich zwar ihren NATO-Partnern in Brüssel, bis heute aber nicht der Öffentlichkeit vorgelegt. Kein Thema für die großen Medien, keine Schlagzeile, kein Leitartikel oder »Tagesthemen«-Kommentar, der auf diesen Widerspruch eingeht. Im Gegenteil: In den »Tagesthemen« fordert Pleitgens Kollegin, die NDR-Fernsehdirektorin Dagmar Reim, ganz in Schwarz vor der Kamera sitzend: »Herr Bush, halten Sie es mit dem alten Testament und schlagen Sie zurück –

Auge um Auge, Zahn um Zahn«. Das gefällt dem sozialdemokratischen Freundeskreis im ZDF-Fernsehrat so gut, daß er am 29. Oktober beschließt, Frau Reim am 6. Dezember zur Nachfolgerin von ZDF-Intendant Dieter Stolte zu wählen.

Herbert Kremp begrüßt den Bombardierungsbeginn in »Bild« mit den Worten: »Bush hat sich fast vier Wochen Zeit gelassen. Nun zieht er den Ring zu.« Und Zeit-Herausgeber Josef Joffe weiß, daß er dem im Presseclub angekündigten globalen Krieg wieder ein Stück näher gekommen ist: »Das Prinzip heißt Politik– wiewohl unter Beimischung von Blei.«

### **»Wem nützt es?«**

Pleitgens »Gegenteil dessen, was populär ist« finde ich nach meiner Rückkehr nach Köln nur in Blättern mit geringen Auflagen. Am 21. September schreibt im Freitag dessen Mitherausgeber Günter Gaus auf der Titelseite: »Das Böse werden Bush und seine ihn anscheinend treibenden Ratgeber nicht aus der Welt verbannen können, aber die Vernunft und ihre Maßstäbe haben sie vorerst in den Untergrund getrieben ... So, wie ich uns Deutsche kenne, werden wir hinter den USA nicht zurückstehen wollen ... Die Annäherung der Berliner Republik an einen Polizeistaat wird alsbald in der Sprache der Politiker Züge des quasi Gottgewollten annehmen.« Am 19. Oktober bezieht sich Rainer Rupp in der jungen Welt auf eine newsweek-Recherche, nach der »mindestens zwei der angeblichen Bin-Laden-Terroristen saudische Luftwaffenpiloten waren, die in den USA auf militärischen Flugschulen ausgebildet wurden«. Im November-Heft von Konkret veröffentlicht Conrad Schuhler eine Chronik der terroristischen Außenpolitik der USA seit 1945 und eine Liste von Morden und Mordversuchen der US-Geheimdienste an ausländischen Staatshäuptern.

Und in »Geheim« vom 30. September stellt Ingo Niebel die Frage, die bei jedem ordentlichen Gerichtsverfahren gestellt wird: Wem nützt es? Seine Antwort: »Der politische und wirtschaftliche Nutzen, der Washington aus den Anschlägen entstanden ist, ist weitaus größer als die menschlichen und materiellen Verluste.« Niebel verweist auf die katastrophale Wirtschaftslage der USA vor dem 11. September, auf ihre Überschuldung, auf die innen- und außenpolitische Isolation der Regierung Bush, auf die Terrorpläne, die das US-Oberkommando 1961 gegen die eigene Bevölkerung entwickelte, um eine Invasion Kubas zu rechtfertigen und setzt, Indiz für Indiz, ein Bild zusammen, das es mir kalt den Rücken herunterlaufen läßt: Danach könnten die Anschläge vom 11. September, anstatt vom gelehrigen CIA-Ziehsohn Osama bin Laden, gegen den Bushs weltweite »Antiterrorkoalition« inzwischen Krieg führt, durchaus von der CIA selbst oder von einem anderen US-Geheimdienst inszeniert worden sein. So wie die SS 1939 für Hitlers langgeplanten Angriff auf Polen einen Angriff »polnischer Terroristen« auf den Sender Gleiwitz inszeniert hatte.

### **Skandal um ein klares Wort**

Daß derart unpopuläre Überlegungen eines Tages Grundlage einer Moderation von »Tagesthemen«-Onkel Ulrich Wickert werden könnten, ist kaum noch denkbar. Wickert hatte in einem Beitrag in der Illustrierten Max Ende September die Frage gestellt, welche tieferen Ursachen den Terroranschlägen zugrunde liegen könnten und von einem Angriff der Fundamentalisten nicht auf die ethischen Werte des Westens, sondern auf »dessen Überheblichkeit und Materialismus« geschrieben. Er bezog sich in seiner Kolumne auf einen Beitrag der wohl bedeutendsten indischen Autorin Arundhati Roy (»Der Gott der kleinen Dinge«) in der FAZ vom 28. September und zitierte aus diesem den Satz: »Osama bin Laden ist das amerikanische Familiengeheimnis, der dunkle Doppelgänger des amerikanischen Präsidenten«. Den Satz der Inderin erläuterte Wickert seinen Max-Lesern mit den Worten: »Bush ist kein Mörder und Terrorist. Aber die Denkstrukturen sind die gleichen.«

Nach diesem ebenso klaren wie unpopulären Gedanken brach unter den Hütern der Presse- und Meinungsfreiheit nach Artikel 5 Grundgesetz ein Sturm der Entrüstung los, obwohl Wickert darauf verzichtet hatte, auf bin Ladens Nähe zu einem weiteren US-Präsidenten (Reagan) und dessen Krieg gegen »das Böse« in Gestalt der UdSSR einzugehen. Angela Merkel forderte »Konsequenzen«, Bild stellte auf der Titelseite in Frageform ein »TV-Verbot für Wickert« zur Debatte. Wickert entging einem Auftrittsverbot offenbar nur knapp, weil er bereits vor einer Schaltkonferenz der ARD-Chefs öffentlich und in Absprache mit der ARD-aktuell-Redaktion in den »Tagesthemen« um Entschuldigung gebeten hatte – für etwas, was er dort nie gesagt hatte, nie gesagt haben würde, weil es eben »das Gegenteil dessen« gewesen wäre, »was populär ist«.

Noch einer mußte sich in diesen Tagen für eine unpopuläre Äußerung öffentlich entschuldigen: Ariel Sharon –

für seine Warnung, die USA seien mit ihrer weltweiten Koalition gegen den Terror auf dem besten Wege, sich wie die Briten und Franzosen in München 1938 zu verhalten. Sollte Scharon, so frage ich mich, etwas von dem geahnt oder durch seinen Geheimdienst Mossad sogar erfahren haben, was Ingo Niebel in der kleinen Zeitschrift *Geheim angedacht* hat? Z. B. darüber, daß man fanatische Fundamentalisten durch geschickte Geheimdienstarbeit finanzieren, ausrüsten und für die eigenen strategischen Ziele instrumentarisieren kann, ohne daß die das überhaupt merken, wie es der CIA und US-Präsidentenberater Brzezinski mit Hilfe des pakistanischen Geheimdienstes ISI im Falle Osama bin Laden und der Taliban in ihrem verdeckten Krieg gegen die Sowjets in Afghanistan so gut gelungen war.

Scharon wollte mit seinem Hinweis auf das Münchener Abkommen von 1938 sagen, daß die USA mit Israel so zu verfahren beginnen, wie Engländer und Franzosen es vor 63 Jahren mit der Tschechoslowakei liebten. Mit ihrer »Appeasementpolitik« stimmten sie damals der Annexion der halben Tschechoslowakei zu, um Nazideutschland zu besänftigen.

Israel war bislang im Kampf ums Öl im Nahen Osten Vorposten der anglo-amerikanischen Ölkonzerne und wurde dafür im Kampf um seine eigene Existenz von den USA nahezu bedingungslos mit Waffen und Dollars unterstützt. Sollte im Ergebnis des Anschlags auf Manhattan und das Pentagon das Kalkül von Bushs Beratern und Wahlkampf-Finanziers aus der Erdölindustrie aufgehen, dürfte der Nahe Osten auf der US-Hitliste mit den asiatischen Nachbarstaaten Afghanistans Konkurrenz bekommen. Dort liegen nämlich riesige, weitgehend ungehobene Öl- und Gasvorkommen, von den lukrativen Transportwegen, die für sie, aber auch für die an Aralsee und Kaspischem Meer bereits erschlossenen Vorkommen, über Pipelines notwendig sind, ganz zu schweigen. Dazu kommt die einmalige Chance, an den Grenzen Rußlands und Chinas Militärstützpunkte einzurichten, die nach einer Beseitigung des Taliban-Regimes nicht unbedingt wieder aufgelöst werden müßte »Wir sind Freunde des Islam«, erklärte Bush folgerichtig noch in seiner Kriegserklärung an die Taliban, forderte Israel zu Mäßigung und Rückzug aus den besetzten Gebieten auf und stellte den Palästinensern gemeinsam mit Blair in kryptischen Worten ihren eigenen Staat in Aussicht.

## **Es hat sich »für uns« gelohnt**

»Es geht nicht um eine Allianz gegen, sondern um eine Allianz mit den arabischen Staaten«, wußte auch Gerhard Schröder, der dafür, schon bevor er am 11. Oktober seine Kriegserklärung am Rednerpult des deutschen Bundestages ausgesprochen hatte, von den Medien gelobt wurde. Bush dürfte »klar sein«, hieß es in der FAZ in einem Bericht zu Schröders Besuch in Washington, »daß es zu den Leistungen der rot-grünen Regierung gehört, die Tabuisierung des Militärischen vorsichtig aufgebrochen zu haben«. Deutschlands offizieller Kriegszustand mit Afghanistan, den der Kanzler verkündete, ohne von Bush darum bis dahin überhaupt gebeten worden zu sein, verstößt zwar gegen das Grundgesetz, gibt ihm aber die Möglichkeit, weiterhin seine Führungsrolle in der EU zu behaupten, in der nur Tony Blair ihn zur Zeit rechts zu überholen versucht.

Am 5. November bekommt Schröder dann endlich, was er sich schon am 11. Oktober so sehr gewünscht hatte: Bushs konkrete Bitte um Bundeswehrosoldaten. Werner Sonne, der dies in den »Tagesthemen«, fast so stolz wie Schröder, melden darf, dazu wörtlich: »Eines ist sicher. Diese Anforderung ist so weitgehend, daß der Bundestag dem auf jeden Fall zustimmen muß.« Muß? Auf jeden Fall! In den »Tagesthemen« am Abend drauf erklärt uns Ulrich Wickert, warum der Bundestag »zustimmen muß«: »Der Einsatz in Afghanistan stellt die Bundesrepublik endgültig auf die gleiche Stufe wie die Siegermächte in Europa.«

Das heißt mit anderen Worten: Die größte Schmach der Niederlage von 1945 ist überwunden. Wir dürfen endlich wieder Krieg führen, einen »globalen Krieg« sogar. Dazu hat uns der »Terrorkrieg gegen Amerika«, der »Krieg gegen die zivilisierte Welt«, den, laut Bush und Schröder, ZDF und ARD, Osama bin Laden am 11. September vom Zaun gebrochen hat, verholfen. Der Anschlag auf World Trade Center und Pentagon hat sich also auch »für uns« gelohnt, nicht nur für die Vereinigten Staaten.

\* Der Artikel beruht auf einem Vortrag, den Peter Kleinert am 7. November 2001 im Kölner DGB-Haus gehalten hat.

Den Artikel finden Sie unter:

<http://www.jungewelt.de/2001/11-15/013.php>

\*\*\*\*

aus: DIEWOCHE 46/01, 9. November 2001

## Werbung für den Krieg

Weil die Kritik am Feldzug der USA wächst, sollen jetzt PR-PROFIS die amerikanische Politik vermarkten

von Marc Pitzke

**Charlotte Beers weiß, wie man Markenprodukte verkauft. In ihrer illustren Karriere als Top-Werbefrau hat die 66-jährige Texanerin alles nur Denkbare unter die Leute gebracht: Schuppenshampoos, Schraubenzieher, Kreditkarten, Meister Proper, Uncle Ben's. In diesen Tagen wird sich zeigen, wie gut Beers wirklich ist. Und zwar am größten Auftrag ihres Lebens. Denn Beers verkauft den Krieg.**

Der neuen Abteilungsleiterin für Öffentlichkeitsarbeit im State Department fällt der wohl undankbarste Job zu, den US-Präsident George W. Bush derzeit zu vergeben hat: **Beers soll weltweit Begeisterung schüren für den Feldzug in Afghanistan.** Ein "PR-Blitzkrieg" (so der interne Arbeitstitel dieser militärischen Marketing-Kampagne), den sie an drei Fronten parallel fechten muss: daheim in den USA, bei den Verbündeten im westlichen Ausland, und nicht zuletzt in der islamischen Welt. Höchste Zeit. National wie international schwindet die Kriegslust. In den USA nimmt Bushs Rekord-Popularität erstmals seit den Terror-Akten wieder ab, und auch jenseits des Atlantiks wächst die Kritik.

. Wer könnte das Eisen also besser aus dem Feuer reißen als Beers? Sie ist erste Vorsitzende der American Association of Advertising Agencies und Grand Dame beim globalen PR-Multi Ogilvy & Mather, dessen Umsatz unter ihrer Ägide die 2-Milliarden-Dollar-Grenze überschritt. "Wir werden Amerika neu definieren", versprach Beers in ihrer Antrittsrede vor dem Senat. "Unsere Lebensart steht unter Beschuss." Und begann sogleich mit der Verteidigung, indem sie die kreative Fußarbeit an alte Freunde delegierte: an die im US-Branchenverband Ad Council vereinigten Mega-Werbeagenturen des Landes, wie etwa Young & Rubicam, BBDO und McCann-Erickson.

Mit Kriegspropaganda hat der Ad Council Erfahrung.. Unter dem Schlagwort "Freiheit" produzierte die Werbegruppe jetzt mehrere Anzeigenkampagnen in elektronischen und Print-Medien daheim. Mit denen wollen Regierung, Rotes Kreuz und Heilsarmee die patriotische "Jetzt erst recht"-Stimmung des Volkes aus den Tagen unmittelbar nach dem 11. September möglichst lange erhalten. "Als Werbebranche haben wir die Aufgabe und die Macht, Meinung und Verhalten der Bürger in Richtung Unterstützung des Krieges zu steuern", tönt der Council-Vorsitzende Edward Reilly. "Unsere Botschaft wird alle Amerikaner informieren, involvieren und inspirieren."

Dazu hat sich sentimentale Heimatliebe als beste Waffe erwiesen. Eine weichgezeichnete First Lady Laura Bush appelliert in TV-Spots aus dem Hause McCann-Erickson an alle Eltern, ihren Kindern in diesen Kriegszeiten "gut zuzuhören". Einwanderer aller Rassen und Hautfarben bekennen vor wehenden Sternenbannern: "Ich bin ein Amerikaner." Hollywood-Star Julia Roberts bittet um Kriegsspenden. Die Nationalgarde marschiert in den Sonnenaufgang. Und damit auch die US-Muslime nicht aufmucken, darf das Arab-American Institute zu Toleranz mahnen: "Hass ist keine Lösung."

Hinter der Werbeschlacht steht ein regelrechter PR-Generalstab. Ein eigenes Team koordiniert die "Kommunikationsstrategie" (also die generelle Linie der Kampagne), ein anderes die "kreative Überwachung", ein drittes das finanzielle Fundraising. Mit von der Partie sind US-Agenturpápste wie Phil Dusenberry (BBDO), Stephanie Kugelman (Young & Rubicam), Nina DiSesa (McCann-Erickson), Michael Sennott (The Partnership),



William Cella (Magna Global), Bruce Nelson (Interpublic Group) und Andrew Langer (Lowe Group).

Im Ausland wird der propagandistische US-Großangriff von einer breiten Medienstrategie flankiert. Mehrere TV-Reden Bushs gehen diese Woche live nach Europa. Arabische Journalisten werden in London zu regelmäßigen Video-Pressekonferenzen gerufen, als "kommunikatives Tor zur arabischen Welt", sagt Beers. "War Rooms" in Washington, London und Islamabad sollen die Desinformationskampagne der Taliban rund um die Uhr mit sofortiger Gegen-PR an die Presse konterkarieren. Digitale Werbefilme bringen muslimischen Professoren und Uni-Dozenten in Europa den Kriegssinn nahe – und sollen, so Beers, alle Zweifel am Sendungsauftrag der USA ein für alle Mal erledigen: "Was ist unser Wertesystem? Was sind unsere Glaubensvorstellungen? Was bedeuten die Worte Freiheit und Toleranz?" Als Brücke zum Islam dient dabei der Sender Al-Djasira. Dort haben bisher Außenminister Colin Powell, Pentagon-Chef Donald Rumsfeld, Generalstabschef Richard Myers und Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice in Interviews für ihr Anliegen geworben. TV-Spots sollen dem demnächst weiter nachhelfen. "Es wird uns eine Ehre sein, die Anzeigen der US-Regierung zu fahren", sagt Foad Tawil, der alle Al-Djasira-Spots managt. © DIE WOCHE Zeitungsverlag 2001 (gekürzt)

Noam Chomsky

## **Der Neue Krieg gegen den Terror**

Abschrift des Vortrages aus dem MIT Forum für Technologie und Kultur,  
am 18. Oktober, 2001

Alle wissen, daß Fernsehleute die Welt regieren [Gelächter]. (...)

Ich setze für dieses Gespräch zwei Annahmen voraus.

Die erste ist das, was ich als Anerkennung der Fakten voraussetze. Das heißt, daß die Ereignisse am 11. September eine grauenhafte Greuelthat waren, die wahrscheinlich die größte sofortige Opferzahl in der Geschichte gefordert hat, mit Ausnahme eines Krieges. Die zweite Voraussetzung betrifft die Ziele. Ich setze voraus, daß unser Ziel darin besteht, die Wahrscheinlichkeit solcher Verbrechen zu verringern, egal ob sie gegen uns oder gegen jemand anderes verübt werden sollen. Wenn Sie diese zwei Voraussetzungen nicht akzeptieren, dann ist das was ich sagen werde nicht an Sie gerichtet. Wenn wir sie akzeptieren, erheben sich daraus eine Reihe Fragen, die eng miteinander zusammenhängen und viel Nachdenken verdienen.

### **Die fünf Fragen**

Eine Frage, und die bei weitem Bedeutendste, ist die Frage nach dem was jetzt gerade passiert. Darin impliziert ist die Frage nach dem was wir dagegen tun können. Die zweite Frage betrifft die sehr weitverbreitete Annahme, daß das was am 11. September geschehen ist, ein historisches Ereignis ist, das die Geschichte verändern wird. Ich neige dazu dem zuzustimmen. Ich denke es ist wahr. Es war ein historisches Ereignis, und die Frage die wir uns stellen sollten, ist wieso. Die dritte Frage betrifft diesen Titel, 'Der Krieg Gegen Terror'. Was genau ist das? Die vierte Frage, die eingeschränkter aber bedeutend ist, betrifft die Ursachen des Verbrechens vom 11. September. Und die fünfte Frage über die ich ein wenig reden möchte, dreht sich darum, welche politische Optionen es in diesem Krieg gegen den Terror gibt, und um mit den Situationen fertigzuwerden, die dazu geführt haben.

#### **1. Was passiert im Augenblick?**

(...)Das Welternährungsprogramm, das UN Programm, das bei weitem wichtigste, konnte Anfang Oktober nach 3. Wochen wiederaufgenommen werden, sie begannen wieder, im eingeschränkten Ausmaß, Nahrungslieferungen aufzunehmen. Sie haben keine internationale Hilfsarbeiter in Afghanistan, daher ist das Verteilungssystem behindert. Dies wurde eingestellt sobald die Bombardierungen begannen. Sie nahmen es dann in noch eingeschränkterem Masse wieder auf, während die Hilfsorganisationen die US-

Nahrungsmittelabwürfe heftig verurteilten, und sie als Propagandawerkzeug verdamnten, das wahrscheinlich mehr Schaden als Nutzen anrichtet. Dies ist zufällig ein Zitat aus der London Financial Times, kann aber leicht weiterverfolgt werden. Nach der ersten Woche der Bombardierungen, berichtete die New York Times in einer Kolumne auf der letzten Seite etwas anderes, daß es nämlich nach den Berechnungen der Vereinigten Staaten, bald 7.5 Millionen Afghanen geben wird, die sogar noch eine Scheibe Brot dringend benötigen werden, und daß nur noch wenige Wochen übrig sind, bis der rauhe Winter Lieferungen in vielen Gegenden völlig unmöglich machen wird - ich zitiere weiter -aber wegen den Bombenangriffen liegen die Lieferungen bei der Hälfte dessen, was benötigt wird. Ein beiläufiger Kommentar. Der uns sagt, daß die westliche Zivilisation mit der Abschachtung von, nun, rechnen Sie selbst nach, mehr oder weniger drei bis vier Millionen Menschen rechnet. Am selben Tag, winkten die Anführer der westlichen Zivilisation, das Angebot einer Auslieferung des angeblichen Zieles, Osama bin Laden, und eine Bitte einige Beweise vorzulegen um die Forderung nach einer totalen Kapitulation zu begründen, wieder einmal verachtungsvoll ab. Es wurde abgelehnt. Am selben Tag, bat der UN-Sonderbeauftragte für Nahrung die Vereinigten Staaten die Bombardierung einzustellen, um zu versuchen Millionen von Opfer zu retten. Soweit mir das bekannt ist, gab es darüber keine Berichte. Das war am Montag. Gestern schlossen sich die wichtigen Hilfsorganisationen OXFAM, Christian Aid und andere sich der Bitte an. Darüber kann man in der New York Times kein Bericht finden. Es gab eine Zeile darüber in der Boston Globe, die in einem Artikel über ein anderes Thema versteckt war, Kashmir.

Stiller Völkermord (...)

### **3. Was ist der Krieg gegen den Terrorismus?**

Nun, wenden wir uns der dritten Frage zu, 'Was ist der Krieg gegen den Terrorismus?', und einer Nebenfrage, 'Was ist Terrorismus?'. Der Krieg gegen den Terrorismus ist an höchsten Stellen als ein Kampf gegen eine Plage beschrieben worden, ein Krebs, der von Barbaren verbreitet wird, von "verdorbenen Gegner der Zivilisation selbst." Dies ist eine Wahrnehmung die ich teile. Die Worte die ich zitiere sind übrigens 20 Jahre alt. Sie stammen von Präsident Reagen und seinem Innenminister. Die Reagen Regierung kam vor 20 Jahren an die Macht und verkündete, der Krieg gegen den internationalen Terrorismus würde das Herzstück unserer Außenpolitik sein, den sie mit Worten in der Art beschrieben, wie ich sie gerade erwähnt habe, und ähnliche mehr. Und es war das Herzstück unserer Außenpolitik. Die Reagen Regierung antwortete auf diese, von verdorbenen Gegner der Zivilisation verbreiteten Plage, indem sie ein internationales terroristisches Netzwerk ohnegleichen aufgebaut haben, von nie gekannten Ausmaßen, das massive Greuelthaten auf der ganzen Welt verübte. Ich werde nicht die Errungenschaften aufzählen. Sie sind alle gebildete Menschen, daher bin ich sicher, daß Sie darüber in der Grundschule gelernt haben [Publikumsgelächter].

#### **Reagans US-Krieg gegen Nicaragua**

Aber ich werde nur einen Fall erwähnen, der völlig unkontrovers ist, deshalb könnten wir genauso gut auch nicht darüber argumentieren. Keineswegs der extremste, aber unkontrovers. Er ist unkontrovers aufgrund der Urteile der höchsten internationalen Autoritäten, des Internationalen Gerichtshofes, des Weltgerichtshofes, und des UN-Sicherheitsrates. Also ist dieser Fall unkontrovers, zumindest unter Menschen, die zumindest einen Mindestmaß an Respekt vor internationalen Gesetzen, Menschenrechten, Gerechtigkeit und solchen Dinge haben. Und nun gebe ich Ihnen eine Übung auf. Sie können schätzen wie groß diese Kategorie ist, indem Sie einfach fragen, wie oft dieser unkontroverse Fall in den Kommentaren des letzten Monats erwähnt worden ist. Und dabei handelt es sich um einen höchst relevanten Fall, nicht nur weil es unkontrovers ist, sondern weil er einen Präzedenzfall dafür liefert, wie ein gesetzestreuer Staat auf einen internationalen Terrorismus antworten sollte - und tatsächlich geantwortet hat - der unkontrovers ist. Und sogar noch extremer gewesen ist als die Ereignisse des 11. Septembers. Ich spreche über Reagans US-Krieg gegen Nicaragua, der Zehntausende Opfer gefordert hat und das Land vielleicht unwiederruflich ruiniert hat.

## Nicaraguas Antwort

Nicaragua hat geantwortet. Sie haben nicht geantwortet indem sie Bomben auf Washington abwarfen. Sie antworteten, indem sie vor dem Weltgerichtshof gingen, und einen Fall präsentieren, bei dem sie ohne Schwierigkeiten Beweise vorlegen konnten. Das Weltgerichtshof akzeptierte ihren Fall, entschied zu ihren Gunsten, verurteilte was es als "unrechtmäßige Anwendung von Gewalt" bezeichnete - was ein anderes Wort für internationaler Terrorismus ist - durch die Vereinigten Staaten, ordnete die Vereinigten Staaten an, das Verbrechen zu beenden, und massive Reparationsleistungen zu zahlen. Die Vereinigten Staaten wiesen die Entscheidung des Gerichts natürlich verachtungsvoll zurück, und verkündete, die Jurisdiktion des Gerichtshofes von diesem Zeitpunkt an nicht mehr anzuerkennen. Daraufhin wandte sich Nicaragua an den UN-Sicherheitsrat, der eine Resolution erwog, die alle Staaten dazu aufrief die internationalen Gesetze zu befolgen. Niemand wurde namentlich genannt, aber alle verstanden worum es ging. Die Vereinigten Staaten legten ein Veto gegen die Resolution ein. Die US sind bis heute der einzige Staat der jemals, sowohl von dem Weltgerichtshof wegen internationalem Terrorismus verurteilt worden ist, und ein Veto gegen eine Resolution des Sicherheitsrates eingelegt hat, die Staaten dazu aufrief die internationalen Gesetze zu achten. Daraufhin wandte sich Nicaragua an die Generalversammlung, wo es technisch gesehen kein Veto gibt, aber eine negative Stimme der Vereinigten Staaten wie ein Veto zählt. Die Generalversammlung erließ eine ähnliche Resolution, der sich nur die Vereinigten Staaten, Israel und El Salvador widersetzen. Im folgenden Jahr, konnten die Vereinigten Staaten nur noch Israel für ihre Sache begeistern, also standen zwei Stimmen gegen die Befolgung der internationalen Gesetze. An diesem Punkt hatte Nicaragua keine gesetzlichen Möglichkeiten mehr. Es hatte alle Mittel versucht. Sie funktionieren in einer Welt nicht, die von Gewalt regiert wird.

Dieser Fall ist nicht kontrovers, ist aber bei weitem nicht der extremste. Wir gewinnen viele Einblicke in unsere eigene Kultur und Gesellschaft und dem was jetzt im Augenblick passiert, indem wir fragen "wie viel wissen wir darüber? Wie viel reden wir darüber? Wie viel lernen wir darüber in der Schule? Wie viel davon ist auf den ersten Seiten der Zeitungen zu lesen?" Und das ist nur der Anfang. Die Vereinigten Staaten antworteten auf das Weltgericht und dem Sicherheitsrat, indem sie den Krieg unverzüglich eskalierten, was übrigens eine bipartisane Entscheidung war. Die Bedingungen des Krieges wurden also geändert. Zum ersten Mal waren Befehle an eine terroristische Armee gegeben worden - offizielle Befehle - sogenannte "weiche Ziele" anzugreifen, womit ungeschützte zivile Ziele gemeint sind, und sich von der nicaraguanischen Armee fernzuhalten. Sie waren dazu in der Lage, weil die Vereinigten Staaten den Luftraum über Nicaragua vollkommen kontrollierten, und die Söldnerarmee mit fortschrittlichen Kommunikationsmittel ausgerüstet war; sie war keine Guerrillaarmee im üblichen Sinn, und konnte Instruktionen über die Stellungen der nicaraguanischen Armee erhalten, um landwirtschaftliche Kollektive, Krankenhäuser und so weiter - weiche Ziele also - ungestraft angreifen zu können. Das waren die offiziellen Befehle.

## Welche Reaktion gab es darauf?

Welche Reaktion folgte? Das war bekannt. Es gab eine Reaktion darauf. Die Politik wurde von der linken liberalen Meinung als vernünftig angesehen. Zum Beispiel schrieb Michael Kinsely, der in der mainstream Diskussion die Linke repräsentiert, in einem Artikel, wir sollten diese Politik nicht so schnell kritisieren wie es Human Rights Watch gerade getan hatte. Er sagte, eine "vernünftige Politik" müßte "dem Test der Kostenbenefizanalyse genügen", das heißt - ich zitiere jetzt, die Analyse der "Menge an Blut und Elend die sie fordern wird, und der Wahrscheinlichkeit, daß am Ende die Demokratie folgen wird. "Demokratie, in dem Sinne wie die Vereinigten Staaten den Begriff verstehen, was durch die umliegenden Länder graphisch illustriert wird. Es ist axiomatisch, daß die Vereinigten Staaten, die US-Eliten, das Recht haben diese Analyse vorzunehmen und das Projekt durchzuführen wenn es ihre Anforderungen besteht. Und es bestand ihre Anforderungen.

Es funktionierte. Als Nicaragua dem Angriff einer Supermacht endlich erlag, preisten Kommentatoren laut und begeistert die angewandten Methoden, und beschrieben sie ausführlich. Ich werde das Time Magazin zitieren, nur um eins zu wählen. Sie lobten den Erfolg der angewandten Methoden: "die Wirtschaft zu zerstören, und einen langen und tödlichen Krieg zu führen, bis die erschöpften Eingeborenen die unerwünschte Regierung selbst stürzen," mit Kosten, die für uns "minimal" sind, und die Opfer mit "zerstörten Brücken, sabotierten Elektrizitätswerke und ruinierte Farmen" zurückläßt, und dem US-Kandidaten somit ein "siegreiches Wahlversprechen" zur Verfügung stellt: "den Elend des Volkes von Nicaragua zu beenden". Eine Schlagzeile der New York Times verkündete angesichts dieses Ausgangs "Amerikaner in Freude vereint".

### **Terrorismus funktioniert - Terrorismus ist nicht die Waffe der Schwachen**

Dies ist die Kultur in der wir leben, und sie enthüllt mehrere Fakten. Eins davon ist die Tatsache, daß Terrorismus funktioniert. Er versagt nicht. Er funktioniert. Gewalt funktioniert meistens. Das ist Weltgeschichte. Zweitens, ist es ein sehr schwerer analytischer Fehler zu sagen, wie es üblich getan wird, daß der Terrorismus die Waffe der Schwachen ist. Wie andere Formen der Gewalt, ist er in erster Linie eine Waffe der Starken, tatsächlich im überwältigendem Masse. Es wird für eine Waffe der Schwachen gehalten, weil die Starken auch die doktrinäre Systeme kontrollieren, und ihr Terrorismus nicht als Terrorismus zählt. Das ist beinahe universell. Es fällt mir keine einzige historische Ausnahme ein, sogar die schlimmsten Massenmörder betrachten die Welt auf diese Weise. Nehmen wir die Nazis. Sie überzogen das besetzte Europa nicht mit Terror. Sie beschützten die ansässigen Bevölkerungen vor dem Terrorismus der Partisanen. Und wie bei anderen Widerstandsbewegungen, gab es Terrorismus. Die Nazis verübten Gegenterrorismus. Darüberhinaus stimmten die Vereinigten Staaten dem im weitesten Sinne zu. Nach dem Krieg führte die Armee der Vereinigten Staaten ausführliche Studien über die Gegenterror-Operationen der Nazis in Europa durch. Zuerst einmal sollte ich sagen, daß die US - sie aufgriffen und selbst ausführten, oft gegen die gleichen Ziele des ehemaligen Widerstandes. Aber das Militär studierte ebenfalls die Methoden der Nazis, veröffentlichte interessante Studien darüber in denen sie diese manchmal kritisierten, weil sie nicht effizient genug ausgeführt worden waren, also eine kritische Analyse - das habt ihr nicht richtig gemacht, das habt ihr richtig gemacht. Aber aus diesen Methoden, und mit der Beratung der Wehrmachtsoffiziere, die in die Vereinigten Staaten geholt worden waren, entstanden die Handbücher für Aufstandsbekämpfung, für Gegenterror, für den sogenannten Konflikt niedriger Intensität, und das sind die Handbücher und das sind die Verfahren, die gegenwärtig angewendet werden. Also haben es nicht nur die Nazis getan. Es ist etwas, das die Anführer der westlichen Zivilisation - das sind wir - als die richtige Vorgehensweise betrachteten, und zu dem sie dann selbst griffen. Terrorismus ist nicht die Waffe der Schwachen. Es ist die Waffe derer, die gegen "uns" sind, wer auch immer dieses "uns" gerade ist. Und wenn Sie eine historische Ausnahme hierzu finden können, wäre ich sehr daran interessiert sie zu erfahren.

### **Die Natur unserer Kultur - Wie wir den Terrorismus betrachten**

Nun, ein interessanter Hinweis auf die Natur unserer Kultur, unserer hohen Kultur, ist die Art in der all dies betrachtet wird. Eine Art es zu betrachten besteht darin es zu unterdrücken. So daß fast niemand etwas davon gehört hat. Und die Macht der amerikanischen Propaganda und Indoktrinierung ist so groß, daß dies sogar unter den Opfern selbst, weitgehend unbekannt ist. Ich meine, wenn man sich darüber mit Menschen in Argentinien unterhält, muß man sie daran erinnern. Oh, ja, das ist passiert, wir hatten es vergessen. Es wird tief unterdrückt, in ideologischer und anderen Hinsichten.

### **Der Gedanke, daß Nicaragua das Recht gehabt haben könnte sich zu verteidigen**

Nun, ein Aspekt der viel über unsere eigene Haltung zum Terrorismus enthüllt, ist die Reaktion auf den Gedanken, daß Nicaragua das Recht gehabt haben könnte sich selbst zu verteidigen. Tatsächlich habe ich dies bereits durch Datensuche und ähnliches etwas detaillierter untersucht. **Der Gedanke, daß Nicaragua vielleicht das Recht gehabt**

**haben könnte sich selbst zu verteidigen wurde als empörend betrachtet.** Es gibt praktisch keinen einzigen Hinweis in Mainstream-Kommentare, der andeuten würde, daß Nicaragua dieses Recht gehabt haben könnte. Und diese Tatsache wurde von der Reagen Regierung und ihrer Propaganda auf interessanter Weise ausgebeutet. Jene von Ihnen die diese Zeiten mitgekriegt haben, werden sich daran erinnern, wie sie regelmäßig Gerüchte austreuten, die Nicaraguaner würden von den Russen MIG Kampffjets erhalten. An diesem Punkt spalteten sich die Falken und die Tauben. Die Falken sagten, 'ok, bombardieren wir sie.' Die Tauben sagten 'wartet mal eine Minute, sehen wir ob die Gerüchte wahr sind. Und wenn die Gerüchte wahr sind, dann bombardieren wir sie. Weil sie eine Bedrohung der Vereinigten Staaten sind.' Wieso erhielten sie übrigens MIGs? Nun, sie hatten versucht Kampfflugzeuge aus Europa zu erhalten, aber die Vereinigten Staaten hatten ihre Verbündete unter Druck gesetzt, ihnen keine Verteidigungsmittel zu senden, weil sie wollten, daß sie sich an die Russen wandten. Das ist gut für Propagandazwecke. Dann werden sie zu einer Bedrohung für uns. Denken Sie daran, daß Nicaragua nur zwei Tagesmärsche von Harlington, Texas, entfernt liegt. Wir riefen 1985 in der Tat einen nationalen Notstand aus, um das Land vor der Bedrohung aus Nicaragua zu schützen. Und er blieb bestehen. Also war es viel besser wenn sie Waffen von den Russen erhielten. Wozu sie Kampfflugzeuge haben wollten? Nun, aus den Gründen die ich bereits erwähnt habe. Die Vereinigten Staaten hatten die absolute Kontrolle über ihren Luftraum, und benutzte das, um der terroristischen Armee Instruktionen zu liefern, die es ihr ermöglichte weiche Ziele anzugreifen, ohne auf einer Armee zu stossen, die diese verteidigen konnte. Jeder wußte, daß dies der Grund war. Sie würden ihre Kampfflugzeuge für nichts anderes benutzen. Aber der Gedanke, daß es Nicaragua gestattet sein sollte seinen Luftraum gegen den Angriff einer Supermacht zu schützen, die terroristische Streitkräfte darauf ansetzte zivile Ziele anzugreifen, das wurde in den Vereinigten Staaten als empörend betrachtet, und das allgemein. Ausnahmen sind selten, ich kann sie praktisch aufzählen. Ich sage nicht, daß Sie meinem Wort dafür vertrauen sollen. Sehen Sie selbst nach. Das schließt übrigens auch unsere eigenen Senatoren mit ein. (...)

#### **Die Koalition - Einschließlich Algerien, Rußland, China, Indonesien**

Nun, jetzt kommen wir zu etwas ziemlich beeindruckendes, und das betrifft die Koalition die gerade organisiert wird, um den Krieg gegen den Terror zu kämpfen. Und es ist sehr interessant zu sehen, wie diese Koalition beschrieben wird. (...)

Und wenn wir uns die Koalition ansehen, die sich gegen den Terror formiert, sagt uns das eine Menge mehr. Ein führendes Mitglied der Koalition ist Rußland, das entzückt ist die Unterstützung der Vereinigten Staaten für ihren eigenen mörderischen terroristischen Krieg in Tschechien zu haben, statt ihrer gelegentlichen Kritik aus dem Hintergrund. China schließt sich enthusiastisch an. Sie sind erfreut Unterstützung für die Greuelthaten zu haben, die sie im westlichen China gegen die - wie sie sie bezeichnen - muslimischen Sezessionisten verüben. Die Türkei ist, wie schon erwähnt, sehr glücklich über den Krieg gegen den Terror. Sie sind Experten. Algerien, Indonesien freuen sich auf noch mehr US-Unterstützung für die Grausamkeiten, die sie in Ache und anderswo begehen. Wir können die ganze Liste durchgehen; die Liste der Staaten die sich der Koalition gegen den Terror angeschlossen haben ist ziemlich beeindruckend. Sie alle haben ein gemeinsames Merkmal. Sie befinden sich sicherlich unter den führenden terroristischen Staaten der Welt. Und sie werden zufällig von dem Weltchampion angeführt.

#### **Was ist Terrorismus?**

Nun, das bring uns zurück zu der Frage, was ist Terrorismus? Ich habe vorausgesetzt, das wir es verstehen. Nun, was ist es? Darauf gibt es einige einfache Antworten. Es gibt eine offizielle Definition. Man kann sie im US Code oder in US-Armeehandbücher finden. Eine kurze Erklärung aus einem US-Armeehandbuch - das sollte ausreichend sein - besagt, Terror ist der kalkulierte Einsatz von Gewalt, oder die Androhung von Gewalt, und politische oder religiöse ideologische Ziele durch Einschüchterung, Zwang, oder Furcht zu erreichen. Das ist Terrorismus. Das ist eine ausreichende Definition. Ich denke es ist vernünftig das zu akzeptieren. Das Problem ist, daß es nicht akzeptiert werden kann, den

wenn wir es akzeptieren, folgen darauf lauter schlechte Konsequenzen. Zum Beispiel, all die Konsequenzen die ich gerade aufgezählt habe. Nun, gerade versucht man in den UN ein umfassendes Abkommen über Terrorismus zu entwerfen. Als Kofi Annan vor ein paar Tagen den Nobelpreis entgegennahm, sagte er Berichten zufolge, wir sollten aufhören Zeit zu verschwenden, und uns richtig daran machen.

Aber es gibt ein Problem. Wenn man die offizielle Definition des Terrorismus in dem umfassenden Abkommen verwendet, würde man die völlig falschen Ergebnisse erzielen. Also kann das nicht gemacht werden. Eigentlich ist es sogar noch schlimmer als das. Wenn man sich die Definition der Kriegsführung niedriger Intensität ansieht, die offizielle US-Politik ist, stellt man fest, daß es eine sehr ähnliche Umschreibung dessen ist, was ich gerade vorgelesen habe. Im Grunde, ist die Kriegsführung niedriger Intensität nur ein anderer Name für Terrorismus. Deshalb bezeichnen alle Länder, soweit mir das bekannt ist, alle entsetzlichen Taten die sie begehen als Gegenterrorismus. Wir nennen es nur einfach Aufstandsbekämpfung oder Konflikt niedriger Intensität. Also ist das ein ernsthaftes Problem. Man kann die jetzigen Definitionen nicht verwenden. Man muß darauf achten eine Definition zu finden, die keine falschen Konsequenzen nach sich zieht.

Weshalb haben die Vereinigten Staaten und Israel gegen eine Resolution für die Verurteilung des Terrorismus gestimmt?

(...)

4. Was sind die Ursachen des Verbrechens vom 11. September?

## **Kategorie 1: Die möglichen Täter**

Nun, was die Täter anbetrifft, sind wir uns in einem Sinn nicht wirklich im Klaren. Die Vereinigten Staaten sind entweder nicht in der Lage oder nicht willens irgendeine Art von Beweise, sinnvolle Beweise, vorzulegen. Vor eine oder zwei Wochen fand eine Art Spiel statt, als Tony Blair aufgeboten wurde um zu versuchen sie vorzustellen. Ich weiß nicht welchen Zweck das erfüllen sollte. Vielleicht um die US so aussehen zu lassen, als ob sie irgendwelche geheime Beweise zurückhalten würden, die sie nicht enthüllen können, oder um zu zeigen daß Tony Blair angemessene Churchill-Posen einnehmen konnte, oder irgendsowas. Was auch immer die Public Relations Gründe waren, gab er eine Vorstellung die in seriöse Kreise so absurd wirkte, daß sie kaum erwähnte wurde. So brachte zum Beispiel der Wall Street Journal, eine der seriösesten Zeitungen, ein kleines Artikel auf Seite 12, glaube ich, in dem sie darauf hinwiesen, daß es nicht viel Beweise gegeben habe, und dann zitierten sie irgendeinen hohen US-Beamten, der sagte, daß es keine Rolle spielte ob es irgendwelche Beweise gäbe oder nicht, weil sie es so oder so tun würden. Also wieso sich mit Beweisen abgeben? Die etwas ideologischere Presse, wie die New York Times und andere Zeitungen, brachten große Schlagzeilen auf der ersten Seite. Aber die Reaktion des Wall Street Journals war angemessen, und wenn man die sogenannte Beweise betrachtet, kann man sehen wieso. Aber nehmen wir mal an es würde stimmen. Ich bin darüber erstaunt wie schwach die Beweise waren. Ich dachte irgendwie man könnte sogar ohne Geheimdienste eine bessere Leistung als das bringen [Publikumsgelächter]. Erinnern Sie sich, daß das im Grunde das Ergebnis von Wochen der intensivsten Ermittlung in der Geschichte der westlichen Geheimdienste gewesen ist, die Überstunden gemacht haben um etwas zusammenzustellen. Und es war ein Prima Facie, es war ein sehr starker Fall, sogar noch bevor man irgendetwas in der Hand hatte. Und es endete ungefähr da wo es angefangen hatte, mit einem Prima Facie Fall. Also nehmen wir mal an es wäre wahr. Nehmen wir es mal an, es sah am ersten Tag eindeutig so aus, und tut es immer noch, als ob die eigentlichen Täter aus dem Kreis des radikalen Islams kommen, der sogenannten fundamentalistischen Netzwerke, von denen bin Ladens Netzwerk sicherlich ein wichtiger Teil ist. Ob sie daran beteiligt waren oder nicht weiß niemand. Es spielt auch keine allzu große Rolle.

## Woher kamen sie?

Das ist der Hintergrund, diese Netzwerke. Nun, woher kamen sie? Wir wissen alles darüber. Niemand weiß darüber besser bescheid als die CIA, denn sie half dabei sie zu organisieren, und förderte sie lange Zeit. Sie wurden in 1980 sogar von der CIA und deren Verbündete überhaupt erst zusammengestellt: Pakistan, Großbritannien, Frankreich, Saudi Arabien, Ägypten; China war daran beteiligt und könnte sogar schon etwas früher daran beteiligt gewesen sein, vielleicht seit 1978. Die Idee war die Russen aufzureiben, den gemeinsamen Feind. Präsident Carters Berater für Nationale Sicherheit, **Zbigniew Brzezinski zufolge, begann die Beteiligung der Vereinigten Staaten Mitte 1979.** Erinnern Sie sich daran, nur um die Jahreszahlen richtig zu stellen, **daß die russische Invasion in Afghanistan in Dezember 1979 stattgefunden hat.** In Ordnung. Brzezinski zufolge begann die US Unterstützung für die Mujahedin, die gegen die Regierung kämpften, bereits 6 Monate zuvor. Er ist sehr stolz darauf. Er sagt, wir hätten die Russen in -in seine eigenen Worte - eine afghanische Falle gelockt, indem wir sie durch die Unterstützung der Mujahedin dazu gebracht haben in Afghanistan einzufallen, und dadurch in die Falle geführt haben. Dann konnten wir diese großartige Söldnerarmee aufbauen. Nicht gerade klein, ungefähr 100.000 Mann oder, in der sie die besten Mörder zusammengebracht haben die sie finden konnten, die radikalen islamischen Fundamentalisten aus Nordafrika, Saudi Arabien. von überall wo sie sie finden konnten. Sie wurden oft als Afghanis bezeichnet, aber viele von ihnen, wie bin Laden, waren keine Afghanen. Sie wurden von der CIA und deren Freunde von überallher zusammengebracht. Ob Brzezinski die Wahrheit erzählt oder nicht, weiß ich nicht. Er mag übertrieben haben, er ist scheinbar sehr stolz darauf, und kennt beiläufig die Konsequenzen. Aber vielleicht ist es wahr. Wir werden es eines Tages wissen, wenn die Dokumente jemals freigegeben werden. Das jedenfalls, ist seine Wahrnehmung. Ab Januar 1980 gab es nicht einmal mehr Zweifel daran, daß sie US die Afghanis und diese massive militärische Macht organisierte, um zu versuchen den Russen so viele Schwierigkeiten wie möglich zu machen. Es war für die Afghanen eine völlige legitime Sache gegen die russische Invasion zu kämpfen. Aber die US-Intervention half den Afghanen nicht. Im Grunde half sie dabei das Land und noch viel mehr zu zerstören. Die sogenannten Afghanis. schafften es letztendlich die Russen zum Rückzug zu zwingen. Obwohl viele Analysten glauben, daß dies den Rückzug möglicherweise verzögert hat, weil sie versuchten da rauszukommen. Wie auch immer, zogen sie sich jedenfalls zurück.

## Sie erzählen uns das was sie glauben

Sie erzählen uns nur das was sie glauben. Die Vereinigten Staaten wollen den einzigen freien Fernsehsender in der ganzen arabischen Welt zum Schweigen bringen, weil es eine breite Auswahl von Informationen sendet, von Powell bis Osama bin Laden. Also schließen sich die US jetzt den repressiven arabischen Regime an, die versuchen den Sender zum Schweigen zu bringen. Aber es lohnt sich zuzuhören, sich anzuhören was Bin Laden zu sagen hat. Es gibt eine Menge Interviews. Und es gibt viele Interviews mit westlichen Reportern, wenn man seine eigene Stimme nicht hören möchte, Robert Fisk und andere. Und was er sagt ist seit langer Zeit ziemlich konsistent geblieben. Er ist nicht der einzige, aber vielleicht ist er der eloquenteste. Es ist nicht nur lange Zeit konsistent geblieben, sondern steht auch in Einklang mit ihren Handlungen. Also gibt es einen Grund um das ernstzunehmen. Ihr Hauptgegner ist das was sie als die korrupten, repressiven, autoritäre und brutale Regierungen der arabischen Welt bezeichnen, und wenn sie das sagen, findet das in der Region einen ziemlichen Anklang. Sie wollen sie auch durch "richtige" islamische Regierungen ersetzen. Das ist es wo sie die Menschen in der Region verlieren. Aber bis zu diesem Punkt, sind sie auf ihrer Seite. Aus ihrer Sicht, ist ihnen noch nicht mal Saudi Arabien islamistisch genug, der wahrscheinlich extremste fundamentalistische Staat der Welt mit Ausnahme der Talibans, der ein Auswuchs davon ist. Gut, also ab diesen Punkt, erhalten sie nur sehr wenig Unterstützung, aber bis zu diesem Punkt erhalten sie eine Menge Unterstützung. Sie wollen auch Muslime anderorts verteidigen. Sie hatten die Russen wie Gift, aber sobald die Russen sich aus Afghanistan

zurückgezogen haben, hörten sie auf in Rußland terroristische Anschläge auszuführen, wie sie es davor mit CIA Unterstützung getan hatten. Sie wechselten über zu Tschechien. Aber dort verteidigen sie Muslime gegen eine russische Invasion. Das selbe gilt für alle anderen Plätze die ich erwähnt habe. Aus ihrer Sicht, verteidigen sie Muslime gegen Ungläubige. Und sie sind sehr bestimmt darüber, und das ist es was sie getan haben.

#### **Warum haben sie sich gegen die Vereinigten Staaten gewandt?**

Wieso haben sie sich also gegen die Vereinigten Staaten gewandt? Nun das hat etwas mit dem zu tun, was sie als die US-Invasion von Saudi Arabien bezeichnen. In 1990 errichteten die US permanente Militärbasen in Saudi Arabien, was aus ihrer Sicht mit der russischen Invasion Afghanistans vergleichbar ist, außer daß Saudi Arabien viel bedeutender ist. Es ist die Heimat der heiligsten Orte des Islams. Und das war der Punkt an dem sich ihre Aktivitäten gegen die Vereinigten Staaten gerichtet haben. Wenn Sie sich erinnern, haben sie in 1993 versucht den World Trade Center in die Luft zu jagen. Das war nur teilweise erfolgreich, und es war nur ein Teil des Plans. Sie planten auch das UN-Gebäude, die Holland und Lincoln Tunnels und das FBI-Gebäude in die Luft zu sprengen. Ich denke da waren auch noch andere Ziele auf ihrer Liste. Nun, das klappte nur zum Teil, aber nicht ganz. Eine Person unter den vielen die dafür verhaftet worden sind, war ein ägyptischer Geistlicher, der trotz der Einwände der Einwanderungsbehörde, durch die Intervention der CIA, die ihrem Freund helfen wollten in das Land gebracht wurde. Ein paar Jahre später versuchte er das World Trade Center in die Luft zu sprengen. Und das ging so weiter. Ich werde nicht die ganze Liste durchgehen, aber sie ist, wenn Sie das verstehen wollen, konsistent. Es ist ein konsistentes Bild. Es ist in Worte beschrieben. Es wurde 20 Jahre lang durch Handlungen enthüllt. Es gibt kein Grund das nicht ernst zunehmen. Das ist die erste Kategorie, die möglichen Täter.

2 Kategorie: Was ist mit dem Reservoir an Unterstützung?

(...)

#### **5. Welche politischen Optionen gibt es?**

(...)

Im Fall eines Verbrechens, versucht man die Täter zu finden und vor Gericht zu bringen. Man tötet keine unschuldigen Zivilisten. Als ob jemand mein Haus ausrauben würde, und ich glaube, daß der Typ der es getan hat wahrscheinlich irgendwo in der Nachbarschaft, auf der anderen Strassenseite ist; dann gehe ich auch nicht mit einem Gewehr auf die Straße und erschieße jeden in der Nachbarschaft. Das ist nicht die Art in der man mit Verbrechen umgeht, ob es sich nun um so ein kleines Verbrechen handelt, oder um ein wirklich großes, wie der US-terroristische Krieg gegen Nicaragua, sogar schlimmere, und einige die dazwischen liegen. Und es gibt viele Präzedenzfälle dafür. Im Grunde habe ich ein Präzedenzfall erwähnt, Nicaragua, ein gesetzestreuer Staat, weshalb wir es wahrscheinlich vernichten mußten, der die richtigen Prinzipien befolgte. Natürlich brachte ihnen das nichts, weil sie gegen eine Macht ankämpften, die es gesetzestreuem Verfahren nicht erlaubt befolgt zu werden. Aber wenn die Vereinigten Staaten versuchen würden sie zu befolgen, würde sie niemand davon abhalten. Tatsächlich würden alle applaudieren. Und es gibt zahlreiche andere Präzedenzfälle. Die IRA Bombenanschläge in London. (...) Als die IRA Bomben in London legte, was eine (...) Die richtige Art damit umzugehen, war ziemlich sehr das was sie getan haben, also die Täter ausfindig machen, sie vor Gericht bringen und sich die Ursachen betrachten, denn solche Dinge passieren nicht aus heiterem Himmel. Sie werden von irgendetwas verursacht. Ob es ein Verbrechen auf der Straße ist, oder ein monströses terroristisches Verbrechen oder etwas anderes. Es gibt Gründe. Und meistens, wenn man sich die Gründe ansieht, sind einige von ihnen legitim und sollten angesprochen werden, unabhängig von dem Verbrechen, sie sollten angesprochen werden, weil sie legitim sind. Und so muß damit umgegangen werden. Es gibt viele solcher Beispiele.

Aber damit gibt es Probleme. Ein Problem besteht darin, daß die Vereinigten Staaten die Jurisdiktion der internationalen Institutionen nicht anerkennt. Also können sie sich nicht



an diese richten. Die US haben die Jurisdiktion des Weltgerichtshofes zurückgewiesen. Sie haben es abgelehnt das Internationale Gerichtshof (ICC) zu ratifizieren. Sie sind mächtig genug ein neues Gericht einzusetzen, wenn sie es wollten, also würde das gar nichts ändern. Aber es gibt ein Problem mit jedem Gerichtshof, und zwar hauptsächlich, daß man Beweise braucht. Wenn man zu einem Gericht geht, braucht man irgendwelche Beweise. Nicht Tony Blair der darüber im Fernsehen redet. Und das ist sehr schwierig. Sie könnten vielleicht unmöglich zu finden sein.

## **Führungsloser Widerstand**

Es könnte sein, daß die Menschen die es getan haben, sich selbst umgebracht haben. Niemand weiß das besser als die CIA. Dies sind dezentralisierte, nicht-hierarchische Netzwerke. Sie folgen einem Prinzip der sich 'Führungsloser Widerstand' nennt. Das ist ein Prinzip, der von den christlichen rechten Terroristen in den Vereinigten Staaten entwickelt worden ist. Man hat kleine Gruppe die Sachen tun. Sie reden zu niemand anderes. Es gibt eine Art verwandter Hintergrund von Voraussetzungen, und dann tut man es. Die Menschen in der Antikriegsbewegung sind im Grunde sehr damit vertraut. Wir nannten dies Affinitätsgruppen. Wenn man annehmen muß, daß welche Gruppe auch immer man angehört, von dem FBI infiltriert wird, dann bespricht man nicht in einem Treffen wenn etwas ernstes passieren soll. Man tut es mit den Menschen die man kennt und denen man vertraut, eine Affinitätsgruppe, und die wird nicht infiltriert. Das ist eine der Gründe, weshalb die FBI nie in der Lage gewesen ist herauszufinden was in irgendeiner dieser zivilen Bewegungen vor sich ging. Und anderen Geheimdiensten geht es genauso. Sie können es nicht. Das ist führerloser Widerstand, oder Affinitätsgruppen, und dezentralisierte Netzwerke sind schwer zu durchdringen. Und es ist durchaus möglich, daß sie es einfach nicht wissen. Wenn Osama bin Laden behauptet nicht beteiligt gewesen zu sein, ist das vollkommen möglich. Es ist tatsächlich ziemlich schwer vorstellbar, wie ein Kerl in einer Höhle in Afghanistan, der nicht einmal Radio oder Telefon hat, eine so hochentwickelte Operation geplant haben könnte. Es ist möglich, das es ein Teil des Hintergrundes ist, wie andere führerlose terroristische Widerstandsgruppen. Was heißt, daß es extrem schwierig sein wird Beweise zu finden.

### **Glaubwürdigkeit aufbauen**

Und die US wollen keine Beweise vorlegen, weil sie in der Lage sein wollen es zu tun, ohne Beweise zu handeln. Das ist ein entscheidender Teil der Reaktion. Man kann sehen, daß die US nicht um die Autorisation des Sicherheitsrates ersucht hat, die sie dieses Mal vielleicht erhalten hätten, nicht aus hübschen Gründen, sondern weil die anderen ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates auch terroristische Staaten sind. Sie sind nur allzufroh sich einer Koalition gegen das was sie als Terror bezeichnen anzuschließen, um nämlich ihren eigenen Terror zu unterstützen. Rußland hätte kein Veto eingelegt, sie lieben es. Deshalb hätten die US wahrscheinlich die Autorisation des Sicherheitsrates kriegen können, aber sie wollten es nicht. Und sie wollten es nicht, weil sie einem seit langer Zeit stehenden Prinzip folgen, das nicht von George Bush stammt, es gab ihn schon während der Clinton Regierung, und reicht noch viel weiter zurück, und zwar, daß wir das Recht haben unilateral zu handeln. Wir wollen keine internationale Autorisation, weil wir unilateral handeln, und deshalb wollen wir es nicht. Wir scheren uns nicht um Beweise. Wir scheren uns nicht um Verhandlungen. Wir scheren und nicht um Abkommen. Wir sind die stärksten, der härteste Typ auf der Straße. Wir tun was wir wollen. Autorisation ist eine schlechte Sache, und muß deshalb vermieden werden. Dafür gibt es sogar einen namen in der technischen Literatur. Es heißt Glaubwürdigkeit aufbauen. Man muß Glaubwürdigkeit aufbauen. Das ist ein wichtiger Faktor in der Politik. Es wurde als offizieller und einleuchtendster Grund für den Balkankrieg geliefert.

Wenn Sie wissen möchten was Glaubwürdigkeit bedeutet, fragen Sie den Mafia Don ihrer Wahl. Er wird Ihnen erklären was Glaubwürdigkeit bedeutet. Und es hat die selbe Bedeutung in internationale Angelegenheiten, außer daß man hier in Universitäten mit großen Worten darüber spricht. Aber es ist im Grunde das gleiche Prinzip. Und es macht Sinn. Und meistens funktioniert es. Der wichtigste Historiker der darüber in den letzten

Jahren geschrieben hat, ist Charles Tilly, mit einem Buch namens "Zwang, Kapital und die Europäischen Staaten". Er weist darauf hin, daß Gewalt Hunderte Jahre hindurch das führende Prinzip Europas gewesen ist, und zwar aus dem Grund, daß sie funktioniert. Das ist sehr einleuchtend. Sie funktioniert fast immer, wenn man eine überwältigende Vorherrschaft der Gewalt hat, und dahinter eine Kultur der Gewalt. Deshalb macht es Sinn dem Prinzip zu folgen. Nun, das sind alles Probleme bei der Befolgung gesetzestreuer Pfade. Und wenn man versucht sie zu befolgen, öffnet man einige sehr gefährliche Türen. Wie zum Beispiel die Forderung der US an den Taliban Osama bin Laden auszuliefern, und sie antworten auf eine Weise, die im Westen als völlig absurd und fremdartig angesehen wird. Sie sagen nämlich, Ok, aber zeigt uns zuerst einige Beweise. Im Westen gilt das als lächerlich. Es ist ein Beweis ihrer Kriminalität. Wie können sie nach Beweise fragen? Ich meine, wenn uns irgendjemand aufgefordert hätte jemanden auszuliefern, hätten wir es sofort getan, wir würden nicht nach Beweisen fragen. [Publikumsgelächter]

## Haiti

Eigentlich wäre es einfach das nachzuprüfen. Wir müssen keine Fälle erfinden. So hat zum Beispiel Haiti die Vereinigten Staaten seit Jahren ersucht Emmanuel Constant auszuliefern. Er ist ein Massenmörder. Er ist einer der Anführer des Massakers an vielleicht 4000 oder 5000 Menschen in den mittleren 90'er Jahren, während der Militärjunta, die entgegen allen Illusionen, ganz nebenbei auch noch, auf nicht sehr verborgene Art und Weise, von den Bush und Clinton Regierungen unterstützt worden war. Wie auch immer, er ist ein führender Mörder. Sie haben unzählige Beweise. Kein Problem mit den Beweisen. Er wurde in Haiti bereits vor Gericht gestellt und verurteilt, und nun ersuchen sie die Vereinigten Staaten ihn zu übergeben. Nun, ich meine, schlagen Sie selbst nach. Sehen Sie wieviel hier darüber in der Öffentlichkeit gesprochen worden ist. Tatsächlich hat Haiti diesen Gesuch vor einigen Wochen erneuert. Es fand noch nicht mal eine Erwähnung. Wieso sollten wir einen überführten und verurteilten Killer ausliefern, der vor einigen Jahren für die Ermordung von 4000 oder 5000 Menschen verantwortlich gewesen ist. Im Grunde, wenn wir ihn ausliefern, wer weiß was er erzählen würde. Vielleicht würde er sagen, daß er von der CIA finanziert und unterstützt worden ist, was wahrscheinlich wahr ist. Diese Tür wollen wir nicht öffnen. Und er ist nicht der einzige.

(...)

## Reaktionen in Afghanistan

Nun, wie steht es um die Reaktionen in Afghanistan. Der ursprüngliche Vorschlag, die ursprüngliche Rhetorik, sprach sich für einen massiven Angriff aus, der sichtbar viele Menschen töten würde, und auch für einen Angriff auf andere Länder in der Region. Nun, die Bush Regierung nahm klugerweise davon Abstand. Alle ausländischen Staatsführer, die NATO, allen anderen, jeder Spezialist, ich schätze auch ihre eigenen Geheimdienste, sagten ihnen, daß dies das dämlichste sein würde was sie tun könnten. Das wäre wie eine öffentliche Rekrutierungsaktion für bin Laden in der ganzen Region. Das ist genau das was er möchte. Und es wäre extrem schädlich für ihre eigenen Interessen. Also sahen sie davon ab. (...)

Ein vernünftiger Vorschlag, der irgendwie beinahe dabei ist in Erwägung gezogen zu werden, aber schon die ganze Zeit über vernünftig gewesen ist, wird von Exil-Afghaner, und angeblich auch von Stammesführer intern erhoben, schlägt eine UN Initiative vor, aus der sowohl die Russen als auch die Amerikaner vollkommen herausgehalten werden sollten. Das sind die zwei Länder, die in den letzten 20 Jahren praktisch das gesamte Land verwüstet haben. Sie sollten da herausgehalten werden. Sie sollten massive Reparationen zahlen. Aber das sollte ihre einzige Rolle sein. Eine UN-Initiative um Elemente innerhalb Afghanistans zusammenbringen würde, um zu versuchen etwas aus den Ruinen zu erbauen - Das könnte funktionieren, mit viel Unterstützung und ohne Einmischung. **Wenn die US darauf bestehen das zu leiten, können wir genausogut aufgeben.** Darin haben wir historisch eine ganze Liste von Errungenschaften.

(...)

Ein einfacher Weg um den Ausmaß an Terror zu reduzieren

Wir möchten den Ausmaß des Terrors sicherlich reduzieren, nicht eskalieren. Es gibt einen einfachen Weg das zu bewerkstelligen, der daher niemals besprochen wird. Nämlich aufzuhören dabei mitzumachen. Das würde den Ausmaß des Terrors ungeheuer herabsenken. Aber das kann man nicht diskutieren. Nun, wie sollten es möglich machen das zu diskutieren. Das also ist ein einfacher Weg den Ausmaß an Terror zu reduzieren.

Darüberhinaus sollten wir die Art der Politik überdenken - und das betrifft nicht Afghanistan allein - in der wir terroristische Armeen organisieren und ausbilden. Das hat Auswirkungen. Wir sehen einige dieser Effekte jetzt im Augenblick. Der 11. September war eins davon.

**Überdenkt es.**

Überdenkt die Politik, die ein Reservoir an Unterstützung schaffen. Genau das, was die Bankiers, die Anwälte und so weiter, an Orten wie Saudi Arabien sagen. Auf den Straßen herrscht darüber viel mehr Verbitterung als Sie es sich vorstellen können. Das ist möglich. Diese Politik ist nicht in Stein gehauen, wissen Sie.

Und darüberhinaus gibt es Gelegenheiten. Es ist schwer in den letzten Wochen einige Lichtstrahlen zu erkennen, aber eins davon ist, daß es eine zunehmende Offenheit gibt. Viele Themen öffnen sich für Diskussionen, sogar in Elitekreise, bestimmt in der allgemeinen Öffentlichkeit, die bis vor wenigen Wochen noch geschlossen waren. Das ist sehr dramatisch der Fall. Ich meine, wenn eine Zeitung wie USA Today ein sehr guter Artikel, ein seriöser Artikel, über das Leben im Gazastreifen bringen kann, gibt es eine Veränderung. Die Dinge die in dem Wall Street Journal erwähnt habe, das ist Veränderung. Und ich denke, in der allgemeinen Öffentlichkeit gibt es eine größere Offenheit und Bereitschaft über Dinge nachzudenken, die bisher unter dem Teppich gekehrt wurden. Das sind Gelegenheiten, und sie sollten genutzt werden, zumindest von Menschen, die das Ziel akzeptieren, zu versuchen den Ausmaß an Terror und Gewalt zu reduzieren, einschließlich potentieller Drohungen, die extrem schwer sind, und sogar den 11. September zur Unbedeutenheit verblassen lassen könnten. Danke.

(übs. von Dana, gekürzt von Ottmar)

<http://www.zmag.org/ZNET.htm>

## **The American Way of Life:**

**Momente einer negativen Utopie**

von

Meinhard Creydt

**An eine sich von Ressentiments oder Schönrednerien (der "eigenen" Nation) unterscheidende Kritik der USA ist zu erinnern, wenn die Bereitschaft wieder zunimmt, jedwede Kritik an den USA mit dem Etikett 'Antiamerikanismus' in eine Schmutzdecke abzuschieben, aus der nur Unappetitliches zu erwarten sei.**

Ein erster, bereits ökologisch plausibler Vorbehalt gegen den American way of life liegt bereits in der Unmöglichkeit, ihn global zu verallgemeinern, handelt es sich bei ihm doch konstitutiv um 'empire as a way of

life', so der US-amerikanische Historiker W. A. Williams, oder um "das Ergebnis der Unfähig- oder Unwilligkeit, im Rahmen seiner eigenen Mittel zu leben" (Prokla 1989/3). Die Rolle der USA nach außen - in Vietnam, in Chile, in Nicaragua, gegenüber Kuba usw. usf. - ist bekannt. Verurteilungen wie die vor dem Haager Internationalen Gerichtshof (wegen der Finanzierung und Ausbildung von Terroristen und der Unterstützung terroristischer Anschläge gegen Nicaragua) hat die USA souverän ignoriert. Die US-Außenpolitik und die Wucht, die sie durch die ökonomische und militärische Macht der USA erhält, stellen ein erstes Hindernis für jedes emanzipatorische Anliegen auf diesem Globus dar. In Stephen Kings neuem Roman 'Duddits. Dreamcatcher' wird die USA als ein riesiges Krebsgeschwulst aufgefaßt, das jedes andersartige Gewebe verdrängt (vgl. plastisch dazu auch Barber 1999). Solange sich an der Macht bzw. der Politik der USA nichts grundlegend geändert hat, wird sich in der Welt ökologisch, sozial und politisch nichts grundlegend zum Guten ändern können. Wir sprechen hier über eine notwendige, keine hinreichende Bedingung.

Bereits an dieser Stelle ergibt sich der Einwand, die Bevölkerung der USA sei nicht mit der politischen Führung gleichzusetzen, es gäbe doch eine Minderheit für eine andere Politik in den USA. "Aber die Minderheit ist eben dies, die Minderheit. ... Es ist Sache der Amerikaner, die durch die US-Außenpolitik gestiftete Wahrscheinlichkeit ihrer Fehlwahrnehmung von außen durch eine Korrektur dieser Politik zu vermindern" (ebd. 8). Die antietatistische Einstellung in den USA, die Ablehnung von Bürokratie und staatlicher Einnischung folgt dem Motto "der Staat hält sich aus unseren Angelegenheiten heraus, und wir halten uns aus seinen Angelegenheiten heraus ...". In der demokratisch angereicherten Privatsphäre werden, so scheint es, die politischen Energien absorbiert. Das hat dann zur Folge, daß die sog. höheren Ebenen der Politik, insbesondere die Außenpolitik, den Politikern überlassen bleiben" (ebd. 4). Auch deshalb "bleibt die Anempfehlung des basisdemokratischen way of life für den Export ohne Überzeugungskraft", solange "Basisdemokratie" zur "Beschäftigungstherapie" mißrät (ebd. 7).

Die USA ist "eine Gesellschaft, die aus Unsicherheit ein positives Prinzip der kollektiven Organisation macht. Sie ist, indem sie für den Individualismus und die 'self help' schwärmt, die Verkörperung einer neodarwinistischen Vision ... , welche in allen Belangen der solidarischen Vision entgegensteht, die die Geschichte der sozialen Bewegungen in die sozialen und kognitiven Strukturen der Männer und Frauen der europäischen Gesellschaften eingeschrieben hat", wie dies Bourdieu (1999/28) die hiesigen Zustände idealisierend bemerkt. Bspw. gibt es in den USA keine gesetzliche Krankenversicherung (außer der für Menschen über 65 Jahre). "Eine lange, schwere Erkrankung mit Krankenhausaufenthalt kann immer noch den Ruin eines Haushalts zur Folge haben. ... Die Furcht vor Krankheitskosten gehört zu den bedrückendsten Sorgen der Haushalte in mittleren Soziallagen" (Scheuch 1992/22 2f.). Auch die Verlierer in der Konkurrenz halten an ihr fest und sehen "Tatwillen, Risikobereitschaft, Leistungsfähigkeit und Mobilität (als) Grundbedingungen eines rechtverstandenen 'Amerikanismus'" an (Wasser 2000/46).

Dem OECD-Bericht über Beschäftigungsperspektiven von Juli 1997 zufolge liegen die durchschnittlichen Arbeitsstunden in den USA 1996 bei 1951 (1993: 1946), in Deutschland bei 1578 (bzw. 1607). Bereits der bezahlte Jahresurlaub dauert in den USA höchstens zwei Wochen, in Europa vier bis fünf Wochen. "Innerhalb der OECD gehören die USA zu den Ländern mit dem niedrigsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad ... (22% 1980, 16% 1990, 14,9% 1995, 14,5 % 1996 - Verf.). Auch deshalb ist der amerikanische Arbeitsmarkt einer der unter den ökonomisch fortgeschrittenen Nationen am wenigsten regulierten. ... Die landesweite Regulierung von Lohnhöhe und Entlassungen ist minimal; es gibt nur wenige geregelte Hürden für Entlassungen, also des hire and fire. Nach OECD-Daten ist die landesweite Gültigkeit von kollektiven Tarifverträgen in den USA zwischen 1980 und 1990 von 26 auf 18% gesunken. Im Vergleich betrug sie 95% in Frankreich, 92% in Deutschland, 82% in Italien ... . Eine stark steigende Anzahl von amerikanischen Arbeitern ist auf individualisierte, sog. frei-gestaltete Arbeitsbedingungen angewiesen" (Pallagrosi 1998/13f.).

Die in Europa immer weiter vorangetriebene Privatisierung öffentlicher Güter ist in den USA bereits erreicht. "Der Staat hat sich aus allen wirtschaftlichen Aufgaben zurückgezogen, öffentliche Unternehmen verkauft und öffentliche Güter wie Gesundheit, Wohnen, Sicherheit, Bildung und Kultur in Handelsgüter verwandelt und deren Nutzer in Kunden. Er hat die 'öffentlichen Dienste' an den privaten Sektor verpfändet und sich der Eingriffsmöglichkeiten in die nationale Ökonomie begeben; er hat sich seiner Macht, gesellschaftliche Chancen auszugleichen und Ungleichheit zurückzudrängen (die sich nun in schier unbeschreiblichem Ausmaß verschärft), beraubt und soziale Funktionen an untergeordnete öffentliche Stellen delegiert (Stadt, Region etc.). All das im Namen der alten liberalen Tradition der self help (einer Erbschaft des Calvinismus, daß Gott denjenigen helfe, die sich helfen) und der konservativen Begeisterung für die individuelle Verantwortung (die Arbeitslosigkeit oder wirtschaftliches Scheitern zuerst den Individuen anlastet und nicht der sozialen Ordnung). Die Demission des Staates ist nirgendwo so sichtbar wie auf dem Gebiet der Kultur, wo sich die Herrschaft des Kommerz ausbreitet, oder auch im Bereich der Innenpolitik, bei der Polizei und im Strafvollzug" (Bourdieu 1999/27).

Bürger machen einander rechtlich per Schadensersatzforderung für ihr mangelndes Wohlergehen verantwortlich, wenn die Verursachung von wirklichen oder vermeintlichen Schäden sich Individuen zuschreiben läßt. "Zwei Drittel aller Anwälte der ganzen Welt sind Amerikaner" (Vidal 1998/1161).

Keinem Volk der Erde ist es so selbstverständlich wie den US- Amerikanern, "daß der Nutzen eines die Freiheit schützenden Gewaltmonopols in der Unterstützung der in der Konkurrenz Erfolgreichen besteht" (Marxistische Gruppe 1979/17). Zugrunde liegt die Gewißheit, daß Opfer für den "Erfolg der Erfolgreichsten" sich lohnen, weil allein ihr Erfolg letztendlich auch zum Erfolg Amerikas führe. Zwischen den Bürgern soll kein anderes Kriterium gelten als "die Tüchtigkeit in der Konkurrenz" (ebd. 18). Jeder Verfälschung der Konkurrenz durch Widerstand seitens der 'Untüchtigen' sei entgegenzutreten. "Übertriebener Gesetzesidealismus" verbietet sich "in den Fällen, da die Größe des Erfolgs der Rechtswidrigkeit Recht gegeben hat - es kann schließlich kein Zufall sein, daß die Mafia außer in Süditalien am genau entgegengesetzten Pol im Spektrum rechtsstaatlicher Lebensart, in New York , ebenso zu Hause ist" (ebd. 20). Wo im Bewußtsein der Bürger das Gemeinwohl derart unmittelbar und ohne schlechtes Gewissen mit dem Erfolg der Tüchtigen ineinsfällt, wird auch die geringe Wahlbeteiligung nicht als Problem empfunden. "Richtig politisiert ist vielmehr, wer im Konkurrieren aufsteht, seine Bemühungen um einigen Erfolg für sich als die beste Form staatsbürgerlicher Pflichterfüllung versteht" (ebd. 27). Wo die Förderung der Konkurrenz und der Geschäfte den Dreh- und Angelpunkt der Staatsaufgaben bildet, dort verbinden die US- Amerikaner "glühende Vaterlandsliebe mit weitreichendem Desinteresse an ihrem Staat", und es ist "ihnen überhaupt kein Widerspruch, ihren Amerikawahn durch deutlichste Demonstration lokalpatriotischer Borniertheit und Eigenbrötlerei zu desavouieren", weil sie "in einem Wort - Nationalisten, aber keine Parteigänger des Staates sind" (MSZ 197 6/7). In aller Selbstverständlichkeit, mit der US- Amerikanern ihre gesellschaftlichen Verhältnisse als Natur vorkommen, wird Politik dann vorrangig dort wahrgenommen, wo die den US- Amerikanern natürlichen Ideale nach außen abgesichert und durchgesetzt werden können und müssen. "Wenn hohlköpfige Kritiker das zu unserem privatkapitalistischen System gehörige Motiv des Profitmies machen, so ignorieren sie die Tatsache, daß es die wirtschaftliche Grundlage aller Menschenrechte ist, die wir besitzen, und daß ohne es alle Rechte bald verschwinden würden" (Dwight D. Eisenhower, US-Präs. 1953- 61).

Die USA steht, wenn man dies Ideal anlegen will, für eine "Verkümmern der hegelianisch-durkheimischen Vision des Staates als eine kollektive Instanz, die damit betraut ist, kollektives Bewußtsein und kollektiven Willen zu wecken und durchzusetzen, zur Stärkung der sozialen Bande beizutragen" (ebd.). Ein in Deutschland immerhin (noch ?) erhaltenes Recht der Allgemeinheit, privates Land wie bspw. Wälder zu betreten, existiert in den USA nicht. Die negative Utopie einer naturwüchsigen Gesellschaft zeigt sich bis ins Detail auch in der für europäische Verhältnisse laxen Handhabung des staatlichen Monopols physischer Gewalt. In den USA verhindert eine starke Lobby, die National Rifle Association, jede Eindämmung privaten Schusswaffenbesitzes (70 Mio. Stück). Die Mordrate war in den 80er Jahren sieben- bis zehnmal so hoch wie in den meisten europäischen Ländern und Japan. In den USA ist es wahrscheinlicher, Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden als einen Autounfall zu erleiden oder an Krebs zu sterben. "Mitte der 80er Jahre war die Wahrscheinlichkeit für eine Amerikanerin, vergewaltigt zu werden, etwa dreimal so hoch wie für eine Westdeutsche, war die Chance für einen Amerikaner, Opfer eines Raubüberfalls zu werden, sechsmal so groß wie für einen Westdeutschen" (Knöbl 1994/51). "Violence is as American as a cherry pie" (Rap Brown).

Auch der den USA positiv zugeschriebene Multikulturalismus eignet sich nicht zu jenem positiven Vorzeigemodell, wofür ihn manche seiner hiesigen Propagandisten ausgeben. Eher zeigt sich in den USA ein Nebeneinander einander indifferenter bis feindlicher ethnischer Gemeinschaften. "Die Konzentration der Koreaner auf die Zentren New York (mit mehr als 100.000 Menschen), San Francisco (mit wenigstens 100.000), Los Angeles und Südkalifornien (400.000) erlaubt den Einwanderern eine fast autonome Existenz. In der Metropole am Pazifik weisen große Schilder von der Stadtautobahn nach ‚Koreatown‘, ... in dem sich so gut wie jeder Wunsch an das Leben ohne ein Wort der englischen Sprache erfüllen läßt - Koreanisch genügt" (FAZ- Magazin v. 7.2.1992). Frank Boeckelmann schreibt in einem von der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD zum Sachbuch des Jahres erhobenen Band (1999/432): "Die an Amerika teilnehmenden Gruppen identifizieren sich als Rassen und Ethnien - nicht mehr durch das, was sie verbindet, sondern durch das, was sie trennt" (430, vgl. auch 430f.). "Die Nordstaaten werden wohl ihr angelsächsisch-protestantisches Gepräge behalten. Aber die Südweststaaten treiben auf eine 'hispanische' Vorherrschaft und die Südoststaaten auf eine Majorität der Schwarzen zu. Niemand weiß, ob die ethnische Dreigliederung der USA eine politische Aufspaltung in drei Nationen vorbereitet ..." (ebd. 432).

Die kulturalisierende und ethnische Desaggregation ruht auf tief in der US-Lebensweise eingelagerten Strukturen auf. Vorherrschend ist die negative Utopie eines Rückzugs der Menschen in Familie, Gemeinschaft und ethnisch wie sozial homogener Nachbarschaft. Zwischen diesen "Inseln der Gleichheit und Happiness"

(Wagner 1977) existiert die raue Natur, die man schon bei jeder Fahrt zwischen Wohnort und Arbeitsstelle zu durchqueren hat. Es gilt als völlig normal, daß man sozusagen nicht nur faktisch, sondern auch imaginär darauf achtet, in vielen Gegenden an der Ampel nicht zu lange zu halten bzw. wenigstens das Auto verriegelt zu halten. "Die Selbstghettisierung in der bevorzugten neighborhood schirmt ab" (Armanaki 1981/14). "Die Amerikaner erleben nie Gesellschaft als ein komplexes, arbeitsteiliges und differenziertes Gebilde aller Menschen um sich her, mit schwerwiegenden Problemen und dringend zu lösenden Aufgaben. Sie erleben nur ihre (jeweilige - Verf.) Insel" (Wagner 1977/108).

Die in den USA nicht nur objektiv notwendige, sondern auch subjektiv als attraktiv empfundene Mobilität (die Zahl der Umzüge beläuft sich auf ein Vielfaches im Vergleich zu europäischen Ländern) verstärkt die Ortlosigkeit, wenn es tendenziell für immer mehr Menschen nur zeitweilige Durchgangsstationen gibt, der beständige Ortswechsel die lokale Verankerung und Assoziation von Menschen untergräbt und die Gestaltung eines gesellschaftlichen Raums scheinbar unnötig macht. Exit als solution. "Das Symbol der amerikanischen Gesellschaft, sagte der Schriftsteller Louis Kronenberger, ist der Möbelwagen. Besserverdienende Erwerbstätige mittleren Alters wechseln alle zweieinhalb Jahre die Firma, und oft ist damit ein Ortswechsel verbunden. Enge Bindungen einzugehen rentiert sich unter diesen Umständen kaum, und Menschen, die mit ihren Familien häufig umziehen, lernen gewissermaßen, ihre Kontakte lose zu gestalten" (Raeithel 1989/435). Die in den USA dem Touristen zunächst attraktiv erscheinende Umgänglichkeit und Unkompliziertheit ihrer Bewohner, die Hilfsbereitschaft, der zwanglose und formlose Umgang sind nur die eine Seite der Medaille. "Die bei uns übliche Unterscheidung zwischen Fremden und Bekannten findet ... in den USA kaum statt. Der soeben aufgegebene Tourist kann dem Nachbarn ohne weiteres als 'friend' vorgestellt werden, denn man 'macht' schnell Freunde in Amerika. Der Begriff 'making friends' spricht da für sich" (Grundmann 1997). Keine kleine Rolle spielt hier der Opportunismus, es sich mit niemandem verderben zu wollen, man wisse ja nie, wofür er einem noch nützlich sein könnte. Stets anschlussfähig sein zu müssen und dies auch zu wollen wird zur zweiten Natur. "Keine engen oder dauerhaften menschlichen Beziehungen einzugehen", diese Haltung wird in den USA als Voraussetzung zum sozialen Aufstieg kulturell toleriert. ... Die Unverbindlichkeit in den sozialen Beziehungen verschärfte die Armutproblematik. Die Mißachtung, die der älteren Generation traditionell entgegengebracht wurde, hat eine nur sehr lückenhafte Altersversorgung entstehen lassen" (Raeithel 1989/436f.).

Die USA sind "ein Land, das sich über Bewegung definiert, also mit der Zeit lebt. Wer stehenbleibt, lebt verkehrt, zum Leben gehört Unterwegssein, und Amerika ist der Schauplatz, auf dem die Menschen - auf ganz verschiedene Weise - unterwegs sind" (Thomä 2000/22). Subjektiv trägt dies zentrale Motiv des American way of life auch dazu bei, die Spitzenstellung der USA in der Müllproduktion (2 Kilogramm Müll pro Person und Tag) zu verstehen. Relevant ist nicht nur die Möglichkeit, Müllkippen in der Weite des Raums zu verstecken. "Müllvermeidung ... paßt auch nicht zum Ideal der Bewegung. ... Wer wegwirft, vollführt nicht etwa nur eine achtlose Geste, gibt nicht einfach etwas dem Verfall preis, was vielleicht noch der Reparatur und der weiteren Nutzung hätte zugeführt werden können. Wer wegwirft, reinigt sich vom Alten. ... Etwas zu lange zu behalten beleidigt den Geist der Bewegung" (Thomä 2000/166f.).

Auch in der US-amerikanischen Ausprägung des Konsums ist eine negative Radikalisierung anzutreffen. An vielen für die USA typischen Konsumgütern (nicht zuletzt den Autos) läßt sich zeigen, wie sie Zeit und Mühe sparen sollen, diese Effekte aber zugleich die Entwicklung von menschlichen Fähigkeiten und Sinnen in Mitleidenschaft ziehen. Es kommt zu einer "mangelnden Übung der Amerikaner in den Konsumfähigkeiten" (Scitovsky 1977/195f.). In keinem anderen Land der Welt sind bspw. derart viele extrem übergewichtige Personen anzutreffen wie in den USA. "Die Amerikaner sind einerseits für ihr großes Interesse an einer richtigen Ernährung und andererseits für ihr Desinteresse an den Freuden des Essens bekannt. ... Es ist erwiesen, daß die gute Küche und der Spaß am Essen keineswegs vom Einkommen oder von der Zugehörigkeit zu den oberen Schichten abhängt. Ganz im Gegenteil, die enorme Vielfalt der Zutaten in der europäischen und mexikanischen Küche beruht v. a. auf der Tatsache, daß die armen Leute alles überhaupt Essbare verwenden müssen und daß sie diese Zutaten mit möglichst viel Phantasie genießbar zu machen versuchen" (ebd. 155). Der US-Amerikaner ist bestrebt, "durch Gleichgültigkeit gegenüber dem Essen häufig Geld und oftmals sogar auch Zeit und Energie sparen. Und wenn er bereit ist, Obst und Gemüse in Dosen oder als Saft zu akzeptieren - obwohl auch frische Waren verfügbar sind - dann spart er sogar bei allen drei Faktoren. ... Somit verdankt die Nahrungsmittelindustrie ihre Existenz dem Wunsch des Konsumenten, Arbeit zu sparen. ... Die Mehrzahl unserer arbeitssparenden Speisen und vorgefertigten Lebensmittel bewirkt, daß ein ziemlich großer Teil des Interesses, der Vielfalt, der Feinheit und des Essensgenusses verlorengeht, wobei diese nachteiligen Effekte kumulativ wirken" (ebd. 159). Zwar hat sich beim Essen seit Scitovskys Buch einiges zum Positiven verändert, zugleich aber erreichten auch die Fastfoodketten neue Rekordverbreitung (vgl. dazu Ritzer 1997).

Die Kehrseite der in den USA selbst im Vergleich zu anderen kapitalistischen Gesellschaften geringer

ausgeprägten institutionellen und subjektiven Präsenz von Ansätzen für eine gesellschaftliche Gestaltung der Gesellschaft ist die in den USA ungleich stärker vorzufindende Moralisierung des Lebens. Bspw. ist es beim Abschluß eines Mietvertrags nicht unüblich, zwei Social Reference Letters und zwei Business Reference Letters einzufordern. "Die Miete oder auch der Kauf einer Wohnung, die in Deutschland als bloße Rechtsgeschäfte abgewickelt werden, sind in Amerika Bestandteil der Gemeinschaftsbildung. Während sich der Vermieter in Deutschland nur formal schützt, indem er eine Kautions verlangt und eine Hausordnung festlegt, schützt sich das Coop Board in Amerika zusätzlich dadurch, daß es die Kandidaten einer charakterlichen Begutachtung unterzieht" (Thomä 2000/51). Bereits mit diesen Empfehlungsschreiben "hat das Geschäft mit Wohnungen noch heutzutage teil an jener Besserungsanstalt, als die sich Benjamin Franklin die amerikanische Gemeinschaft vorstellte" (ebd. 52).

In den USA steht die gesellschaftliche Gestaltung der Gesellschaft niedrig im Kurs und umso mehr bedeutet die moralische Integrität des Regierungspersonals. "Das Gegenprogramm zum Mißbrauch formaler Regierung ist der Einfluß des persönlichen Charakters, das Wachstum des Individuellen" (Ralph Waldo Emerson, zit. n. Thomä 55). Dem entspricht bspw. ein öffentliches Geständnis wie das von Clinton (am 1.9.1998): "Ich brauche Gottes Hilfe, um die Person zu werden, die ich sein will. ... Ich werde meinen Pfad der Reue weitergehen und geistlichen Beistand suchen. ... Veränderung ist nicht einfach. Es bedarf eines Willensakts, um sich zu wandeln. Es bedeutet, mit alten Verhaltensweisen zu brechen. ... Es bedeutet, das Gesicht zu verlieren. Es bedeutet, alles von neuem zu beginnen, und das ist immer schmerzlich. Es bedeutet zu sagen: 'Es tut mir leid'. Es bedeutet anzuerkennen, daß wir die Fähigkeit haben, uns zu ändern" (zit. n. Thomä 200/57). Clinton ist mit dieser öffentlichen Selbstbeichtigung und dem Versprechen der eigenen tätigen Reue "nicht ein spätes Opfer des Puritanismus, sondern dessen vorerst letzter Held. ... Wer sich selbst vervollkommen will, gesteht seine Unvollkommenheit ein: diese Logik hat Clinton gerettet. Das Eingeständnis, Fehler gemacht zu haben, hätte ihm ohne das feste Bekenntnis, sich zu bessern, freilich nichts genützt" (Thomä 2000/58). Zur Moralisierung gehört die öffentliche Anprangerung von Vergehen durch die präzise Mitteilung des Delikts, des vollen Namen des Missetäters inklusive Wohnadresse in der lokalen Presse. Mit der Moralisierung verbindet sich ein Diskurs, in dem die Selbstverantwortung und das Selbstvertrauen zentrale Größen darstellen, die durch staatliche Hilfe untergraben würden. "Was in den Lebensgeschichten der Individuen ohne eigenes Zutun schon vorentschieden ist, wird einfach aus ihnen herausgekürzt. Es gehört schon eine ziemlich rücksichtslose Leugnung von Realitäten dazu, wenn man nicht wahrhaben will, daß durch Lebensumstände ... Vorentscheidungen gefällt werden. ... Zu jener Ideologie (der radikalen Verantwortung - Verf.) gehört auch die in den meisten Staaten der USA bestehende Möglichkeit, Kinder wie Erwachsene zu verurteilen" (Thomä 2000/63). Die Kehrseite der Moralisierung und der Attraktivität all dessen, "was sich individualisieren läßt" (Thomä 2000/110), ist die private Wohltätigkeit. 175 Mrd. Dollar Spenden im Jahr 1998 stehen ebenso dafür wie freiwillige gemeinnützige Arbeiten, die einer Arbeitsleistung von 200 Mrd. Dollar entsprechen (ebd. 107). Die Grenze dieser zum Recht komplementären moralischen Mildtätigkeit markiert schon Hegel (Rechtsphilosophie § 242). Sein Argument leitet nicht notwendig über zur Identifizierung von gesellschaftlicher Gestaltung von Gesellschaft mit Etatismus (vgl. dazu Creydt 1999, 2000). "Weil aber diese Hilfe für sich und in ihren Wirkungen von der Zufälligkeit abhängt, so geht das Streben der Gesellschaft dahin, in der Notdurft und ihrer Abhilfe das Allgemeine herauszufinden und zu veranstalten und jene Hilfe entbehrllich zu machen. ... Es ist eine falsche Ansicht, wenn sie (die Mildtätigkeit - Verf.) der Besonderheit des Gemüts und der Zufälligkeit ihrer Gesinnung und Kenntnis diese Abhilfe der Not allein vorbehalten wissen will und sich durch die verpflichtenden allgemeinen Anordnungen und Gesetze verletzt und gekränkt fühlt."

Im westlichen Land mit der höchsten religiösen Organisationszugehörigkeit fehlen Kirchensteuer und staatliche Zuschüsse für religiöse Projekte und es herrscht ein Sich-Nichteinmischen des Staates in religiöse Angelegenheiten. "Die Auflösung ihres politischen Daseins, ... durch die Aufhebung der Staatskirche, eben dieser Proklamation ihres staatsbürgerlichen Todes entspricht ihr gewaltigstes Leben, das nun ungestört seinen eignen Gesetzen gehorcht und die ganze Breite seiner Existenz auseinanderlegt" (MEW 2/124). Wie in der Ökonomie die hemmungslose Konkurrenz, so werden auch auf dem religiösen Markt die "Diversifizierung und die Innovation" gefördert, weil sie den Markt fördern. "Mit seiner zunehmend mobilen und heterogenen Gesellschaft ist das religiöse Amerika zu einem göttlichen Supermarkt geworden, wo sich für nahezu jeden erdenklichen Geschmack eine Kirche finden oder erschaffen läßt" (Ruthven 1991/315f.). Ohne die Fesseln der Großkirchen kann "in den Händen von selbsternannten, im Selbststudium ausgebildeten, halbgebildeten oder total ungebildeten Predigern ein so reichhaltiger, mannigfaltiger Text wie die Bibel praktisch jede erdenkliche politische oder soziale Einstellung rechtfertigen" (ebd. 316). Auch religiös ist in den USA die Tendenz hegemonial, "die persönliche Erlösung dem Gemeinwohl vorzu ziehen" (ebd. 318). "Regionale, soziale und ideologische Gegensätze, von denen die Nation zerrissen werden könnte ..., finden in gewöhnlichen Zeiten ihr Ventil in der Religion, im Retten von Seelen" (ebd. 320). "Die kleinen Utopien, die hinter Kirchenmauern florieren mögen, neutralisieren einander nicht nur, sie entziehen auch der weltlichen Politik so manche Hitze, sie

zähmen die Leidenschaften, begrenzen Konflikte, erhalten den Bürgerfrieden: Nur wenn die denominationalen (die Religionsgruppen betreffenden - Verf.) Grenzen aufbrechen und große moralische Kreuzzüge entfachen ... wird der politische Status quo durch sie ernsthaft bedroht" (ebd. 315). Böse Zungen sagen den USA nach, sie seien "nur deshalb kein Kirchenstaat geworden, weil es zu viele Religionen gab, die ihren eigenen Kirchenstaat gründen wollten" (Haslinger 1992/84).

Eine Gesellschaft, die die Freisetzung der Konkurrenz und des individuellen Durchkommens radikalisiert, sie als Volkssport und als pursuit of happiness idealisiert und dafür nahezu alles zur Verfügungsmasse erklärt, muß sich über die Rekorde an Kriminalität, Drogensucht und Pornographie nicht wundern. Die vielen religiösen Gruppen in den USA helfen dabei, die Konsequenz sozialer Verhältnisse als individuelle Verirrung zu thematisieren und zu traktieren. Zudem stellen die Kirchen den wirksamsten Gegenpol zur extremen Mobilität dar und bilden "bis heute die wichtigsten Begegnungs- und Versammlungsorte der amerikanischen Gesellschaft" (Haslinger 1992/84). Auch die für den kapitalistischen Konsum unumgängliche Umwertung vieler Werte führt zu einer Verwirrung und Verunsicherung, die wiederum Nachfragemotive nach religiösem Halt schaffen. Es handelt sich weniger um (auch reichlich vorhandene) Doppelmoral als um die letzten, eben: religiös gefaßten imaginären Fundamente einer deterritorialisierten und durch und durch fragmentierten Gesellschaft. Verbindendes finden US-Amerikaner vorrangig in der Idee ihrer Nation. In ihr verkörpern sich jene Rahmenbedingungen, die die individuelle Interessenverfolgung der 'self made men' und des 'pursuit of happiness' fördern. "Die zentralen Ideen dieser Doktrin abzulehnen, heißt 'unamerikanisch' sein. Es gibt kein britisches oder französisches, kein deutsches oder japanisches 'Glaubensbekenntnis'; die Académie Française macht sich Sorgen um die Reinheit der französischen Sprache, nicht über die Reinheit der politischen Ideen Frankreichs. Was wäre denn auch eine 'unfranzösische' politische Idee? Aber die Beschäftigung mit 'unamerikanischen' politischen Ideen oder Verhaltensweisen ist ein stets wiederkehrendes Thema im amerikanischen Leben geblieben. 'Es ist unser Schicksal als Nation gewesen', hat Richard Hofstadter bündig bemerkt, 'keine Ideologie zu haben, sondern eine zu sein'. Diese Identifikation der Nationalität mit dem politischen Glaubensbekenntnis oder Werten verleiht den USA im Grunde ihren einzigartigen Charakter" (Huntington 1982/25). Dementsprechend massiv ist dann auch die Verbreitung des Fahneids, der US-amerikanischen Flagge selbst, patriotischer T-Shirts (bspw. während des Golfkriegs, vgl. zu dieser Zeit in den USA Haslingers beklemmenden Erfahrungsbericht 1992/99ff.). In keinem anderen modernen Land ist die Vorstellung, beispielgebendes Vorbild für die Welt zu sein, der Glaube an die eigene Auserwähltheit und ein Sendungsbewußtsein so ausgeprägt und seit Jahrhunderten immer wieder manifestiert worden wie in den USA (vgl. für vielfältige Beispiele Williams 1984, Winter 1989/42ff.). Auch der Terroranschlag vom 11.9.2001 gibt dann nur Anlaß zum "Kampf des Guten gegen das Böse" (George W. Bush). Zugleich zeigt er, wie eine Nation sich in kollektiven Gefühlsäußerungen zu einer Gemeinschaft zusammenfindet, die sich allein negativ, durch äußere Bedrohung gestiftet versteht. Kollektiv präsent ist die Gesellschaft sich selbst vorrangig als "Erregungs-Gemeinschaft. ... Hochgradig aufgeheizte, hysterische und paniknahe Kommunikationsverhältnisse" machen derart aus einem "vielfältig differenzierten Volkskörper ein in gemeinsamen Themen und Sorgen vibrierendes Schein-Ganzes" (Sloterdijk 1998/29). Wie bei der Siegesparade der 'Golffelden' am 8.6.1991 in Washington, wird es auch demnächst wieder heißen: "Die Feinde des Friedens, diese brutalen Aggressoren, konnten den gemeinsamen Gebeten von 250 Millionen Amerikanern nicht standhalten" (George Bush, zit. n. Haslinger 1992/87). Von den USA ist also noch viel zu erwarten.

Literatur: Armanski, Gerhard 1981: **Mankind's Second Chance**. Vorrede zu einer Analyse der US-Kultur. In: **Dollars und Träume** H. 3. Hamburg Barber, Benjamin R. 1999: **Demokratie im Würgegriff. Kapitalismus und Fundamentalismus - eine unheilige Allianz**. Frankfurt. M. Boeckelmann, Frank 1999: **Die Gelben, die Schwarzen, die Weißen**. Frankfurt. M. Bourdieu, Pierre 1999: **Die Durchsetzung des amerikanischen Modells und seine Effekte**. In: Sozialismus H. 12, Hamburg Creydt, Meinhard 1999: Anhang zu: Probleme nichtsubalterner Basispolitik. In: Grün-Links-Alternatives Netzwerk Ruhrgebiet (Hg.): 'Grün-links-alternative Perspektiven für NRW?!' Dortmund Creydt, Meinhard 2000: **Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit**. Frankfurt. M. Grundmann, Hans R. 1997: **USA Canada. Das Handbuch für individuelles Reisen**. 9. Aufl. Hohenthann Haslinger, Josef 1992: **Das Elend Amerikas**. Frankfurt. M. Huntington, Samuel P. 1982: **American Politics. The Promise of Disharmony**. Cambridge. Mass., London Knöbl, Wolfgang 1994: **Sind die USA eine besonders gewalttätige Gesellschaft?** In: Joas, Hans; Knöbl, Wolfgang (Hg.): Gewalt in den USA. Frankfurt. M. Marxistische Gruppe 1979: USA - Die **Weltmacht Nr. 1**. In: Dies.: Resultate H. 5. München MEW: Marx-Engels-Werke. Berlin-DDR MSZ: Marxistische Studentenzeitung. München Pallagrosi, Luciano 1998: **Die vielen Gesichter des US-amerikanischen Arbeitsmarktes**. In: Supplement der Zeitschrift 'Sozialismus' H. 9/98 Prokla 1989: **Aufgeklärte Blindheit. Plädoyer für einen linken Antiamerikanismus**. Redaktionelles Editorial zu Heft 74, Berlin Raeithel, Gert 1989: **Geschichte der nordamerikanischen Kultur**. Bd. 3.



Weinheim

Ritzer, George 1997: **Die McDonaldisierung der Gesellschaft.** Frankf. M.

Ruthven, Malise 1991: **Der göttliche Supermarkt. Auf der Suche nach der Seele Amerikas.** Frankf. M.

Scheuch, Erwin K. und Ute 1992: **USA - ein maroder Gigant?** Freiburg

Scitovsky, Tibor 1977: **Psychologie des Wohlstandes.** Frankf. M.

Sloterdijk, Peter 1998: **Der starke Grund zusammen zu sein. Erinnerung an die Erfindung des Volks.** Frankf. M.

Thomä, Dieter 2000: **Unter Amerikanern - Eine Lebensart wird besichtigt.** München

Vidal, Gore 1998: **Warum Clinton gejagt wird.** In: Blätter f. dt. u. int. Politik. H. 10, Jg. 43

Wagner, Wolf 1977: **USA - ein Land aus Inseln der Gleichheit und Happiness.** In: Leviathan H. 1, Berlin

Wasser, Hartmut 2000: **Die Rolle der Ideologie in den Vereinigten Staaten.** In: Ders.: USA. Opladen

Williams, William Appleman 1984: **Der Welt Gesetz und Freiheit geben. Amerikas Sendungsglaube und imperiale Politik.** Hamburg

Winter, Rolf 1989: **Ami go home.** Hamburg

Autoreninformation: Dr. Meinhard Creydt, Soziologe und Psychologe, Berlin

SOS from USA..SOS from USA...SOS from USA.

# **EROSION DER BÜRGERRECHTE IN DEN VEREINIGTEN STAATEN**

16.11.2001

## **An der Heimatfront**

**DIE Anschläge vom 11. September und der Krieg in Afghanistan haben auch innenpolitische Konsequenzen für die USA. Fast alle Maßnahmen, die zum Schutz der inneren Sicherheit getroffen wurden, bedeuten eine starke Erosion der bürgerlichen Freiheitsrechte. Neben konkreten Maßnahmen wie der Verhaftung von über tausend Ausländern oder der Schaffung einer Sonderbehörde zur Bekämpfung des Terrorismus sind es vor allem neue Gesetzesbestimmungen, die den Sicherheitsdiensten erlauben, tief in die Privatsphäre des amerikanischen Bürgers einzudringen. Darüber hinaus betreibt die Bush-Administration eine restriktive Zensurpolitik in den Medien. Kritische Stimmen kommen kaum mehr zu Wort.**

**Von MICHAEL RATNER \***

\* Vizepräsident des Center for Constitutional Rights (einer Organisation zum Schutz der verfassungsmäßigen Rechte) in New York.

Ich wohne ein paar Straßen vom World Trade Center entfernt. Ich habe die Explosion im nördlichen Turm gesehen. Kurz darauf musste ich mit Entsetzen beobachten, wie das zweite Flugzeug in zweihundert Meter Höhe über mich hinwegflog, den südlichen Turm traf und explodierte. Ich sah die Twin Towers einen nach dem anderen in sich zusammensacken. Mitglieder meiner Familie sind dem Unglück nur knapp entronnen. Ein Fußballtrainer meines Sohnes wurde getötet, und eine seiner Mitschülerinnen hat ihren Vater verloren.

Wir alle in New York wollen unsere Kinder schützen, wir wollen, dass die Terroristen festgenommen und bestraft werden, wir wollen das Netzwerk der Terroristen zerstören und weitere Angriffe verhindern. Unsere Regierung behauptet, dies könne man nur erreichen, indem man andere Länder militärisch angreift und im

eigenen Lande die Überwachung verstärkt. Der Krieg gegen den Terrorismus, den sie ausgerufen hat, ist ein echter Krieg mit Bombern, Raketen, Kommando-Aktionen und Bodentruppen, mit finanziellen, juristischen, politischen und diplomatischen Implikationen, die der Regierung als Rechtfertigung dienen, auch im Innern des Landes unsere Freiheiten und unsere verfassungsmäßigen Rechte einzuschränken. Mitglieder des Kongresses wie der republikanische Senator Trent Lott wollen uns weismachen: "Wenn man sich im Krieg befindet, geht man mit den individuellen Grundrechten anders um." Und Sandra Day OConnor, Mitglied des Supreme Court der USA, lässt verlauten, wir würden "wahrscheinlich mehr Einschränkungen unserer persönlichen Freiheitsrechte erleben als jemals zuvor in der Geschichte unseres Landes".(1)

Der "Krieg" gegen den Terrorismus, wie er bei uns zu Hause stattfindet, produziert ein falsches Gefühl der Sicherheit. Auch dichtere Grenzen, erweiterte Befugnisse für die Geheimdienste und verstärkte Überwachungsmaßnahmen können den Terrorismus nicht stoppen, und selbst ein Polizeistaat wäre außerstande, uns hundertprozentig vor den Anschlägen von Terroristen zu schützen.

Die Bemühungen der US-Regierung, den Terrorismus im eigenen Lande zu zerschlagen, setzen auf drei verschiedenen Ebenen an. Zum einen wurde am 20. September das "Homeland Defense Office" als neue Sonderbehörde der Regierung gegründet. Es soll Erkenntnisse zusammentragen, die Aktivitäten gegen den Terrorismus koordinieren und Maßnahmen veranlassen, die terroristische Aktivitäten verhindern oder auf sie reagieren. Wie diese Behörde funktionieren wird, ist noch nicht klar, aber sie dürfte die Macht der Strafverfolgungsorgane und der Geheimdienste noch weiter konzentrieren.

Zum anderen wird eine schärfere Gangart gegenüber Ausländern eingeübt, egal ob sie dauerhaft in den USA leben oder nur hier studieren, ob sie vorübergehend hier arbeiten oder als Touristen kommen. Normalerweise kann man einen Ausländer höchstens 48 Stunden inhaftieren, ehe Anklage gegen ihn erhoben werden muss. Im Gefolge des 11. September hat Justizminister Ashcroft eine neue Regelung erlassen, wonach Ausländer auch ohne Anklage für "eine angemessene Zeit" festgesetzt werden dürfen, was durchaus monatelang bedeuten kann. Das FBI hat denn auch eine große Zahl von Individuen, die terroristischer Verbindungen verdächtigt wurden, festnehmen und verhören lassen. Die meisten der weit über 1 000 Verhafteten waren Menschen aus dem Nahen Osten, die keine US-Staatsbürgerschaft haben; viele von ihnen durften tagelang keinen Kontakt mit einem Anwalt aufnehmen, vielen teilte man nicht einmal mit, was ihnen vorgehalten wird.(2) Nur ganz Wenigen war eine Verbindung zu dem Angriff vom 11. September nachzuweisen. Manche wurden einfach verhaftet, weil sie aus Ländern wie Pakistan stammten. Nicht selten wurden die Verhafteten auch misshandelt, steht in einigen Berichten.(3)

### **Unter Verdacht**

DAS FBI konzentriert sich, wie es heißt, auf Gruppen, die Beziehungen zum Terrorismus unterhalten. Dazu werden selbst pazifistische Organisationen wie die US-amerikanische Sektion der "Frauen in Schwarz" gezählt, die Mahnwachen gegen die Gewaltaktionen in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten organisieren. Mitgliedern dieser Gruppe wurde vom FBI angedroht, falls sie keine Auskunft über ihre Aktivitäten gäben, würde man sie einsperren. Eine der Frauen meinte dazu: "Wenn das FBI nicht bereit oder in der Lage ist, eine Unterscheidung vorzunehmen zwischen Gruppen, die Hass und Terror verbreiten, und Friedensaktivisten, die in aller Öffentlichkeit gegen alle Formen des Terrorismus kämpfen, dann haben wir ein ernsthaftes Problem."(4) Das FBI macht diese Unterscheidung nicht. Deshalb lässt es nicht nur tausende aufgrund vager Verdachtsmomente festnehmen, sondern beobachtet nach wie vor die gesamte Dissidentenszene der USA.(5)

Die dritte Ebene sind die Bestimmungen der neuen Antiterrorgesetzgebung, die sich gegen Ausländer wie gegen US-Staatsbürger richten. Das so genannte U.S.A.P.A.T.R.I.O.T.-Gesetz(6) hat außerhalb des Kongresses mehr Widerspruch hervorgerufen, als man in diesen schwierigen Zeiten erwarten sollte. Gegen seine schlimmsten Bestimmungen opponierte eine breite National Coalition to Protect Political Freedom, zu der sich über 120 Gruppen von links bis rechts zusammengeschlossen haben. Sie konnten zwar einige eher unbedeutende Änderungen durchsetzen, aber die beklemmendsten Bestimmungen sind erhalten geblieben. Eine wirkliche Änderung bedeutet nur die "Sunset"-Klausel, derzufolge einige, aber beileibe nicht alle Vorschriften nach vier Jahren automatisch auslaufen.(7)

Die wichtigsten Veränderungen betreffen die Rechte von Ausländern. Dabei hatten schon die Antiterrorismusetze, die im Gefolge des Bombenattentats auf das Regierungsgebäude in Oklahoma City verabschiedet wurden, der Bundesregierung eine weitgehende Ermächtigung verliehen, Ausländer zu verhaften, in Haft zu halten und auszuweisen, falls geheimdienstliche Erkenntnisse gegen sie vorliegen. Das neue Gesetz geht weiter und erlaubt die "obligatorische Ausweisung" von Ausländern, die der Justizminister als "terrorismusverdächtig" bezeichnet. Eine solche "präventive Ausweisung" galt bislang als verfassungswidrig.(8) Zweitens ist nach dem neuen Gesetz ein Ausländer bereits aufgrund irgendeiner Verbindung mit einer "terroristischen Organisation" auszuweisen, während zuvor eine Ausweisung nur statthaft war, wenn er terroristische Aktivitäten unterstützt hat. Obwohl diese Änderung auf den ersten Blick einigermaßen plausibel erscheint, läuft sie auf eine gefährliche Erosion des durch die Verfassung geschützten Vereinigungsrechts hinaus. Zudem ist der Begriff "terroristische Organisation" so vage gefasst, dass darunter auch der südafrikanische ANC oder Organisationen wie die IRA oder sogar eine bewusst gewaltfrei operierende NGO wie Greenpeace fallen

könnte. Ein Ausländer, der solchen oder ähnlichen Gruppen lediglich medizinische oder humanitäre Hilfe leistet oder deren politische Anliegen auch nur finanziell unterstützt, könnte demnach auf unbegrenzte Zeit in Haft genommen werden.

Ein Kernelement des neuen Gesetzes ist die sehr weit gehende Ermächtigung zum Abhören von Telefonen. In den Vereinigten Staaten ist das Telefonabhören zwar statthaft, aber im Allgemeinen nur, wenn es plausible Anhaltspunkte für ein Verbrechen gibt und wenn ein Richter eine spezielle Anordnung unterzeichnet. Darin mussten der genaue Zeitraum, die Nummern der abzuhörenden Telefone und die Art der abhörbaren Gespräche spezifiziert sein.(9) Diese strengen Anforderungen wurden 1978 durch eine Ausnahmebestimmung gelockert, insofern der Foreign Intelligence Act auch das Abhören zulässt, um Informationen über ausländische Regierungen und ausländische terroristische Organisationen zu gewinnen. Zu diesem Zweck wurde eine nicht öffentliche Gerichtsinstanz eingerichtet, die solche Abhörmaßnahmen absegnen konnte, ohne dass die Regierung Beweismittel für ein kriminelles Vergehen zu präsentieren hatte. Mit der Zeit hat der geheime Gerichtshof seine Rechtsauffassungen dermaßen elastisch ausgeweitet, dass er dem FBI erlauben konnte, heimlich Wohnungen und Büroräume zu durchsuchen und sich Bankauszüge und ähnliches Material zu verschaffen. Heute segnet das Gericht die Abhörträge der Spionageagenturen praktisch routinemäßig ab. In den 24 Jahren seiner Existenz hat es über 10 000 Abhörvorgänge genehmigt - im letzten Jahre nahezu 1 000 - und dabei offenbar nicht einen einzigen Antrag abgelehnt.(9)

Unter dem neuen Gesetz ist dieses nicht öffentliche Gericht ermächtigt, das Abhören von Telefonen und die heimliche Durchsuchung von Wohnungen bei einem vermuteten Verbrechen zu erlauben - also nicht nur zum Sammeln von Informationen über ausländische Organisationen. Das FBI darf Einzelpersonen und Organisationen abhören, ohne die strikten Anforderungen der US-Verfassung zu beachten. Und der geheime Gerichtshof ist autorisiert, die Leitungen von allen Telefonen, Computern und Mobiltelefonen anzuzapfen, die möglicherweise von einem Verdächtigen benutzt werden. Auch das Mitlesen von E-Mails wird auf breiter Basis gestattet, und zwar sogar bevor die Empfänger sie geöffnet haben.(10) Damit werden tausende von Unterhaltungen und Mitteilungen mitgehört oder mitgelesen, die mit dem Verdächtigen oder einem Verbrechen gar nichts zu tun haben.

Das neue Gesetz enthält noch viele andere Erweiterungen der Ermittlungs- und Strafverfolgungskompetenzen: den erweiterten Einsatz von Undercover-Agenten zur Infiltration von Organisationen, längere Gefängnisstrafen ebenso wie die lebenslange Überwachung von Personen, die ihre Strafen abgesessen haben, aber auch mehr Verbrechenstatbestände, die mit dem Tode bestraft werden können, und längere Verjährungsfristen.(11) Einer weiteren Bestimmung zufolge ist es ein Verbrechen, wenn eine Person es unterlässt, dem FBI mitzuteilen, dass sie "plausible Gründe" zu der Annahme hat, jemand könne ein terroristisches Verbrechen im Schilde führen. Insgesamt stellt die neue Gesetzgebung einen der umfassendsten Angriffe auf die Freiheitsrechte dar, die wir in den letzten fünfzig Jahren erlebt haben.

Auch die Zensurmaßnahmen wurden seit Beginn des Krieges immer mehr ausgeweitet. Anfang Oktober warnte Ari Fleisher, der Pressesprecher des Weißen Hauses: "Die Leute müssen darauf achten, was sie sagen und was sie tun."(11) Wer die Aktionen und die Politik der USA in Frage stellt, gilt als unpatriotisch. Stimmen gegen das Kriegsgeschrei oder Leute, die nach den tiefer liegenden Gründen für die terroristischen Angriffe fragen, gelangen kaum an die Öffentlichkeit. Wagen sie es, sich doch zu äußern, ist die Verurteilung einhellig. Es herrscht Konsens, dass wir unseren Staat nicht kritisieren und dass die Terrorursachen zu erörtern im Grunde bedeutet, die Terroristen zu entschuldigen. Dieser Vorwurf traf zum Beispiel Susan Sontag, als sie das Eingeständnis forderte, dass es sich bei den Angriffen vom 11. September nicht um eine Attacke auf "die Zivilisation" oder "die Freiheit" gehandelt habe, sondern um einen Angriff "auf die Vereinigten Staaten, die einzige selbst ernannte Supermacht der Welt", einen Angriff, der "als Konsequenz der Politik, Interessen und Handlungen der Vereinigten Staaten unternommen wurde". Daraufhin wurde sie in den Medien vehement als "Amerikahasserin" angegriffen.(12) Die *Daily News*, eine der größten New Yorker Zeitungen, beschimpfte diejenigen, die nach den Wurzeln des Terrors fragen, als "Nostalgiker der Sechzigerjahre, radikale Muslime, linksradikale Randfiguren und schlechte Spinner", die "der Feind lieben dürfte".(13)

Auch die Selbstzensur greift um sich, bei den Medien und sogar bei progressiven Organisationen. Alternativen Ansichten wird einfach kein Raum mehr gegeben. In einer Fernsehshow wurde das Mikrofon mitten in einem Satz abgedreht, als ein Gast nicht für eine militärische, sondern für eine rechtliche Lösung argumentierte. Ein bekannter Journalist wurde von seiner Radiostation gefeuert, weil er ein Interview mit Barbara Lee gesendet hatte, dem einzigen Mitglied des Kongresses, das gegen den Krieg gestimmt hatte.

Kritik an der politischen Führung ist fast unzulässig, auch dann, wenn sie nichts mit dem Krieg zu tun hat. Zwei große Umweltorganisationen zogen Anzeigen zurück, in denen sie die Umweltpolitik von Präsident Bush kritisierten. Mehrere Zeitungen, darunter die *New York Times*, entschlossen sich, die Ergebnisse ihrer gemeinsam organisierten Nachzählung der umstrittenen Präsidentschaftswahlen in Florida nicht zu publizieren, weil sie befürchteten, dies könnte die Legitimität des Präsidenten in Zweifel ziehen.

Die Regierung praktiziert ihre Zensurmaßnahmen immer offenkundiger. Zwar hat der Präsident seine Ankündigung, die Unterrichtung des Kongresses über militärische und geheimdienstliche Themen

einzu­schränken, nach einigen Tagen zurück­ge­nommen, aber ob er den Kongress in Zukunft voll unterrichten wird, bleibt abzu­war­ten. Die Presse bekommt immer noch sehr wenige Informationen. In den Pressekonferenzen unterrichtet die Regierung zwar über die militärischen Angelegenheiten, aber keinem Journalisten wird gestattet, die Truppen zu begleiten. Die erstaunlichste Zensurmaßnahme war die Forderung der Regierung, die fünf großen Fernsehstationen sollten die aufgezeichneten Stellungnahmen von Ussama Bin Laden und seinen Vertretern nicht in vollem Umfang senden. Die Regierung behauptete, sie könnten verschlüsselte Mitteilungen enthalten, musste aber inzwischen zugeben, dass man keine gefunden hat. Dennoch haben die Fernsehstationen die Aufzeichnungen nicht gesendet, worauf die Regierung ihre Forderung auch auf die Printmedien ausdehnte. Die USA haben sich immer viel auf den Schutz der Rede- und Pressefreiheit durch ihre Verfassung zugute gehalten. Diese Freiheiten sind in Kriegszeiten besonders wichtig, wenn eine funktionierende Demokratie essenziell auf eine lebendige öffentliche Diskussion angewiesen ist. Es ist freilich nicht ungewöhnlich, dass Regierungen in Kriegszeiten oder in einer nationalen Krise zu drakonischen polizeilichen Maßnahmen greifen. Das ist in den USA wie anderswo schon häufig geschehen. Aber wir sollten aus der Geschichte lernen. In einer Atmosphäre der Kriegshysterie und der Instabilität sollte man nicht übereilt Gesetze beschließen, die unsere Freiheitsrechte beschneiden und der Regierung und ihren geheimdienstlichen und polizeilichen Organen erweiterte Vollmachten geben. Die US-Regierung stellt den Krieg gegen den Terrorismus als einen lang andauernden Krieg dar und als Krieg ohne Grenzen. Der Terrorismus bedrohe uns schließlich alle. Aber ebenso beunruhigend ist die Vorstellung, dass unsere Regierung im Namen der Terrorismusbekämpfung gewillt ist, auch unsere verfassungsmäßigen Freiheitsrechte auf Dauer einzuschränken.

aus dem Engl. von Niels Kadritzke

#### Fußnoten:

- (1) *Washington Post* vom 14. September 2001 und *New York Times* vom 29. September 2001.
- (2) *New York Times*, 14. Oktober 2001. Das US-Justizministerium weigert sich auch mitzuteilen, wie viele der Verdächtigen noch in Haft sind und was ihnen vorgeworfen wird. Siehe *International Herald Tribune* vom 1. November 2001.
- (3) Zum Beispiel wurde am 18. September ein 21-jähriger Collegestudent aus Pakistan auf der Fahrt zu seiner Schule von der Einwanderungspolizei festgenommen. In der Zelle des Untersuchungsgefängnisses schlugen ihn drei weiße Mitinsassen zusammen, die ihn Bin Laden nannten und umzubringen drohten.
- (4) Siehe den Report von Ronnie Gilbert, "Investigation of Women in Black" vom 4. Oktober 2001 in: [www.labournet.net/world/0110/wmnbk1.html](http://www.labournet.net/world/0110/wmnbk1.html).
- (5) Das FBI hat sich schon immer - wie die CIA - als Schutzmacht der US-amerikanischen Ideologie betrachtet. So wurden immer wieder Gruppen, die gegen die Regierungspolitik opponierten (wie Bürgerrechtler, Vietnamkriegsgegner oder auch nur kulturelle Dissidenten) vom FBI überwacht und in ihren Aktivitäten behindert.
- (6) Der programmatische Name U.S.A.P.A.T.R.I.O.T. steht für "Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism". Das Gesetz wurde im Repräsentantenhaus mit einer Mehrheit von 356 zu 56 und im Senat mit 98 gegen nur eine Stimme verabschiedet.
- (7) Allen( )Erfahrungen zufolge wird ein Gesetz jedoch in der Regel verlängert, wenn sein Verfallsdatum näherrückt.
- (8) Bisher konnte ein Verdächtiger nur in Haft gehalten werden, wenn er eine Gefahr für die Gemeinschaft oder ein Flugrisiko darstellte, und auch dies nur nach einer gerichtlichen Anhörung.
- (9) Patric S. Poole, "Secret Court: the Foreign Intelligence Surveillance Court", unter: <http://fly.hiwaay.net/~pspoole/fiscshort.htm>.
- (10) Das neue Gesetz erlaubt einen erweiterten Einsatz von Systemen wie Carnivore, das in der Lage ist, alle über einen Internet-Provider versendeten E-Mails zu überwachen und die Inhalte und/oder Adressen der Sender und Empfänger zu speichern.
- (11) Siehe *Los Angeles Times* vom 2. Oktober 2001.
- (12) Celine Bohlen in *New York Times* vom 29. September 2001.
- (13) *The Daily News* vom 5. Oktober 2001.

© Contrapress media GmbH  
 Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz-Verlags

<http://www.counterpunch.org/ratner5.html>

# Perspektiven und Ausblicke

## Presseerklärung Forum Menschenrechte:

### **USA gefährden wirksame Bekämpfung von Menschenrechtsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof**

**Das Forum Menschenrechte ist tief besorgt über einen Gesetzentwurf von US-Senator Jesse Helms, der die US-Regierung auf eine aggressive Opposition gegen den Internationalen Strafgerichtshof verpflichten soll. Die US-Administration hat ihre Unterstützung für dieses Gesetz angekündigt.**

In den nächsten Tagen soll über diesen Gesetzentwurf im US-amerikanischen Senat verhandelt werden. Nach Ansicht des Forums Menschenrechte würde die Annahme des Gesetzentwurfes einen schweren Rückschlag für die Stärkung des Völkerrechts bedeuten. Das Forum Menschenrechte hat bei seinem jüngsten Treffen mit Außenminister Fischer am 5. Oktober schon auf die Bedeutung des Internationalen Strafgerichtshofs für die Ahndung von schweren Kriegs- und Menschenrechtsverletzungen hingewiesen. "Angesichts der derzeitigen Entwicklungen in den USA wiederholen wir erneut unseren Appell an den Außenminister und die Bundesregierung in dieser Angelegenheit umgehend tätig zu werden" sagte Stefan Herbst, Mitglied des Koordinierungskreises des Forum Menschenrechte. "Die Verabschiedung des Gesetzentwurfes im US-Senat würde unseres Erachtens im Widerspruch zu den Erfordernissen einer internationalen Terrorismusbekämpfung, die völkerrechtliche und menschenrechtliche Verpflichtungen achtet, stehen. Der jüngste Terroranschlag hat einmal mehr deutlich gemacht, dass die internationale Gemeinschaft über wirksame internationale Instrumente verfügen muß, um gegen diese Verbrechen auf rechtsstaatliche und zivile Weise vorzugehen." Das Forum Menschenrechte weist darauf hin, dass eines der wichtigsten Ziele der Terrorismusbekämpfung die Einrichtung eines international legitimierten Strafgerichtshofes ist, der in die Lage versetzt wird, solche Verbrechen nach klaren internationalen Normen zu untersuchen und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.

Der Entwurf des Senators Jesse Helms, der sogenannte American Servicemembers Protection Act (ASPA, "Schutzgesetz für Angehörige der Streitkräfte"), sieht hingegen vor, der US-Regierung die Zusammenarbeit mit dem Gerichtshof zu untersagen. Kleineren Staaten, die das Statut des Gerichtshofes ratifizieren wird der Entzug der US-Militärhilfe angedroht. Hinzukommt, dass der Helms-Act den Präsidenten dazu autorisiert, Inhaftierte des Gerichtshofs notfalls mit Gewalt zu befreien.

Die Verabschiedung eines solchen Entwurfes stellt nach Ansicht des Forums Menschenrechte einen Rückfall in einen Unilateralismus dar, der gegen die gesamte Völkerrechtsgemeinschaft gerichtet ist. Die gesetzliche Drohung mit Gewaltanwendung ist nach Ansicht des Forums Menschenrechte ein Verstoß gegen das völkerrechtliche Interventions- und/oder Gewaltverbot.

Stefan Herbst Mitglied im Koordinierungskreis des Forum Menschenrechte Referat Menschenrechte/Bildung  
Albertus Magnus Str. 39 53177 Bonn Tel.: ++49-228-9535320 FAX.: +49-228-9535440

**Angesichts der von George W. Bush inaugurierten Militärtribunale für nicht-amerikanische Terroristen sieht Johannes Willms in einem Beitrag der Süddeutschen Zeitung die USA am Rande der Barbarei: "Es steht in einem unauflöslichen, einem fundamentalen Widerspruch zu der Behauptung, die Werte der Zivilisation zu verteidigen, mit der die breite Staatenallianz gegen den Terror zusammengeschirrt wurde und die Grundlage der UN-Resolution für den derzeit geführten Krieg in Afghanistan ist. Präsident Bush**

**hat sich mit dieser Anordnung quasi diktatorische Vollmachten angeeignet, die den Beifall des einstigen Kronjuristen des 'Dritten Reichs' Carl Schmitt ('Der Führer schützt das Recht') zweifellos gefunden hätten."**

Im Morgengrauen

## **Bushs Militärtribunale widersprechen dem Rechtsstaat**

*von Johannes Wilms*

**Die Szene: Der Wallgraben, der das Schloss Vincennes bei Paris umgibt. Die Zeit: 21. März 1804, 3 Uhr morgens. Das Geschehen: Ein Befehl ertönt, Schüsse krachen, der Körper eines Mannes sinkt zu Boden. Es ist der Duc d'Enghien, ein Mitglied des Hauses Bourbon. Bonaparte, als Consul auf Lebenszeit Diktator der französischen Republik, der sich selber am 2. Dezember 1804 zum Kaiser der Franzosen krönen sollte, handelte damit in gut korsischer Manier und in der Raison seiner weiteren Absichten: Zwischen ihm, dem neuen Prätendenten auf den verwaisten Thron Frankreichs, und jener Familie, die nach vorrevolutionärem Rechtsverständnis legitime Ansprüche darauf hatte, sollte sich ein Graben auftun, der mit Blut gefüllt war. Deshalb gab er, wie er zwölf Jahre später auf Sankt Helena einem seiner Begleiter, dem Marschall Bertrand eingestand, den Schießbefehl: „Je donnai l'ordre“.**

Es war ein politischer Mord, dem die Farce eines kurzen Verhörs und eines noch kürzeren Militärtribunals unmittelbar vorausgegangen war. Gerechtfertigt wurde dieses Verbrechen damit, dass Bonaparte glaubte, plausible Gründe für die Annahme zu haben, der Duc d'Enghien sei die Schlüsselfigur in einer monarchistischen Verschwörung zum Umsturz der Republik. Beweise dafür, die in einem ordentlichen Gerichtsverfahren ein Todesurteil gerechtfertigt hätten, gab es keine. Talleyrand soll später das Geschehen mit den Worten kommentiert haben: „Das war mehr als ein Verbrechen; es war ein Fehler.“

US-Präsident Bush schickt sich in gut texanischer Manier an, der sarkastischen Einsicht Talleyrands zuwider zu handeln. Am Dienstag dieser Woche verkündete er – gestützt auf seine durch die Verfassung gewährleistete Amtsautorität als Präsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte und die Gesetze der USA sowie auf die „Authorization for Use of Military Force Joint Resolution (Public Law 107-40, 115 Stat. 224)“ und in Sonderheit auf die Abschnitte 821 und 836 des Rechtstitels 10 des United States Code – die Anordnung, dass terroristische Angreifer der USA, die nicht Staatsbürger der Vereinigten Staaten sind, bei ihrer Ergreifung der US-Militärgerichtsbarkeit zur Aburteilung überführt werden sollen.

Die Vorteile, so vorzugehen, liegen auf der Hand: Die Verfahren können unter größter Geheimhaltung stattfinden; das dient dem Zeugenschutz und Zeugnisschutz. Schuldsprüche vor Militärgerichten müssen im Unterschied zu jenen einer Grand Jury nicht einstimmig gefällt werden; es genügt eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Die Beweiswürdigung ist weniger penibel, zumal ein Angeklagter vor einem Militärgericht in der Wahlfreiheit seines Anwalts eingeschränkt ist. Urteilssprüche von Militärgerichten können nur in letzter Instanz vor einem Zivilgericht, in diesem Fall dem US-SupremeCourt, angefochten werden. Schließlich wird das Prinzip der Gewaltenteilung außer Kraft gesetzt: Militärgerichte sind keineswegs unabhängige Organe der Rechtsprechung, sondern integraler Bestandteil der Exekutive. Das heißt: Der Präsident fungiert auch als oberster Gerichtsherr. Mehr noch: In „Section 2“ seiner Anordnung dekretierte Präsident Bush ausdrücklich, dass es ihm selbst obliege, „von Zeit zu Zeit schriftlich mitzuteilen, dass es plausible Gründe für die Annahme gibt“ (reason to believe), ob ein Individuum Mitglied von Al Qaida ist, an Akten des internationalen Terrorismus beteiligt war oder einen Terroristen wissentlich beherbergt hat.

### **Diktatorische Vollmachten**

Eine solche Verfahrensweise spricht dem Verständnis eines demokratischen Rechtsstaats, für den man die USA bislang zu halten geneigt war, Hohn. Mehr noch: Es steht in einem unauflöselichen, einem fundamentalen Widerspruch zu der Behauptung, die Werte der Zivilisation zu verteidigen, mit der die breite Staatenallianz gegen den Terror zusammengeschirrt wurde und die Grundlage der UN-Resolution für den derzeit geführten Krieg in Afghanistan ist. Präsident Bush hat sich mit dieser Anordnung quasi diktatorische Vollmachten angeeignet, die den Beifall des einstigen Kronjuristen des „Dritten Reichs“ Carl Schmitt („Der Führer schützt

das Recht“) zweifellos gefunden hätten. US- Justizminister John Ashcroft fand dafür lediglich die opportunistische Rechtfertigung: „Ausländische Terroristen, die Kriegsverbrechen gegen die Vereinigten Staaten begehen, sind meiner Meinung nach weder berechtigt noch bedürfen sie des Schutzes der amerikanischen Verfassung“. Aber auch diese Melodie ist bekannt. Sie stammt von Saint-Just, dem Chefankläger des weiland Chefterroristen Robespierre, und lautet: „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit“.

In Den Haag gibt es einen Internationalen Gerichtshof, der augenblicklich und in einer rechtsstaatlich einwandfreien Verfahrensweise die Kriegsverbrechen in Ex-Jugoslawien verhandelt. Stimmt nicht ! Ist durch nichts abgesegnet. Keine Staat der Erde hat seine Souveränität in Sachen Strafverfolgung an dieses Gericht abgegeben. (O.Lattorf)Die Kompetenzen dieses Gerichts ließen sich mühelos auch auf die Aburteilung jener Terrorakte ausdehnen, die zu ahnden derzeit eine Weltallianz Krieg führt. Das ist jedoch nicht im Interesse der USA, die sich hartnäckig gegen einen internationalen Gerichtshof zur Wehr setzen. Die Gründe dafür sind offensichtlich: die USA hätten nämlich Anlass zu befürchten, sich vor diesem Gericht für Menschenrechtsvergehen in Chile oder Kambodscha verantworten zu müssen. Da ist es doch opportuner, nach Abschluss eines Militärgerichtsverfahrens melden zu können: „The convicted delinquents were shot at dawn“  
JOHANNES WILLMS

Süddeutsche Zeitung 17.11.2001

# Abschied vom Grundgesetz

## Otto Schilys Weg zum Überwachungsstaat

Von

Burkhard

Hirsch

**Wir haben Anspruch auf wirksame Maßnahmen zum Schutz unserer Rechte, unserer Freiheit und unserer Sicherheit. Wir haben einen Anspruch darauf, daß sich unsere gewählten Repräsentanten nicht atemlos mit Patentrezepten zur Bekämpfung des Terrorismus und mit philosophischen Schnellkursen über das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit überbieten, während sie in Wirklichkeit die Stellungen für den Wahlkampf 2002 ausheben. Wir haben ein Recht darauf, von unwirksamen, undurchdachten und rechtsstaatlich nicht hinnehmbaren Vorschlägen verschont zu bleiben.**

Was vor dem 11. September falsch oder unwirksam war, wird danach nicht richtig oder effektiv. Der 11. September hat die Welt nicht verändert. Es hat auch schon zuvor Selbstmordattentate gegeben, Flugzeugentführungen und Sprengstoffattentate mit unzähligen Toten, sogar in den USA. Die Bedrohung war bekannt. Neu sind das Ausmaß des Verbrechens und die Vorstellung, man könne Terroristen mit einem Krieg bezwingen.

Der Bundesinnenminister hatte einen Gesetzentwurf vorgelegt, gegen den sich die Notstandsgesetze wie Träumereien am Kamin ausnehmen. Dabei ist die innenpolitische Aufrüstung ohnedies schon weit gediehen. Rasterfahndung, Kontaktsperre und Beobachtende Fahndung, verdeckte Ermittler auch als Zeugen unter einer Legende, beschleunigtes Verfahren und erleichterte U-Haft, Vorbeugehaft, Kronzeugen, Anzeigepflicht der Banken, elektronisches Belauschen, Überwachung der Auslandsgespräche, Verdachtsdateien, Schleierfahndung, Speicherung von Personen, die „nach ihrer Persönlichkeit“ in Zukunft eine Straftat begehen könnten, Ausweisung von Ausländern auf Verdachtsbasis. Das alles und vieles mehr gibt es bereits.

Eine parlamentarische Erfolgskontrolle halten Bund und Länder für zu arbeitsaufwändig. Wir wissen nur, daß wir bei Telefonkontrollen unter demokratischen Staaten Weltmeister sind (immerhin 1,4 Millionen Verbindungen jährlich) und daß die Wanze in der Wohnung bisher in der Mehrzahl Unbeteiligte getroffen hat.

## Totalitärer Geist

Und nun kommt das Terrorismusbekämpfungsgesetz. Bei aller Zurückhaltung: Der Gesetzentwurf hat einen Respekt vor der Rechtstradition unseres Landes, vor Würde und Privatheit seiner Bürger. Er verrät totalitären Geist.

Keine einzige der in Schilys Gesetzentwurf vorgeschlagenen Maßnahmen, wäre geeignet gewesen, das Attentat von New York zu verhindern. Aber die nun geforderten Überwachungsmechanismen beschädigen die Legitimität unseres Staates. Der Entwurf ist nicht nur nach seinem Inhalt, sondern auch in seiner gesetzestechnischen Systematik von erstaunlich schlechter Qualität. Seine Begründungen sind phrasenhaft und allgemein. Sie ersetzen Tatsachen durch Behauptungen oder verhüllen den Sinn des eigentlich Gewollten.

Nach dem Willen des Ministers sollte das Bundeskriminalamt auch ohne konkreten Anlaß und ohne Kontrolle durch den Generalbundesanwalt beliebige Daten über beliebige Personen sammeln und „weitere Maßnahmen“ treffen können, nur mal so, um zu sehen, ob sich vielleicht einer strafbar gemacht hat. Abgemacht wurde, daß seine Zuständigkeiten zu Lasten der Landespolizeien vergrößert werden sollen. Der Bundesinnenminister wollte ermächtigt werden, nicht „nur“ Fingerabdrücke, sondern beliebige Körpermerkmale in verschlüsselter Form für deutsche Pässe und Personalausweise vorzuschreiben. Es bleibt nun dem Bundestag vorbehalten, drei Merkmale zu bestimmen: Fingerabdrücke, Gesichtsgeometrie, die Blutgefäße der Iris oder was sonst?

Nach wie vor schweigt sich das Gesetz über die mögliche Zentraldatei aller Bundesbürger aus. Es bleibt dabei, daß zum ersten Mal etwas im Ausweis „maschinenlesbar“ wird, was der Inhaber des Ausweises selbst nicht lesen kann. Was wird dem maschinenlesenden Beamten automatisch aus der Zentraldatei über den Ausweisinhaber mitgeteilt? Er weiß es nicht. Kombiniert man die Gesichtsgeografie mit Video-Kameras, kann man aus einer Menschenmenge beliebige Personen herausfiltern, sofern es Deutsche sind. Natürlich hat kein anständiger Deutscher etwas zu verbergen. Daß es in den Vereinigten Staaten und Großbritannien weder einen Personalausweis noch ein polizeiliches Meldewesen gibt und daß beide um ihrer demokratischen Rechtstradition willen nicht beabsichtigen, so etwas nun einzuführen, bewegt unseren Innenminister nicht.

Der Verfassungsschutz soll von den Kreditinstituten alle Konten und Geldbewegungen, von den Telefongesellschaften alle dort gespeicherten Verbindungsdaten über Telefongespräche und sonstige Verbindungen und von den Fluglinien alle Buchungen anfordern können, natürlich ohne Benachrichtigung der Betroffenen und ohne jede richterliche Kontrolle. Der Verfassungsschutz soll Sicherheitsüberprüfungen aller Personen vornehmen können, die in wichtigen Betrieben tätig sind: Bahn, Post, pharmazeutische Unternehmen, Rundfunk- und Fernsehanstalten. Den Kreis der Betroffenen bestimmt die Bundesregierung. Die Leute erfahren nur, ob sie geeignet sind, dort zu arbeiten. Weitere Auskünfte sind nicht vorgesehen. Und was wird mit dem Arbeitsplatz? Der Verfassungsschutz soll die gespeicherten Daten nur noch alle zehn Jahre auf ihre Richtigkeit und alle 15 Jahre auf ihre Erforderlichkeit hin überprüfen müssen. Maschinen vergessen nichts, auch nicht ihre Irrtümer.

Das Ausländerrecht rutscht endgültig ab in polizeirechtliche Kategorien. Verfassungsschutz und BND sollen Online-Anschlüsse zum Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen und zu den Ausländerbehörden bekommen. Für eine zwingende „Regelausweisung“ soll zukünftig ein Anfangsverdacht reichen. Bei Ausweisung und Abschiebung sollen Widerspruch und Klage keine aufschiebende Wirkung mehr haben. Was hat das mit Terrorismusbekämpfung zu tun? Ein Ausländer, der im Verdacht steht, im Ausland eine schwere Straftat begangen zu haben, soll den Schutz der Genfer Konvention verlieren, also auch in Folter und Tod abgeschoben werden können. Wohlgedenkt: Verdacht genügt. Bei Ausländern werden grundsätzlich Fingerabdrücke, Lichtbilder, „biometrische Merkmale“, bei Flüchtlingen auch Stimmenanalysen genommen, gespeichert, übermittelt. Bei politischen Flüchtlingen werden sie mit dem Polizeiregistern verglichen. Daß solche Daten anläßlich der Visa-Anträge gespeichert werden, reicht nicht mehr. Nun sollen auch jene Leute vom Verfassungsschutz überprüft werden, die diese Besucher einladen. Was suchen und wen besuchen die denn auch hier?



Das Auswärtige Amt befürchtet, daß wir uns schaden, wenn wir auf diese Weise den Ruf eines weltoffenen und liberalen Landes aufgeben. Es mahnt, dass das alles ohnehin nichts nütze, wenn die anderen Schengen-Länder nicht mitziehen. Die Ebene des Ministers Schily hat diese Sorge wohl nicht erreicht.

Die CDU-CSU bietet wenig mehr. Sie schlägt gleich mehrere Kronzeugenregelungen vor. Außerdem sollen verdeckte Ermittler Straftaten begehen dürfen. Weder Friedrich Merz noch Angela Merkel haben sich dazu geäußert, daß der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Marschewski verdächtige Ausländer ohne richterliche Entscheidung in Gefängnissen und leer stehenden Kasernen internieren will, „so lange wie nötig“. Schutzhaft nannte man das früher.

Das alles stellt uns vor die Frage, ob wir ein demokratischer Rechtsstaat bleiben. Das ist nicht zu hoch gegriffen. Natürlich ist es eine wichtige Aufgabe des Staates, dem Bürger Sicherheit zu verschaffen. Das bedeutet aber nicht, daß der Staat seine Bürger behandeln darf wie verdächtige Straftäter.

Niemand dürfe ihm in den Arm fallen, hat Otto Schily im Bundestag gerufen. Das ist falsch. Denn der Minister hat die Balance verloren. Wir wollen eine Regierung, die Augenmaß bewahrt und Haltung. Die Bürger und das Grundgesetz sind keine Versuchskaninchen. Wir erwarten, daß der Bundestag einen solchen Gesetzentwurf nur auf der Grundlage einer sorgfältigen öffentlichen Anhörung berät und über ihn erst am Ende einer öffentlichen Diskussion entscheidet, nicht vor ihrem Beginn. Wir wollen verantwortungsbewußte Abgeordnete und keine kalkulierenden Wahlstrategen.

Wer die Freiheit um der Sicherheit willen aufgabe, hat Benjamin Franklin gemahnt, der werde am Ende beides verlieren. Unsere Verfassung definiert die Freiheit von der Würde des Menschen her. „Sie zu achten und zu schützen ist Aufgabe jeder staatlichen Gewalt.“ Der Gesetzentwurf des Bundesinnenministers erfüllt diese Aufgabe nicht.

Der Autor ist FDP-Politiker und Bundestagsvizepräsident a.D.

Süddeutsche Zeitung vom 2.11.2001

**"Terrorism is born from the death of democracy and can only be responded to by giving the power back to people. This is why the anti-globalisation movement is an anti-terrorist movement. It is giving peace and democracy a chance. If it is stifled by the brute force of militaries and global markets, our worlds will disintegrate into vicious cycles of violence and uchaos. And no one will be immune. "**

(<http://www.outlookindia.com/full.asp?fodname=20011030&fname=shiva&sid=1>) OUTLOOK INDIA, Web | Oct 30, 2001

OPINION Globalisation And Talibanisation The Ecology of Terrorism: Economic globalisation is fueling economic insecurity, eroding cultural diversity and identity, and assauling political freedoms of citizens.

## **Globalisation and Talibanisation**

by

**VANDANA SHIVA**

**The conflicts which were expressed in the tragedy of September 11 are being looked at through lenses coloured by mono-cultures - the monoculture of "a universal western civilization" or the monoculture of an equally universal Islamic terrorism. In the Samuel Huntington paradigm, this is leading to the clash of civilizations. In the Francis Fukuyama paradigm, we are seeing the end of history -- the ultimate conquest**

**of the west over the rest. Yet both Huntington and Fukuyama are constructing fictitious worlds -- removed from our diverse histories, and our plural pains.**

Firstly, there is no such thing as a western civilisation. The dominant West has extinguished its own diverse cultures -- of women in the witch hunts, of native Americans in the genocide of colonisation. And Seattle, Washington, Gothenburg, Genoa were voices of other cultures, other visions from within the West which are being attempted to be silenced, including with bullets. Remember Gandhi's response when asked what he thought of Western civilization. "It would be a good idea", he said.

Just as dominant western culture is not universal, terrorism is not necessarily linked to Islam.

In India we experienced it as Sikh terrorism in Punjab during the 1980s. The farm crisis fuelled violent Sikh nationalism as unemployed and angry youth took guns exported by the same global powers that had destroyed Indian agriculture and who looked on India as a market for their overpriced non-essential often hazardous products and technologies.

The Oklahoma bombing was a result of the rise of Christian militias in the mid west. And terrorism within the U.S like that in Punjab was also linked to the farm crisis, the growing dispossession of American family farmers which made them accept the new gospel of violence and hatred. As Joel Dyer says in *Harvest of Rage: Why Oklahoma City is only the Beginning*: "America's innocence lay in the rubble of the Murrah building as surely as the crumpled bodies of the victims. The deadly Oklahoma City bomb was just the first shot in the collective suicide of the nation. Some Americans -- some of them our neighbors-- have declared war on the powers that be, and those of us who stand unknowingly in between these warring factions are paying the price. And we will continue to pay the price -- one building, one pipe bomb, one burned-down church at a time -- until we come to understand, first, that the nation is holding a loaded gun to its head and, second, why so many among us are struggling to pull the trigger.

Terrorism has no religion - it is not restricted to any region. It is now global - and terrorisms everywhere share the culture of hate and hopelessness, victimhood and violence. In a discussion of September 11 at the Forum 2000 in Prague, Nobel Prize Winner Elie Wiesel asked, "What happened? Why did it happen? Could it "have been avoided?" In other words, what is the ecology of terrorism.

Over the past two decades, I have witnessed conflicts over development and conflicts over natural resources, mutate into communal conflicts, and into extremism and terrorism. My book *"Violence of the Green Revolution"* was an attempt to understand the ecology of terrorism. The lessons I have drawn from the growing but diverse expressions of fundamentalism and terrorism are the following:

Undemocratic economic systems which centralise control over decision making and resources, and displace people from productive employment and livelihoods create a culture of insecurity. Every policy decision is translated into the politics of 'we' and 'they'. 'We' have been unjustly treated, while 'they' have gained privileges.

Destruction of livelihoods and jobs, and erosion of democratic control over the economy and systems of production also leads to a mutation of cultural identity. With identity no longer coming from the positive experience of being a farmer, a craftsperson, a teacher, a nurse, culture is reduced to a negative shell, positive identities give way to negative identities, each, in competition with every 'other', contesting for the scarce resources that define economic and political power.

Centralised and undemocratic economic systems also erode the democratic base of politics. In a democracy, the economic agenda is the political agenda. When the former is hijacked by the World Bank, IMF, WTO, democracy is reduced to an empty shell with room only for fundamentalism and extremism both because race, religion, ethnicity are the only cards left in the hands of politicians to garner votes and because the extremist can more effectively fill the vacuum left by the decay of democracy.

Globalisation is contributing to the Talibanisation of the world. Economic globalisation is fuelling economic insecurity, eroding cultural diversity and identity, and assaulting political freedoms of citizens.

It is therefore providing fertile ground for the growth of fundamentalism and terrorism. Globalisation fuels fundamentalism at multiple levels: Fundamentalism is a cultural backlash to globalisation as alienated and angry young men of colonised societies and cultures react to the erosion of identity and security.

Dispossessed people robbed of economic security by globalisation cling to politicised religious identities and

narrow nationalisms for security. Politicians robbed of economic decision making as national economic sovereignty, is eroded by globalisation organise their vote banks along lines of religious and cultural difference on the basis of fear and hatred. Imperialist forces, using the divide and rule strategy, also exploit religious conflicts to fragment the opposition to globalisation.

The survival of people and of democracy needs a simultaneous response to the double fascism of globalisation -- the economic fascism that destroys peoples lives, economic freedoms and economic security and the fascism of fundamentalism that feeds off peoples' economic insecurities and fears. The "war against terrorism" will not contain terrorism because it does not address the roots of terrorism. It is in fact creating a chain reaction of violence and spreading the virus of hate. Just as pests multiply and grow resistant with pesticides, the war effort will increase the numbers and resilience of terrorists. Pests can only be controlled by making plants resilient and maintaining pest-predator balance in ecosystems. The ecology of terror shows us the path to peace. Peace lies in nourishing democracy and nurturing diversity.

Democracy is not a shell but the life blood of free society. It is not merely an electoral ritual but the power of people to shape their destiny, and influence their lives, policies and conditions which destroy democratic control of people over how their food is produced and distributed, what health and education systems they have, how their natural resources are managed, owned and utilised.

Terrorism is born from the death of democracy and can only be responded to by giving the power back to people. This is why the anti-globalisation movement is an anti-terrorist movement. It is giving peace and democracy a chance. If it is stifled by the brute force of militaries and global markets, our worlds will disintegrate into vicious cycles of violence and chaos. And no one will be immune

## **IRAK - DER "ENDGÜLTIGE FEIND"?**

ZUR BESONDEREN ROLLE DES IRAKS  
(aktualisierte Fassung vom 10.11.01)

Von Joachim Guilliard

**Die USA wollen die sich nach den Terroranschlägen in New York und Washington bietende Gelegenheit nutzen und durch neue Allianzen ihre weltbeherrschende Stellung weiter ausbauen. In unverschämter Arroganz sortieren sie dabei die Welt in "Gut" und "Böse", wer nicht bereit ist, ihren Kreuzzug gegen "den Terrorismus" vorbehaltlos zu unterstützen, riskiert als Feind ins Visier genommen zu werden. Manche vormaligen "Schurkenstaaten", wie Syrien und Iran könnten, wenn sie wie gewünscht mitspielen, wieder hoffähig werden, um dem breiten Bündnis gegen die Staaten beizutreten, die - wie beispielsweise Kuba, Libyen oder der Irak - auch weiterhin als Gegner angesehen werden.**

Während Kuba - aufgrund seines Prestiges und seiner guten Beziehungen zu den meisten Ländern der Welt - militärische Angriffe kaum zu fürchten hat, sieht dies für eine Reihe von Ländern wesentlich gefährlicher aus. Vor allem Somalia und der Irak stehen ganz oben auf der Liste der potentiell nächsten Ziele.

Obwohl ein größerer Militärschlag gegen den Irak von den USA und Großbritannien wohl schon seit einem halben Jahr vorbereitet wird, erscheint er im Moment noch nicht opportun. So wiegelt US- Außenminister Colin Powell ab, es seien keine Verbindungen zwischen den Anschlägen am 11. September und dem Irak bekannt. Diese Zurückhaltung scheint vor allem taktischer Natur zu sein: Kriegsdrohungen gegen den Irak kommen ihm im Moment bei seinen Bemühungen, die arabischen Verbündeten in ihre Allianz gegen den "weltweiten Terrorismus" einzubinden, äußerst ungelegen, da diese aktuell Militärschläge gegen den Irak strikt ablehnen.

Vieles spricht aber dafür, daß ein solcher Angriff nur eine Frage des günstigen Zeitpunktes ist und sich der Fokus zunächst auf Somalia richten wird - mit einem ? Kampf gegen Terrorismus? hätte beides aber mit Sicherheit nicht viel zu tun.

"Kampf gegen den Terror" - eine Fortsetzung alter Interventionspolitik

Die Bush-Regierung hat von Anfang an deutlich gemacht, daß ihr "Kampf gegen den Terrorismus" sich nicht auf ihre Hauptverdächtigen, Bin Laden und das Al Qaeda-Netzwerk, sowie Afghanistan beschränken wird. Am 9.

Oktober überreichte der US- Botschafter bei den Vereinten Nationen, John Negroponte, dem UN-Sicherheitsrat ein Schreiben, in dem förmlich angekündigt wurde, daß sich die USA vorbehalten, nach Afghanistan weitere Länder anzugreifen. Am selben Tag äußerte er auch massive Drohungen gegen den Irak.

Weitere Länder, die in diesem Zusammenhang an vorderster Stelle genannt werden, sind Somalia und Sudan, wo Bin Laden eine Zeitlang lebte, sowie der Jemen, da er in diesen Länder über ein weites Geflecht von Firmen und Stützpunkten verfügen soll. Zudem wird er und Al Qaeda von den USA auch für den Tod von 18 US- Soldaten, 1993 in Somalia und den Angriff auf das US-Kriegsschiff "Cole" im Oktober 2000 in Aden verantwortlich gemacht.

Möglich ist nach Ansicht von Experten, daß auch Organisationen wie die libanesische Hisbollah, die Islamische Bewegung Usbekistan (IMU), der Islamische Djihaad in Ägypten oder Abu Sayyaf auf den Philippinen zu den kommenden Zielen zählen werden und der indirekte Krieg der USA gegen die linken Guerillaorganisationen in Kolumbien ausgeweitet wird. Wenn auch diese Operationen häufig zeitlich begrenzt und in Kooperation mit den lokalen Regierungstruppen durchgeführt werden würden, so Michael T. Klare, Professor für Konfliktforschung in Massachusetts, so könnten durchaus auch welche in längere "Kampagnen" ausarten, mit mehrfachen Luftschlägen und dem ausgedehnten Einsatz von Bodentruppen. (1)

Ein guter Teil der Drohungen dient offensichtlich auch dem Bestreben, die aktuelle Anti-Terror-propaganda zur Disziplinierung bestimmter Länder und Organisationen zu nützen. Bestes Beispiel waren die Warnungen in Richtung Nicaragua, vor den kürzlich statt gefundenen Präsidentenwahlen, doch ja die richtige Entscheidung zu treffen. Da die sandinistische Befreiungsfront FSLN, während ihrer Regierungszeit und auch danach, enge Beziehungen zu terroristischen Organisationen und Ländern wie Libyen und Irak unterhalten hätte, würden sie Nicaragua nach einem Wahlsieg Daniel Ortegas unweigerlich wieder auf die Liste der "Terror unterstützenden Staaten" setzen, auf der sich aktuell nur ein amerikanisches Land befindet - Kuba. Die Konsequenzen wären Sanktionen und Isolation. Unterstaatssekretär Marc Grossman hatte daher den Nicaraguanern bei einem Pressetreffen geraten, "wählen zu gehen, dies aber weise zu tun".(2) Wahlforscher in Nicaragua sehen tatsächlich in der Furcht vor einer neuen Konfrontation mit den USA, einen Faktor bei der überraschend klaren Niederlage Ortegas.

Mit Hilfe deutscher Truppen gegen Somalia?

Während Luftschläge gegen Ausbildungslager mutmaßlicher islamistischer Kämpfer auf den Philippinen, in Indonesien oder im Bekaa-Tal, angesichts der angestrebten Allianzen und der außenpolitischen Risiken, vorerst Spekulation sein mögen, erscheinen Militärschläge auf Ziele in Somalia, das bei den US-Militär immer noch bittere Erinnerungen weckt, durchaus wahrscheinlich. 1993 hatten US-Eliteeinheiten im Kampf gegen die von Farah Aideed geführte "Nationale Allianz" (SNA) eine herbe Niederlage einstecken müssen: 18 Rangers wurden getötet, die Bilder, wie ihre Leichen im Triumph durch die Straßen Mogadischus geschleift wurden, gingen um die Welt und Präsident Clinton zog daraufhin die US-Truppen ab.

Die USA machen nun auch dafür Bin Laden verantwortlich, der zur Vertreibung der US-Truppen aus Somalia aufgerufen und Aideeds SNA maßgeblich unterstützt hätte. Zudem vermuten sie, daß auch die Vorbereitungen für die Anschläge 1998 auf die US-Botschaften in Nairobi und Dar es Salaam in Somalia stattgefunden hätten.

Gemäß der Washington Post scheinen die Vorbereitungen für Angriffe auf Somalia, von allen in Frage kommenden künftiger Operationen, schon am weitesten gediehen zu sein. Demnach gäbe es auch schon Absprachen mit Äthiopien, das die Bodentruppen für die Angriffe stellen würde. Nach Ansicht der US-amerikanischen Regierung, würde diese Form der Zusammenarbeit mit lokalen Verbündeten auch ein Modell für andere "Anti-Terror-Aktionen" darstellen.(3)

Äthiopien das sich selbst von dem vorgeblichen somalischen Verbündeten Bin Ladens, Al-Itihaad al-Islamiya (Islamische Union) bedroht sieht, ist einer der engsten US-Alliierten in der Region und unterstützt aktiv die Sezession Somalilands, die nördliche Küstenregion Somalias, die am Horn von Afrika, direkt gegenüber von Jemen am Golf von Aden liegt. Es steht also jetzt schon um offenen Konflikt mit der in Somalias Hauptstadt Mogadischu amtierenden Übergangsregierung, die von der UNO unterstützt und auch von islamistischen Gruppen mitgetragen wird.

Maßnahmen gegen Somalia wurden von den USA bereits auf einem anderen Feld eingeleitet. Die Bush-Regierung hat am 7 November alle US-Filialen der somalischen Finanz- und Telekommunikationsfirma Barakaat mit der Begründung geschlossen, Barakaat habe für Al Qaeda Geld transferiert und Telekommunikation

bereitgestellt. Die Firma bestreitet eine solche Zusammenarbeit und hat bisher vergeblich angeboten, seine Akten einer unabhängigen Prüfung unterziehen zu lassen.

Barakaat gilt aber nicht nur als größter Arbeitgeber in Somalia. Für einen Großteil der neun Millionen Somalier ist Barakaat eine lebenswichtige Einrichtung, da sie nur über sie, die Geldüberweisungen ihrer im Ausland lebenden Angehörigen erhalten können. Die Somalier werten die Sperrung der Filialen, daher "als eine Attacke auf ihr Volk", wie der somalische BBC-Korrespondent aus Mogadischu meldete.(4)

Die USA erwarten bei einem Vorgehen gegen Somalia, ähnlich wie bei ihrem Feldzug gegen Afghanistan, verhältnismäßig geringe Proteste ihrer Verbündeter. Das Land hat international praktisch keine Stimme und die Gelegenheit scheint daher günstig, unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung nun einen erneuten Versuch zu starten, das rohstoffreiche Land unter militärische Kontrolle zu bekommen.

Noch zu Zeiten Siad Barres hatten die Öl-Konzerne Amoco, Chevron, Conoco und Philipps Konzessionen für Gebiete erworben, die zwei Drittel des somalischen Bodens umfassen. Millionen Dollar wurden insbesondere in den 80er Jahren in Studien investiert, die ihnen günstige Öl-Perspektiven versprochen. Sie hatten 1992 auch nicht gezauert und unmittelbar nach dem Einmarsch der US-geführten Truppen mit entsprechenden Bohrungen begonnen. (5)

Wichtiger noch dürfte aber die große geostrategische Bedeutung des Landes sein: direkt gegenüber der arabischen Halbinsel gelegen und mit dem Horn von Afrika unmittelbar am wichtigsten Trans-ortweg der Welt, der vom Indischen Ozean aus über den Golf von Aden und das Rote Meer durch den Suezkanal ins Mittelmeer führt. Da vor allem die Ölversorgung des Westens zu einem großen Teil von diesem Transportweg abhängig ist, waren die europäischen Mächte und die USA seit jeher bestrebt, die Anrainerstaaten dieser Wasserstraße, die Europa mit Asien verbindet, unter ihre Kontrolle zu bringen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß nach Wunsch der deutschen Regierung, genau hier das Einsatzgebiet der deutschen Marineeinheiten liegen soll, die sich an den US-amerikanischen Kriegshandlungen im Rahmen der Operation "Enduring Freedom" beteiligen werden. Auch ein direkter Einsatz deutscher Truppen gegen Somalia ist durchaus nicht ausgeschlossen: Schröder hat zwar die Einschränkung gemacht, dass Bundeswehreinätze im Rahmen von "Enduring Freedom", außerhalb Afghanistans nur mit Zustimmung der jeweiligen Regierungen möglich sein sollen. Was aber ist mit einem Land wie Somalia, das gar keine international anerkannte Regierung hat?

Irak - der "endgültige Feind"?

Bald nach dem islamische Gruppen als Hauptverdächtige ausgemacht waren und Afghanistan ins Visier geriet, wurden innerhalb der Bush-Regierung Forderungen laut, möglichst bald auch militärisch gegen den Irak vorzugehen. Als Wortführer betätigt sich hierbei u.a. der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, der schon zu Zeiten des Golf-Krieges im Stab von Bush senior erfolglos für eine Besetzung des Irak plädiert hatte. Eine Schar konservativer Politiker um den berühmten Jesse Helms fordern ebenfalls, "eine entschlossene Anstrengung zu unternehmen, um Saddam Hussein zu entmachten", auch wenn ihm keine Beteiligung an den Anschlägen nachzuweisen sei. (6) Alle sehen im Fortbestand des irakischen Baath-Regimes eine unerledigte Aufgabe des Golfkrieges, die der Sohn des damaligen Präsidenten nun zu Ende bringen muß und für die ja auch im Kabinett eine ganze Schar alter Krieger zur Seite stünde.

William Safire, einer der bekanntesten publizistischen Scharfmacher der USA, brachte die Ansicht der Falken in einem Artikel in der New York Times mit dem Titel "The Ultimate Enemy" wohl am deutlichsten zum Ausdruck: Unnötige Rücksichtnahme auf saudi-arabische und ägyptische Potentaten, vorsichtige Verhandlungen um UN-Resolutionen, ein begrenzter Krieg gegen Afghanistan und jahrelange Polizeiaktionen würden bedeuten, den "Terroristen-Krieg von Gestern" zu kämpfen. Der wahre Feind sei der Irak, die richtige Strategie 'präventive Gegenschläge' [!] gegen eine erwiesenen terroristische Nation". (7)

Am 19. und 20. September traf sich das Defense Policy Board, eine renommierte Zweiparteienkommission nationaler Sicherheitsexperten, die das Pentagon berät. Die Mitglieder - unter ihnen Henry A. Kissinger, Ex-CIA-Chef James Woolsey, der frühere Vizepräsident Dan Quayle und der ehemalige Energie und Verteidigungsminister, James R. Schlesinger - stimmten nach Angaben der New York Times über die Notwendigkeit überein, sich, dem Irak zuzuwenden, sobald die "initiale Phase des Krieges gegen Afghanistan" zu Ende wäre. Sowohl Verteidigungsminister Rumsfeld, als auch sein Stellvertreter Wolfowitz nahmen an diesem Treffen teil.

Es gehe darum, so Newt Gingrich, früherer Parlamentsvorsitzender und ebenfalls Mitglied der Kommission, den Moment zu nutzen, "um Saddam zu ersetzen, nach dem wir die Taliban ersetzt haben." (8)

Angesichts dieser starken überparteilichen Lobby gegen den Irak, erstaunt es kaum, daß kein Tag vergeht, an dem nicht in den US- amerikanischen Medien alte und neue Anschuldigen gegen den Irak vorgebracht werden. Selbst der Spiegel wunderte sich, wieso, wenn es um Verbindungen Bin Ladens zu anderen Ländern geht, nie von Bosnien, der UCK und Albanien die Rede ist, dafür unentwegt vom Irak und wieso der frühere CIA-Chef James Woolsey erst jetzt mit der bis dahin unbekanntem Meldung überraschte, der 1993 als Drahtzieher für den Terroranschlag gegen das World Trade Center verurteilte Ramsi Ahmed Jussuf sei Mitglied des irakischen Geheimdienstes.(9) (Mehr hierzu in Anhang I "Kriegspropaganda")

Konzentrierten sich anfänglich die Versuche darauf, Verbindungen des Iraks zu Bin Laden aufzuzeigen, so werden nach den Anschlägen mit Milzbranderregern die angeblichen Fähigkeiten des Iraks zur Herstellung biologischer Kampfstoffe in den Mittelpunkt gerückt. Inzwischen hat auch das FBI kaum noch Zweifel, daß der Ursprung der Erreger im Land selbst liegt. (Mehr hierzu in Anhang II "Milzbrandbriefe")

Nachbarn Iraks gegen erneuten Krieg

Propaganda gegen den Irak ist - angesichts des seit Jahren bestehenden Feindbildes - in den USA und Europa an sich keine schwere Aufgabe. Für einen erneuten Feldzug gegen das Land fehlen aber doch noch überzeugendere Hinweise auf eine Beteiligung an den Anschlägen in New York und Washington oder an der Verbreitung von biologischen Kampfstoffen. Eine Zusammenarbeit der religiösen Fanatiker, unter denen die US- Führung die Täter vermuten, und dem laizistischen Irak erscheint auch US-Experten wenig wahrscheinlich. Zudem war der Irak bisher auch nie ernsthaft mit Aktionen individuellen Terrors oder Anschlägen auf westliche Ziele in Verbindung gebracht worden, sieht man mal vom angeblichen Plan zur Ermordung Präsident Bushs, 1993, ab, mit dem damals umfassende Luftschläge der USA gerechtfertigt worden waren.

Vor allem steht einem Vorgehen gegen den Irak im Moment die außenpolitische Orientierung der USA entgegen. Die arabischen Verbündeten, deren Unterstützung Außenminister Colin Powell für seine "Allianz gegen den Terrorismus" dringend benötigt, stehen der Antiterrorkampagne der USA sowieso recht skeptisch gegenüber. Ägyptens Präsident Mubarak z.B. verwies anlässlich seines Besuchs bei Bundeskanzler Schröder Mitte September auf die Zuständigkeit der UNO und forderte im übrigen eine Lösung des Israel-Palästina-Problems.

Auch die angebliche Gefahr, die das irakische Regime für seine Nachbarn darstelle, wird vor Ort nicht gesehen. Alle Nachbarstaaten des Iraks, einschließlich Saudi Arabien und die Türkei, lehnen daher aktuell Militärschläge gegen den Irak strikt ab (10) Darauf werden die USA bei ihren Bemühungen für ein breites Bündnis vorerst Rücksicht nehmen müssen, und so hat selbst Präsident George Bush Jordaniens König Abdullah versprochen, keine Militärschläge gegen den Irak als Vergeltung für die Terroranschläge durchzuführen (The Guardian, 2.10.2001).

In London ist man wohl ebenfalls in Sorge, daß in Washington diejenigen die Oberhand gewinnen könnten, die eine Ausweitung des "Anti-Terror-Feldzugs" in Richtung Irak, befürworten. Der regierungnahe Guardian zitiert dazu ein Kabinettsmitglied mit den Worten, eine Bombardierung Iraks wäre "katastrophal" und hätte "unvorstellbar gefährliche" Folgen: den Tod zahlloser Frauen und Kinder, die absehbare Schließung britischer und US- amerikanischer Botschaften in vielen Regionen, Übergriffe auf westliche Zivilisten und den Sturz gemäßigter arabischer Regierungen. Ein Diplomat wurde mit der Bemerkung wiedergegeben, Irak sei "eine rote Linie, die Britannien nicht überqueren wird".

Dem Irak ist es in den letzten Jahren gelungen, sich aus der völligen politischen Isolation zu befreien und auch die Beziehungen zu Iran und Syrien spürbar zu verbessern. Daß sich selbst Länder wie die Türkei - nach Israel engster Partner der USA in der Region - gegen erneute Angriffe auf den Irak wenden, hat natürlich auch ganz handfeste Gründe: Zu groß sind die wirtschaftlichen Verluste, die sie durch Krieg und Embargo hinnehmen mußten. Die Türkei beziffert sie mit knapp 30 Mrd. US-Dollar. Wie dauerhaft eine solche Ablehnung bei ihr sein wird, bleibt angesichts der Kriegsdiplomatie der USA und ihrer Abhängigkeit allerdings abzuwarten. Die arabischen Verbündeten, wie Saudi Arabien oder Ägypten, müssen aber auch sehr auf die eindeutige Stimmung im Lande Rücksicht nehmen - nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch innerhalb ihrer Armeen.

Powell, wie auch Vizepräsident Richard Cheney, stehen in der Irakfrage im offenen Konflikt mit den Falken in der Regierung. Bemüht, den außenpolitischen Schaden in Grenzen zu halten, betonen auch sie immer wieder,

daß es keine Hinweise für Verbindungen von den Anschlägen zum Irak gibt und dieser daher auch aktuell nicht im Visier wäre.

#### Krieg und Embargo - die US-Politik gegen den Irak

In allzu großer Sicherheit können sich die Iraker aber dennoch nicht wiegen. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß ausgedehnte Militärschläge, wenn auch nicht im Moment, so doch in naher Zukunft wahrscheinlich sind.

Bedrohlich ist bereits das Kriegsarsenal, das die USA nach dem 11.9. am Golf zusammenzogen, wenn es auch nicht zwangsläufig etwas über die künftigen Ziele aussagt. So wurde der Flugzeugträger "Theodore Roosevelt" in Richtung Mittelmeer in Marsch gesetzt, nachdem bereits zwei zusätzliche Flugzeugträger, begleitet von je 50 Kriegsschiffen, in die Golfregion verlegt worden waren. Zusätzliche Kampfflugzeuge der Typen F-15 und F-16 wurden an den Golf verlegt, deren Zahl sich dadurch annähernd verdoppelt hat. (11)

Der Irak rechnet laut seinem stellvertretenden Ministerpräsident Tarik Aziz fest mit einem Angriff der USA und Großbritanniens. Die beide Staaten würden planen, 1000 Raketen auf 300 irakische Ziele abzufeuern, hatte Aziz der britischen Zeitung Sunday Telegraph gesagt. "Wir wissen, dass sie einen solchen Angriff vorbereiten", es sei "nur eine Frage der Zeit".

Mit Sicherheit wären Militäraktionen gegen den Irak keine Reaktion auf die Anschläge in New York und Washington. Sie müßten eher als eine Intensivierung der aktuellen Kriegspolitik gesehen werden, in deren Folge britische und US-amerikanische Flugzeuge Woche für Woche irakisches Territorium bombardieren (12) - eine Intensivierung, über die in der Bush-Administration auch schon seit Monaten nachgedacht wird.

Diese muß mit ansehen, wie die Stellung der USA in der Region zunehmend schwächer wird. Sie sieht sich damit konfrontiert, daß die Verbündeten vor Ort die US-amerikanische Politik gegen den Irak nicht länger mittragen wollen: Die Sanktionsfront zeigt deutliche Risse und viele Länder haben wieder volle diplomatische Beziehungen aufgenommen und streben normale Handelsbeziehungen an. Auch die militärischen Maßnahmen zur Niederhaltung des Iraks stoßen auf zunehmend heftigere Kritik - auch bei ihren engsten regionalen Verbündeten. (Mehr dazu im Anhang III "Smart Sanctions")

Die Zukunft der Sanktionen wird auch weiterhin im Sicherheitsrat und in der internationalen Öffentlichkeit heftig umstritten bleiben. Dies gilt in gleichem Maße für die eigenmächtigen Maßnahmen zur direkten militärischen Kontrolle des Iraks, für die sich die USA und Großbritannien nun seit 11 Jahren die Lufthoheit über mehr als der Hälfte des irakischen Territoriums, den beiden einseitig proklamierten "Flugverbotszonen" im Norden und Süden des Landes sichern. Diese Zonen sind ausreichend, um das ganze Land aus der Luft überwachen zu können, auch können aus diesem Luftraum heraus mit geringem eigenem Risiko, Luftangriffe auf die wichtigsten potentielle Ziele im irakischen Kernland durchgeführt werden.

In der recht ungleichen Auseinandersetzung um die Lufthoheit über dem Land, hat der Irak seit Anfang des Jahres seine Anstrengungen intensiviert. So haben irakische Abwehrgeschütze nach US-Angaben in den ersten vier Monaten des Jahres fünfmal so häufig auf US- und britische Kampfflugzeuge gefeuert als im ganzen Jahr 2000. (13) Dem Irak ist es offensichtlich auch gelungen die Reichweite seiner Abwehrraketen zu erhöhen und kam so einige Male alliierten Kampf- und Aufklärungsflugzeugen gefährlich nahe. Praktisch jedes Flugzeug würde beschossen und da die irakische Flugabwehr ihre Radaranlagen kaum noch einschalten würden, hätten die Piloten keine Anhaltspunkte mehr für Gegenangriffe. Ohne Radar um ihre Luftabwehrraketen zu lenken, feuern die Iraker ihre Geschosse meist "blind" in den Himmel, aber in solch großer Zahl, daß die US-Kommandeure vor Ort schon im Mai fürchteten, ihnen könnte bald einmal ein Glücksschuß gelingen. Nach BBC-Angaben vom 11.9. gelang es dem Irak seither wohl tatsächlich, mindestens zwei unbemannte, mehrere Millionen US-\$ teure Aufklärer über dem Süden des Landes abzuschießen. (14)

Wegen des gestiegenen Risikos für die Piloten und um die "Notwendigkeit" zur Bombardierung von irakischem Territorium zu vermeiden, zu der sie die irakische Luftabwehr "häufig provozieren würde", haben die verantwortlichen US-Generäle im Mai eine Einschränkung der Kontrollflüge gefordert. (15) Die Antworten auf solche "Provokationen" haben seit Januar 1999 nach glaubwürdigen und teilweise von UN-Mitarbeitern bestätigten irakischen Angaben, immerhin ca. 300 Menschen, vorwiegend Zivilisten, das Leben gekostet.

Der Irak hofft natürlich durch den Abschluß eines Kampffjets und seiner Besatzung die öffentliche Meinung in den USA beeinflussen zu können. Auch wenn die Aussichten dafür nach wie vor gering sind, so verfehlen offensichtlich die dadurch provozierten heftigen und rücksichtslosen Bombardierungen durch die alliierten

Luftwaffen ihre Wirkung auf die Stimmung im arabischen Lager und darüber hinaus nicht.

Letztlich stecken die USA in einem Dilemma. Sie müssen mit ansehen, wie sie selbst in der Region politisch an Boden verlieren und der Irak sich Schritt für Schritt aus seiner Isolierung befreit und auch die militärische Kontrolle in Frage stellt. Für eine Anpassung der Sanktionspolitik benötigen sie die Zustimmung Rußlands, Chinas und Frankreichs. Die Versuchung für die US-amerikanische Führung, den Irak durch umfassende Militärschläge wieder in seine Schranken zu weisen, ist daher groß. In der Tat berichteten US-amerikanische Medien schon vor dem September immer wieder über Pläne für eine Militäraktion vom Umfang der viertägigen Bombardierung im Dezember 1998. Die aktuellen Angriffe gegen Luftabwehrstellungen würden demnach vor allem als notwendige Vorbereitung dafür dienen.

"Die US-amerikanischen Anstrengungen zielen auf die Vorbereitung des Schlachtfelds für eine wesentlich größere spätere Militäroperation, die wahrscheinlich den Rest des irakischen Militärs und seine Massenvernichtungswaffen (WMD) zum Ziel hätte." Folgt beispielsweise der Nachrichtendienst Stratfor. Allerdings würden die U.S. Anstrengungen im Moment noch durch die regionale politische Bedingungen behindert. Die Zerstörung der Luftabwehrreinrichtungen sei aber der klassische erste Schritt eines jeden größeren Luftkrieges. (16)

Mit solchen Kriegshandlungen könnten die USA aber auch den Rückhalt für ihre Politik in der Region gänzlich verlieren. Es bleibt daher abzuwarten, ob es den USA mit entsprechenden Vorwürfen und unter Ausnutzung der aktuellen Terrorismusdebatte gelingen wird, den massiven Vorbehalten ihrer Verbündeten zu begegnen. Dies wird auch entscheidend davon abhängen, mit welcher Zielsetzungen ein Angriff verbunden sein wird.

Durchsetzung von US-Interessen durch dauerhafte Konfrontation

Viele sehen als klares Endziel eines US-geführten Militärschlages, die Ersetzung des Baath-Regimes durch ein pro-westliches. Neben dem Problem, wie ein solches Vorgehen wenigstens vordergründig völkerrechtlich legitimiert werden könnte, würden sich dabei aber für die USA eine Menge praktische Probleme ergeben. So gibt es nach wie vor keine Kräfte im Hauptteil des Landes auf die sich die USA stützen könnten und nach wie vor ist auch keine glaubwürdige Alternative für eine neue Regierung in Sicht. Der oft genannte, weitgehend von den USA finanzierte "Irakische National-Kongreß", ein Bündnis von Exilgruppen, verfügt im Land selbst über keine Basis. (17)

Allein im mehrheitlich kurdischen Nordirak können sich die USA tatsächlich auf Kräfte vor Ort stützen. Eine Besetzung des Iraks wäre daher, wenn überhaupt, nur mit großen eigenen Verlusten zu erreichen und würde zudem auch international auf erheblichen Widerstand und massive Proteste stoßen. Im Gegensatz zum Golfkrieg würden sich die meisten Staaten der Region in diesem Falle gegen einen Angriff stellen.

Im Gespräch ist auch die Besetzung und faktische Abspaltung von Teilen des Iraks, Dies könnten dann - analog der "No Fly"-Zonen - im Norden die mehrheitlich kurdischen Provinzen und im Süden die Region um Basra sein, die schon während des Golfkrieges kurzfristig von US-Truppen besetzt waren. In diesen beiden Gebieten liegt auch der größte Teil des irakischen Öls.

Nicht zuletzt ums Öl geht es ja schließlich bei der Politik, die Großbritannien und die USA am Golf verfolgen und nicht etwa um die "Demokratisierung des Iraks". Die unversöhnliche Feindschaft der einstigen Kolonial- wie der aktuellen imperialistischen Supermacht gegen das Baathregime hat bekanntlich - wie so oft - mit der Nationalisierung der Ressourcen des Landes Anfang der 70er Jahre begonnen. Diese Feindschaft wurde nach dem Sturz des Schahs eine Zeit lang überlagert durch eine Politik, die nun im Iran unter Ajatollah Khomeini das größere Übel sah. Der Irak wurde in der Folge zum Krieg gegen den Iran ermuntert und erhielt, als sich nach Anfangserfolgen das Blatt gegen ihn zu wenden drohte, auch massive westliche militärische Unterstützung. Die gleichzeitigen Waffenlieferungen an den Iran, zeigen allerdings, daß die USA am liebsten keinen Sieger und kein Ende des ersten Golfkrieg gesehen hätten. Es lag an der völligen Fehleinschätzung der Haltung der USA ihr gegenüber, die die Baath-Führung zum Überfall auf Kuwait ermunterte und der USA so die Gelegenheit gab, den zur Regionalmacht aufgestiegenen Irak wieder gründlich abzurüsten - militärisch, aber vor allem auch industriell.

Die USA und Großbritannien hatten nach Ende des "Zweiten Golfkrieges" mehreres erreicht: Sie sind seither wieder mit erheblichen Streitkräften in der Region militärisch präsent und konnten somit die, mit dem Sturz des Schahregimes aufgetretenen Lücken, mehr als nur schließen. Der Irak ist als eigenständiger regionaler - politischer wie wirtschaftlicher - Faktor weitgehend ausgeschaltet und über das Sanktionsregime haben sie auch



wieder die Kontrolle über das irakische Öl. 20.000 bis 25.000 U.S. Soldaten sind nun ständig in der Region stationiert und große Mengen an Waffen und Ausrüstung wurden im voraus in Stellung gebracht, die den USA eine schnelle Expansion ihrer Militärmacht vor Ort erlauben.(18)

Die massive US-Truppenpräsenz richtet sich dabei nicht nur gegen den Iran und den Irak, sondern dient nicht zuletzt auch der Stabilisierung der Ölmonarchien nach Innen. Der Kontrolle dieser Länder - vor allem Saudi-Arabiens, als größtem Ölproduzenten - mittels ihrer korrupter Herrscher kommt dabei größte Bedeutung zu. Schließlich kann, wer hier das Sagen hat, den Preis des Öls entscheidend beeinflussen, mit all seinen Auswirkungen auf die Wirtschaft großer wie kleiner Staaten.

Bereits Präsident Ronald Reagan hatte betont, auf keinen Fall zuzulassen, daß aus Saudi Arabien ein zweiter Iran werden würde. Aus Sicht der USA ist der Zugriff auf das Öl am Golf essentiell. Ausgedrückt ist dies in der "Carter Doktrin" vom Januar 1980, d.h. unmittelbar nach der iranischen Revolution: "Jeder Versuch einer auswärtigen Macht, die Kontrolle über die Golfregion zu erringen, wird als Angriff auf die vitalen Interessen der USA angesehen und mit allen, auch militärischen Mitteln zurückgeschlagen." Auf dieser Basis führte 1991 Präsident Bush senior die Operation Desert Storm durch und baute Präsident Clinton massiv die militärische Präsenz der USA am Golf aus.(19)

Im Boden der Länder dieser Region liegen, wie Dieter Lohaus in der letzten Ausgabe der Marxistischen Blätter sehr anschaulich beschrieben hat, nach aktuellen Schätzungen Ölreserven, die nach heutigen Preisen, Gewinne von mehr als 10.000 Mrd. US-\$ erwarten lassen. Um die Verteilung dieser Profite geht es bei diesem Spiel und aus diesem Fonds werden auch die Rüstungsausgaben, wie die Kriege der Region finanziert - der Angreifer, wie der Verteidiger. (20)

Wenn natürlich die Installation eines US-hörigen Regimes im Irak und damit die Wiederherstellung der unmittelbaren Verfügungsgewalt über das irakische Öl, aus US-Sicht verlockend ist, so scheint sich seit Jahren, die US-Strategie auf die Aufrechterhaltung des Status Quo, d.h. der Aufrechterhaltung eines permanenten Spannungszustands, inklusive eines Krieges niederer Intensität, zu beschränken. Das erklärt auch eine Politik, die die Sanktionen auf unbestimmte Zeit fortschreiben will, an einer effektiven Rüstungskontrolle aber offensichtlich nicht interessiert ist.

Allen schon weit gediehenen Bemühungen in diese Richtungen wurde ja bekanntlich mit den Bombardierungen im Dezember 1998 der Garaus gemacht. Zuvor hatten die Kontrolleure von UNSCOM den nahezu vollständigen Vollzug aller geforderten Abrüstungsmaßnahmen vermelden können. (21) Auf Kosten des Iraks war ein voll funktionsfähiges Videoüberwachungssystem mit mehr als 130 Installationen an allen Orten, die zur Rüstungsproduktion dienen könnten, eingerichtet worden, über die eine sehr effektive Überwachung möglich gewesen wäre. (22) UNSCOM mußte auf Grund der Kriegsvorbereitungen im Herbst 1998 abgezogen werden und das Videoüberwachungssystem fiel den folgenden angelsächsischen Bomben zum Opfer.

Auch die Aufrechterhaltung des Status Quo kann, wie schon geschehen, umfassende militärische Angriffe beinhalten, die neben der militärischen, stets auch der industriellen Infrastruktur gelten. Angriffsziele könnten dabei auch Teile der Infrastruktur zur Förderung und Transport von Erdöl sein, um die Möglichkeiten des Iraks, auf eigene Rechnung Öl zu exportieren, zu beschneiden. - Dies war ja eines der Ziele, der im Juni im UN-Sicherheitsrat gescheiterten US-Pläne zur Änderung der Sanktionspolitik.

Ein bedingungsloses Ende des Embargos gegen den Irak, sowie eine Lösung der ausstehenden Probleme auf dem Verhandlungswege, wie es in einem Aufruf die deutsche Initiative gegen das Irakembargo (s. [www.embargos.de](http://www.embargos.de)) fordert, ist daher dringender denn je. Diese Forderungen müssen ergänzt werden, durch den dringenden Appell an die USA und ihre Verbündeten, alle Kriegshandlungen gegen den Irak endlich einzustellen.

Endnoten:

(1) Michael T. Klare, "Open-Ended War", veröffentlicht vom Committee of Foreign Policy in Focus, <http://www.fpipf.org>.

(2) "Bush Doctrine Targets Nicaragua - Officials Linking Ortega to Terrorism", Washington Post, 17.10.2001

- (3) "Somalia Draws Anti-Terrorist Focus", Washington Post 4.11.2001
- (4) BBC am 7. sowie am 8. November
- (5) Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang der US- amerikanische Conoco-Konzern. In der Invasionsphase 1992/93 wurde das Conoco-Hauptquartier zur Befehlszentrale der US- Militärs. 26 Ölquellen waren bis Januar 93 unter dem Schutz des Militäreinsatzes in dem "führungslosen Land" von US- amerikanischen Firmen angebohrt worden.
- (6) 20. 9. 2001, CNN, 24.9.2001. Helms war Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses und Vater des "Helms-Burtons- Gesetzes" zur Verschärfung des US-Embargos gegen Kuba
- (7) New York Times 24.9.2001
- (8) New York Times 12.10.2001
- (9) DER SPIEGEL 39/2001
- (10) So warnte am 2.10. die Arabische Liga die USA erneut vor großangelegten Attacken gegen den Irak. Ein solcher Schritt würde eine sehr ernste Situation mit sich bringen und jeder Absichtserklärung zur internationalen Kooperation widersprechen, erklärte Amr Moussa, der Generalsekretär der Arabischen Liga. (junge Welt v. 4.10.01)
- (11) Taz, 24.9.01 u. New York Times, 17.10.01 Mit dabei könnte diesmal auch die Bundeswehr sein. Die FAZ Sonntagszeitung vom 22.10.01 berichtete, sich auf angeblich sichere Quellen berufend, daß die Bundeswehr langfristig und aktiv in den aktuellen Feldzug der USA mit einbezogen werden würde. US Truppen würden alsbald nicht mehr nur im Afghanistan, sondern auch in anderen Ländern der Region operieren, der Irak gehöre dazu. Die FAZ geht davon aus, daß die Bundeswehr auch im Irak eingesetzt werden soll, wofür Bundeswehreinheiten zur Zeit in El Alamein den Wüstenkrieg üben würden.
- (12) Am 10.9. hatten beispielsweise nach Angaben des US- Verteidigungsministerium Kampffjets in drei Angriffswellen Ziele im Südendes Iraks attackiert worden (Süddeutsche Zeitung). Acht Personen wurden dabei nach irakischen Angaben getötet und drei weitere verwundet (BBC, 10.9.2001). Dies sei bereits die fünfte derartige Attacke seit dem 25. August gewesen. Erneute Bombardierungen wurden von Reuters auch am 20. und 21.9. gemeldet.
- (13) Washington Post vom 3.5.2001
- (14) "Cuts Urged In Patrols Over Iraq", Washington Post vom 9.5.2001, s. auch "Taktische Rückzüge .." a.a.O. Ein Vorfall vom 24. Juli, bei dem ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug des Typs U-2 im südlichen Sperrgebiet nur knapp dem Abschuss durch das irakische Militär entging, hatte die US-Führung besonders alarmiert. Eine irakische Rakete, vermutlich eine für größere Reichweiten aufgerüstete SAM-2 ohne Zielradar, kam so nah an das unbewaffnete einsitzige Aufklärungsflugzeug heran, dass der Pilot die Druckwelle spürte.
- (15) ebd.
- (16) Stratfor, 14.8.2001.
- (17) s. J. Guilliard / K. Leukefeld "Der Irak und der US- amerikanische ‚Krieg gegen den Terror‘", Antimilitarismus Information 10/2001
- (18) Michael T. Klare "What Kind of War?", Pacific News Service, 17.9.2001
- (19) s. hierzu auch Michael T. Klare "Asking Why?", Hampshire College, 13.9.2001, <http://www.hampshire.edu>
- (20) Dieter Lohauf, "Ein unerledigtes Geschäft - Die USA und das Öl der Verweigerer Iran und Irak", Marxistische Blätter 5-01
- (21) s. Interview mit Scott Ritter, Fellowship 65: 9-10 (September- Oktober 1999), <http://www.nonviolence.org/for/ritter1.htm>, sowie in der "jungen Welt" 22.8.2000

(22) Deirdre Sinnott: "Die permanente Sanktionsmaschinerie - Was verbirgt sich hinter UNSCOM" in Göbel, Guilliard, Schiffmann (Hg.) "Der Irak - Ein belagertes Land", PapyRossa Verlag, Köln, Mai 2001

## Was ist zu tun?

**Was ist, wenn sich Schröder mit seiner Kriegsbeteiligung weiter unbeliebt macht? Kann die augenblickliche Kriegs-Politik der deutschen Regierung nicht zu einer Legitimierungs-Krise des Parlaments führen und das schon im nächsten Jahr. Im nächsten Jahr sind Bundestagswahlen; wen kann man noch wählen? Sind die Parlamente nicht sowieso schon zu Spielwiesen des Großkapitals verkommen?**

Die Frage ist aber auch, sind wir auf eine Legitimations-Krise des Parlamentes vorbereitet? Sind wir vorbereitet auf eine Krise des Kapitalismus?

Was werden die Herrschenden tun, wenn das Volk nicht mehr wählen geht? Werden die sich ein neues Volk wählen?

Ist es jetzt nicht absolut notwendig, das wir uns mit anderen ernsthafteren Formen der Demokratie und der gesellschaftlichen Organisierung auseinandersetzen? Und zwar konkret in jedem Dorf in jeder Straße.

Deshalb die Frage, was ist zu tun? Hier einige Hinweise:

1) Man muß sich bilden!

2) Weniger Fernseh kucken! Und mehr lesen.

3) Pausen machen, von den Dingen die man allgemein so macht.

4) Man sollte sich mit Nachbarn, Gleichgesinnten und Freunden, treffen, um über die Dinge die wir gelernt und gehört haben, zu sprechen. In allen Gemeinschaften gab es früher Gemeindeg Häuser oder unkommerzielle Treffpunkte. Wir haben heute weder das eine noch das andere.

5) Wir sollten erkennen, daß wir ohne eine ernsthafte und regelmäßige Kommunikation zwischen den Bewohnern eines Raums keine Kultur erhalten oder erschaffen können. Ohne die Kommunikation zwischen Gleichgesinnten sind wir hilflos der Willkür z.B. der Medien oder der Regierungen ausgeliefert. Wir sollten freie und unkommerzielle Treffpunkte schaffen, wo wir auch tanzen können, weil der Tanz auch wichtig ist.

6) Über das Gelernte und Gehörte muß man sprechen können, weil man ansonsten schlechter verarbeitet oder gar nicht. Man muß erklären dürfen. Es fehlen nicht nur Treffpunkte, es fehlen auch echte Volksschulen. Es braucht Volksschulen.

7) Man muß sich ernsthaft darüber Gedanken machen, wie wir uns organisieren wollen und was. Wollen wir weiter einen gesellschaftlichen Entwurf, in dem die Reichen immer reicher werden und die Armen immer weniger Rechte haben? Wollen wir wirklich ein gesellschaftliches System das aus internen Profitgründen von Zeit zu Zeit zum Wahnsinn tendiert? Gibt es nichts Besseres? Muß es eine parlamentarische Demokratie sein? Gibt es keine bessere Formen der Demokratie? Haben wir wirklich keine Alternative zu dem Kapitalismus?

Doch es gibt sie, die Alternativen zu dieser gesellschaftlicher Organisation? Wir wissen davon meistens nichts, weil wir künstlich blöd gehalten. Es wird ständig Propaganda zur Verherrlichung des Kapitalismus gemacht. Wir werden nicht nur durch die Medien schlecht informiert, sondern wir werden auch durch die Schulen und Universitäten einer viel tiefergehenden Beeinflussung ausgesetzt. Diese Beeinflussung ist viel schwieriger zu identifizieren, sie berührt unser Menschenbild. Wir hören zum Beispiel, es habe auf der Erde immer schon Krieg gegeben. Das ist ein Stück patriarchaler Ideologie. Das stimmt nämlich nicht. Tatsächlich findet man von 100.000 Jahren Menschheitsgeschichte erst in den letzten 5500 Jahren Krieg auf der Erde. Es gab und gibt sehr viel interessante Belege und Beweise von friedlichen Hochkulturen. Es gibt heute lebende und gut funktionierende nicht-kapitalistische und nicht-patriarchale Gesellschaften, wie z.B. in Mexiko, die Stadt Juchitan, in Brasilien Porto Alegre, oder in Indien bei den Adivasi oder in der Südsee. Man könnte davon lernen..

Die DDR war nicht alles! Wir müssen uns nur besser informieren.

Wir haben Alternativen. Wir sollten uns damit gründlich befassen.

8) Wenn wir soweit sind, sollten wir auch darüber nachdenken wie wir uns bemerkbar machen wollen. Wollen wir nur demonstrieren? Wollen wir einen Verein gründen oder eine Partei? Eine Zeitung oder große Kommunen und Stämme?

**Eins ist auf jeden Fall sicher: Der Kapitalismus ist schon seit Jahren eine Sackgasse. Und ohne eine kollektive Gegenwehr ohne Organisierung kommen wir keinen Schritt weiter.**

## **Wenn Du aufgestanden bist und es Dir heute schlecht geht, dann lies dies:**

**Wenn man die Weltbevölkerung auf ein 100 Seelen zählendes Dorf reduzieren könnte und dabei die Proportionen aller auf der Erde lebenden Völker beibehalten würde, wäre dieses globale Dorf folgendermaßen zusammengesetzt:**

Es gäbe 57 Asiaten, 21 Europäer, 14 Amerikaner, 8 Afrikaner.

Es gäbe 52 Frauen, 48 Männer, 30 Weiße und 70 Nicht-Weiße, 30 Christen, 70 Nicht-Christen.

6 Personen besäßen 59% des gesamten Reichtums und alle 6 kämen aus der USA.

80 Menschen lebten in maroden Häusern, 70 wären Anaphabeten, 50 würden an Unterernährung leiden, obwohl auf der Erde 10% mehr Lebensmittel erzeugt werden als alle Menschen essen könnten, 1 wäre dabei zu sterben, 1 wäre dabei geboren zu werden. 1 besäße einen Computer, 1 (ja, nur einer) hätte einen Universitätsabschluß.

Wenn Du heute morgen aufgestanden bist und eher gesund als krank warst, hast Du lebend in Deutschland ein besseres Los gezogen, als die Millionen Menschen, die die nächste Woche mangels simpler Arznei und Nahrung nicht mehr erleben werden.

Wenn Du noch nie in der Gefahr einer Schlacht, eines Bombenhagels, in der Einsamkeit der Gefangenschaft, im Todeskampf der Folterung oder im Schraubstock des Hungers warst, geht es dir besser als 500 Millionen Menschen.

Von 6 Milliarden Menschen sind noch nicht einmal 500 wohlhabend, 5,5 Milliarden sind notleidend.

Wenn du zur Kirche gehen kannst, ohne Angst haben zu müssen bedroht, gefoltert oder getötet zu werden, hast Du mehr Glück als 3 Milliarden Menschen. Wenn Du Essen im Kühlschrank, Kleider am Leib, ein Dach über den Kopf und einen Platz zum Schlafen hast, bist du reicher als 75% der Menschen dieser Erde.

Wenn Du Geld auf der Bank, in deinem Portemonnaie und im Sparschwein hast, gehörst du zu den privilegiertesten 8% dieser Welt.

. Und genau diese Situation wird unaufhörlich von dem globalisierten Kapitalismus und dem US-Verteidigungsministerium (Pentagon) verschlimmert. Die UNICEF schätzt, daß ein Zehntel der jährlichen Militärausgaben des Pentagons, daß ursprünglich unter dem Motto „Grenzenlose Gerechtigkeit“ die halbe Menschheit militärisch bedroht, ausreichen würde, um diesen Tragödien ein Ende zu bereiten und in allen Ländern der Welt für ein allgemein zugängliches Sozialsystem mit Minimal-Standard zu sorgen!

**Der globalisierte Raub-Kapitalismus ist Motor von Armut und sozialem Elend auf der Erde, insbesondere in der sog. 3. Welt, aber zunehmend auch in der 1. Welt. Soziales Elend erzeugt Verzweiflung und Verzweiflung auf einem reichen, aber ungerechten Planeten erzeugt Kriminalität und Terrorismus. Der Planet hat genug für alle, aber nicht für jedermanns Gier. Das Problem sind die Art der Produktion und die Verteilung. Das heutige Produktions- und Verteilungssystem heißt Kapitalismus und Zinswirtschaft und stützt sich auf Gewalt aller Art.**